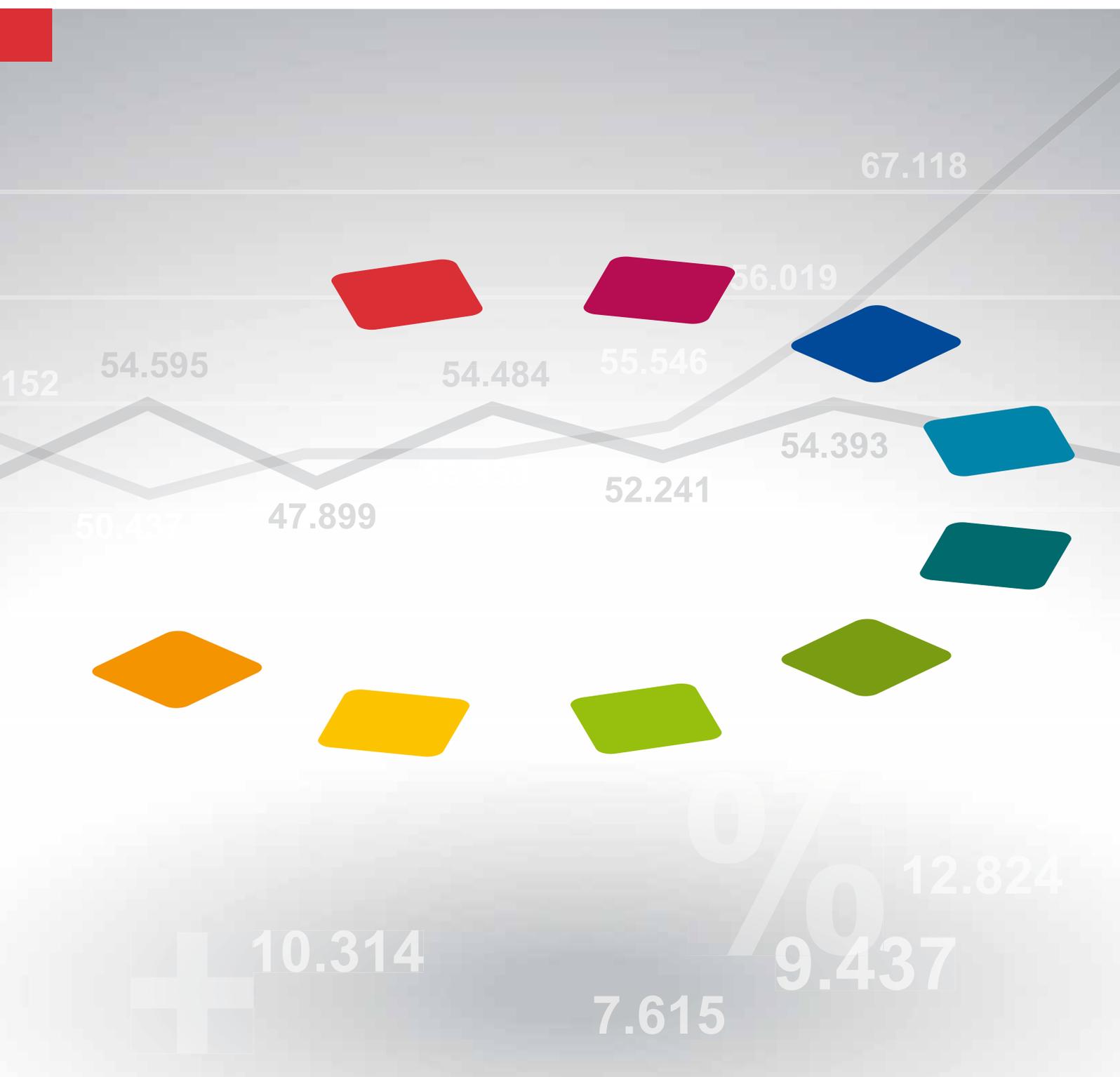


Integration nach Maß –

Der Hessische Integrationsmonitor 2013



189.811

166.432

54.595

54.484

76.853

47.899

54.393

%

12.824

7.615

9.437

%

172.623

Integration nach Maß –

Der Hessische Integrationsmonitor 2013





Hessen hat sich auf den Weg gemacht, eine langfristig erfolgreiche Integrationspolitik zu gestalten. Wir haben erkannt, dass Vielfalt eine Auszeichnung Hessens ist, Chancen sowie Herausforderungen beinhaltet.

Um Integrationspolitik nachhaltig planen, entscheiden und gestalten zu können, bedarf es einer fundierten Grundlage. Mit dem Integrationsmonitor 2010 hat Hessen als eines der ersten Bundesländer einen Bericht über den Status Quo von Integration und Vielfalt vorgelegt. Nun schreiten wir fort: Mit der Fortschreibung, dem Integrationsmonitor 2013, den ich Ihnen hier präsentiere, sind wir nun in der Lage, Entwicklungen zu verfolgen und Trends aufzuzeigen. Uns steht damit ein Instrument zur Verfügung, den Fortschritt der Integration in den verschiedenen integrationspolitischen Handlungsfeldern wie Bildung, Arbeitsmarkt oder Soziales sichtbar zu machen.

Doch es geht nicht nur um die Situation von Personen mit Migrationshintergrund, die hier geboren sind oder schon seit Jahrzehnten in Hessen leben.

Unser Bundesland wird auch immer beliebter bei Neuzuwanderern. Zuwanderung kann große Potentiale für die Gesellschaft bergen, gerade auch im Hinblick auf den demographischen Wandel und den steigenden Fachkräftebedarf.

Um eine Datenbasis zur Beobachtung des Wanderungsgeschehens in Hessen zu schaffen, wird der Integrationsmonitor 2013 um ein neues Indikatorenset zum Thema Zuwanderung erweitert. Dabei liegt der Fokus nicht allein auf der quantitativen Beschreibung der Zu- und Abwanderung, sondern es werden auch Altersstruktur, Zuwanderungsmotive und Qualifikationsniveau der Neuzuwanderer analysiert. Zusätzlich geht der Monitor auf die Einstellungen der hessischen Bevölkerung zur Zuwanderung ein.

Der Monitor 2013 zeigt: In den meisten integrationspolitischen Themenfeldern zeichnet sich eine positive Entwicklung ab. Die im ersten Betrachtungsjahr 2005 festgestellten Unterschiede verringern sich bei vielen Indikatoren langsam, aber stetig.

Ihr



Jörg-Uwe Hahn

Hessischer Minister der Justiz, für Integration und Europa

Inhalt

1	Zentrale Ergebnisse	8
2	Grundlagen des Hessischen Integrationsmonitors	12
2.1	Was leistet der Hessische Integrationsmonitor?	13
2.2	Was ist neu im Hessischen Integrationsmonitor 2013?	14
2.3	Wie geht der Hessische Integrationsmonitor vor?	15
2.4	Welche Datenquellen werden genutzt?	18
2.5	Was ist ein „Migrationshintergrund“?	21
3	Indikatoren des Hessischen Integrationsmonitors	22
3.1	Übersicht	23
3.2	Bevölkerungsstand	25
3.3	Zuwanderung	31
3.4	Strukturelle Dimension der Integration	57
3.4.1	Bildung - Lebenslanges Lernen	57
3.4.2	Arbeit	78
3.4.3	Einkommen, Armut, Transferabhängigkeit	90
3.5	Soziale Dimension der Integration	96
3.5.1	Lebensformen	96
3.5.2	Gesundheit	101
3.5.3	Bürgerschaftliches Engagement	104
3.5.4	Politische Partizipation	106
3.5.5	Kriminalität	109
3.6	Kulturelle Dimension der Integration	112
3.6.1	Sprachkompetenz Deutsch	112
3.6.2	Religion	115
3.7	Identifikatorische Dimension der Integration	120
3.7.1	Gefühl der Zugehörigkeit	120
3.7.2	Gefühl der Ausgrenzung	123

4	Der Hessische Integrationsmonitor im nationalen und internationalen Kontext	126
4.1	Das Monitoring auf kommunaler Ebene in Hessen	128
4.2	Das Monitoring der Bundesländer	130
4.3	Das Monitoring auf Bundesebene	130
4.4	Das Monitoring in der Europäischen Union – „Core Indicators“	131
5	Literatur	132
6	Abkürzungsverzeichnis	144
	Anhang	146
	Anhang 1: Tabellenteil	147
	Anhang 2: Die Indikatoren der Berichterstattung zum Integrationsmonitoring der Länder	198
	Anhang 3: Die „Core Indicators“ der Europäischen Union	200
	Impressum	201

Zentrale Ergebnisse



Hessen ist ein vielfältiges, tolerantes und weltoffenes Land. Eine Leitlinie hessischer Politik ist, Leistung zu honorieren, gesellschaftlichen Aufstieg zu ermöglichen und Ausgrenzung zu vermeiden. Dies gilt gerade auch für Zugewanderte. Erfolgreiche Integrationspolitik trägt ganz wesentlich dazu bei, diesem Anspruch gerecht zu werden. Deshalb hat die Hessische Landesregierung der Integrationspolitik besondere Priorität eingeräumt und setzt vielfältige Maßnahmen zur Förderung der Integration ein.

Es liegt im Interesse einer langfristig erfolgreichen und nachhaltigen Integrationspolitik, den Verlauf der tatsächlichen Integration beobachten, messen und einschätzen zu können. Daher legt das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa im Jahr 2013 zum zweiten Mal einen Integrationsmonitor für Hessen vor, der eine Fortschreibung und Weiterentwicklung des Monitors 2010 darstellt.

Der hessische Integrationsmonitor 2013 liefert folgende zentrale Ergebnisse:

Bevölkerungsstand

- Jeder vierte Hesse hat einen Migrationshintergrund¹, dies sind 1,54 Mio. Menschen. Die Mehrzahl von ihnen, nämlich 862.000 Personen, besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit.
- Etwa zwei Drittel davon sind selbst zugewandert, ein Drittel ist hier geboren. Seit 2005 ist die Bevölkerung mit Migrationshintergrund um über 100.000 Personen angewachsen.
- Personen mit Migrationshintergrund sind im Schnitt deutlich jünger als die Gesamtbevölkerung. Von den Kindern unter 6 Jahren hat fast jedes zweite einen Migrationshintergrund. Ihr Anteil wird in Zukunft weiter zunehmen.

Zuwanderung

- Augenblicklich steigt die Zahl der Zuwanderer nach Hessen. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl ist Hessen unter den Flächenländern das beliebteste Bundesland für Zuwanderer. Zwei Drittel der ausländischen Neuzuwanderer stammen aus EU-Staaten, die meisten aus Polen, Rumänien und Bulgarien.
- Das moderate hessische Bevölkerungswachstum resultiert allein aus Zuwanderung; ohne diese würde die Einwohnerzahl abnehmen und die Bevölkerung schneller altern.
- Die meisten Drittstaatsangehörigen wandern zum Zweck der Erwerbstätigkeit sowie aus familiären Gründen nach Hessen ein. Hierunter fällt auch die sogenannte „Heiratsmigration“.
- Der Akademikeranteil² unter Neuzuwanderern liegt deutlich höher als bei der hessischen Gesamtbevölkerung. Andererseits ist auch der Anteil derjenigen ohne beruflichen Abschluss höher.
- Männliche Neuzuwanderer aus EU-Staaten finden offenbar am schnellsten eine Beschäftigung, sie weisen überdurchschnittliche Erwerbstätigenquoten auf.
- Die Mehrheit der hessischen Bevölkerung (mit und ohne Migrationshintergrund) spricht sich für eine gesteuerte Zuwanderung mit einer stärkeren Berücksichtigung leistungsstarker Zuwanderer aus.

¹ Ergebnisse des Mikrozensus 2011. Nach der Definition des Statistischen Bundesamtes zählen zu den Personen mit Migrationshintergrund „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“ (s. dazu auch Abschnitt 2.4; Statistisches Bundesamt 2012b: 6).

Im Dienste der besseren Lesbarkeit wird im Folgenden die männliche Form verwendet. Diese steht selbstverständlich für beide Geschlechter.

² bezogen auf Abschlüsse in den Herkunftsländern

Strukturelle Dimension

- Die Betreuungsquote von Kleinkindern mit Migrationshintergrund ist gestiegen. 2011 besuchten 12% der unter 3jährigen eine Kindertageseinrichtung, bei Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund waren es 21%. Mit zunehmendem Alter gleichen sich die Betreuungsquoten an: Von den 3- bis unter 6jährigen sind 90% der Kinder mit und 94% der Kinder ohne Migrationshintergrund in einer Kindertageseinrichtung.
- Der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund, die die Schule mit dem Abitur verlassen, steigt allmählich und beträgt augenblicklich 18%. Bei den Schülern ohne Migrationshintergrund liegt der Anteil mit 38% etwa doppelt so hoch. Gleichzeitig geht auch der Anteil derer, die keinen oder lediglich einen Hauptschulabschluss erreichen, allmählich zurück. 5% der Schüler mit und 2% der Schüler ohne Migrationshintergrund erreichen keinen Schulabschluss, 28% derjenigen mit und 16% derjenigen ohne Migrationshintergrund machen einen Hauptschulabschluss.
- Die Beteiligung am Erwerbsleben hat sich im Berichtszeitraum positiv entwickelt: 2011 waren 65% aller Personen mit Migrationshintergrund im erwerbsfähigen Alter erwerbstätig, dies sind sieben Prozentpunkte mehr als 2005. Jedoch sind sie häufiger befristet oder geringfügig beschäftigt. Die Arbeitslosenquote von Ausländern ist zwischen 2006 und 2011 von 22% auf 15% gesunken.
- Erstmals liegen vorläufige Daten zu Arbeitslosen mit Migrationshintergrund vor. Demnach hat fast jeder zweite Arbeitslose einen Migrationshintergrund.
- Das Armutsrisiko von Personen mit Migrationshintergrund hat seit 2005 um knapp drei Prozentpunkte abgenommen. Allerdings sind immer noch 27% dieser Gruppe armutsgefährdet, von den Personen ohne Migrationshintergrund hingegen nur 11%.

Soziale Dimension

- Personen mit Migrationshintergrund leben häufiger in einer Familie mit Kindern und seltener allein oder in Paargemeinschaften ohne Kinder. Damit korrespondiert eine höhere Geburtenziffer: Ausländerinnen bringen im Schnitt 1,8 Kinder zur Welt, unter deutschen Frauen liegt der Wert bei 1,3.
- Deutsche mit Migrationshintergrund machen etwa 12% der für den Bundestag und den Landtag Wahlberechtigten aus, die Tendenz ist steigend.

Kulturelle Dimension

- 80% aller Personen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, schätzen ihre Sprechkompetenz als gut oder sehr gut ein, bei der Schreibkompetenz sind es rund zwei Drittel.
- Die Hälfte aller Personen mit Migrationshintergrund spricht überwiegend Deutsch, 39% wechseln zwischen Deutsch und der Sprache ihres Herkunftslandes bzw. der ihrer Eltern. 9% sprechen überwiegend ihre Heimatsprache.
- Der Großteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (50%) ist evangelisch oder katholisch, 20% sind Muslime und 16% konfessionslos.

Identifikatorische Dimension

- Die überwiegende Mehrzahl (96%) aller Personen mit Migrationshintergrund gibt an, sich in Hessen wohlfühlen. Dies ist deutlich mehr als noch im Jahr 2011 (86%).

Fazit

Trotz immer noch bestehender struktureller Ungleichheiten zwischen den Bevölkerungsgruppen mit und ohne Migrationshintergrund zeichnet sich also in den meisten integrationspolitischen Themenfeldern eine positive Entwicklung ab. Die im ersten Betrachtungsjahr 2005 festgestellten Unterschiede zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund verringern sich bei den meisten Indikatoren langsam, aber stetig.

25.698
16.420
12.320
18.824
%

Grundlagen des Hessischen Integrationsmonitors



2.1 Was leistet der Hessische Integrationsmonitor?

Ziel der Integrationspolitik der Hessischen Landesregierung ist es, Zugewanderten mit Bleibeperspektive gleiche Bildungs- und Berufschancen zu eröffnen und sie umfassend am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zu beteiligen. Dazu zählen der gleichberechtigte Zugang zu den hessischen Institutionen und die gesellschaftliche Teilhabe als Voraussetzung erfolgreicher Integration.

Integration kann nur gelingen, wenn sie der gesellschaftlichen Vielfalt Rechnung trägt. Vielfalt ist von besonderer Bedeutung für unser international ausgerichtetes Land. Dazu zählt auch die interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung sowie kommunaler und sozialer Einrichtungen.

Der Hessische Integrationsmonitor will Integration sichtbar machen. Monitoring bedeutet „Beobachtung“. Es erlaubt, bestimmte Entwicklungen durch wiederholte Messungen und die Abbildung von Zeitreihen kontinuierlich zu verfolgen und eventuelle Fehlentwicklungen zu erkennen (Worbs/Friedrich 2008: 265).

Der Hessische Integrationsmonitor soll zeigen, inwieweit sich die Partizipation von Zugewanderten in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen im Lauf der Zeit entwickelt hat und inwieweit sich Vielfalt im gesellschaftlichen Leben und den Institutionen widerspiegelt. Dies ist allerdings nur für Bereiche möglich, zu denen hinreichend aussagekräftige Daten vorhanden sind. Integration ist darüber hinaus ein äußerst vielschichtiger gesellschaftlicher Prozess, der durch Monitoring nur teilweise erfasst werden kann.

Monitoring ermöglicht für sich genommen keine Ursachen-Wirkungs-Analyse. Es kann zwar Grundlage einer systematischen Berichterstattung oder der Evaluation integrationspolitischer Maßnahmen sein, ist jedoch nicht mit Evaluierung gleichzusetzen (ausführlich dazu Filsinger 2008: 41ff.).

2.2 Was ist neu im Hessischen Integrationsmonitor 2013?

Eine zentrale Ergänzung hat der Hessische Integrationsmonitor durch die erstmalige Aufnahme eines eigenen Start-Indikatorensets für das hessische Zuwanderungsgeschehen gefunden (Abschnitt 3.3). Er greift damit eine Handlungsempfehlung der Fachkräftekommission Hessen aus dem Jahr 2012 auf, die sich im Rahmen der Strategieentwicklung zur Bewältigung der sich abzeichnenden Fachkräfteengpässe auch dafür aussprach, eine Datenbasis zur Beobachtung des Wanderungsgeschehens von und nach Hessen zu schaffen.

Im Interesse der Leserinnen und Leser wurde ansonsten die Struktur des Hessischen Integrationsmonitors 2010 weitgehend beibehalten. Da der Aufbau des Monitors jedoch ein fortschreitender Prozess ist, wurden einige Änderungen vorgenommen:

- Alle Indikatoren des Hessischen Integrationsmonitors sind graphisch dargestellt und in den Abschnitten „Integration“ (Abschnitte 3.4 bis 3.7) nun in der Regel für drei Messzeitpunkte ausgewiesen, damit ein möglicher Trend sichtbar wird. Bei einigen Indikatoren, die größeren jährlichen Schwankungen unterliegen können (z. B. Wanderungen), sind alle Berichtsjahre abgebildet. Zur leichteren Verständlichkeit der Graphiken sind gegenüber dem Monitor von 2010 manche Indikatoren in ihrem Informationsgehalt reduziert (z. B. indem auf die Differenzierung nach Geschlecht verzichtet wird). Ergänzende Graphiken bilden Fakten ab, die für eine vertiefte Diskussion wichtig erscheinen. In Anhang 1 finden sich ausführliche Tabellen – auch mit absoluten Zahlen. Um eine detaillierte Auseinandersetzung mit der jeweiligen Thematik zu ermöglichen, werden zu jedem Indikator aktualisierte Literaturhinweise angeboten.
- Einige neue Indikatoren fanden Eingang in den Hessischen Integrationsmonitor, andere wurden aus methodischen Gründen gestrichen: Gegenüber dem Integrationsmonitor 2010 sind als zusätzliche Indikatoren z. B. die Erwerbsquote (B11) und die Beschäftigung im öffentlichen Dienst (B16) eingefügt worden. Die Einbürgerungsquote (A4) wurde um Informationen zum ausgeschöpften Einbürgerungspotenzial ergänzt. Die Indikatoren zum Themenfeld Wohnen (Wohnfläche je Familienmitglied und Eigentümerquote) konnten aus methodischen Gründen³, die Weiterbildungsbeteiligung (B8) mangels Daten für 2011 nicht fortgeschrieben werden.
- Um den Aufbau stringenter zu gestalten, sind einzelne Indikatoren umbenannt oder umsortiert, so beispielsweise die Indikatoren zu Einstellungen und Meinungen und die Wahlberechtigung von Deutschen mit Migrationshintergrund.
- Für einige Indikatoren hat sich seit dem letzten Monitor die Datenlage verbessert. Hier ist hervorzuheben, dass in Hessen die Schülerschaft an allgemeinbildenden Schulen nunmehr nach Migrationshintergrund differenziert werden kann (Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2012a). Die Bundesagentur für Arbeit (2012a) hat erstmalig vorläufige Daten für Arbeitslose mit Migrationshintergrund veröffentlicht. Für das Themenfeld der Religion und den Bereich „Lebensgefühl in unserem Land“ stehen nun Daten zur Verfügung, die in repräsentativen Umfragen für das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa erhoben worden sind.

³ Die Angaben zur Wohnsituation werden nur alle vier Jahre im Mikrozensus erhoben. Ein Vergleich der Ergebnisse aus den Erhebungen 2010 und 2006 ist aufgrund von Änderungen der Fragestellung, der Hochrechnung und des Plausibilisierungsverfahrens nicht möglich (Statistisches Bundesamt 2012c: 5).

2.3 Wie geht der Hessische Integrationsmonitor vor?

Zunächst fächert der Hessische Integrationsmonitor den gesellschaftlichen Integrationsprozess in verschiedene Komponenten auf, sogenannte „**Dimensionen**“ der **Integration**⁴: Er unterscheidet zwischen **struktureller Integration** (z. B. Zugang zu den Kernstrukturen der Aufnahmegesellschaft in Schlüsselbereichen wie Bildung und Arbeitsmarkt), **sozialer Integration** (wie privates soziales Umfeld, binationale Partnerschaften, Einbindung ins Vereinsleben), **kultureller Integration** (u. a. Erwerb der Landessprache, Kenntnis der sozialen und kommunikativen Gewohnheiten in der Aufnahmegesellschaft, Wertvorstellungen) und schließlich **identifikatorischer Integration** (lokales, regionales, nationales oder binationales Zugehörigkeitsgefühl).

Der Hessische Integrationsmonitor identifiziert die jeweils maßgeblichen Handlungs- oder Themenfelder einschließlich der Festlegung der Merkmale des „Integrationsfortschritts“. Darauf baut die Ableitung von Indikatorensets auf, die durch die Kombination geeigneter Einzelindikatoren die Integration im jeweiligen Feld (z. B. Erwerbsleben) beschreiben und ihre Entwicklung in Zeitreihen abbilden können.

⁴ Dieses Konzept geht u.a. zurück auf Heckmann (z. B. Heckmann 1997). Schon in den Leitlinien und Handlungsempfehlungen für kommunale Integrationsprozesse in Hessen wurde zwischen dem Hessischen Städtetag, dem Hessischen Städte- und Gemeindebund, dem Hessischen Landkreistag und der Hessischen Landesregierung 2007 verabredet, das Konzept der vier Dimensionen aufzugreifen.

Die folgende Graphik verdeutlicht die Ableitung von Indikatoren nach der eben beschriebenen Vorgehensweise:

Sozialer Prozess	Dimensionen	Themenfelder (Auswahl)	Indikatoren (Beispiele)
Integration	strukturell	Zugang zu Bildung	Schulbesuch nach Migrationshintergrund Ausbildungsbeteiligungsquote nach Migrationshintergrund
		Zugang zu Erwerbsarbeit	Erwerbsquote nach Migrationshintergrund
		Partizipation an Erwerbsarbeit	Arbeitslosenquote nach Migrationshintergrund
	sozial	Lebensformen	Kinderzahl je Frau nach Migrationshintergrund
		Gesundheit	subjektives Gesundheitsempfinden nach Migrationshintergrund
		Bürgerschaftliches Engagement	Mitarbeit in Vereinen, Gremien etc. nach Migrationshintergrund
		Kriminalität	Anteil der Verurteilten nach Migrationshintergrund
	kulturell	Sprache	eigene Sprachstandseinschätzung von Personen mit Migrationshintergrund
	identifikatorisch	Zugehörigkeitsgefühl	Lebensgefühl in Hessen

Idealtypische Ableitung einzelner Indikatoren in verschiedenen Themenfeldern

Indikatoren wiederum setzen sich aus einer oder mehreren statistischen Kennziffern zusammen. Dabei spielen Verhältniszahlen in Form von Quoten, also dem Anteil von Personen an einer Grundgesamtheit, eine besondere Rolle.

Ferner können die hier vorgestellten Indikatoren folgenden Kategorien zugeordnet werden: Ein Teil der Indikatoren lässt sich als „Vergleichsindikatoren“ bezeichnen, nämlich diejenigen, für die Referenzwerte berechnet werden können (z. B. für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund gegenüber der ohne Migrationshintergrund). Damit soll geprüft werden, ob und inwieweit sich Partizipationsmöglichkeiten der Zugewanderten in gesellschaftlichen Schlüsselbereichen durch Angleichung realisiert haben. Zweitens werden „Optimierungsindikatoren“ genutzt, für die sich keine Referenzgrößen berechnen lassen, die aber eine integrationspolitisch relevante Entwicklung abbilden (wie bspw. die Zahl der Einbürgerungen). Eine dritte Kategorie von Indikatoren fungiert als „Vielfaltsindikatoren“ (z. B. die Lebensformen in der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund). Sie geben Hinweise auf die Pluralisierung der hessischen Gesellschaft.

Dabei enthält der Hessische Integrationsmonitor eine Erweiterung des zwischen den Bundesländern vereinbarten Indikatorensets, das sehr stark auf die strukturelle Integration fokussiert (Integrationsministerkonferenz 2010, 2011, 2013)⁵. Das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (HMdJIE) ergänzt das ihm zugrundeliegende Konzept um die vier Dimensionen der Integration und versucht, auch andere Themenfelder der Integration mit eigenen Indikatoren unter Verwendung ergänzender Datenquellen zu erschließen. Im nächsten Kapitel wird das hessische Indikatorenset – soweit möglich – für die Jahre 2005, 2009 und 2011 ausgewiesen. Damit folgt der Hessische Integrationsmonitor der Empfehlung der Integrationsministerkonferenz (dazu Integrationsministerkonferenz 2013).

In der Regel greift ein Monitor auf bereits verfügbare Daten zu. Monitoring gewinnt jedoch deutlich an Aussagekraft, wenn zusätzlich Primärdaten erhoben werden können. Ob sich dies realisieren lässt, ist jedoch vor allem eine Frage der verfügbaren Ressourcen. Das Hessische Integrationsministerium hat versucht, die bereits bestehende Datenbasis durch gezielte Erhebungen zu verbreitern.

⁵ Die Berichte zum Integrationsmonitoring der Länder werden von der Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ der Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder (IntMK) verfasst und von dieser Konferenz herausgegeben.

2.4 Welche Datenquellen werden genutzt?

Hauptdatenbasis für das Integrationsmonitoring auf Landesebene ist der **Mikrozensus**, der von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder erstellt wird. Dabei handelt es sich um die jährliche Befragung einer repräsentativen Mehrzweckstichprobe von 1% der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland (etwa 370.000 Haushalte mit ca. 830.000 Personen), die seit 1957 durchgeführt wird. „Zweck des Mikrozensus ist es, statistische Angaben in tiefer fachlicher Gliederung über die Bevölkerungsstruktur, die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung, der Familien und der Haushalte, den Arbeitsmarkt, die berufliche Gliederung und die Ausbildung der Erwerbsbevölkerung sowie die Wohnverhältnisse bereitzustellen“ (§ 1 II Mikrozensusgesetz 2005). Seit 2005 können die Daten nach Migrationshintergrund differenziert werden. Da die Teilnahme an der Befragung verpflichtend ist, kann man hier von einer sehr guten Datenbasis ausgehen. Für Hessen werden die Daten vom Hessischen Statistischen Landesamt bereitgestellt.

Daneben werden folgende **weitere Datenquellen** für das Monitoring herangezogen:

Die **Arbeitslosenstatistik** der Bundesagentur für Arbeit erfasst alle arbeitslos gemeldeten Personen bis zum Rentenalter. Sie differenziert bislang nach Staatsangehörigkeit, doch werden seit 2011 Arbeitslose in allen Agenturen für Arbeit und Jobcentern im Wege einer freiwilligen Erhebung nach ihrem Migrationshintergrund befragt. Bis zum September 2012 waren bundesweit etwa 85% der arbeitslos Gemeldeten in die Erhebung einbezogen worden (Bundesagentur für Arbeit 2012a).

Die **Asylgeschäftsstatistik** des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge enthält Informationen zu den gestellten Asylanträgen (Erst- und Folgeanträge) sowie den Entscheidungen über Asylanträge.

Die Angaben des **Ausländerzentralregisters** (AZR) basieren auf den Meldungen der Ausländerbehörden. Es erfasst Daten über Ausländer, die sich länger als drei Monate in Deutschland aufhalten. Eingebürgerte und Doppelstaatler werden nicht erfasst. Durch zeitliche Verzögerungen der Meldungen über Zu- und Abgänge können am Auszählungstichtag nicht alle Veränderungen vollzählig abgebildet worden sein.

Die **Berufsbildungsstatistik** des Statistischen Bundesamtes ist eine Vollerhebung mit Auskunftspflicht. Erfasst werden Jugendliche mit Ausbildungsvertrag, die sich zum Stichtag (31. Dezember) in einer Ausbildung im Dualen System (betriebliche und schulische Ausbildung) befinden. Die Statistik liefert auch Daten zu Verträgen und Prüfungen. Eine Differenzierung nach Migrationshintergrund kann nicht vorgenommen werden.

Die **Beschäftigtenstatistik** der Bundesagentur für Arbeit basiert auf einer Vollerhebung. Grundlage sind die Meldungen über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die die Arbeitgeber an die Sozialversicherungsträger abgeben. Aus den gemeldeten Daten werden die amtlichen Stichtagsdateien erstellt. Die Statistik erfasst jedoch nicht alle Erwerbstätigen, da Beamte, Selbstständige und geringfügig Beschäftigte nicht in einem Arbeitsverhältnis stehen, das der Sozialversicherungspflicht unterliegt. Es wird davon ausgegangen, dass die Beschäftigtenstatistik etwa drei Viertel aller Erwerbstätigen berücksichtigt. Da die Daten nicht anonymisiert sind, werden sie in ihrer Gesamtheit nur den Mitarbeitern der Bundesagentur für Arbeit zugänglich gemacht. Einige Daten werden regelmäßig in aggregierter Form veröffentlicht. Die Statistik differenziert nach Staatsangehörigkeit.

Die Einwohnerzahlen aus der **Bevölkerungsfortschreibung** basieren auf dem bei der Volkszählung 1987 ermittelten Bevölkerungsstand, der anhand der Bewegungsdaten (Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortgezogene) fortgeschrieben wird. Diese Statistik liegt für Deutsche und Nichtdeutsche vor.

Die vom Statistischen Bundesamt erstellte **Einbürgerungsstatistik** liefert Zahlen zu den jährlichen Einbürgerungen vormals ausländischer Bürger, die auf Meldungen der Einbürgerungsbehörden basieren.

Die **Geburtenstatistik** ist eine Vollerhebung mit Auskunftspflicht. Geburten werden nach dem Bundesland nachgewiesen, in dem die Mutter ihren Wohnsitz hat. Die Statistik liegt für Deutsche und Ausländer vor.

Die von der Bundesagentur für Arbeit bereitgestellte **Grundsicherungsstatistik** gibt Auskunft über die Anzahl der hilfebedürftigen Personen und ihren Leistungsbezug nach dem SGB II. Eine Einbeziehung des Merkmals Migrationshintergrund ist in Vorbereitung.

Die **Hochschulstatistik** des Statistischen Bundesamtes bietet grundlegende Informationen für die Planung des Hochschulwesens. Die Daten werden von den Hochschulen geliefert. Zentral sind die Angaben zu den Studierenden (z. B. Alter und Geschlecht) sowie zu ihrer fachlichen Ausrichtung. Allerdings werden sie nur nach Deutschen sowie Bildungsinländern und Bildungsausländern differenziert.

Die **Kinder- und Jugendhilfestatistik** der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wird seit 2006 jährlich erstellt. Neben den Angaben zu dem am Stichtag (1. März) in den Tageseinrichtungen tätigen Personal erfasst sie Individualdaten zu den dort betreuten Kindern. Seit 2006 wird auch der Migrationshintergrund erhoben, indem

gefragt wird, ob mindestens ein Elternteil des Kindes ausländischer Herkunft ist. Zusätzlich wird bei jedem Kind aufgezeichnet, ob zu Hause überwiegend deutsch gesprochen wird.

In der **Polizeilichen Kriminalstatistik** des Bundeskriminalamtes bzw. der Landeskriminalämter werden die von den Polizeidienststellen bearbeiteten (Straf-)Taten einschließlich der strafbaren Versuche sowie die ermittelten Tatverdächtigen erfasst. Sie dient der Beobachtung der Kriminalität und einzelner Deliktsarten sowie des Umfangs und der Zusammensetzung des Kreises der Tatverdächtigen. Die Statistik liegt für Deutsche und Ausländer vor.

Die **Schulstatistik**, die vom Hessischen Statistischen Landesamt bereitgestellt wird, unterscheidet zwischen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. Sie weist Daten zu Schulen, Klassen, Schülern, Absolventen, Lehrkräften und Unterrichtsstunden aus. In Hessen werden Daten zur Schulbildung in der sog. Lehrer- und Schüler-Datenbank (LUSD) erfasst. Diese bietet eine Vollerhebung mit differenzierten Schülerdaten.⁶ Seit dem Schuljahr 2009/2010 werden die Schüler an allgemeinbildenden Schulen nicht nur nach Staatsangehörigkeit, sondern auch nach Migrationshintergrund ausgewiesen.

Die **Sterbefallstatistik** ist eine Vollerhebung. Grundlage sind die Meldungen, die vom Standesbeamten abgegeben werden, in dessen Standesamtsbezirk sich der Sterbefall ereignet hat. Die Statistik liegt für Deutsche und Ausländer vor.

Die **Strafverfolgungsstatistik** liefert Angaben über die Anwendung der Strafbestimmungen durch deutsche Gerichte und über die Straffälligkeit verschiedener Personengruppen. Es werden alle nach strafrechtlichen Vorschriften der Bundes- oder Landesgesetze Verurteilten erfasst.

⁶ www.lusdportal.hessen.de

Gleichzeitig wird der Grund der Verurteilung ausgewiesen. Die Statistik basiert auf den Verwaltungsdaten der Strafvollstreckungsbehörden, die nach Staatsangehörigkeit differenzieren.

Die **Wanderungsstatistik** beruht auf den An- und Abmeldungen, die bei einem Wohnungswechsel von den Meldebehörden registriert werden. Diese werden monatlich erhoben und nach Deutschen und Ausländern differenziert.

Ergänzend werden im Hessischen Integrationsmonitor Daten aus **repräsentativen Erhebungen für Hessen** verwendet. Im Auftrag des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa hat TNS Emnid in den Jahren 2011 und 2013 eine repräsentative telefonische Befragung der hessischen Bevölkerung durchgeführt.⁷ Die Zahl der Nettointerviews betrug jeweils 1.000. Themenbereiche waren zum einen die Meinungen zu Integration und Zuwanderung, zum anderen Religion, Religiosität und Religionsausübung. Gleichzeitig wurde eine Frage zum Lebensgefühl in Hessen gestellt (Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2011a und 2013b).

Für den Hessischen Integrationsmonitor werden zusätzlich Daten des **Sozioökonomischen Panels (SOEP)** verwendet. Hierbei handelt es sich um eine beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) angesiedelte jährliche Wiederholungsbefragung von 12.290 privaten Haushalten mit gut 21.230 Personen⁸ (Stand 2011), die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 auch in den neuen Bundesländern durchgeführt wird.

Neben regelmäßig gestellten Fragen zu Themenbereichen wie z. B. Haushaltszusammensetzung, Erwerbs- und Familienbiographie, Erwerbsbeteiligung und beruflicher Mobilität, Einkommensverläufen, Gesundheit und Lebenszufriedenheit enthalten die Fragebögen auch jährlich wechselnde Module zu bestimmten Schwerpunktthemen. Das SOEP kann – anders als fast alle zuvor vorgestellten Datenquellen – Aussagen zu Aspekten der kulturellen, sozialen und identifikatorischen Integration sowie zur Vielfalt in der hessischen Gesellschaft liefern. Aufgrund der Panelgröße erlaubt die Auswertung des SOEP für Hessen jedoch lediglich Tendaussagen, weshalb auch keine Nachkommastellen ausgewiesen sind. Die SOEP-Daten lassen sich nach Staatsangehörigkeit oder Migrationshintergrund differenzieren. Für eine weitere Untergliederung sind die Fallzahlen zu gering.

Obwohl also verschiedene Datenquellen vorliegen, muss die Datenlage im Hinblick auf Migration und Integration insgesamt als lückenhaft eingeschätzt werden: Zum einen liegen vielen statistischen Quellen unterschiedliche Definitionen zugrunde oder die Daten sind nur für Ausländer und nicht für Personen mit Migrationshintergrund erhoben, zum anderen lassen sich zahlreiche gesellschaftliche und integrationsrelevante Entwicklungen statistisch überhaupt nicht abbilden.

⁷ Die Befragungen waren in sog. Omnibuserhebungen eingebettet. Darunter ist eine Mehrthemenbefragung zu verstehen, die mehreren Auftraggebern die Möglichkeit bietet, sich mit eigenen Fragen in den Standardfragebogen eines Forschungsinstitutes einzubinden, was vergleichsweise kostengünstig ist und sich vor allem bei kleineren Frageblöcken anbietet. Teilweise lassen sich durch Omnibusbefragungen auch Verzerrungen durch Verweigerung aufgrund möglicher emotionaler Widerstände gegen die Thematik umgehen.

⁸ 2011 wurden in Hessen 1446 Personen befragt, davon 298 mit Migrationshintergrund.

⁹ Eine ausführliche Darstellung verschiedener in der amtlichen Statistik verwendeter Definitionen des Migrationshintergrundes findet sich bei: Verband Deutscher Städtestatistiker (2013).

2.5 Was ist ein „Migrationshintergrund“?

Die meisten amtlichen Datenquellen differenzieren nur nach Staatsangehörigkeit. Damit können aber viele Zuwanderungsgruppen nicht erfasst werden, z. B. Spätaussiedler, Eingebürgerte sowie Kinder von Zugewanderten, die die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten (sog. „Optionskinder“). Aus diesem Grund wurde das Konzept des Migrationshintergrundes entwickelt, das vom Mikrozensus und einigen anderen Datenquellen verwendet wird, wobei jedoch zum Teil differierende Definitionen vorliegen.

Das Statistische Bundesamt definiert den im Mikrozensus abgefragten Migrationshintergrund wie folgt: Zu den Personen mit Migrationshintergrund zählen „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“ (Statistisches Bundesamt 2012b: 6).

Aufgrund der Datenlage basieren also im Integrationsmonitoring einige Indikatoren auf dem Ausländerkonzept, andere hingegen auf dem Konzept des Migrationshintergrundes. Eine kohärente Berichterstattung wäre möglich, wenn sämtlichen für die Integrationspolitik relevanten Statistiken das Konzept des Migrationshintergrundes zugrunde liegen würde. Dabei sollte gleichzeitig eine einheitliche Definition gewählt werden (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2012: 303).

Anzumerken ist, dass das Konzept des Migrationshintergrundes nicht unumstritten ist (z. B. ebda.). Es greift zu kurz, pauschal von der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zu sprechen. Diese Bevölkerungsgruppe ist in sich sehr heterogen, z. B. hinsichtlich des Herkunftslandes, der Aufenthaltsdauer in Deutschland, der Sprachkenntnisse usw. Diese undifferenzierte Betrachtung wird teilweise als defizitär und stigmatisierend wahrgenommen, da sie einen Integrationsbedarf signalisiert, der in vielen Fällen gar nicht gegeben ist. In der Tat unterscheiden sich verschiedene Herkunftsgruppen sehr voneinander. Einige schneiden hinsichtlich Bildungserfolg, andere hinsichtlich der Arbeitsmarktbeteiligung auch besser ab als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.¹⁰

Generell sind es sozioökonomische Faktoren wie das Bildungsniveau, der berufliche Status und das Einkommen, die bei der Gesamtheit der Personen mit Migrationshintergrund im Durchschnitt niedriger sind und folglich einen signifikanten Einfluss auf das schlechtere Abschneiden von Migranten in vielen integrationspolitischen Themenfeldern haben. Einige Gruppen hingegen sind selbst bei ungünstiger sozioökonomischer Ausgangslage tendenziell sehr erfolgreich. Wünschenswert wäre daher eine stärkere Differenzierung als es die derzeitige Datenlage erlaubt.

¹⁰ So finden sich im deutschlandweiten Vergleich die höchsten Anteile von Gymnasiasten mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Thüringen (45,6%), Mecklenburg-Vorpommern (45,0%), Sachsen (40,7%) und Sachsen-Anhalt (35,0%; Integrationsministerkonferenz 2013: 45). Vor allem, da sich die Zuwanderungssteuerung in der ehemaligen DDR von der in der alten Bundesrepublik erheblich unterschied (z. B. viele vietnamesische Vertragsarbeiter), haben die neuen Bundesländer heute noch eine andere Struktur der zugewanderten Bevölkerung als die alten Bundesländer (zu den besseren Bildungsergebnissen s. Weiss 2010).

Indikatoren des Hessischen Integrationsmonitors

3

%



3.1 Übersicht

Die folgende Abbildung gibt einen Überblick über die Systematik der verwendeten Indikatoren und verweist auf die jeweilige Fundstelle in diesem Bericht.

Bevölkerungsstand		
A1	Hessische Bevölkerung	S. 26
A2	Ausländische Bevölkerung in Hessen	S. 27
A3	Ausländische Bevölkerung nach Aufenthaltsstatus	S. 28
A4	Einbürgerung	S. 29
Zuwanderung		
Z1	Zu- und Fortzüge nach bzw. aus Hessen	S. 32
Z2	Staatsangehörigkeit der Zugewanderten	S. 35
Z3	Altersstruktur der Zugewanderten	S. 38
Z4	Zuwanderung nach Aufenthaltszweck	S. 39
Z5	Zuwanderung zum Zweck der Erwerbstätigkeit	S. 41
Z6	Berufliche Qualifikation von Neuzuwanderern	S. 43
Z7	Erwerbstätigenquote von Neuzuwanderern	S. 45
Z8	Zuwanderung zum Zweck des Studiums	S. 47
Z9	Zuwanderung aus familiären Gründen (Ehegatten- und Familiennachzug)	S. 49
Z10	Asylzuwanderung	S. 51
Z11	Einstellung zu verschiedenen Zuwanderungsregelungen	S. 53
Z12	Einschätzung der Fachkräftezuwanderung	S. 55
Z13	Sorgen wegen Zuwanderung	S. 56
Strukturelle Dimension		
Frühkindliche Bildung		
B1	Betreuungsquote in Kindertageseinrichtungen	S. 58
B2	Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache in Kindertageseinrichtungen	S. 60
Schulische Bildung		
B3	Schüler in der 8. Klasse nach Schulformen	S. 61
B4	Schulentlassene	S. 64
Berufsqualifizierende Bildung		
B5	Ausbildungsbeteiligungsquote	S. 67
B6	Auszubildende nach Ausbildungsbereichen	S. 69
B7	Studierende	S. 71
B8	Weiterbildungsbeteiligung	S. 73
Bildungsstand der Bevölkerung		
B9	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss	S. 74
B10	Höchster beruflicher Abschluss	S. 76
Erwerbstätigkeit		
B11	Erwerbsquote	S. 79
B12	Erwerbstätigenquote	S. 80
B13	Einschätzung der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes	S. 82
Beschäftigungsverhältnisse		
B14a	Atypische Beschäftigung	S. 83
B14b	Geringfügige Beschäftigung	S. 83

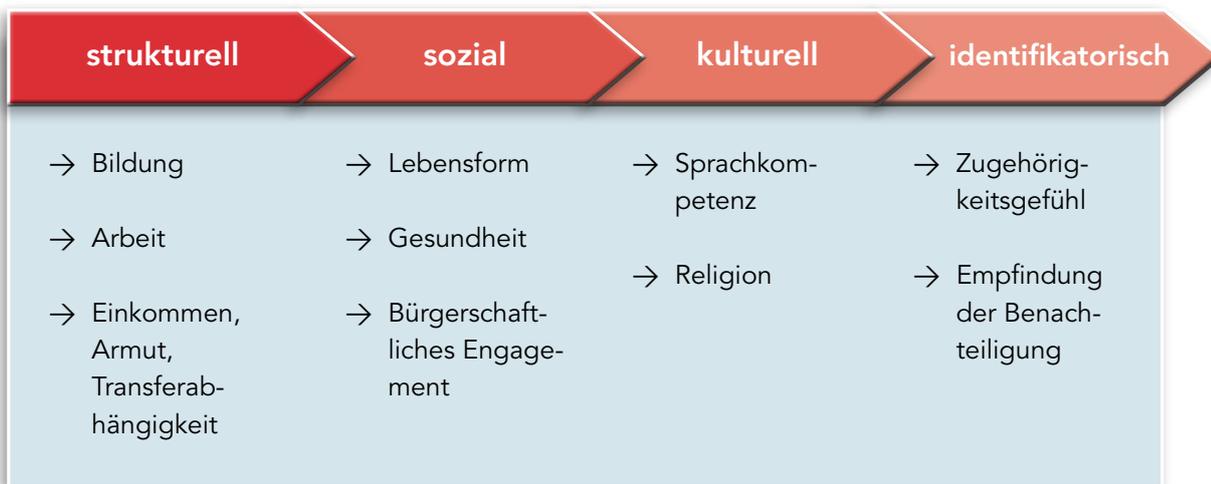
Strukturelle Dimension		
Beruflicher Status		
B15	Stellung im Beruf	S. 85
B16	Erwerbstätige im Öffentlichen Dienst	S. 86
Beschäftigungslosigkeit		
B17	Erwerbslosenquote (ILO-Konzept)	S. 87
B18	Arbeitslosenquote	S. 88
Einkommen, Armut, Transferabhängigkeit		
B19	Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts	S. 90
B20	Nettoeinkommen von Familien	S. 92
B21	Armutsrisikoquote	S. 93
B22	Einstellung zur eigenen wirtschaftlichen Situation	S. 95
Soziale Dimension		
Lebensformen		
C1	Zusammenleben in Privathaushalten	S. 97
C2	Kinderzahl je Frau	S. 99
C3	Private Kontakte	S. 100
Gesundheit		
C4	Subjektives Gesundheitsempfinden	S. 102
C5	Gesundheitsförderndes Handeln	S. 103
Bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation		
C6	Bürgerschaftliches Engagement	S. 105
C7	Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund	S. 107
C8	Politisches Engagement	S. 108
Kriminalität		
C9	Tatverdächtige	S. 110
C10	Verurteilte	S. 111
Kulturelle Dimension		
Sprachkompetenz Deutsch		
D1	Kenntnis der deutschen Sprache	S. 113
D2	Gebrauch der deutschen Sprache	S. 114
Religion		
D3	Religionszugehörigkeit	S. 116
D4	Religiosität	S. 118
D5	Religionsausübung	S. 119
Identifikatorische Dimension		
Gefühl der Zugehörigkeit		
E1	Lebensgefühl in Hessen	S. 121
E2	Gefühl, Deutsche(r) zu sein	S. 122
Gefühl der Ausgrenzung		
E3	Sorgen wegen Ausländerfeindlichkeit	S. 124
E4	Erfahrung von Benachteiligung aufgrund der Herkunft	S. 125

Die Integrationsindikatoren weisen eine unterschiedliche „Schärfe“ auf, was mit der Datenlage und den verschiedenen Erhebungsformen zusammenhängt. Als besonders exakt können Indikatoren angesehen werden, die auf einer Vollerhebung basieren. Bei Stichprobenerhebungen ist die Genauigkeit eines Indikators vor allem abhängig von der Größe und Auswahl der Stichprobe.

Die Indikatoren der kulturellen sowie der identifikatorischen Dimension werden mit dem SOEP bzw. mit für das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa von einem Meinungsforschungsinstitut erhobenen Daten (Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2011a, 2013b) berechnet.¹¹ Diese basieren also auf kleineren Stichproben.¹²

Die Indikatoren der strukturellen Dimension werden überwiegend mit in Vollerhebungen (z. B. Schulstatistik) oder großen Stichproben (Mikrozensus) gewonnenen Daten berechnet. Für die Indikatoren der sozialen Dimension kann eine Vielzahl vorhandener Datenquellen genutzt werden.

Somit weisen die Indikatoren der strukturellen Dimension tendenziell eine größere Schärfe auf als die der sozialen Dimension und vor allem die der kulturellen sowie der identifikatorischen Dimension, wie folgende Abbildung veranschaulicht:



Das Schärfenspektrum des Hessischen Integrationsmonitors

3.2 Bevölkerungsstand

Die Indikatoren zum Bevölkerungsstand umfassen demographische Kennzahlen zur Zusammensetzung der Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund, Ausländer nach Aufenthaltstiteln sowie die Einbürgerungsquote.

Die Struktur der Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund bzw. der Ausländer – z. B. im Hinblick auf das Alter – ist bei der Interpretation der Indikatoren zu berücksichtigen, weil sie auf die gesellschaftliche Teilhabe in verschiedenen Themenfeldern Einfluss haben kann.

¹¹ Bei Stichprobenerhebungen stellt sich generell die Frage, inwieweit die aus der Stichprobe gewonnenen Erkenntnisse auf die Grundgesamtheit übertragen werden können. Mit Hilfe von Schätzverfahren wird versucht, Aussagen über einzelne Parameter der Grundgesamtheit zu treffen. Ausgehend von dem Stichprobenergebnis wird ein Konfidenzintervall bestimmt, in dem der zu schätzende Parameter der Grundgesamtheit mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit liegt (üblich ist eine Sicherheit von 95% oder von 99%).

¹² Zur Kontrolle der Ergebnisse aus dem SOEP wurden alle Kennzahlen zusätzlich auch für die alten Bundesländer (ohne Hessen und Berlin) ausgewertet und mit den eigentlichen Indikatoren abgeglichen, was Hinweise auf die Kohärenz der hessischen Ergebnisse liefert (s. dazu den Tabellenteil im Anhang).

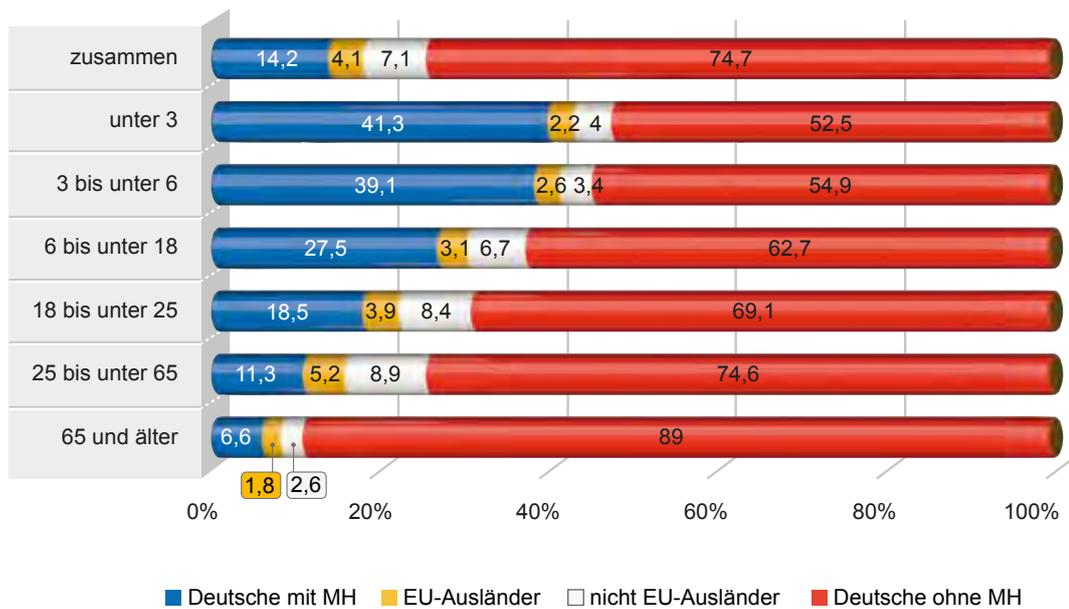
A1 Hessische Bevölkerung (IntMK A1)

Definition

Zusammensetzung der hessischen Bevölkerung nach Migrationshintergrund bzw. Staatsangehörigkeit und Altersgruppen

Datenquelle

Mikrozensus



Bevölkerung nach Migrationshintergrund (MH) und Altersgruppen (2011, in %)

In Hessen leben rund 6,092 Millionen Menschen (Ergebnis der Bevölkerungsfortschreibung 2011). Von 2005 bis 2009 war die Einwohnerzahl leicht rückläufig, seit 2009 ist wieder ein leichtes Bevölkerungswachstum zu verzeichnen. Im Zeitverlauf verändert sich die Bevölkerung in ihrer Struktur: Während die Zahl der Personen ohne Migrationshintergrund im gesamten betrachteten Zeitraum leicht abgenommen hat, ist die der Personen mit Migrationshintergrund gewachsen. Ihr Anteil an der hessischen Gesamtbevölkerung hat sich zwischen 2005 und 2011 von 23,5% auf 25,3% erhöht. Die Zahl der Deutschen mit Migrationshintergrund ist gestiegen, auch die der EU-Ausländer, während die der Nicht-EU-Ausländer gesunken ist. Rund zwei Drittel aller Personen mit

Migrationshintergrund sind selbst zugewandert, ein Drittel ist in Deutschland geboren (s. dazu Tabelle A1 im Anhang).

Wie die Abbildung zeigt, ist die Bevölkerung mit Migrationshintergrund durchschnittlich jünger als die ohne Migrationshintergrund. Daher ist auch für die nächsten Jahre von einer Zunahme des Anteils dieser Gruppe an der Gesamtbevölkerung auszugehen.

Weiterführende Literatur

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013a); Statistisches Bundesamt (2012b)

→ Tabellen A1 im Anhang

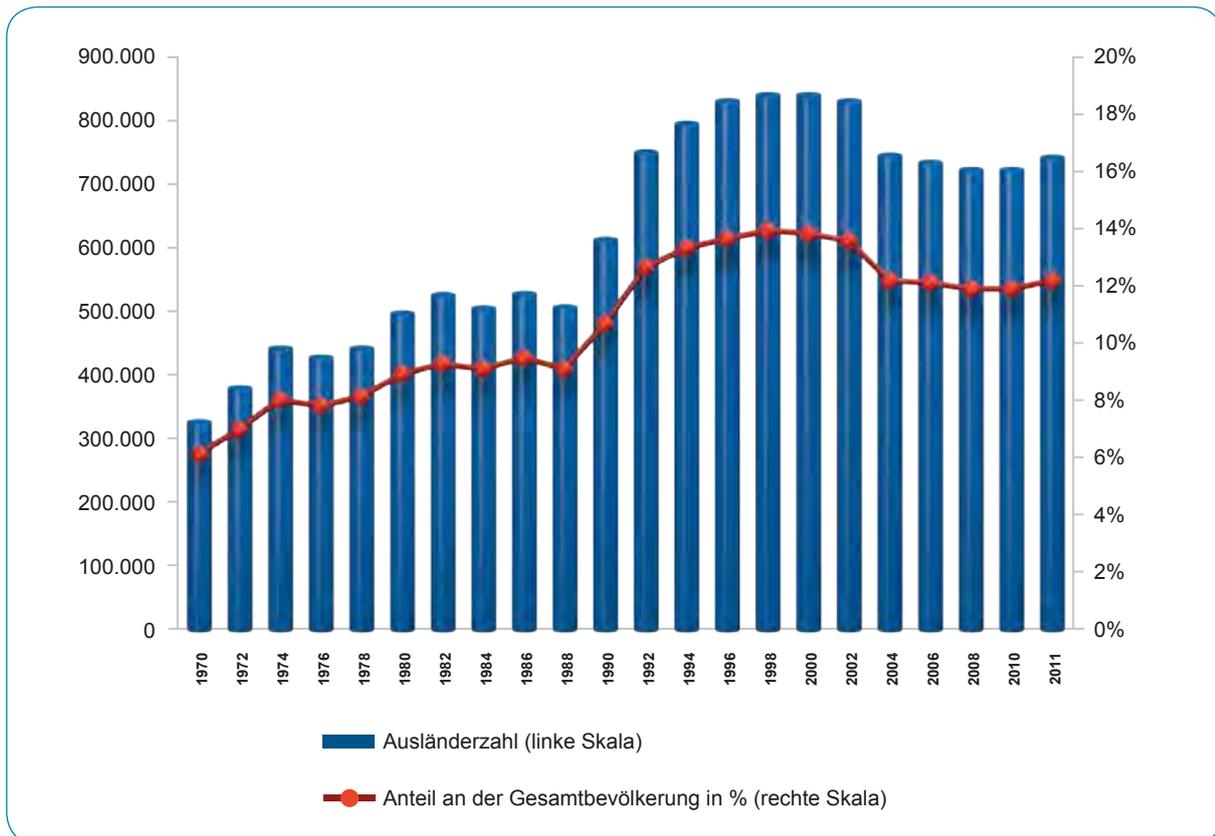
A2 Ausländische Bevölkerung in Hessen

Definition

Zahl, Anteil und Herkunftsländer der ausländischen Bevölkerung in Hessen

Datenquelle

Ausländerzentralregister



Zahl der Ausländerinnen und Ausländer in Hessen und Anteil an der Gesamtbevölkerung

Seit 1970 ist die Zahl der in Hessen lebenden Ausländer von gut 330.000 auf etwa 744.000 gestiegen. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung ist seit diesem Jahr unter kleineren Schwankungen von ca. 6% auf 12% gestiegen. Im aktuellen Berichtszeitraum (2005 bis 2011) lässt sich kein eindeutiger Trend beobachten.

Hessen stellen die Türken (22,8%), Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien¹³ (12,4%), aus Italien (8,4%), Polen (7,2%) und Griechenland (3,9%).

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2012); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010b, 2010c, 2012a); Bundesministerium des Innern (2011); Burkert et al. (2011); Herbert (2011); HessenAgentur (2013); Oltmer et al. (2012); Rühl (2009); Woellert et al. (2009)

2011 wohnten in Hessen nach Angaben des Ausländerzentralregisters 744.385 Ausländerinnen und Ausländer. Die größten Ausländergruppen in

→ Tabellen A2 im Anhang

¹³ Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien, ehemaliges Serbien und Montenegro, Slowenien.

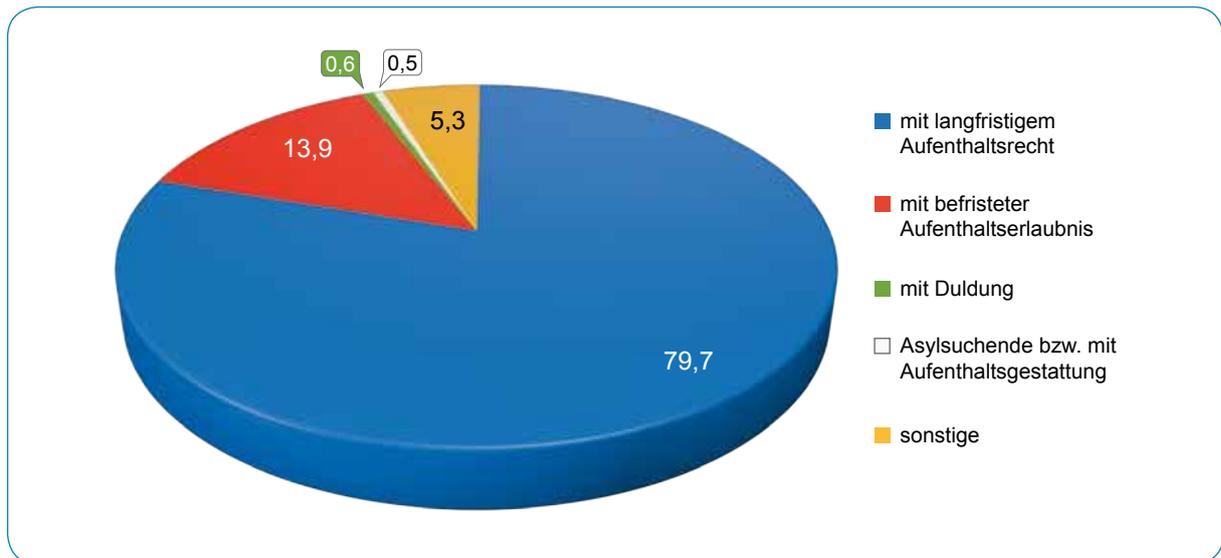
A3 Ausländische Bevölkerung nach Aufenthaltsstatus (IntMK B1)

Definition

Anteil der Ausländer in Hessen nach Aufenthaltsstatus

Datenquelle

Ausländerzentralregister



Ausländische Bevölkerung nach Aufenthaltsstatus (2011, in %)

Der Aufenthaltsstatus der Zuwanderer ist unterschiedlich ausgestaltet. Das Aufenthaltsgesetz sieht befristete und unbefristete Aufenthaltstitel vor. Die weit überwiegende Mehrheit, nämlich 79,7% aller Ausländer, hat ein langfristiges Aufenthaltsrecht¹⁴ (beispielsweise die Niederlassungserlaubnis), 13,9% verfügen über eine befristete Aufenthaltserlaubnis. 0,6% zählen zu den Personen mit Duldung, die ausreisepflichtig sind und deren Abschiebung ausgesetzt ist, und 0,5% sind Asylsuchende bzw. haben eine Aufenthaltsgestattung nach § 55 Asylverfahrensgesetz.

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010, 2011); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010b, 2012a); Rühl (2009)

→ Tabelle A3 im Anhang

¹⁴ Einen langfristigen Aufenthaltsstatus haben nach fünf Jahren Aufenthalt in der Regel alle EU-Bürger, Staatsangehörige von Norwegen, Island, Liechtenstein, der Schweiz und der Türkei aufgrund der EWR/EFTA-Abkommen bzw. des Assoziationsvertrags mit der Türkei. Bei anderen Drittstaatenangehörigen haben einen langfristigen Aufenthaltsstatus: Personen mit Niederlassungserlaubnis, Daueraufenthaltserlaubnis EU, Aufenthaltskarte nach §5 FreizügG/EU, Aufenthaltsberechtigung (alt), unbefristeter Aufenthaltserlaubnis (alt) (Integrationsministerkonferenz 2013: 24).

A4 Einbürgerung (IntMK B2a und 2b)

Definition

Zahl der Einbürgerungen und ausgeschöpftes Einbürgerungspotenzial (Quote der jährlichen Einbürgerungen bezogen auf alle Ausländer mit einer Aufenthaltszeit ab acht Jahren)

Datenquelle

Einbürgerungsstatistik/Ausländerzentralregister



Einbürgerungen und ausgeschöpftes Einbürgerungspotential

Das sog. ausgeschöpfte Einbürgerungspotential setzt die Einbürgerungen des betrachteten Jahres ins Verhältnis zur Zahl aller Ausländer mit einer Aufenthaltszeit in Deutschland von mindestens acht Jahren. Nach dieser Zeit besitzen Ausländer einen Anspruch auf Einbürgerung, wenn sie die weiteren persönlichen Voraussetzungen erfüllen wie z. B. Deutschkenntnisse, Straffreiheit und das Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Die Einbürgerung kann als Meilenstein der individuellen Integration (Lämmermann 2009: 296) oder sogar als Abschluss gelungener Integration gesehen werden. Indem die Einbürgerung von bestimmten Integrationsleistungen abhängt (z. B.

ausreichenden Deutschkenntnissen), kann sie zudem ein hohes Integrationspotenzial entwickeln (Lämmermann 2009: 289).

Erst die Einbürgerung vermittelt Einwohnern die vollumfängliche staatsbürgerliche Rechts- und Pflichtenstellung, ermöglicht ihre umfassende rechtliche Integration und erlaubt ihnen alle politischen Partizipationsmöglichkeiten wie die Teilnahme an Bundestags- oder Landtagswahlen. Eine Einbürgerung kann auch als Ausdruck der Identifikation mit der Bundesrepublik Deutschland gedeutet werden. Gleichwohl sind die persönlichen Motive, sich einbürgern zu lassen, vielfältig (z. B. Thränhardt 2008).

Vor diesem Hintergrund werden die Einbürgerungszahlen der letzten Jahre in der politischen Diskussion als nicht zufriedenstellend angesehen. Von 2005 bis 2011 ließen sich zwischen 12.600

und 14.000 Ausländer in Hessen einbürgern. Demzufolge schwankte die hessische Einbürgerungsquote zwischen nur 2,4% und 2,7%.



Ausländer in Hessen mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens 8 Jahren in Deutschland

Die damit verbundene integrationspolitische Herausforderung und das entsprechende gesellschaftliche Interesse an Einbürgerungen werden durch einen Blick auf die zeitgleiche Entwicklung der Gruppe der Ausländer in Hessen mit einer Aufenthaltszeit von mindestens acht Jahren unterstrichen. Trotz der prinzipiellen Möglichkeit ihrer Einbürgerung wuchs ihre Zahl zwischen 2005 und 2011 von 521.500 auf 540.000. Gleichzeitig hat sich diese Gruppe, die durch Einbürgerung umfassende politische Partizipationsrechte erhalten würde, auch leicht im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung in Hessen vergrößert: Ihr Anteil stieg von 8,5% im Jahr 2005 auf 8,9% im Jahr 2011 (siehe obige Abbildung).

Die bei weitem meisten Ausländer unter ihnen besitzen die türkische Staatsangehörigkeit, gefolgt von Italienern, Kroaten und Griechen (siehe die folgende Tabelle), also eine Staatsangehörigkeit der ehemaligen Anwerbeländer.

Weiterführende Literatur

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010c, 2012c); Bundesministerium des Innern (2011); Bundesausländerbeauftragte (2013); European Commission (2010); Herbert (2001); Lämmermann (2009); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Thränhardt (2008); Weinmann et al. (2012)

→ Tabelle A4 im Anhang

Staatsangehörigkeit	
Türkei	154.610
Italien	57.288
Kroatien	28.534
Griechenland	25.534
Polen	18.731
Serbien	17.338
Bosnien und Herzegowina	15.676
Spanien	14.854
Marokko	12.571
Portugal	11.583
sonstige Staatsangehörigkeiten	183.365

Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens 8 Jahren

3.3 Zuwanderung

Hessen ist ein Einwanderungsland. Zuwanderer ziehen vor allem aus familiären, beruflichen oder ausbildungsbezogenen Gründen nach Hessen. Hinzu kommen diejenigen, die hier Asyl suchen. Zuwanderung kann eine große Chance für die Gesellschaft sein, gerade auch im Hinblick auf die hessische Bevölkerungsentwicklung. Die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung schätzt für Hessen eine Einwohnerzahl von nur noch rund 4,9 Millionen im Jahr 2060 (Hessisches Statistisches Landesamt 2010: 10; Variante 1-W1). Dies wären 20% oder 1,2 Millionen Menschen weniger als in 2011. Die hessische Bevölkerung wird nicht nur zahlenmäßig abnehmen, sie wird auch älter: Der Anteil der über 80jährigen soll von 5,4% (2011) auf 13,5% im Jahr 2060 steigen.

Gleichzeitig wird die Bevölkerung auch vielfältiger; schon heute hat jeder vierte Hesse einen Migrationshintergrund. Zuwanderung kann dazu beitragen, den Schrumpfs- und Alterungsprozess zu bremsen. Durch Zuwanderung ist die Bevölkerung in Hessen in den vergangenen Jahren sogar wieder gewachsen. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes soll das Bevölkerungswachstum für Deutschland 2012 sogar noch deutlicher ausgefallen sein.

Der demographische Wandel bewirkt einen Rückgang der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter. Neben einer stärkeren Nutzung der inländischen Arbeitskräftepotenziale z. B. unter Frauen, Älteren oder bereits in Hessen lebenden Personen mit Migrationshintergrund kann die Zuwanderung

qualifizierter und hochqualifizierter Personen aus dem Ausland wesentlich dazu beitragen, den sich in Hessen abzeichnenden Fachkräftengaps entgegenzuwirken. Die Zuwanderung von Fachkräften, Studenten und Forschern liegt daher im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Interesse. Sie ist auch für Hessen als international ausgerichtetem Wirtschaftsstandort von Bedeutung.

Zuwanderung birgt aber ebenso Herausforderungen. So unterscheiden sich etwa die persönlichen Voraussetzungen, die Zuwanderer für eine erfolgreiche Integration in Hessen mitbringen, zum Teil erheblich. Nur durch Integration können die Potentiale der Zuwanderung zur Entfaltung gebracht werden. Die Integration von Zuwanderern ist besonders aussichtsreich, wenn diese über entsprechende, auf dem Arbeitsmarkt gefragte Qualifikationen verfügen.

Zuwanderung und Integration sollten daher nicht getrennt voneinander betrachtet werden. In diesem Abschnitt werden erstmals verschiedene für Hessen zuwanderungsrelevante Aspekte anhand der verfügbaren Daten vorgestellt. Dabei wird der Fokus nicht allein auf eine quantitative Betrachtung der Zu- und Abwanderung gelegt, sondern es werden ebenso Altersstruktur, Migrationsmotive und Qualifikationsniveau der Zuwanderer beleuchtet. Abschließend wird auch auf die Einstellungen der hessischen Bevölkerung zur Zuwanderung eingegangen.

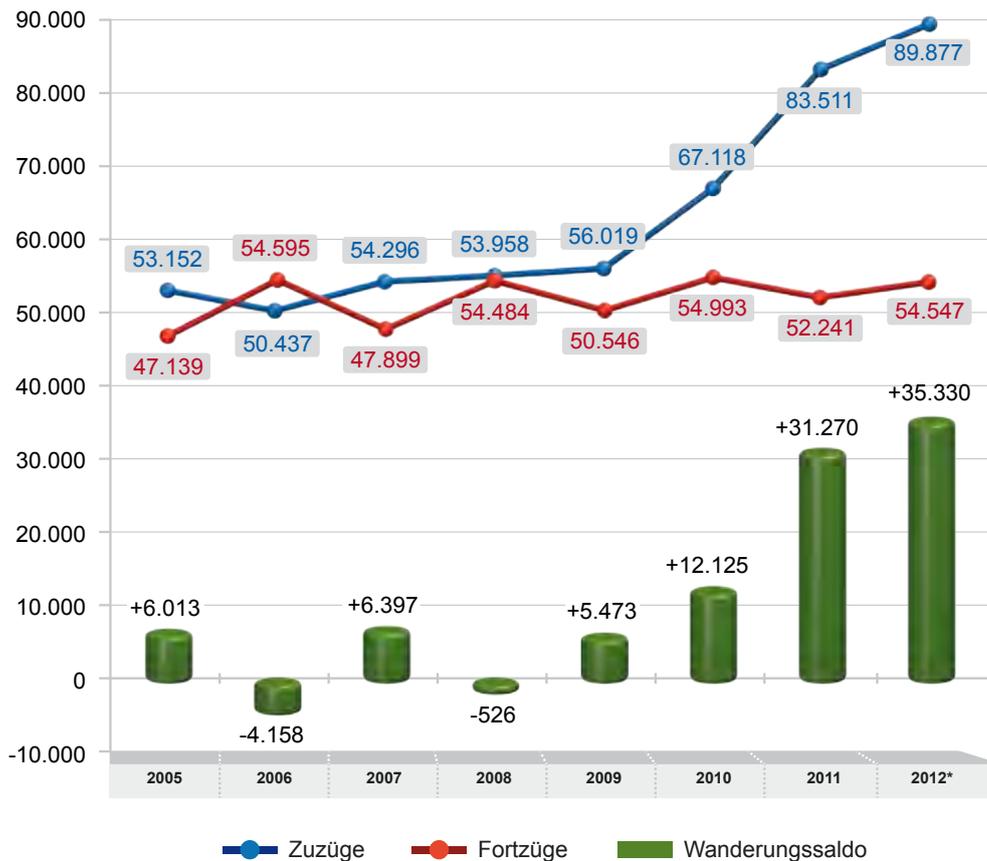
Z1 Zu- und Fortzüge nach bzw. aus Hessen (IntMK A2)

Definition

Zahl der jährlichen Zu- und Fortzüge von Ausländern nach bzw. aus Hessen über die Bundesgrenzen hinweg

Datenquelle

Wanderungsstatistik



Zu- und Fortzüge von Ausländern aus dem bzw. ins Ausland (*2012: vorläufige Ergebnisse, siehe Statistisches Bundesamt 2013:5)

Nicht nur Zuwanderung, auch Abwanderung ist eine gesellschaftliche Realität. Dieser Indikator bildet die Zu- und Fortzüge von Ausländern nach bzw. aus Hessen über die Bundesgrenzen ab. Dabei bezeichnet der Wanderungssaldo die Differenz zwischen Zu- und Fortzügen¹⁵.

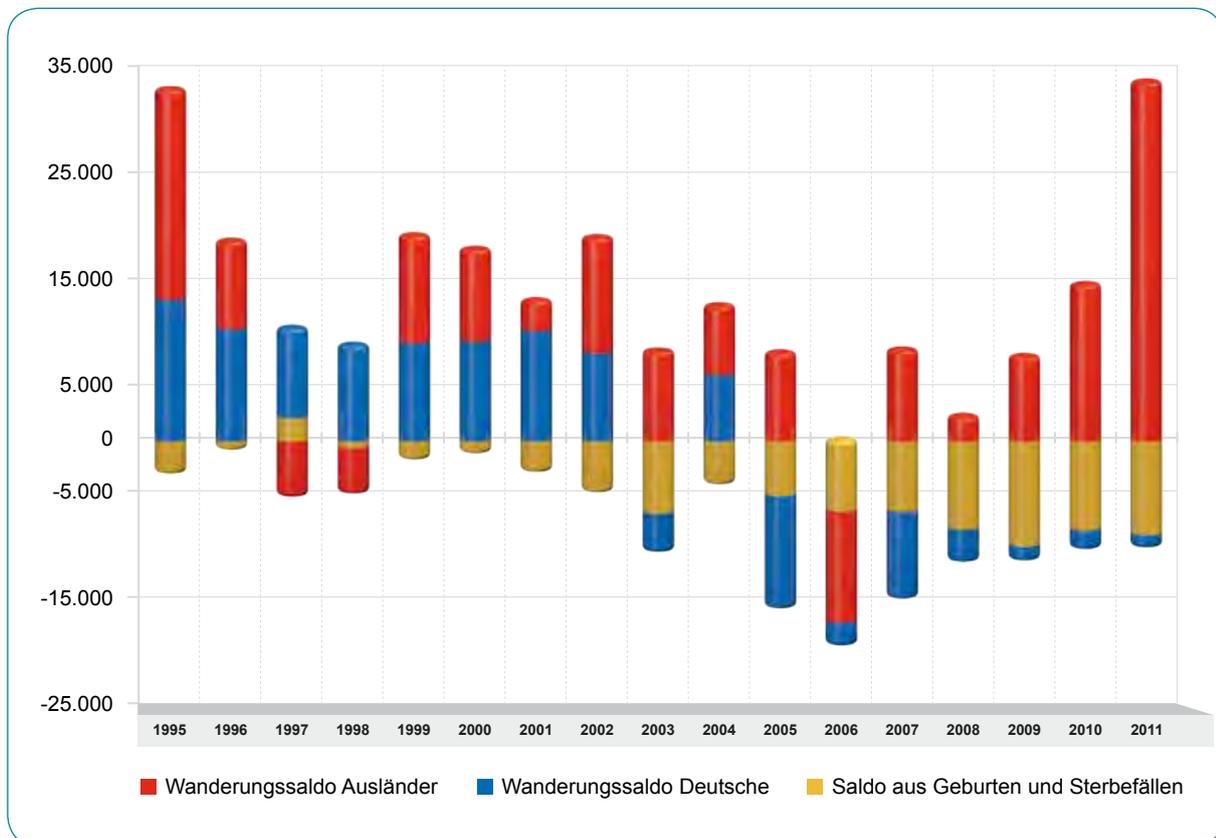
Ein positiver Saldo kann zum Wachstum der hessischen Bevölkerung beitragen. Während die Zahl der jährlich registrierten Fortzüge seit 2005 relativ konstant zwischen 47.000 und 55.000 liegt, ist seit 2010 ein deutlicher Anstieg der Zuwanderung von Ausländern nach Hessen feststellbar, insbesondere aus den neuen EU-Mitgliedsländern und aus Südeuropa. Daraus resultiert auch der wachsende Wanderungssaldo¹⁶.

¹⁵ Aufgrund von Registerbereinigungen im Zuge der Einführung der Steueridentifikationsnummer erscheinen die Fortzüge ab 2008 erhöht und sind nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar.

¹⁶ Die hier abgebildeten Zahlen enthalten nicht die Wanderungen über die Landesgrenze Hessens in andere Bundesländer, die allerdings relativ ausgeglichen sind. 2011 sind 16.359 Ausländer aus anderen Bundesländern nach Hessen zu- und 14.203 Ausländer aus Hessen in andere Bundesländer fortgezogen.

2011 war ein positiver Wanderungssaldo von rund 31.300 Ausländern zu verzeichnen, der fast sechsmal höher lag als im Jahr 2009. Dieser Saldo von

31.300 Personen entspricht jedoch lediglich 0,5% der hessischen Gesamtbevölkerung von rund 6,1 Millionen.



Bevölkerungsbilanz in Hessen seit 1995¹⁷

Betrachtet man den Einfluss der Zuwanderung auf die Bevölkerungsentwicklung in der obigen Abbildung, wird deutlich, dass die hessische Bevölkerung ohne die Zuzüge von Ausländern in den letzten Jahren geschrumpft wäre. In Hessen sterben jährlich mehr Menschen als geboren werden, 2011 war ein Geburtendefizit von rund 9.000 Personen zu verzeichnen. Hinzu kommt seit 2005 ein negativer Wanderungssaldo von Deutschen, d. h. mehr Deutsche ziehen aus Hessen fort in andere Bundesländer bzw. ins Ausland als Deutsche nach

Hessen zuziehen. Diese Abgänge werden durch zugewanderte Ausländer teilweise kompensiert oder sogar übertroffen, so dass die hessische Bevölkerung in 2010 um 0,1% und 2011 um 0,4% wuchs. Dieses Bevölkerungswachstum liegt über dem Bundesdurchschnitt.

Nach Hessen wandern deutlich mehr ausländische Männer als Frauen zu, ihr Anteil an den Zuwanderern lag 2011 bei 62,0%. Auch beim Wanderungssaldo überwiegen die Männer mit 55,7%.

¹⁷ Der Wanderungssaldo schließt hier auch Wanderungen von Deutschen und Ausländern über die Landesgrenze Hessens in andere Bundesländer mit ein, um eine vollständige Bevölkerungsbilanz abzubilden.

Ein Vergleich der absoluten Zuwanderungszahlen zeigt, dass Hessen das viertbeliebteste Ziel-land hinter Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg ist (s. Tabelle Z1c im Anhang). Diese drei Bundesländer haben allerdings auch erheblich mehr Einwohner als Hessen, nämlich 17,8 und 12,6 respektive 10,8 Millionen. Setzt man die Zuzüge ins Verhältnis zur Gesamtbevölkerung, steht Hessen in dieser Hinsicht an der Spitze der deutschen Flächenländer: 2011 kamen auf 1000 hessische Einwohner 14 zuwandernde Ausländer. Nur in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg waren es mit 18 bzw. 15 Zuwanderern pro 1000 Einwohner mehr. In Bayern und Baden-Württemberg kamen jeweils 13, in Nordrhein-Westfalen 9 ausländische Zuwanderer auf 1000 Einwohner.

Weiterführende Literatur

Aydin (2012); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2012a, 2013); Ette/Sauer (2010); Hessisches Statistisches Landesamt (2012b); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Statistisches Bundesamt (2013); Zimmermann (2012)

→ Tabelle Z1 im Anhang

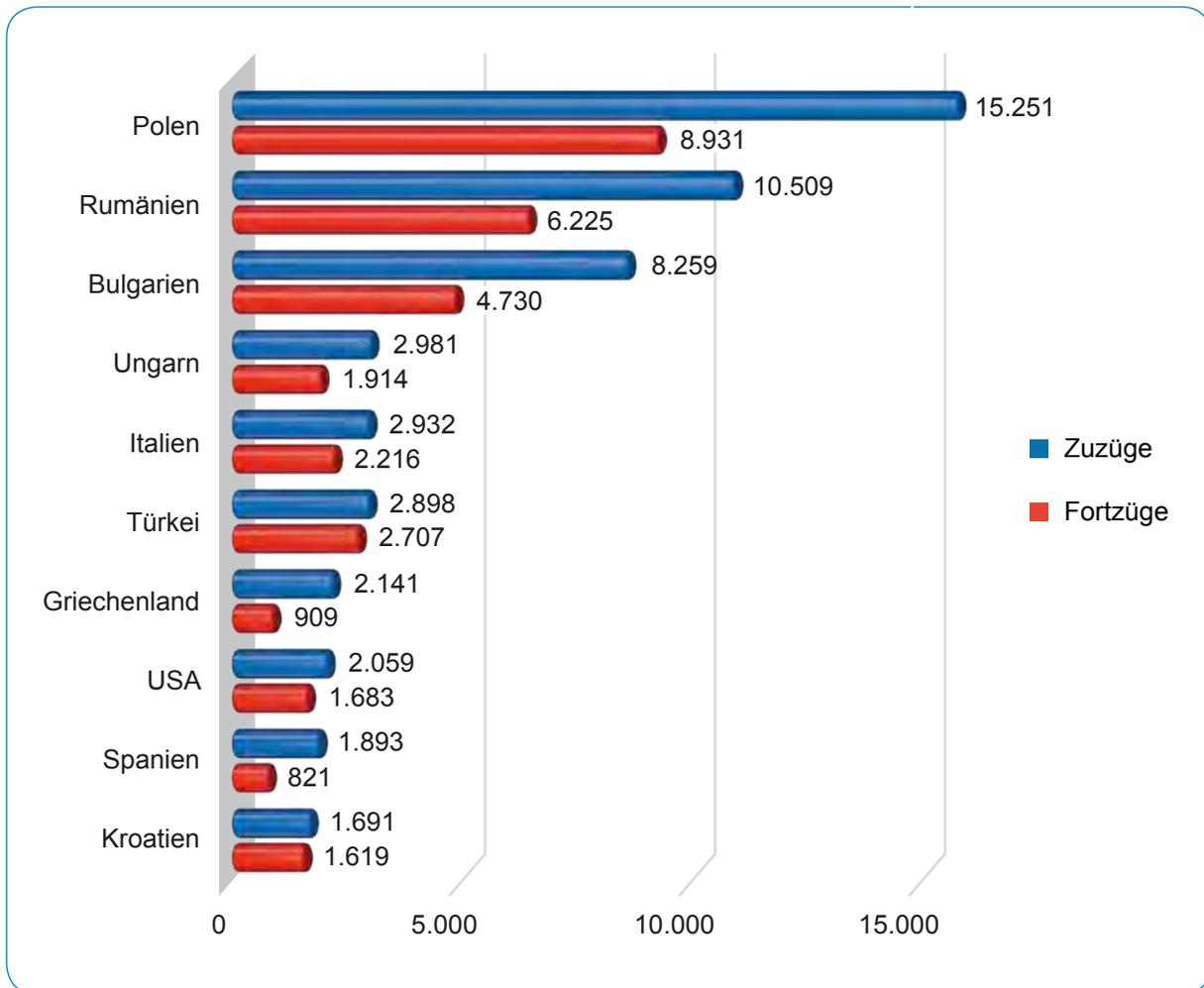
Z2 Staatsangehörigkeit der Zugewanderten

Definition

Staatsangehörigkeit der ausländischen Zu- und Fortgezogenen nach bzw. aus Hessen über die Bundesgrenzen hinweg

Datenquelle

Wanderungsstatistik



Zu- und Fortzüge aus dem Ausland nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten 2011

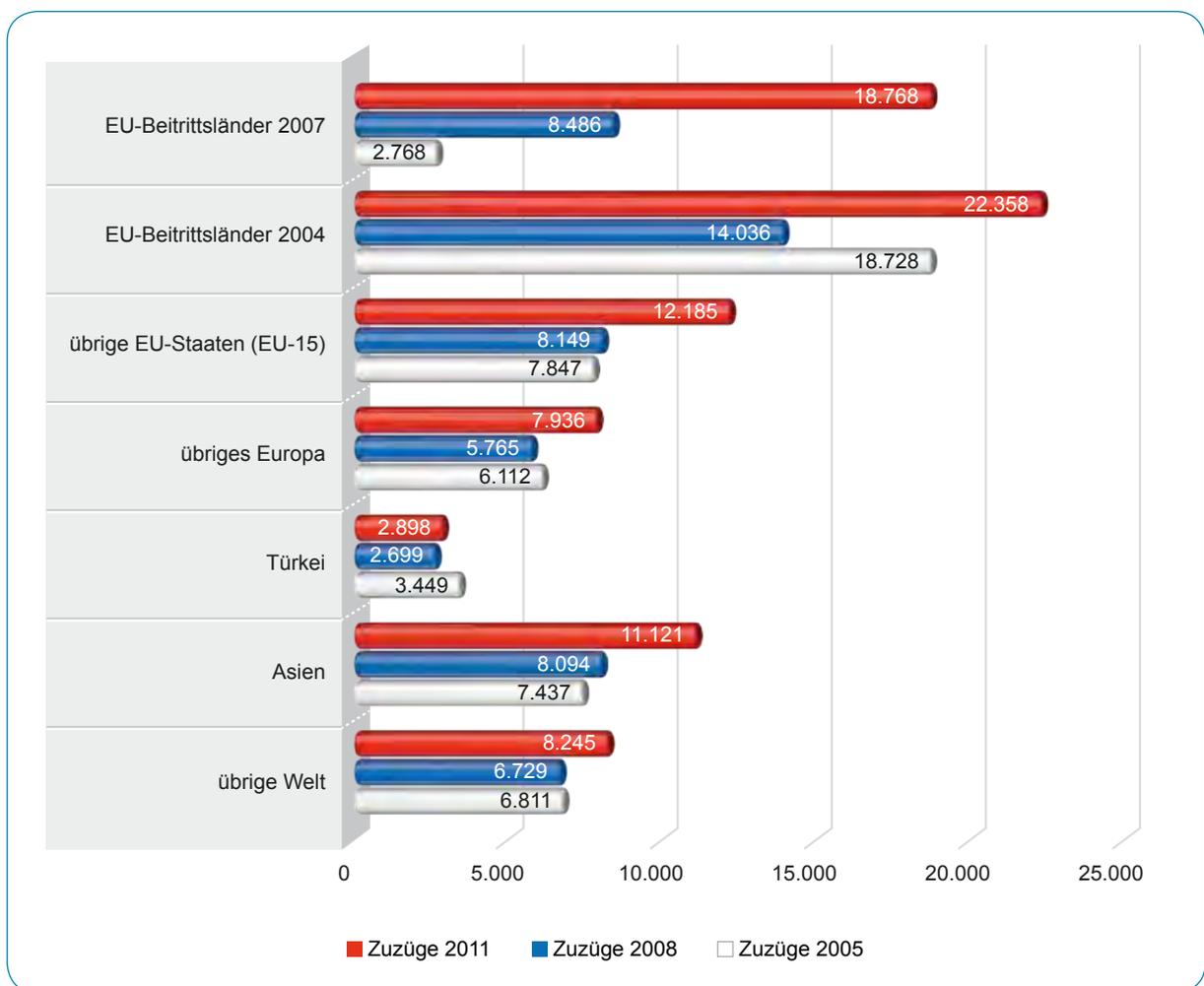
Die meisten nach Hessen Zuwandernden kommen aus Mitgliedstaaten der EU; 2011 betrug ihr Anteil 63,8% aller zugezogenen Ausländer. Weitere 13,0% stammen aus anderen europäischen Ländern und 13,3% aus Asien.

An der Spitze der Herkunftsländer liegen augenblicklich Polen, Rumänien und Bulgarien; aus diesen drei Ländern kommen 40,7% aller Zuzüge. Diese drei Nationalitäten verzeichnen auch die

höchsten Wanderungsüberschüsse. Des Weiteren ist seit 2010 ein verstärkter Zuzug aus den südlichen EU-Mitgliedsstaaten Griechenland und Spanien festzustellen: 2011 sind rund 2.100 Griechen und 1.900 Spanier nach Hessen zugewandert, während es zwei Jahre vorher nur knapp 700 Griechen und 900 Spanier waren. Ihre Zahl ist allerdings nach wie vor verhältnismäßig niedrig, sie machten 2011 nur 5% aller Zuwanderer aus.

Im Zeitverlauf ist eine deutliche Veränderung der Herkunftsgebiete beobachtbar. Besonders stark zugenommen hat die Zahl der Zuwanderer aus den EU-Beitrittsstaaten von 2007 (Bulgarien und Rumänien). Ihre Zahl hat sich zwischen 2005 und 2011 fast versechsfacht, indem sie von rund 2.800 auf 18.800 Personen angewachsen ist (siehe folgende Abbildung). Hoch war ebenfalls der Anstieg bei den EU-15 Staaten von 7.800 auf 12.200 Zuwanderer (+55%, siehe Tabelle Z2 im Anhang).

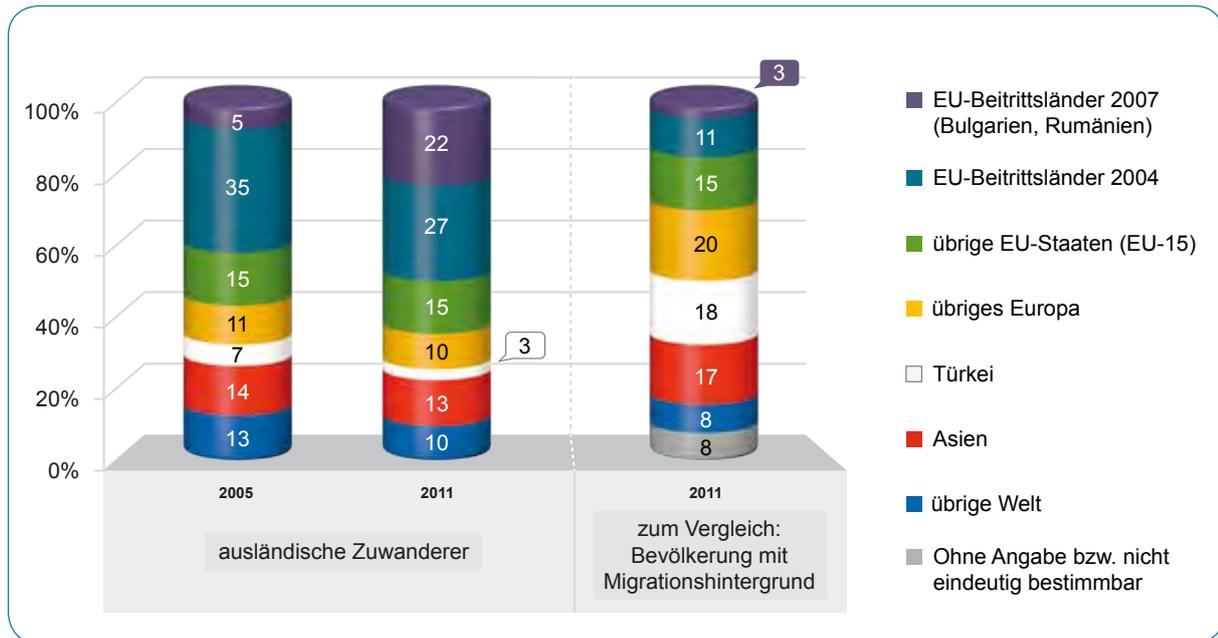
Dadurch hat sich auch die Zusammensetzung der Zuwanderer insgesamt verändert: 2005 stammten die meisten Zuwanderer aus den 2004 der EU beigetretenen Ländern (35,2%) gefolgt von den EU-15-Staaten (14,8%) und Asien (14,0%). Im Jahr 2011 hatten zwar immer noch die meisten Zuwanderer eine Staatsangehörigkeit aus den 2004 beigetretenen Ländern (26,8%), an zweiter Stelle stehen nun aber Bulgarien und Rumänien (22,5%, siehe auch folgende Abbildung).



Aus dem Ausland zugewanderte Ausländer nach Staatsangehörigkeiten bzw Herkunftsregionen

Vergleicht man in der folgenden Abbildung die Herkunft der 2011 knapp 84.000 zugewanderten Ausländer mit den etwa 1,5 Millionen bereits in Hessen lebenden Personen mit Migrationshintergrund, so ergeben sich auch hier deutliche Unterschiede. Personen mit türkischstämmigem Migrationshintergrund stellen mit 18% (bzw. 275.000)

die größte hessische Personengruppe mit Migrationshintergrund und sind deshalb in der Abbildung extra ausgewiesen. Verglichen damit ist die Zahl der Zu- und Fortzüge von je knapp 3.000 Türken relativ niedrig. Unter den Zuwanderern des Jahres 2011 besitzen lediglich 3% die türkische Staatsangehörigkeit.



Herkunftsregionen der ausländischen Zuwanderer im Vergleich zur Gesamtbevölkerung mit Migrationshintergrund (in %)

Zugleich zeigt sich hier erneut die deutliche Verschiebung der wichtigsten Herkunftsregionen nach Osteuropa. Noch immer haben lediglich 14% der in Hessen lebenden Personen mit Migrationshintergrund Wurzeln in einem der 2004 bzw. 2007 beigetretenen EU-Mitgliedsstaaten. Unter den Neuzuwanderern stammt jedoch fast jeder zweite aus diesen Ländern.

Weiterführende Literatur

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2013b), Ette et al. (2013); HessenAgentur (2013); Hessisches Statistisches Landesamt (2012b); Statistisches Bundesamt (2013)

→ Tabelle Z2 im Anhang

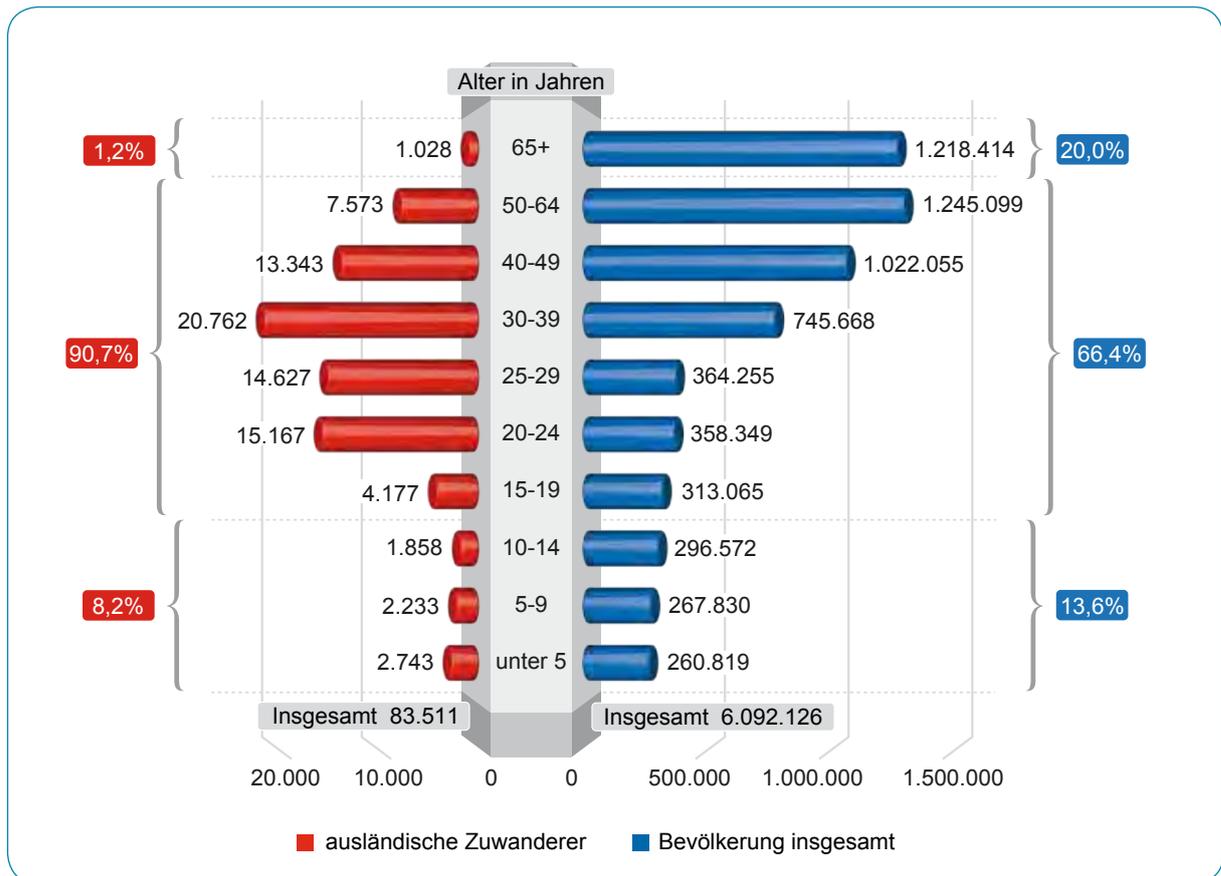
Z3 Altersstruktur der Zugewanderten

Definition

Altersstruktur der ausländischen Zuwanderer

Datenquelle

Wanderungsstatistik



Altersstruktur der ausländischen Zuwanderer und der Gesamtbevölkerung (2011, in %)

Die Zuwanderer sind im Schnitt deutlich jünger als die bereits ansässige Bevölkerung. Die Zuwanderung vermag damit den zunehmenden Alterungsprozess der hessischen Bevölkerung zwar etwas zu verlangsamen, aber nicht dauerhaft aufzuhalten (Bundesministerium des Innern 2011: 76). Berechnungen für Gesamtdeutschland zeigen, dass – allein um den Rückgang des Erwerbspersonenpotentials in Deutschland bis zum Jahr 2050 annähernd zu stoppen – jährlich netto etwa 400.000 Personen nach Deutschland zuwandern müssten (Fuchs et al. 2011: 2f.).

Dabei sind mit 90,6% die meisten Zuwanderer schon im sog. erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) und erhöhen damit das Erwerbspersonenpotenzial unmittelbar. Zum Vergleich: In der hessischen Gesamtbevölkerung fallen nur zwei Drittel (66,5%) in diese Altersgruppe. Allein 2011 stellen die Neuzuwanderer damit 1,9% der hessischen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

Weiterführende Literatur

Bundesministerium des Innern (2011); Ette et al. (2013); Fuchs et al. (2011); Hessisches Statistisches Landesamt (2010); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2009); Statistisches Bundesamt (2009)

→ Tabelle Z3 im Anhang

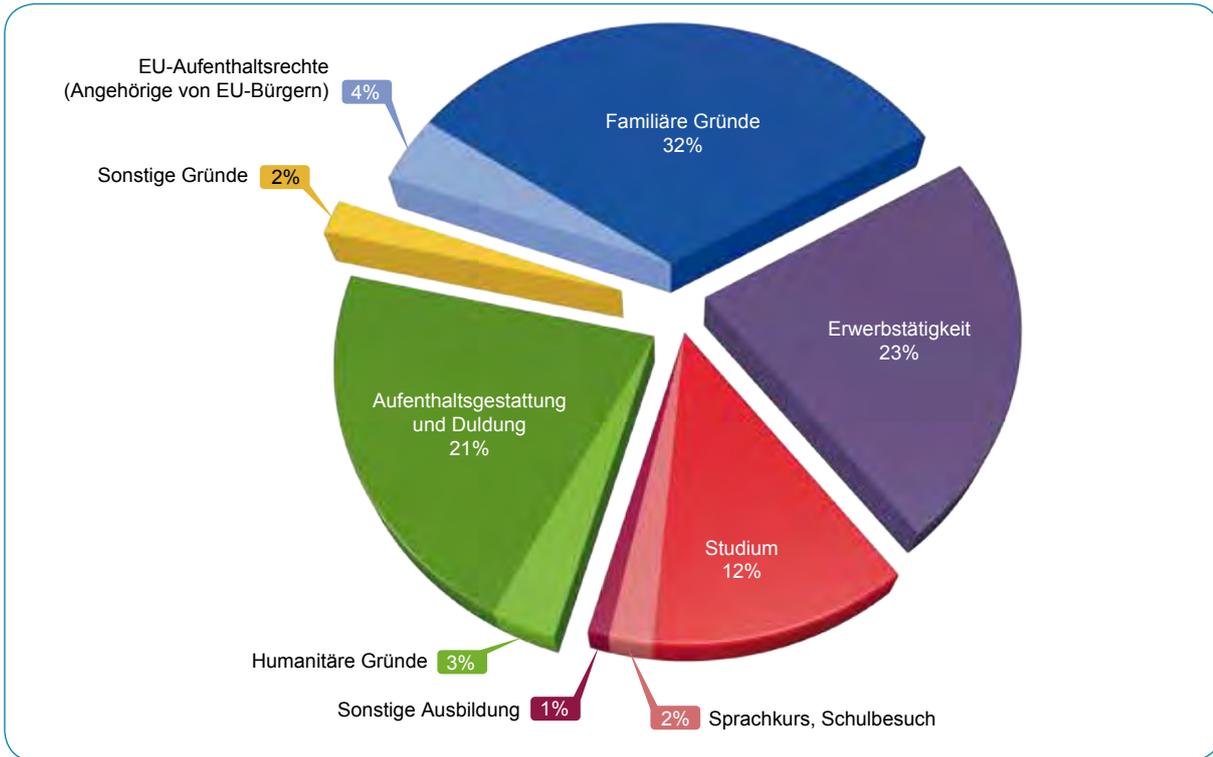
Z4 Zuwanderung nach Aufenthaltszweck

Definition

An im Jahr 2012 zugewanderte Ausländer aus Drittstaaten erteilte Aufenthaltserlaubnisse (zum Stichtag 31.12.2012)

Datenquelle

Ausländerzentralregister (vorläufige Ergebnisse)¹⁸



Zuzüge von Drittstaatsangehörigen im Jahr 2012 nach Hessen nach erteilten Aufenthaltserlaubnissen (Verteilung in %)

Ein wesentliches Instrument der Steuerung der Zuwanderung nach Deutschland ist das Zuwanderungsrecht. Mit dem Aufenthaltsgesetz sieht es die Möglichkeit zur Zuwanderung für einen bestimmten Zweck vor. EU-Staatsangehörige sind freizügigkeitsberechtigt, sie benötigen keine Aufenthaltserlaubnis. Drittstaatsangehörigen wiederum kann eine Aufenthaltserlaubnis vor allem

zum Zwecke des Familiennachzugs (§§ 27 ff. AufenthG), der Erwerbstätigkeit (§§ 18 ff. AufenthG) oder einer Ausbildung bzw. eines Studiums (§§ 16 f. AufenthG) erteilt werden. Außerdem besteht die Möglichkeit der Zuwanderung aus humanitären Gründen (§§ 22 AufenthG) oder zur Durchführung eines Asylverfahrens.

¹⁸ Zum Zeitpunkt der Drucklegung lagen noch keine endgültigen Ergebnisse für Hessen vor, deshalb sind hier vorläufige Zahlen abgebildet. Sie beziehen sich auf Bestandszahlen zum Stichtag 31.12.2012, Nacherfassungen (z.B. aufgrund der verzögerten Ausstellung von elektronischen Aufenthaltstiteln) sind hier nicht enthalten. Die Daten umfassen nur an Drittstaatenangehörige erteilte Aufenthaltserlaubnisse für Erst- und Wiedereinreisen im Berichtsjahr. Personen, die erst einen Antrag auf eine Aufenthaltserlaubnis gestellt haben, die kein Aufenthaltsrecht besitzen oder die über eine Niederlassungserlaubnis verfügen, sind hier nicht berücksichtigt.

Der Indikator veranschaulicht, inwieweit die zur Verfügung stehenden rechtlichen Möglichkeiten der Zuwanderung aus Drittstaaten in Anspruch genommen werden. Die Zahl der zweckbezogen erteilten Aufenthaltstitel kann zugleich Rückschlüsse auf die einem Teil der Zuwanderungsbewegungen zugrunde liegende Motivation ermöglichen. Aussagen trifft der Indikator auch zur Zahl der Ausländer, die 2012 als Asylbewerber nach Hessen gekommen sind und hierfür eine Aufenthaltsge-stattung (§ 55 Asylverfahrensgesetz) bekommen haben.

Nicht erfasst sind freizügigkeitsberechtigte EU-Staatsangehörige, die immerhin fast zwei Drittel der Zuwanderer nach Hessen ausmachen (vgl. Indikator Z2).

2012 wurde etwa jede dritte Aufenthaltserlaubnis an Zuwanderer aus familiären Gründen erteilt, jede vierte zum Zweck der Erwerbstätigkeit¹⁹. Mehr als jede zehnte Aufenthaltserlaubnis ging an Zuwanderer, die in Hessen eine Ausbildung oder ein Studium aufnehmen wollen.

Aus humanitären Gründen und zur Durchführung eines Asylverfahrens wurden 24% der genannten Titel erteilt. Hierunter sind auch die Personen erfasst, deren Aufenthalt zwischenzeitlich nur noch geduldet ist.

Weiterführende Literatur

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2012a, 2013); Bundesministerium des Innern (2011)

→ Tabelle Z4 im Anhang

¹⁹ In die Kategorie „Erwerbstätigkeit“ fallen neben den Personen, denen ein Aufenthaltstitel zum Zweck der Beschäftigung nach § 18 AufenthG erteilt wurde, auch jene, die als Forscher (§ 20 AufenthG) bzw. als Selbstständige (§ 21 AufenthG) zugewandert sind.

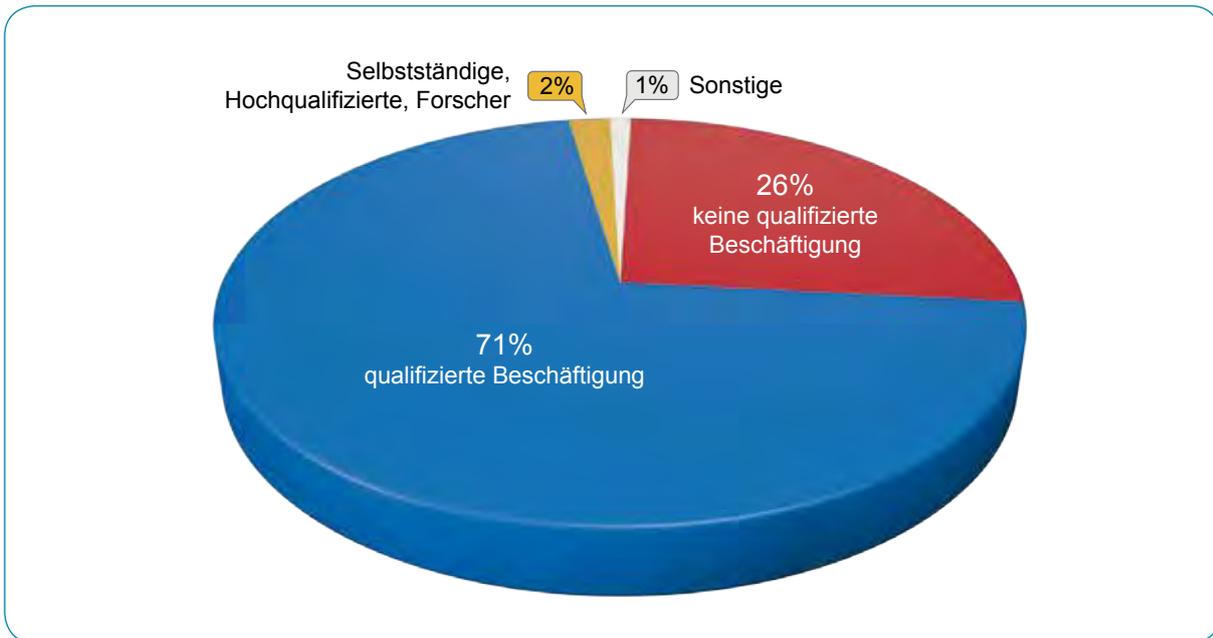
Z5 Zuwanderung zum Zweck der Erwerbstätigkeit

Definition

Zum Zweck der Erwerbstätigkeit an Drittstaatsangehörige erteilte Aufenthaltstitel

Datenquelle

Ausländerzentralregister
(vorläufige Ergebnisse)²⁰



Zuzüge von Drittstaatsangehörigen zum Zweck der Erwerbstätigkeit nach erteilten Aufenthaltserlaubnissen (2012, Verteilung in %)

Die Qualifikationsstruktur der Erwerbszuwanderung nach Hessen lässt sich anhand der Zahlen der in den unterschiedlichen Erwerbsbereichen erteilten Aufenthaltserlaubnisse verdeutlichen.

Wie beim Indikator Z4 werden hiermit nur diejenigen Drittstaatsangehörigen erfasst, die eine entsprechende Aufenthaltserlaubnis erhalten haben. Demnach zogen fast dreimal so viele Personen nach Hessen zur Aufnahme einer Beschäftigung, die eine qualifizierte Berufsausbildung voraussetzt, wie Personen, für deren Beschäftigung keine besondere berufliche Qualifikation erforderlich ist. Zu den Beschäftigten mit qualifizierter Berufsausbildung zählen etwa Fachkräfte mit Hochschulabschluss, Pflegekräfte, Spezialitätenköche oder leitende Angestellte. Keine qualifizierte Berufsausbildung setzt z. B. Saisonbeschäftigung in der

Land- und Forstwirtschaft, sowie eine Beschäftigung als Haushaltshilfe oder Au-Pair voraus.

Vergleichsweise wenige Zuwanderer haben als „Hochqualifizierte“ im Sinne des § 19 des Aufenthaltsgesetzes den Weg nach Hessen gefunden. Dies ist möglicherweise auf die in diesem Bereich bis vor kurzem geltenden hohen Hürden zurückzuführen. Bis zur Reform des Zuwanderungsrechts zum 1. August 2012 wurden als Hochqualifizierte nur Wissenschaftler mit besonderen fachlichen Kenntnissen, Lehrpersonen oder wissenschaftliche Mitarbeiter in herausgehobener Funktion verstanden. Hinzu kamen Spezialisten oder leitende Angestellte mit besonderer Berufserfahrung, die ein Mindestjahresgehalt in Höhe von rund 66.000 Euro verdienten.

²⁰ siehe Fußnote 18

Mit der Gesetzesänderung sind durch Einführung einer sog. Blauen Karte EU und eines Aufenthaltstitels zum Zweck der Arbeitsplatzsuche deutliche Erleichterungen für den Zuzug ausländischer Hochschulabsolventen im Aufenthaltsrecht in Kraft getreten. Eine Blaue Karte EU wird seitdem bereits dann erteilt, wenn die Bewerber ein Jahresgehalt von mindestens 46.000 Euro beziehen, in Mangelberufen liegt die Grenze sogar nur bei etwa 36.000 Euro. Außerdem ist für ausländische Hochschulabsolventen ein Aufenthaltstitel geschaffen worden, der einen bis zu sechsmonatigen Aufenthalt in Deutschland zur Suche einer qualifikationsangemessenen Arbeit ermöglicht.

Deutschlandweit sind in den ersten sechs Monaten seit Bestehen der Neuregelung bereits über 4.100 Blaue Karten EU erteilt worden, darunter knapp 1.300 an neu einreisende Hochqualifizierte (Bundesministerium des Innern 2013b).

Im Verhältnis zur Zahl der Erwerbstätigen in Hessen relativieren sich die Zuwanderungszahlen: In Hessen werden rund 3 Millionen Erwerbstätige gezählt, darunter 705.000, die einen Migrationshintergrund haben. Von diesen wiederum sind 356.000 Ausländer (Quelle: Mikrozensus 2011). Bei den im Jahr 2011 zum Zwecke der Erwerbstätigkeit (§§18 bis 21 AufenthG) zugewanderten Drittstaatsangehörigen, denen eine entsprechende Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde, handelt es sich insgesamt um etwa 3.500 Personen. Sie machen lediglich 1% aller in Hessen erwerbstätigen Ausländer, 0,5% aller Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund und 0,1% der Erwerbstätigen insgesamt aus.

Weiterführende Literatur

Angenendt (2008); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2012a, 2013); Brücker/Jahn (2010); Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2012a); Fachkräftekommission Hessen (2012); Heß (2009, 2011, 2012); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2011a); Zimmermann (2012)

→ Tabelle Z5 im Anhang

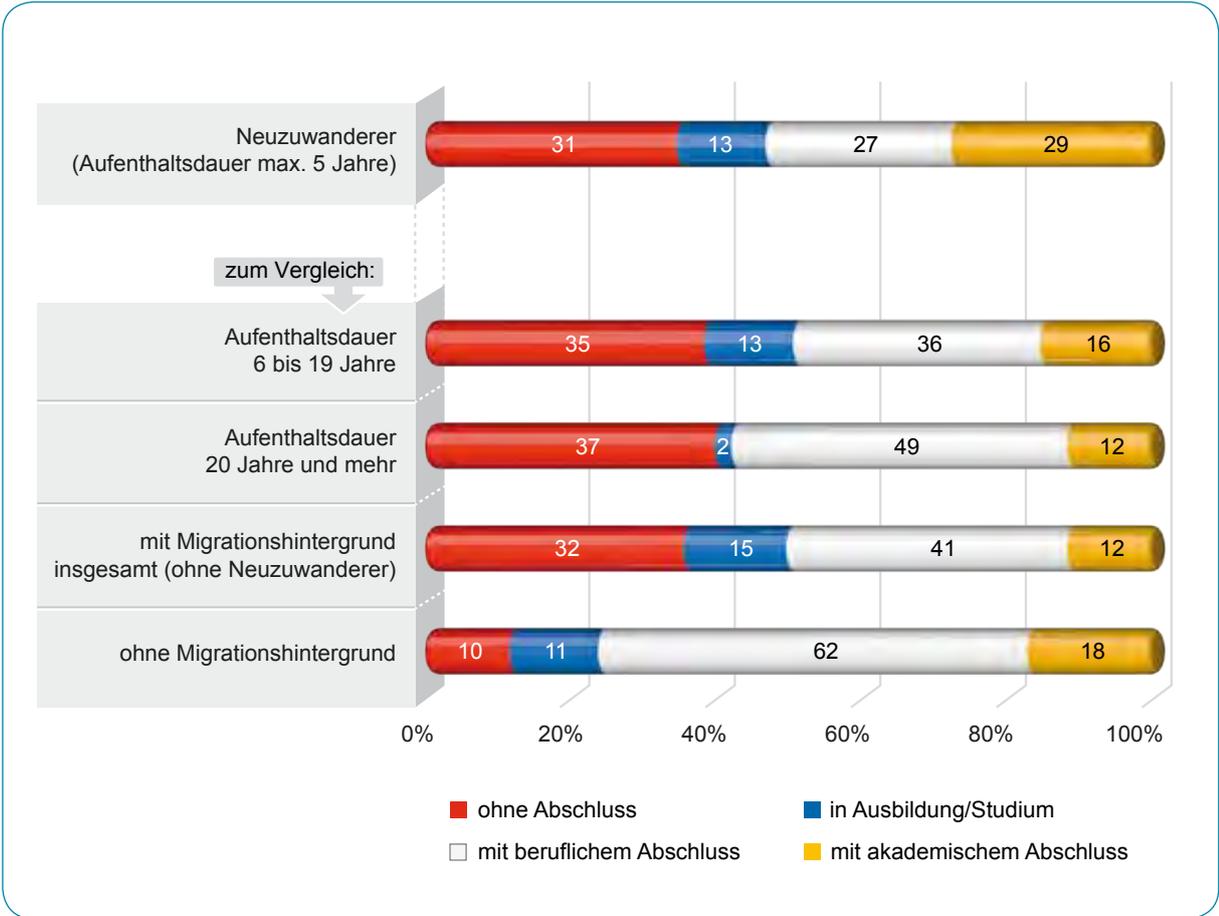
Z6 Berufliche Qualifikation von Neuzuwanderern

Definition

Höchster berufsqualifizierender Abschluss von Personen mit Migrationshintergrund, die in den letzten 5 Jahren zugewandert sind

Datenquelle

Mikrozensus



Bevölkerung (15 bis unter 65 Jahre) nach beruflichem Abschluss, Aufenthaltsdauer und Migrationshintergrund 2011 (in %)

Die Veränderung der Zuwanderung nach Hessen wird auch im Hinblick auf die Qualifikationen der Zuwanderer deutlich. Eine Differenzierung nach der Aufenthaltsdauer zeigt, dass Neuzuwanderer (hier: Personen mit Migrationshintergrund, die seit höchstens fünf Jahren in Deutschland wohnen) sehr viel häufiger einen akademischen Abschluss haben als Zuwanderer, die schon

länger hier leben. Der Akademikeranteil unter den Neuzuwanderern beträgt 29%, unter den seit 6 bis 19 Jahren hier lebenden Personen mit Migrationshintergrund 16%. In der Gruppe, die seit mindestens 20 Jahren hier lebt, sind nur 12% Akademiker, ebenso bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund insgesamt.

Der Akademikeranteil unter den Neuzuwanderern ist auch höher als unter der hessischen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, von denen 18% über einen akademischen Abschluss verfügen. Die Neuzuwanderer haben damit ein großes Potenzial für den Arbeitsmarkt.

Doch nicht alle Neuzuwanderer sind gut ausgebildet. Rund 31% haben keinen beruflichen Abschluss. Damit liegen sie in etwa auf dem Niveau der Gesamtbevölkerung mit Migrationshintergrund. Im Vergleich zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, bei der in der Altersgruppe von 15 bis unter 65 Jahren nur jeder Zehnte keinen berufsqualifizierenden Abschluss besitzt, ist der Anteil etwa dreimal höher. Doch zeigt sich eine positive Tendenz im Vergleich zu Migranten, die früher nach Deutschland eingewandert sind. Von diesen haben 35% (Aufenthaltsdauer 6 bis 19 Jahre) bzw. 37% (Aufenthaltsdauer mindestens 20 Jahre) keinen Berufsabschluss.

Insgesamt zeigt sich im Verhältnis zur hessischen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, dass vor allem die beiden Pole der Qualifikationsstruktur unter Neuzuwanderern stark überrepräsentiert sind. Auf die Gesamtstruktur der hier lebenden Personen mit Migrationshintergrund haben die Neuzuwanderer quantitativ bislang nur wenig Einfluss: Die rund 111.000 in den letzten fünf Jahren zugewanderten Personen stellen ca. 7% der rund 1,5 Millionen Personen mit Migrationshintergrund bzw. knapp 2% der Gesamtbevölkerung Hessens.

Weiterführende Literatur

Ette et al. (2013); Seibert/Wapler (2012)

→ Tabelle Z6 im Anhang

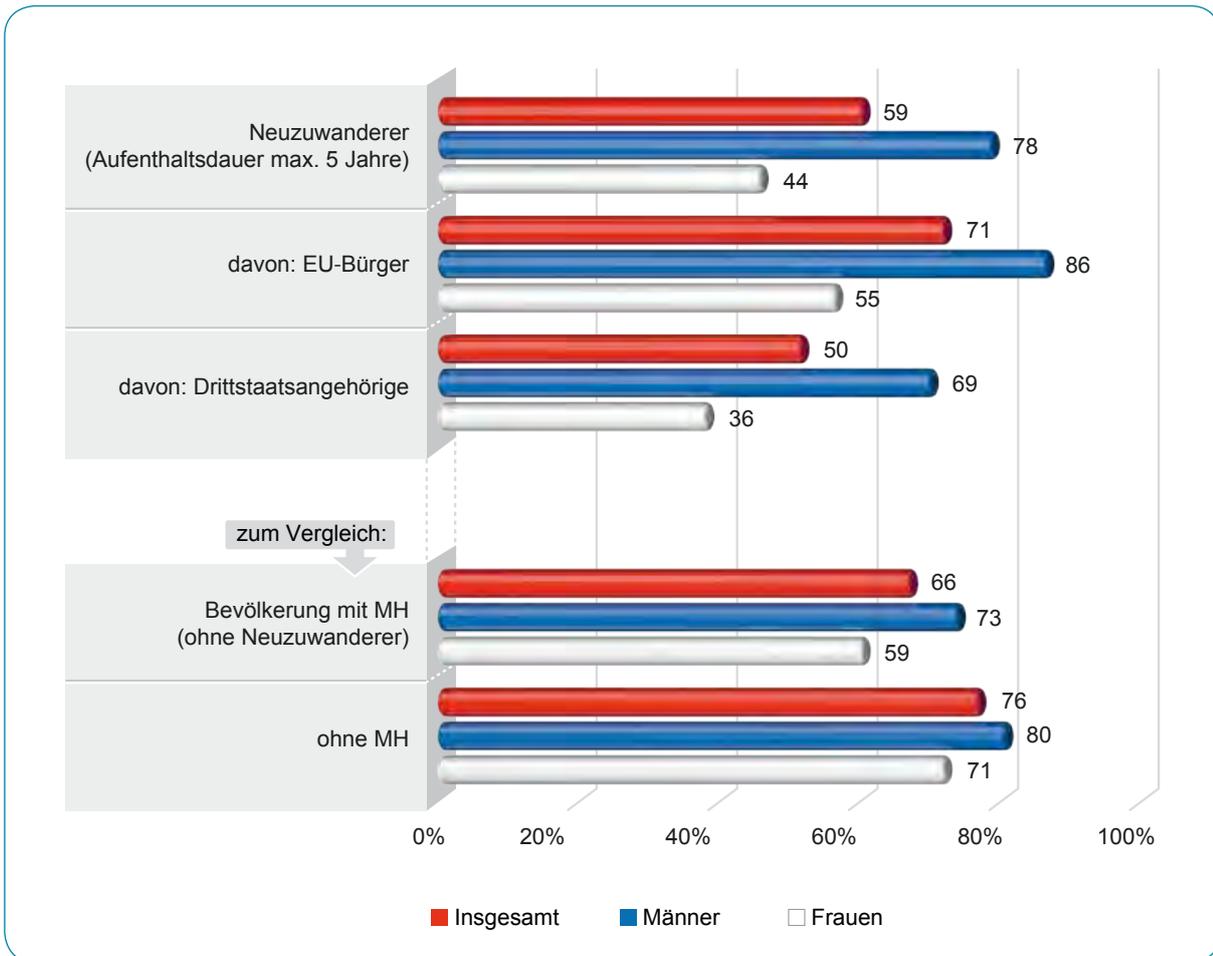
Z7 Erwerbstätigenquote von Neuzuwanderern

Definition

Erwerbstätigenquote (Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe) von Personen, die in den letzten 5 Jahren zugewandert sind

Datenquelle

Mikrozensus



Erwerbstätigenquote nach Aufenthaltsdauer und Herkunft 2011 (in %, Bevölkerung von 15 bis unter 65 Jahren)

Neuzuwanderer sollten so schnell wie möglich im Erwerbsleben Fuß fassen. Von den rund 95.000 in den letzten fünf Jahren nach Hessen zugewanderten Personen mit Migrationshintergrund im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) sind

59% erwerbstätig. Ihre Erwerbstätigenquote liegt somit unter jener aller in Hessen lebenden Personen mit Migrationshintergrund (65%) und weit unter jener der Deutschen ohne Migrationshintergrund (76%; s. dazu auch Indikator B12).

Die unzureichende Nutzung des Erwerbspersonpotenzials von Zuwanderern stellt insofern eine besondere Problematik dar, als dass Neuzuwanderer aufgrund ihres Alters zwar zur Verbesserung der demografischen Struktur Hessens beitragen (vgl. Indikator Z3), die notwendige Entlastung der sozialen Sicherungssysteme jedoch nur aus einer sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit resultieren kann.

Eine Unterscheidung nach Geschlecht und Herkunftsregion zeigt, dass die höchste Erwerbstätigenquote männliche Neuzuwanderer aus den EU-Staaten aufweisen. Sie liegt mit 86% sogar über der von Deutschen ohne Migrationshintergrund (80%). Neuzuwanderinnen finden offenbar schwieriger einen Arbeitsplatz: Nur 44% von ihnen sind erwerbstätig, von den aus Drittstaaten Stammenden sogar nur 36%. Von den insgesamt in Hessen lebenden Frauen mit Migrationshintergrund arbeiten hingegen 58%, von den Deutschen ohne Migrationshintergrund 71%.

Diese Beobachtungen werden durch Analysen auf Bundesebene bestätigt (Seibert/Wapler 2012: 5), welche als Begründung einerseits formale Zugangshürden zum Arbeitsmarkt für Zuwanderer aus Drittstaaten anführen und andererseits unterschiedliche Migrationsmotive vermuten: Bei EU-Zuwanderern sei dies häufiger die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, während bei Drittstaatsangehörigen öfter der Familiennachzug (ggf. verbunden mit eher traditionell geprägten Familienmustern) und humanitäre Gründe eine Rolle spielen könnten.

Weiterführende Literatur

Brücker/Jahn (2010); Bundesministerium des Innern (2011); Ette et al. (2013); HessenAgentur (2013); Lehmer/Ludsteck (2012); Lukas (2011); Seebaß/Siegert (2011); Seibert/Wapler (2012)

→ Tabelle Z7 im Anhang

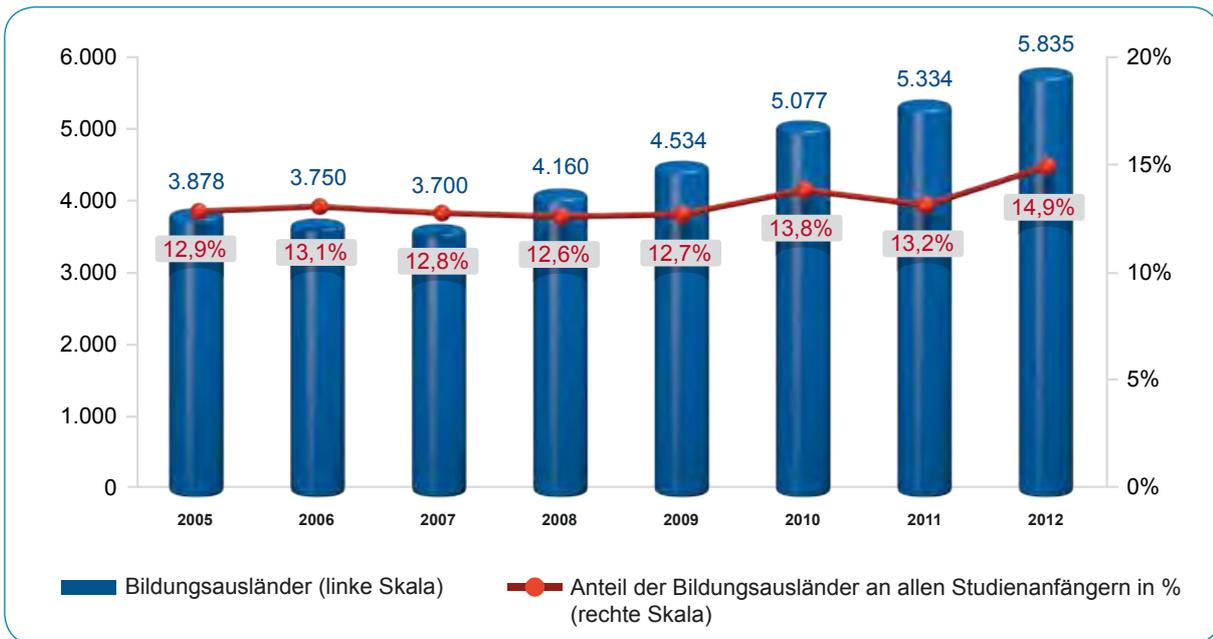
Z8 Zuwanderung zum Zweck des Studiums

Definition

Zahl der Bildungsausländer an hessischen Hochschulen und ihr Anteil an allen Studienanfängern

Datenquelle

Hochschulstatistik



Bildungsausländer unter den Studienanfängern an hessischen Hochschulen

Als Gastland für ausländische Studierende belegt Deutschland nach den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Australien weltweit den vierten Platz (OECD 2010b). 7,3% aller Bildungsausländer, die 2011 in Deutschland ein Hochschulstudium begannen, immatrikulierten sich an einer hessischen Hochschule.

Bildungsausländer sind ausländische Studierende, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland oder an einem Studienkolleg erworben haben. Demgegenüber sind Bildungsinländer Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in

Deutschland oder an einer deutschen Auslandsschule erworben haben.

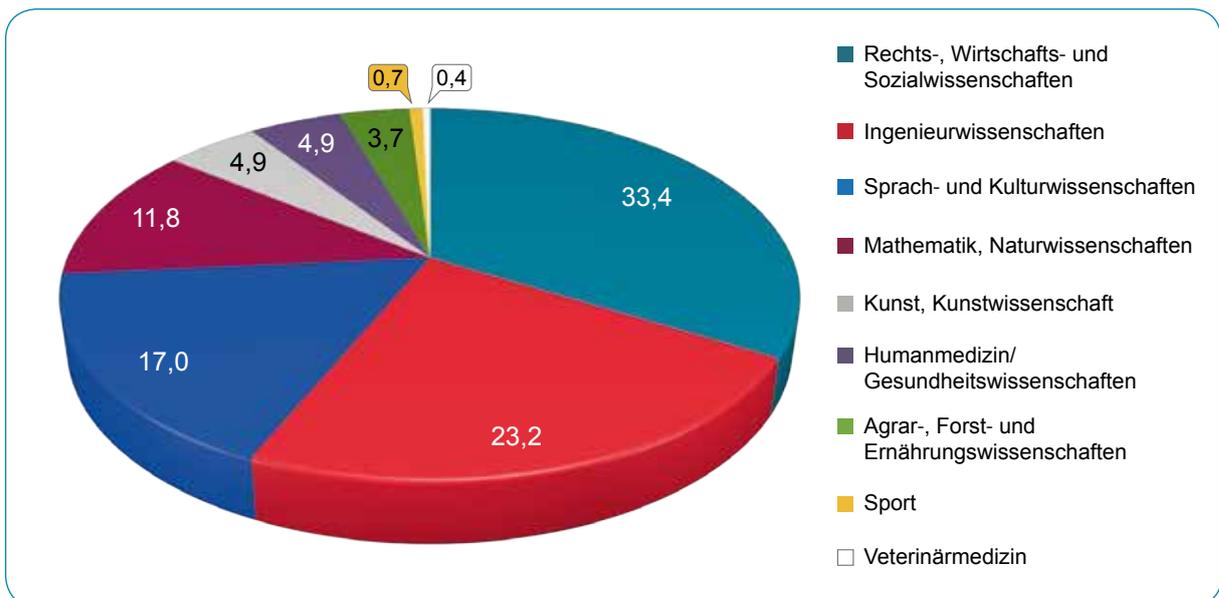
Bildungsausländer machen drei Viertel aller ausländischen Studienanfänger aus. Ihre Zahl steigt sowohl absolut als auch relativ zur Gesamtzahl aller Studienanfänger: Während sich 2005 knapp 3.900 Bildungsausländer (bzw. 12,9% aller Studienanfänger) erstmalig an einer hessischen Hochschule einschrieben, waren es 2011 gut 5.300 (13,2%). Bis 2012 ist ihre Zahl auf gut 5.800 (bzw. 14,9% aller Studienanfänger) angewachsen. Dies bedeutet einen Anstieg um 50%.

Die Hauptherkunftsländer der Bildungsausländer haben sich im Zeitverlauf verändert: Von den Studienanfängern im Jahr 2005 kamen die meisten Bildungsausländer aus Polen (7%), Frankreich (6%) und China (5%). 2012 waren die häufigsten Staatsangehörigkeiten China (10%) sowie Spanien, die USA, Indien und die Türkei mit je 5% (siehe die Tabelle rechts).

Jeder dritte (33%) Bildungsausländer begann 2011 ein Studium der Rechts-, Wirtschafts- oder Sozialwissenschaften (siehe folgende Graphik). Weitere 23% studierten Ingenieurwissenschaften sowie 17% Sprach- und Kulturwissenschaften, gefolgt von Mathematik und Naturwissenschaften mit 12%.

Staatsangehörigkeit	
China	589
Spanien	303
USA	298
Indien	276
Türkei	271
Russische Föderation	244
Frankreich	244
Italien	213
Kamerun	198
Polen	142
sonstige Staaten	3.057

Top 10 Staatsangehörigkeiten der ausländischen Studienanfänger (nur Bildungsausländer) an hessischen Hochschulen im Studienjahr 2012



Fächerbelegung der Bildungsausländer unter den Studienanfängern 2011 (in %)

Weiterführende Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2012a, 2013); Bundesministerium des Innern (2011); Bundesministerium für Bildung und Forschung (2010); Mayer et al. (2012); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2011b, 2012); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2011b; 2012b)

→ Tabelle Z8 im Anhang

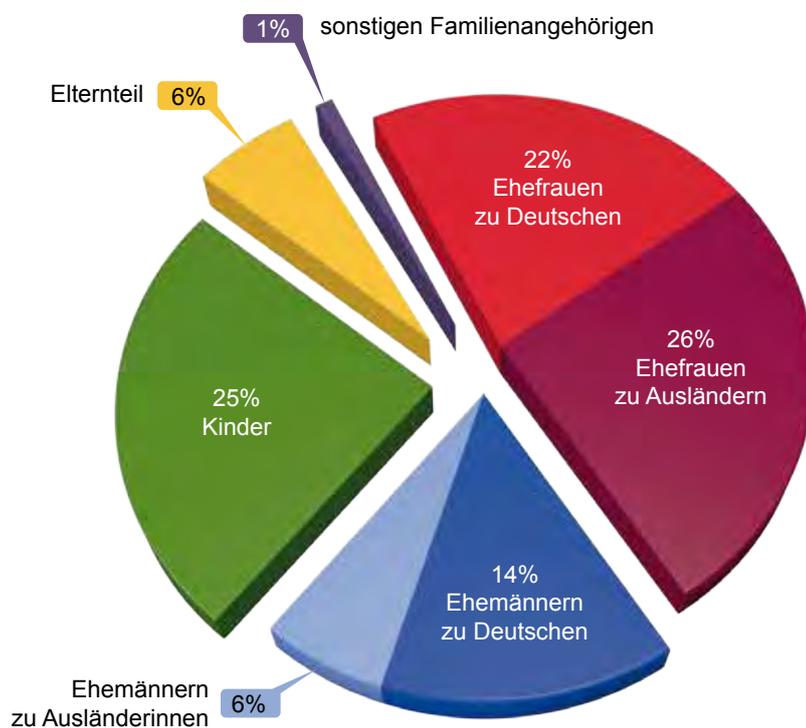
Z9 Zuwanderung aus familiären Gründen (Ehegatten- und Familiennachzug)

Definition

Zugewanderte Drittstaatenangehörige mit einem Aufenthaltstitel zum Familiennachzug (nur Aufenthaltserlaubnisse)

Datenquelle

Ausländerzentralregister
(vorläufige Ergebnisse)²¹



Verteilung der 2012 erteilten Aufenthaltserlaubnisse²¹ für den Familiennachzug von...

Die Zuwanderung aus familiären Gründen stellt einen der wichtigsten Zuwanderungspfade nach Hessen dar. Ein Zuzug findet dabei sowohl in ausländische als auch in deutsche Familien statt. Zu den grundsätzlichen Voraussetzungen eines Familiennachzugs zu Ausländern zählt in der Regel, dass ausreichender Wohnraum zur Verfügung

steht und der Lebensunterhalt auf Dauer gesichert ist.²² Hinzu kommt für den Ehegattennachzug, dass beide Ehepartner das 18. Lebensjahr vollendet haben müssen und sich der nachziehende Ehegatte zumindest auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen kann.

²¹ siehe Fußnote 18

²² Nach der Legaldefinition des § 2 Abs. 3 AufenthG ist der Lebensunterhalt eines Ausländers gesichert, wenn er ihn einschließlich ausreichenden Krankenversicherungsschutzes ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel bestreiten kann. Dabei bleiben Kindergeld, Kinderzuschlag, Erziehungs- oder Elterngeld, Leistungen der Ausbildungsförderung sowie öffentliche Mittel, die auf Beitragsleistungen beruhen, außer Betracht.

Zu zwei Dritteln ist der Familiennachzug nach Hessen ein Ehegattennachzug. Die Zahlen zeigen, dass sehr viel mehr Frauen zu ausländischen oder deutschen Ehemännern ziehen als umgekehrt; sie machen fast drei Viertel aller Ehegattennachzüge aus. Der Ehegattennachzug von Männern zu ihren ausländischen Ehefrauen spielt eine bedeutend geringere Rolle.

Jede vierte Aufenthaltserlaubnis wurde an Kinder erteilt, die zu ihren in Hessen lebenden Eltern ziehen. Der Familiennachzug sonstiger Angehöriger ist dagegen zahlenmäßig eher von untergeordneter Bedeutung.

Die Tabelle rechts verdeutlicht die Hauptherkunftsgebiete des Familiennachzugs nach Hessen. An der Spitze steht mit großem Abstand die Türkei. Ganz überwiegend ziehen hier türkische Partner zu ihren Ehegatten. Während auch bei Zuwanderungen aus Marokko, Indien und den USA der Anteil des Ehegattennachzugs deutlich überwiegt, kommen aus Japan und Korea etwa gleich viele Ehegatten wie Kinder nach Hessen (siehe Tabelle Z9 im Anhang).

Staatsangehörigkeit	Anteil an allen aus familiären Gründen zugezogenen Drittstaatsangehörigen
Türkei	14%
Indien	7%
USA	6%
Marokko	6%
Korea (Republik)	5%
Japan	5%
Russische Föderation	4%
Serbien	3%
China	3%
Pakistan	3%
sonstige Drittstaaten	44%

Top 10 Staatsangehörigkeiten der Familienzuwanderer 2012

Weiterführende Literatur

Aybek et al. (2013); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2012a und b); Bundesministerium des Innern (2011); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2011a); Steinhilber et al. (2013)

→ Tabelle Z9 im Anhang

Z10 Asylzuwanderung

Definition

Jährlicher Zugang von Asylbewerbern nach Hessen

Datenquellen²³

Asylgeschäftsstatistik,
Hessischer Landtag,
Regierungspräsi-
dium Darmstadt



Zahl der Asylbewerber bzw. Asylanträge (bis 1994: aufgenommene Asylbewerber, ab 1995: Asylerstanträge²³)

Ein weiterer bedeutender Zuwanderungspfad nach Hessen ist die Zuwanderung zur Durchführung eines Asylverfahrens. Nach Artikel 16a Absatz 1 GG genießen politisch Verfolgte Asylrecht. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge prüft im Rahmen eines Asylverfahrens, ob einem Antrag auf Anerkennung als Asylberechtigter stattgegeben wird. Für die Dauer ihrer Asylverfahren erhalten Ausländer in Deutschland eine Aufenthalts-gestattung (§ 55 AsylVfG). Sie werden zugleich nach einem zwischen den Ländern vereinbarten Schlüssel (sog. „Königsteiner Schlüssel“) zahlenmäßig auf die Länder verteilt (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2012a: 16; 2011: 19 ff.).

Der Indikator bildet die Zahl der Asylbewerber ab, die zur Durchführung ihres Asylverfahrens nach Hessen gekommen sind. Deutlich erkennbar ist die hohe Zahl der Asylbewerber in den frühen 1990er Jahren mit einem Maximum von über 32.000 (1992). Die Ursachen sind vor allem im jugoslawischen Bürgerkrieg und in der Umbruchssituation einiger osteuropäischer Staaten zu suchen. Seit 1993 sank die Zahl der Asylzugänge jedoch kontinuierlich bis auf knapp 1.200 Fälle im Jahr 2006.

²³ Da keine durchgängige Zeitreihe vorliegt, sind hier Angaben aus verschiedenen Datenquellen abgebildet: Quelle 1990-1992: Hessischer Landtag – Antwort auf die Kleine Anfrage Landtagsdrucksache 13/4088; Quelle 1993-1994: Berechnungen des Regierungspräsidiums Darmstadt basierend auf EASY (Erstverteilung von Asylbegehrenden); ab 1995: Asylgeschäftsstatistik des BAMF.

Ein Grund hierfür liegt auch im sog. Asylkompromiss und der damit einhergehenden Grundgesetzänderung von 1993 mit der Einführung des Prinzips der sicheren Drittstaaten und der sicheren Herkunftsstaaten sowie der Flughafenregelung. Nach dieser können Asylverfahren für über einen Flughafen einreisende Asylbewerber, die aus sicheren Herkunftsstaaten kommen oder sich nicht ausweisen können, bereits im Flughafenbereich durchgeführt werden.

Seit 2007 steigen die Zahlen der Asylbewerber wieder an, 2012 in einem zunehmenden Maße vor allem aufgrund des vermehrten Zugangs aus Syrien, Serbien und Mazedonien (Bundesministerium des Innern 2013a). Das Niveau der 1990er Jahre ist allerdings lange nicht erreicht: 1995 kamen doppelt so viele Asylbewerber nach Hessen wie heute, 1991 viermal so viele und 1992 sogar sechsmal so viele.

Eine tatsächliche Anerkennung als Asylberechtigter gemäß Art. 16a Abs. 1 GG hat in Deutschland in den Jahren von 2002 bis 2011 nur etwa jeder 75. Asylbewerber erhalten (2011: 1,5%). Das Bundesamt prüft aber zugleich, ob dem jeweiligen Antragsteller nicht auch Flüchtlingsschutz oder Schutz vor einer Abschiebung gewährt werden muss. Im genannten Zeitraum hat mehr als jeder zehnte Asylbewerber diesen Schutzstatus bekommen. Andererseits sind seit 2002 fast 60% aller Entscheidungen als ablehnende Entscheidungen ergangen. Die übrigen rund 30% der Entscheidungen betrafen formelle Einstellungen der Verfahren, etwa aufgrund einer Antragsrücknahme (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2012a: 45).

Dabei ist die Gesamtschutzquote (Asylberechtigte, Flüchtlings- oder Abschiebeschutz) gerade in den letzten Jahren deutlich gestiegen auf jede dritte Entscheidung in den Jahren 2008 und 2009 (37,7% bzw. 33,8%) und betrug 2011 immerhin 22,3%. Zum Vergleich: 2002 lag die Gesamtschutzquote bei 6,2% der getroffenen Entscheidungen (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2012a: 46, 48).

Gegen die Entscheidung des Bundesamtes haben Asylbewerber die Möglichkeit der Klage vor Gericht. Die durchschnittliche Gesamtverfahrensdauer der 2011 abgeschlossenen Asylverfahren betrug einschließlich des Rechtsweges 12,2 Monate (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2012a: 54).

Mit Beendigung des Asylverfahrens erlischt die Aufenthaltsgestattung des Asylbewerbers. Erhält er keine Aufenthaltserlaubnis aus anderen Gründen, ist er ausreisepflichtig. Gleichwohl sind in den vergangenen Jahren viele abgelehnte Asylbewerber dieser Ausreisepflicht nicht nachgekommen. Ihr Aufenthalt wurde hiernach lediglich geduldet. Durch mehrere sogenannte Altfall- bzw. Bleiberechtsregelungen seit 2006 und 2007 wurde ihnen stichtagsabhängig und unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit eines rechtmäßigen Aufenthalts in Deutschland eröffnet.

Weiterführende Literatur

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2013a); Bundesministerium des Innern (2011, 2013a); Herbert (2001); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2011a, 2012a); Schneider (2012)

→ Tabelle Z10 im Anhang

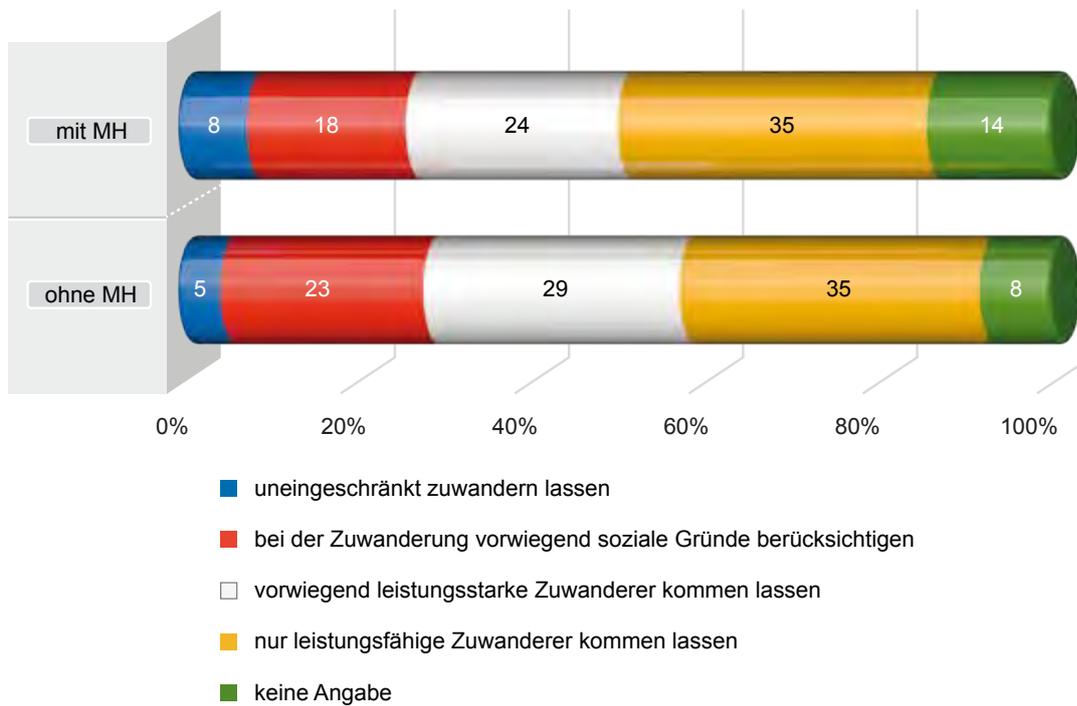
Z11 Einstellung zu verschiedenen Zuwanderungsregelungen

Definition

Einstellung der Bevölkerung zu unterschiedlichen Zuwanderungsregelungen

Datenquelle

repräsentative Befragung im Auftrag des HMdJIE



Sollte Deutschland Ihrer Meinung nach... ? (2011, in %)

Dieser Indikator zeigt, wie Zuwanderung nach Auffassung der hessischen Bevölkerung gestaltet sein sollte. Eine deutliche Mehrheit spricht sich für eine stärkere Berücksichtigung leistungsstarker Zuwanderer aus.

Rund ein Drittel aller Befragten mit und ohne Migrationshintergrund (35%) wünscht sich Zuwanderungsregelungen, die „nur leistungsfähigen Zuwanderern“ den Zuzug ermöglichen, 28% aller Befragten sprechen sich für eine Zuwanderungspolitik aus, die „vorwiegend leistungsstarke Zuwanderer“ nach Deutschland kommen lassen sollte. 22% meinen, bei der Zulassung von Zuwanderung sollten „vorwiegend soziale Gründe“ berücksichtigt werden. Nur 6% der Befragten sind der Auffassung, Zuwanderung solle uneingeschränkt möglich sein.

gen Zuwanderern“ den Zuzug ermöglichen, 28% aller Befragten sprechen sich für eine Zuwanderungspolitik aus, die „vorwiegend leistungsstarke Zuwanderer“ nach Deutschland kommen lassen sollte. 22% meinen, bei der Zulassung von Zuwanderung sollten „vorwiegend soziale Gründe“ berücksichtigt werden. Nur 6% der Befragten sind der Auffassung, Zuwanderung solle uneingeschränkt möglich sein.

Eine Differenzierung nach dem Migrationshintergrund ergibt, dass Befragte mit Zuwanderungsgeschichte das Kriterium der Leistungsfähigkeit ähnlich stark wie Personen ohne Migrationshintergrund betonen: Das Leistungspotential als einziges Kriterium wünschen sich jeweils 35% der Personen mit und ohne Migrationshintergrund; unter den Befragten, die selbst zugewandert sind, sind es sogar 38%. Dasselbe gilt für die Leistungsfähigkeit als vorrangiges Zuwanderungskriterium (24% vs. 29%). Personen mit Migrationshintergrund würden ebenfalls selten, aber etwas häufiger als Befragte ohne Migrationshintergrund (8% gegenüber 5%), Zuwanderung „uneingeschränkt“ zulassen.

„Vorwiegend soziale Gründe“ haben jedoch für Personen mit Migrationshintergrund weniger Gewicht als für Personen ohne Migrationshintergrund, der Anteil der Zustimmenden beträgt 18% vs. 23%.

Weiterführende Literatur

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2011a)

→ Tabelle Z11 im Anhang

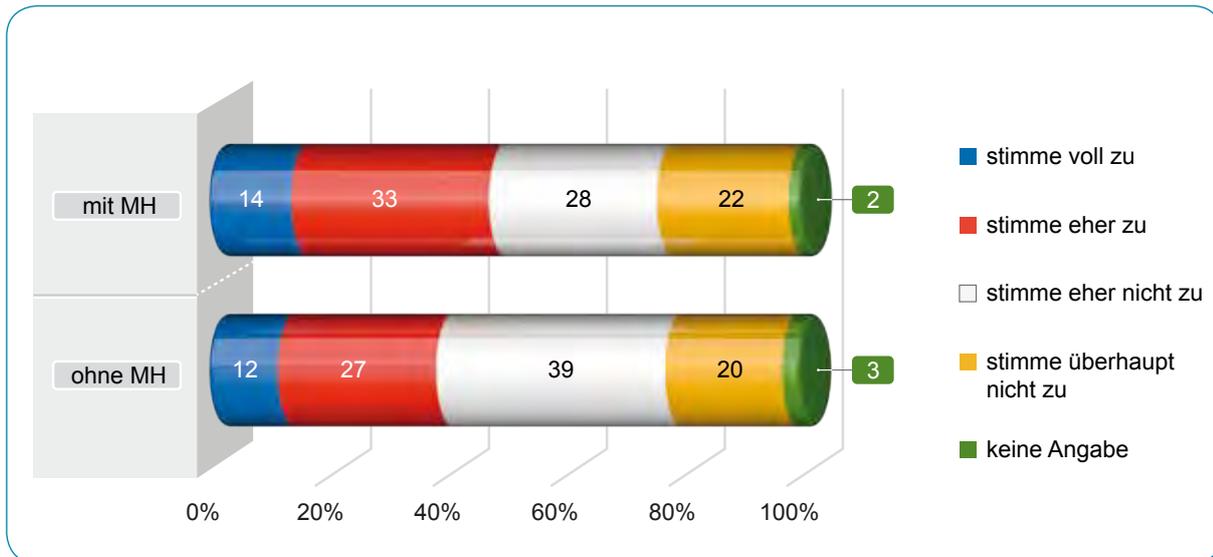
Z12 Einschätzung der Fachkräftezuwanderung

Definition

Einstellung der Bevölkerung zur Fachkräftezuwanderung

Datenquelle

repräsentative Befragung im Auftrag des HMdJIE



Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu: Würden Sie sagen, Deutschland und auch Hessen braucht mehr Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland? (2011, in %)

Im Vergleich zur Betonung der Leistungsfähigkeit der Zuwanderer (Indikator Z11) fällt die Zustimmung der hessischen Bevölkerung zur Notwendigkeit einer verstärkten Zuwanderung ausländischer Fachkräfte zurückhaltender aus. Nur 40% bejahen dies „voll“ oder „eher“, 56% stimmen dem „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ zu. Auch unter den Personen mit Migrationshintergrund ist lediglich die Hälfte (50%) der Meinung, dass Deutschland und auch Hessen mehr Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland brauche. Bei den Personen ohne Migrationshintergrund sind es 39%.

Weiterführende Literatur

Bertelsmann-Stiftung (2012); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010b); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2011a)

→ Tabelle Z12 im Anhang

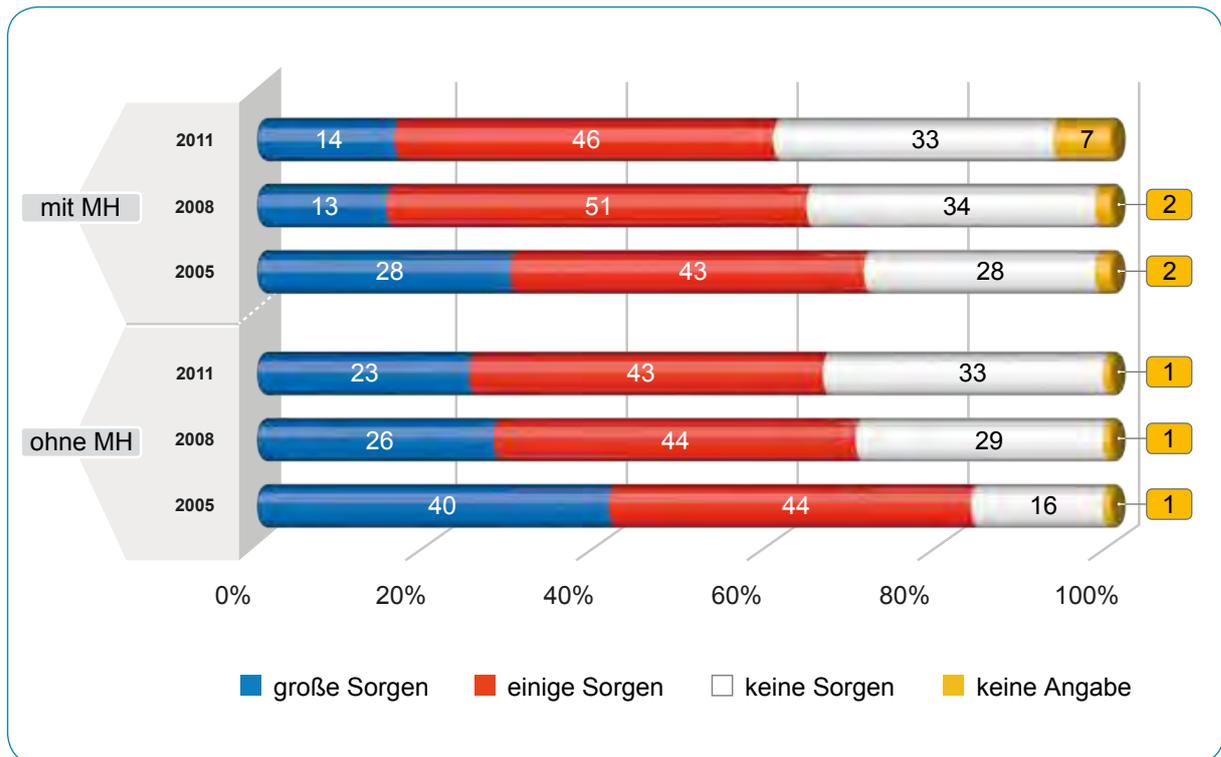
Z13 Sorgen wegen Zuwanderung

Definition

Besorgnis der Bevölkerung hinsichtlich der Zuwanderung

Datenquelle

SOEP



Machen Sie sich Sorgen wegen Zuwanderung nach Deutschland? (in %)

Die hessische Bevölkerung äußert sich – unabhängig vom Migrationshintergrund – mehrheitlich besorgt über Zuwanderung. Unter den Personen ohne Migrationshintergrund scheinen entsprechende Sorgen etwas weiter verbreitet zu sein als unter Personen mit diesem Hintergrund: 65% der Befragten ohne Migrationshintergrund machen sich „große“ oder „einige“ Sorgen über die Zuwanderung, unter den Befragten mit Migrationshintergrund sind es 60%.

Das Antwortverhalten der hessischen Bevölkerung auf die Frage „Wie ist es mit den folgenden Gebieten – machen Sie sich da Sorgen? ... über die Zuwanderung nach Deutschland?“ hat sich jedoch seit 2005 stark verändert. Während im Jahr

2005 noch 80% „große“ oder „einige“ Sorge äußerten, ist der Anteil dieser Gruppe bis 2011 auf 64% zurückgegangen. In der Entwicklung sind dabei kaum Unterschiede hinsichtlich des Migrationshintergrundes feststellbar.

Der Anteil jener, die sich „große Sorgen“ machen, hat innerhalb von sieben Jahren von 40% auf 23% (ohne Migrationshintergrund) bzw. von 28% auf 14% (mit Migrationshintergrund) abgenommen und sich damit fast halbiert. Demgegenüber stieg der Anteil derjenigen, die sich unbesorgt zeigen, von 16% (ohne Migrationshintergrund) bzw. 28% (mit Migrationshintergrund) auf jeweils 33%.

→ Tabelle Z13 im Anhang

3.4 Strukturelle Dimension der Integration

Unter der strukturellen Integration ist die Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund an den Kernstrukturen der Aufnahmegesellschaft zu verstehen. Bildung und Arbeit gelten als Schlüssel zur Integration. Bildung ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Beteiligung am Arbeitsmarkt, und eine eigene Erwerbstätigkeit ermöglicht ein eigenes Einkommen, das ein unabhängiges Leben bieten kann. Ein geringes Einkommen beinhaltet das Risiko der Armut; öffentliche Transferzahlungen sollen Armut verhindern oder reduzieren.

Von einem Fortschritt der Integration ist dann auszugehen, wenn sich die Partizipation der zugewanderten Bevölkerungsgruppe – gemessen beispielsweise in Quoten der Bildungs- und Erwerbsbeteiligung – jener der nicht zugewanderten Bevölkerung annähert oder sich sogar besser als diese darstellt.

3.4.1 Bildung – Lebenslanges Lernen

Diverse Studien belegen, dass Ausländer sowie Deutsche mit Migrationshintergrund im Bildungsbereich tendenziell schlechtere Ergebnisse erzielen als Deutsche ohne Migrationshintergrund (z. B. Konsortium Bildungsberichterstattung 2006; Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008, 2010, 2012). Dies zeigt sich bereits in der frühkindlichen Bildung sowie in der Schule (z. B. Auernheimer 2010; Diefenbach 2008a und b; Prenzel et al. 2004 und 2007; Schober/Spieß 2012) und setzt sich in Berufsbildung und Hochschule fort (z. B. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010).

Auch in der Weiterbildung gelten Ausländer und Personen mit Migrationshintergrund als deutlich unterrepräsentiert (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012; Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2009; Bundesministerium für Bildung und Forschung 2005, 2006, 2012b; Wilkens/Leber 2003).

Da in Anbetracht der Tertiarisierung und Informatisierung der Arbeit die Anforderungen an die Qualifikationen der Erwerbstätigen laufend steigen und Bildung darüber hinaus als wichtige Voraussetzung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gilt, wird die Bildungspartizipation der zugewanderten Bevölkerung ein wichtiges Thema bleiben. Gleichzeitig geben die Bildungsdaten wesentliche Aufschlüsse über die Ressourcen, die dem hessischen Arbeitsmarkt (in Zukunft) zur Verfügung stehen.

Im Folgenden werden zunächst die Indikatoren aufgeführt, die Bildungsprozesse abbilden, und anschließend jene, die sich auf den Bildungsstand, d. h. die erworbene Bildung (im Sinne von Humankapital) der erwachsenen Bevölkerung, beziehen.

Die Struktur der Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund bzw. der Ausländer – z. B. im Hinblick auf das Alter – ist bei der Interpretation der Indikatoren zu berücksichtigen, weil sie auf die gesellschaftliche Teilhabe in verschiedenen Themenfeldern Einfluss haben kann.

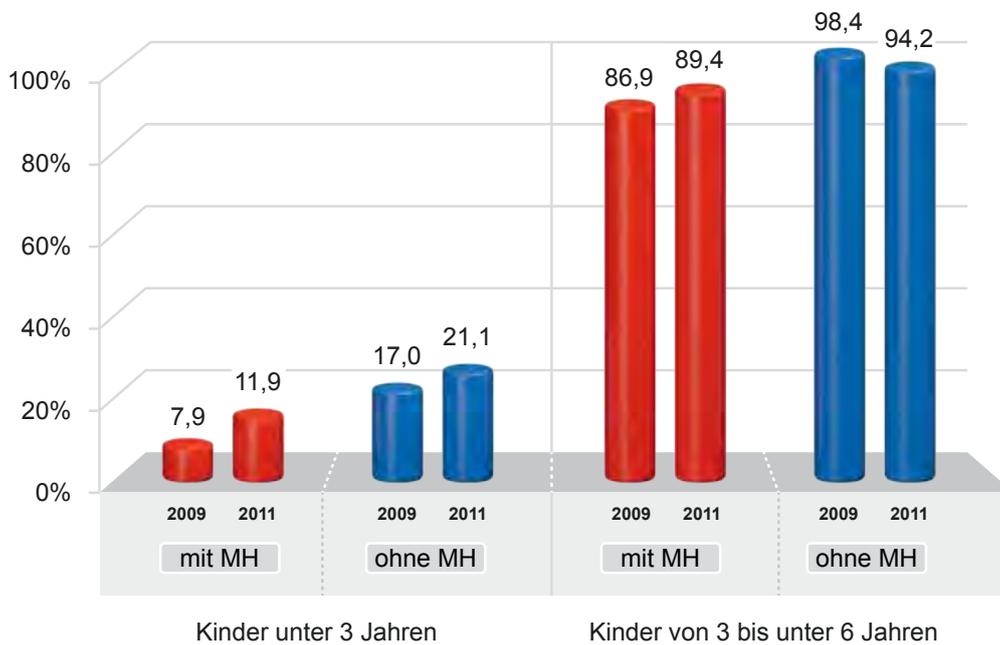
B1 Frühkindliche Bildung – Betreuungsquote in Kindertageseinrichtungen (IntMK C1b, C2b²⁴)

Definition

Anteil der Kinder verschiedener Altersgruppen in Kindertageseinrichtungen nach Migrationshintergrund an allen Kindern der jeweiligen Altersgruppe

Datenquelle

Statistisches Bundesamt; HMdJIE (2012b)



Betreuungsquote in Kindertageseinrichtungen (in %)

Einschlägige Studien zeigen, dass die frühkindliche Förderung entscheidend für den späteren Bildungserfolg ist. Die frühe Förderung von Kindern in Kindertagesstätten ist ein ergänzendes Angebot zur Erziehung in der Familie. Die „institutionelle Bildungszeit“ in Kindertageseinrichtungen (nicht berücksichtigt ist in diesem Indikator die öffentlich geförderte Kindertagespflege) wirke

sich gerade bei Kindern aus bildungsfernen Bevölkerungsgruppen und/oder mit unzureichenden Sprachkenntnissen positiv aus. Insbesondere der Entwicklung der sprachlichen Fähigkeiten, die in Kindertagesstätten sehr gefördert werden kann, wird eine Schlüsselrolle bei der Integration zuerkannt, da diese den Zugang zu schulischer Bildung und den weiteren Bildungsweg beeinflussen.

²⁴ Die Integrationsministerkonferenz weist die Betreuungsquote in Kindertagesstätten sowie Kindertagespflege aus (IntMK 2013).

In Hessen ist die Nutzung frühkindlicher Bildungseinrichtungen in den letzten Jahren gestiegen. Der Abstand zwischen Kindern mit Migrationshintergrund²⁵ und ohne Migrationshintergrund hat sich bei der Betreuungsquote der 3- bis unter 6jährigen von 12 Prozentpunkten auf 5 Prozentpunkte verringert. In der Altersgruppe der unter Dreijährigen bestehen noch erhebliche Unterschiede: Nur gut jedes zehnte Kind mit Migrationshintergrund besucht in diesem Alter eine Betreuungseinrichtung, aber jedes fünfte Kind ohne Migrationshintergrund. Doch sind die Quoten für Kleinkinder mit und ohne Migrationshintergrund im Berichtszeitraum um etwa 4 Prozentpunkte gestiegen.

Mit zunehmendem Alter der Kinder steigt auch die Betreuungsquote (Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2012b). In der Gruppe der 3- bis unter 6jährigen beträgt sie 94,2% bei den Kindern ohne und 89,4% bei Kindern mit Migrationshintergrund.

Inwieweit diese Differenzen mit unterschiedlichen Wertvorstellungen zur frühkindlichen Erziehung und mit unterschiedlich hohen Erwerbsbeteiligungen bei Frauen mit und ohne Migrationshintergrund (siehe Indikator B12) zusammenhängen, bedarf weiterer Forschung.

Weiterführende Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008, 2010, 2012); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010, 2011, 2012); Bertelsmann-Stiftung (2011); Böttcher et al. (2010); Boos-Nünning (2011); Bundesregierung (2007); Fritsch/Oesch (2008); Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2012b); Institut der deutschen Wirtschaft (2010); Nusche (2009); Petakovitsch/Schmid (2012); Schober/Spieß (2012)

→ Tabellen B1 im Anhang

²⁵ Die Kinder- und Jugendhilfestatistik erhebt abweichend vom Mikrozensus den Migrationshintergrund mit der Frage, ob mindestens ein Elternteil eines Kindes in Kindertagesbetreuung ausländischer Herkunft ist („elterliche Migrationserfahrung“; Böttcher et al. 2010, Kolvenbach/Taubmann 2006). Die zweite Stufe des Erhebungsmerkmals ist die Frage nach der „vorrangig in der Familie gesprochenen Sprache“ (Deutsch / nicht Deutsch). Der Erste Integrationsindikatorenbericht der Bundesregierung geht jedoch davon aus, dass die Kinder- und Jugendhilfestatistik aufgrund ihres Erfassungskonzeptes die Gruppe der Kinder mit Migrationshintergrund zahlenmäßig unterschätzt (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2009: 15).

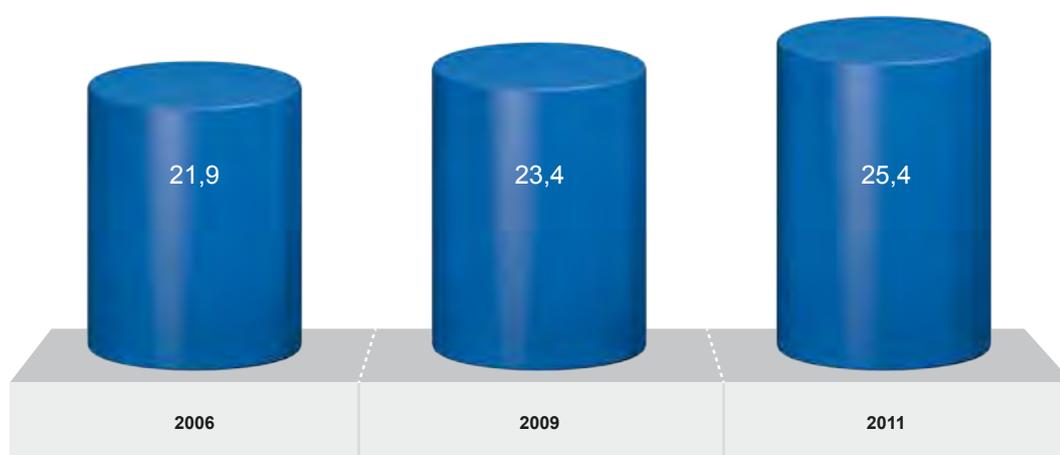
B2 Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache in Kindertageseinrichtungen (IntMK C3)

Definition

Anteil der Kinder (3 bis unter 6 Jahre) in Kindertageseinrichtungen, in deren Familie vorrangig nicht Deutsch gesprochen wird, an allen Kindern dieser Altersgruppe in Kindertageseinrichtungen

Datenquelle

Statistisches Bundesamt; HMdJIE (2012b)



Anteil der Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache in Kindertageseinrichtungen (in %)

Die Kinder- und Jugendhilfestatistik erhebt seit 2006 bei jedem Kind in Kindertageseinrichtungen, ob bei ihm zu Hause überwiegend Deutsch gesprochen wird. Der Anteil der 3- bis 6jährigen Kinder in Kindertagesstätten, deren Familiensprache vorrangig nicht Deutsch ist, hat in Hessen zwischen 2006 und 2009 von 21,9% auf 23,4% und bis 2011 auf 25,4% zugenommen. Bei den unter 3jährigen betrug dieser Anteil 2011 16,6%.

Der Nationale Bildungsbericht weist auf die auch in Hessen „unausgewogene Verteilung von Kindern mit Migrationshintergrund zwischen den Kindertageseinrichtungen“ hin, die u. a. auf das „nahräumliche Wohnumfeld der Kinder“ zurückzuführen ist. Diese „Segregationstendenzen“ stellen eine große Herausforderung für die betroffenen Einrichtungen dar, weil die „alltagsnahe

Sprachförderung“ erschwert sei. Hessenweit besuchen 40,6% der Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache Kindertagesstätten, in denen mindestens die Hälfte der Kinder ebenfalls eine andere Familiensprache als Deutsch spricht (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012: 58 und 245).

Weiterführende Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008, 2010, 2012); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010, 2011, 2012); Boos-Nünning (2011); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010a); Esser (2006); Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2012b); Institut der deutschen Wirtschaft (2010); Nusche (2009); Petakovitsch/Schmid (2012); Schober/Spieß (2012)

→ Tabelle B2 im Anhang

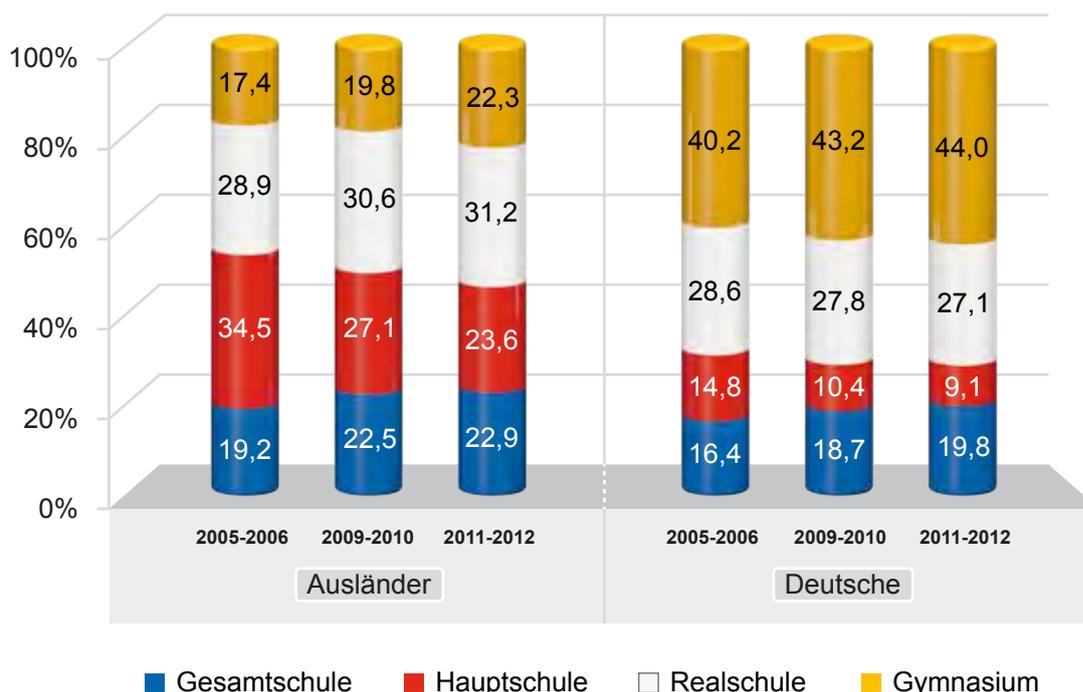
B3 Schüler in der 8. Klasse nach Schulformen (IntMK D1)

Definition

Anteil der Schüler nach Staatsangehörigkeit bzw. Migrationshintergrund in der 8. Klasse nach Schulformen an allen Schülern der 8. Klassenstufe

Datenquelle

Schulstatistik



Schüler/-innen nach Schulform und Staatsangehörigkeit in der 8.Klasse (in %)

Der Schulbesuch von Jugendlichen mit Migrationshintergrund lässt wichtige Rückschlüsse auf ihren Stand der Integration und die interkulturelle Öffnung der Bildungseinrichtungen zu. Der Indikator erlaubt einen Blick auf den Zwischenstand des Bildungsverlaufes von Jugendlichen in der achten Klassenstufe.

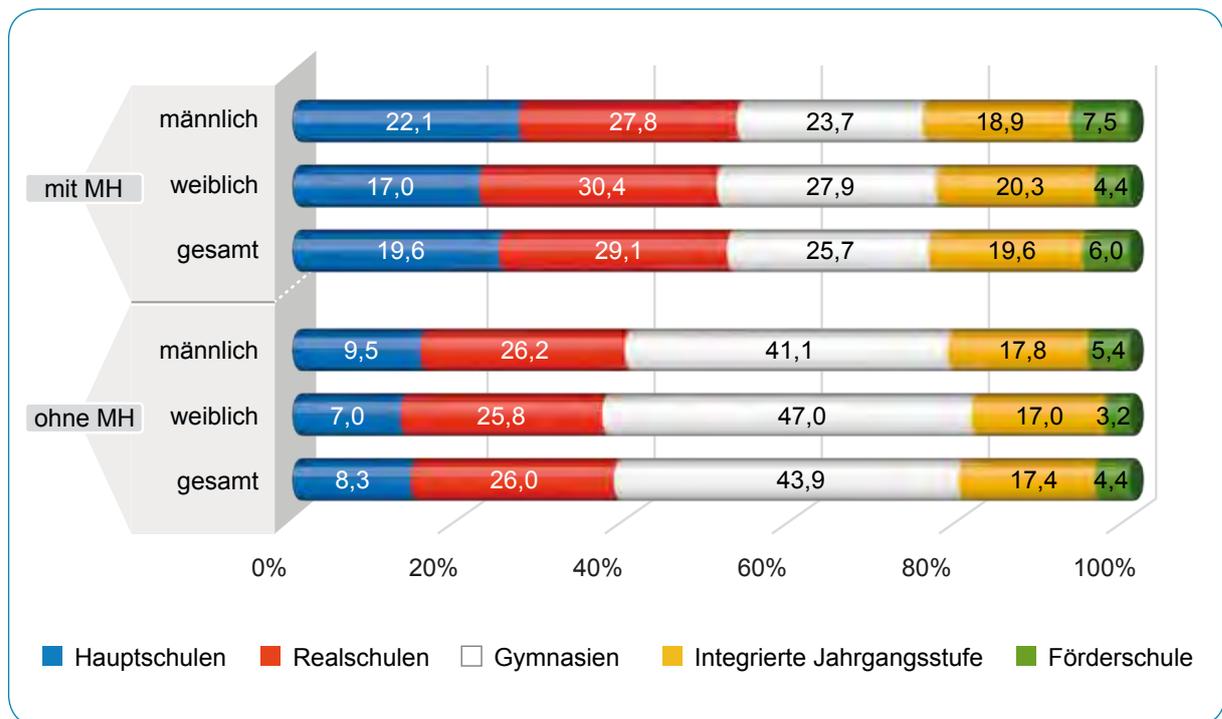
Zwischen 2005 und 2011 ist im hessischen Schulsystem eine Aufwärtsmobilität der Schülerinnen und Schüler zu beobachten: Die Bedeutung der Hauptschule²⁶ hat ab- und die der Gesamt-

schule sowie des Gymnasiums zugenommen. Von dieser Entwicklung haben sowohl Deutsche als auch Ausländer profitiert. Der Anteil der Achtklässler mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die eine Hauptschule besuchen, ist im betrachteten Zeitraum von 34,5% auf 23,6% gefallen, der der deutschen Achtklässler von 14,8% auf 9,1% gesunken. Gleichzeitig stieg der Anteil derer, die ein Gymnasium besuchen, von 17,4% auf 22,3% unter den Ausländern und von 40,2% auf 44,0% unter den Deutschen.

²⁶ Die Zahl der Hauptschulen hat sich in Hessen zwischen 1980 und 2009 mehr als halbiert (348 vs. 161; ohne Hauptschulen an Gesamtschulen), die Zahl der Schüler beträgt heute weniger als ein Drittel der damaligen Schülerzahl (etwa 17.700 vs. 62.570; Hessisches Statistisches Landesamt 2012).

Die Differenzierung der Schüler nach Staatsangehörigkeit erscheint angesichts des hohen und wachsenden Anteils der Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu oberflächlich. In Hessen können seit dem Schuljahr 2009/10 die Schülerdaten

auch nach Migrationshintergrund ausgewiesen werden. Die folgende Abbildung zeigt die Schulbesuchsquoten nach Migrationshintergrund²⁷ im Schuljahr 2011/2012:²⁸



Schüler/-innen in der 8. Klasse nach Schulformen, Migrationshintergrund und Geschlecht im Schuljahr 2011/2012 (in %)

Bei Achtklässlern mit Migrationshintergrund ist die Gymnasialbesuchsquote mit 25,7% niedriger als bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund (43,9%). Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, die eine Realschule besuchen, liegt mit 29,1% wenige Prozentpunkte über dem derjenigen ohne Migrationshintergrund (26,0%). Deutlich größer ist das Gefälle beim Be-

such der Hauptschule (19,6% der Jugendlichen mit vs. 8,3% der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund). Evident ist ferner, dass Mädchen unabhängig vom Migrationshintergrund erheblich besser abschneiden als Jungen; sie besuchen seltener die Hauptschule und häufiger das Gymnasium (dazu z. B. Wilkens 2013; Bundesjugendkuratorium 2009).

²⁷ Die Definition des Migrationshintergrundes in der Schulstatistik basiert auf den drei Merkmalen Staatsangehörigkeit, überwiegend in der Familie gesprochene Sprache und Geburtsland. Migrationserfahrungen der Eltern gehen nicht in die Ableitung des Merkmals ein. Der so definierte Migrationshintergrund unterscheidet sich deutlich von der Definition des Statistischen Bundesamtes im Mikrozensus.

²⁸ Die Daten nach Staatsbürgerschaft entstammen dem Bericht der Integrationsministerkonferenz. Für die Betrachtung der Situation im Bundesland Hessen wurde eine andere Abgrenzung der Schulformen gewählt, die die Verteilung auf die Schulzweige an Gesamtschulen berücksichtigt.

Die Bildungsforschung hat belegt, dass der Schulerfolg in Deutschland stark mit der sozialen Herkunft und dem Sprachvermögen korreliert. Schüler, deren Eltern einen niedrigen Bildungsstand haben oder nicht in Deutschland schulisch sozialisiert worden sind, schneiden tendenziell schlechter ab (Konsortium Bildungsberichterstattung 2006). In der Literatur (z. B. OECD 2006; Auernheimer 2010) wird diskutiert, dass dieser Befund möglicherweise im Zusammenhang steht mit mangelnder Sprachförderung, einer im internationalen Vergleich frühen Differenzierung der Schulformen nach Abschluss der Primarstufe und einer Mittelschichtorientierung der Schule (Unterrichtsinhalte, Sprache, Lehrkörper). Der immer noch weit verbreitete Halbtagsunterricht begrenze die notwendige Förderung. Auch der Nationale Bildungsbericht erwähnt, dass Kinder mit Migrationshintergrund „selbst bei gleichem sozioökonomischen Status“ deutlich häufiger an Hauptschulen zu finden seien als Kinder ohne Migrationshintergrund (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010: 9).

In vielen Fällen liegt offenbar besonderer Förderbedarf vor. Die nähere Analyse zeigt jedoch, dass Schüler mit Migrationshintergrund keine homogene Gruppe sind. So finden sich im deutschlandweiten Vergleich des Schulbesuchs von Achtklässlern die höchsten Anteile von Ausländern, die das Gymnasium besuchen in Thüringen (45,6%), Mecklenburg-Vorpommern (45,0%), Sachsen (40,7%) und Sachsen-Anhalt (35,0%;

Integrationsministerkonferenz 2013: 45), also Bundesländern, die eine andere Struktur der zugewanderten Bevölkerung haben als Hessen und die übrigen alten Bundesländer (zu den Bildungserfolgen in den neuen Bundesländern z. B. Weiß 2010). Dabei können Kinder aus zugewanderten, sozioökonomisch schwachen Familien durchaus vergleichsweise gute Bildungsergebnisse erzielen. „Der ethnische Hintergrund ist nur scheinbar zur Differenzierung geeignet. Der wichtigste Faktor ist die sozioökonomische Situation. Daneben gibt es weitere Faktoren für Bildungserfolg: Positive Faktoren sind die Bildungsnähe oder die Bildungsaspiration, die Eltern ihren Kindern vermitteln.“ Ein weiterer Faktor ist die Familiensprache. (Bundesregierung 2011: 397).

Weiterführende Literatur

Auernheimer (2010); Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010, 2012); Baur/Häußermann (2009); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010, 2011, 2012); Boos-Nünning (2011); Bundesjugendkuratorium (2009); Bundesregierung (2011); Diefenbach (2008a und b); Dollmann (2010); Gresch (2012); Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2012a, 2013); Konsortium Bildungsberichterstattung (2006); OECD (2006); Pimminger (2012); Prenzel et al. (2004, 2007); Ramsauer (2011); Siegert (2008); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010, 2012); Weiß (2010); Wilkens (2013)

→ Tabelle B3 im Anhang

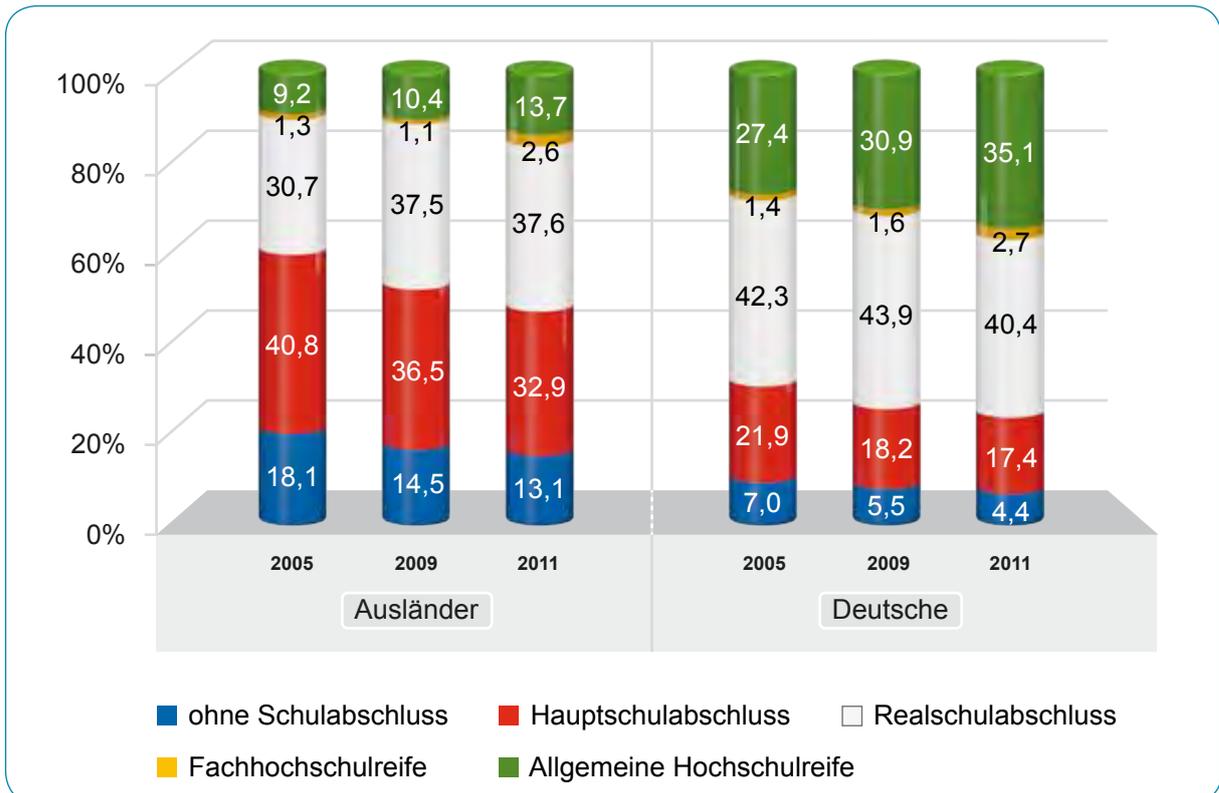
B4 Schulentlassene (IntMK D2)

Definition

Anteil der Schulentlassenen²⁹ eines Jahrgangs an allgemeinbildenden Schulen nach Schulabschluss und Staatsangehörigkeit bzw. Migrationshintergrund an allen Schulentlassenen der jeweiligen Gruppe

Datenquelle

Schulstatistik



Schulentlassene nach Staatsangehörigkeit (in %)

Die Teilhabe von Jugendlichen mit Migrationshintergrund an schulischer Bildung spiegelt sich auch in den Schulabschlüssen wieder. Dieser Indikator misst die erreichten Abschlüsse bei den Schülern eines Jahrgangs zum Ende ihrer Schullaufbahn. Der Schulabschluss hat einen wesentlichen Einfluss auf die weitere Bildungsbiographie bzw. die Chancen am Arbeitsmarkt.

Wie schon die Verteilung der Schüler nach Staatsangehörigkeit auf die unterschiedlichen Schultypen andeutete, differieren die Bildungsabschlüsse zwischen Deutschen und Ausländern stark.

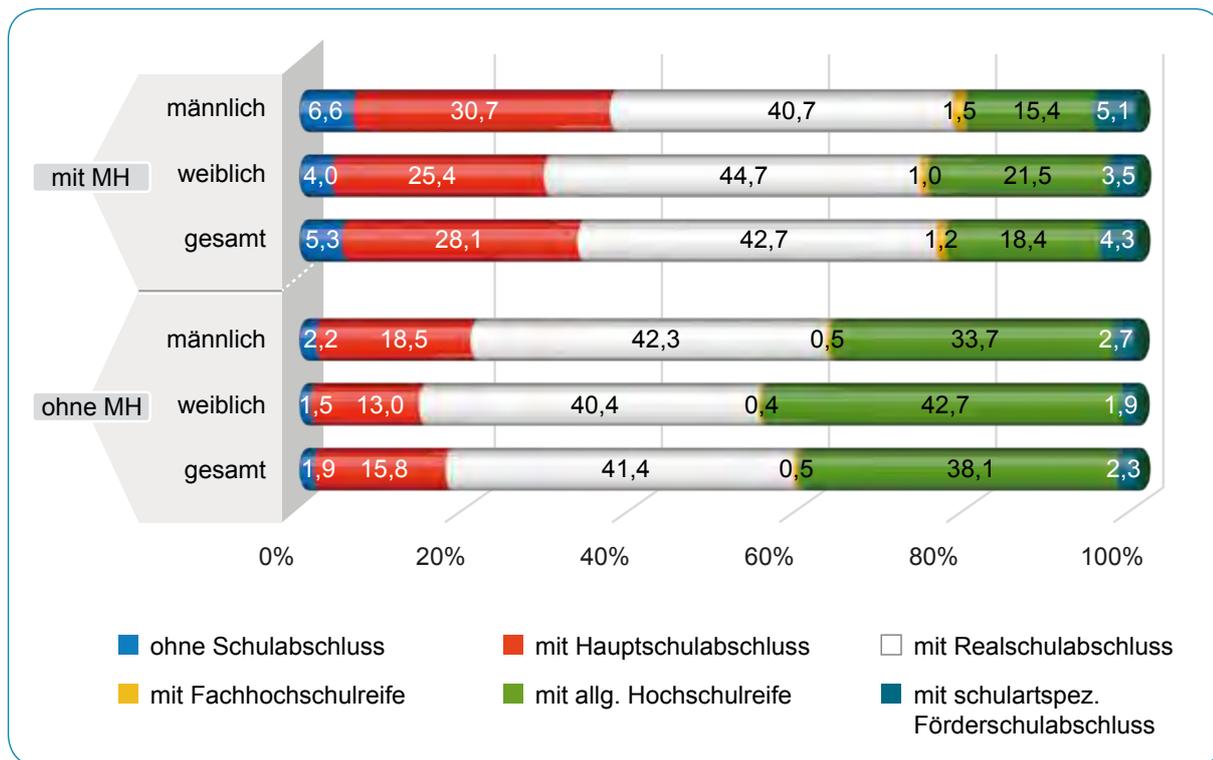
Der Indikator zeigt, dass Ausländer häufiger als Deutsche keinen (13,1% vs. 4,4%) oder einen Hauptschulabschluss erreichen (32,9% vs. 17,4%). Dies gilt vor allem für die männlichen Schüler, wie Tabelle B4 im Anhang zu entnehmen ist. Weniger groß sind die Differenzen bei den Realschulabschlüssen (37,6% vs. 40,4%). Deutliche Unterschiede zeigen sich dann wieder bei den Abiturienten (13,7% vs. 35,1%).

²⁹ „Schulabgänger“ umfassen nach Definition der Kultusministerkonferenz die Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen. Die Schüler mit Abschluss werden dagegen als „Absolventen“ bezeichnet. Das Bundesinstitut für Berufsbildung umschreibt Schulabgänger und Absolventen als „Schulentlassene“ (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012: VII).

Zwischen 2005 und 2011 lässt sich jedoch sowohl bei Ausländern als auch Deutschen eine „Aufwärtsmobilität“ durch eine Zunahme des Anteils der höheren Schulabschlüsse beobachten. Allerdings ist der Zuwachs der Jugendlichen mit Abitur unter Deutschen um einiges höher als unter Ausländern. Besonders positiv fällt auf, dass der

Anteil der ausländischen Jugendlichen, die keinen Schulabschluss schaffen, im betrachteten Zeitraum um fünf Prozentpunkte gefallen ist.

Noch aussagekräftiger wird der Indikator, wenn Daten genutzt werden, die nach Migrationshintergrund unterscheiden:



Schulclassene nach Migrationshintergrund und Geschlecht in Hessen im Schuljahr 2011/2012 (in %)

Die beschriebenen Tendenzen in der Differenzierung nach Staatsangehörigkeit zeigen sich auch hier, sind jedoch im Ausmaß abgeschwächt. Demnach übersteigt im ausgewiesenen Schuljahr 2011/12 der Anteil der Abiturienten ohne Migrationshintergrund mit 38,1% den der Abiturienten mit Migrationshintergrund (18,4%). Der Anteil der Schulentlassenen mit Hauptschulabschluss liegt unter jungen Leuten ohne Migrationshintergrund deutlich niedriger als bei denen mit Migrationshintergrund (15,8% vs. 28,1%). Jugendliche mit Migrationshintergrund verlassen häufiger die Schule ohne Schulabschluss (5,3% vs. 1,9%). Die Anteile derjenigen, die ihre Schullaufbahn mit einem Realschulabschluss beenden, sind bei Schulentlassenen mit und ohne Migrationshintergrund etwa gleich hoch (42,7% und 41,4%). Die Abbildung zeigt ferner, dass Mädchen im Durchschnitt ein höheres Schulabschlussniveau erreichen als Jungen, unabhängig vom Migrationshintergrund.

Allerdings verdecken die Zahlen, dass die Bildungserfolge von Schülern mit Migrationshintergrund sehr heterogen sind.³⁰

Weiterführende Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008, 2010, 2012); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010, 2011, 2012); Erdmann et al. (2010); Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2012a, 2013a); Konsortium Bildungsberichterstattung (2006); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Siegert (2008); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2011b, 2012a, 2012b, 2012c); Weiß (2010); Wilkens (2013)

→ Tabelle B4 im Anhang

³⁰ So finden sich im deutschlandweiten Vergleich die höchsten Schulabschlüsse (hier: Abiturientenquoten) von ausländischen Schülern in Brandenburg (41,7%), Thüringen (41,3%), Sachsen (36,3%) und Mecklenburg-Vorpommern (32,0%), in Gesamtdeutschland sind es 15,4% (eigene Berechnungen nach Daten der Integrationsministerkonferenz 2013). Während in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern die Abiturientenquoten von Ausländern und Deutschen annähernd gleich sind, ist der Anteil der ausländischen Abiturienten an den Schulentlassenen in Thüringen und Sachsen deutlich höher als der der deutschen. Vor allem, da sich die Zuwanderungssteuerung in der ehemaligen DDR von der in der Bundesrepublik erheblich unterschied, haben die neuen Bundesländer heute noch eine andere Struktur der zugewanderten Bevölkerung als die alten Bundesländer (zu den Bildungserfolgen ausländischer Schüler in den neuen Bundesländern z. B. Weiß 2010).

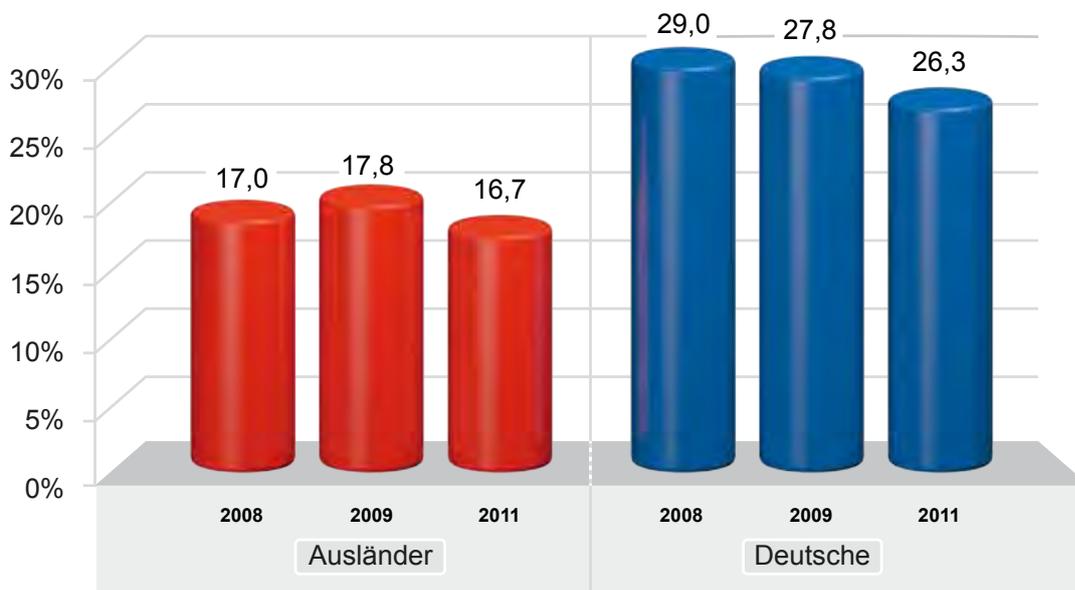
B5 Ausbildungsbeteiligungsquote (IntMK D5)

Definition

Ausbildungsbeteiligung im Dualen System von Jugendlichen im Alter von 18 bis unter 21 Jahren nach Staatsangehörigkeit an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

Datenquelle

Berufsbildungsstatistik



Ausbildungsbeteiligungsquote – Anteil der 18- bis unter 21jährigen (in %)

Der Berufseinstieg von Jugendlichen in Deutschland erfolgt meist über eine berufliche Ausbildung im Dualen System, das nur wenige andere Länder kennen. Die Duale Ausbildung basiert auf einem Ausbildungsvertrag zwischen Auszubildendem und Ausbildungsbetrieb und zeichnet sich aus durch die „Gleichzeitigkeit von schulischer und betrieblicher Ausbildung“ (Körner 2012).

Der Indikator zeigt für sämtliche betrachtete Jahre eine Diskrepanz zwischen der Beteiligung deutscher und ausländischer Jugendlicher an dieser Form der Ausbildung. Stehen von den Jugendlichen mit deutscher Staatsangehörigkeit 26,3%

in einem Ausbildungsverhältnis, sind es bei den jungen Ausländern nur 16,7%. Junge Frauen gehen – unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit – seltener einer dualen Ausbildung nach als Männer (20,5% vs. 29,4%), was sich auch auf die Berufsstruktur im Dualen System zurückführen lässt. Die Ausbildungsquote der jungen Ausländerinnen ist besonders niedrig (15,2%). Unterschiede bestehen ferner nach Herkunftsland: Nach Untersuchungen des Bundesinstitutes für Berufsbildung (2012: 79) ist die Einmündungsquote³¹ von Jugendlichen mit einem Migrationshintergrund aus der Türkei oder einem arabischen Land besonders niedrig.

³¹Die Einmündungsquote bezeichnet die „neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge je 100 Schulabgänger“. Sie „stellt eine starke Vereinfachung der Marktzusammenhänge dar, da sich die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen nicht allein aus dem Kreis der aktuellen Schulabgänger (...) rekrutiert“ (Bundesinstitut für Berufsbildung 2012: 11).

Viele junge Leute mit ausländischer Staatsangehörigkeit bleiben ohne einen beruflichen Bildungsabschluss. Dies wird vor allem darauf zurückgeführt, dass aufgrund ihrer tendenziell geringeren Schulabschlüsse „ihre Ausgangsbedingungen beim Übergang in die Berufsausbildung bedeutend ungünstiger sind“ (Bundesinstitut für Berufsbildung 2012: 78). Die Forschung hat gezeigt, dass auch die Auswahlstrategien von Unternehmen eine Rolle für die geringere Ausbildungsquote von jungen Ausländern spielen (ebda.: 79; Literaturübersicht bei Wilkens 2010).

Eine abgeschlossene Berufsausbildung aber gilt in Deutschland zunehmend als eine wesentliche Voraussetzung nicht nur für einen Einstieg ins Berufsleben, sondern auch für die Kontinuität des Erwerbsverlaufs und als Absicherung gegen Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig zeichnet sich am Arbeitsmarkt ein Engpass an ausreichend qualifizierten Nachwuchskräften ab, der sich nachteilig auf die wirtschaftliche Entwicklung Hessens auswirken kann.

Weiterführende Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008, 2012); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2011, 2012); Beicht (2011, 2012); Bundesinstitut für Berufsbildung (2012); Bundesministerium für Bildung und Forschung (2012a); Granato (2010, 2012 a und b); Hessen-Agentur (2010, 2013); Körner (2012); Konsortium Bildungsberichterstattung (2006); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Settlemeyer/Erbe (2010); Siegert (2009); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2011b, 2012b, 2012c); Ulrich (2012); Wilkens (2010)

→ Tabelle B5 im Anhang

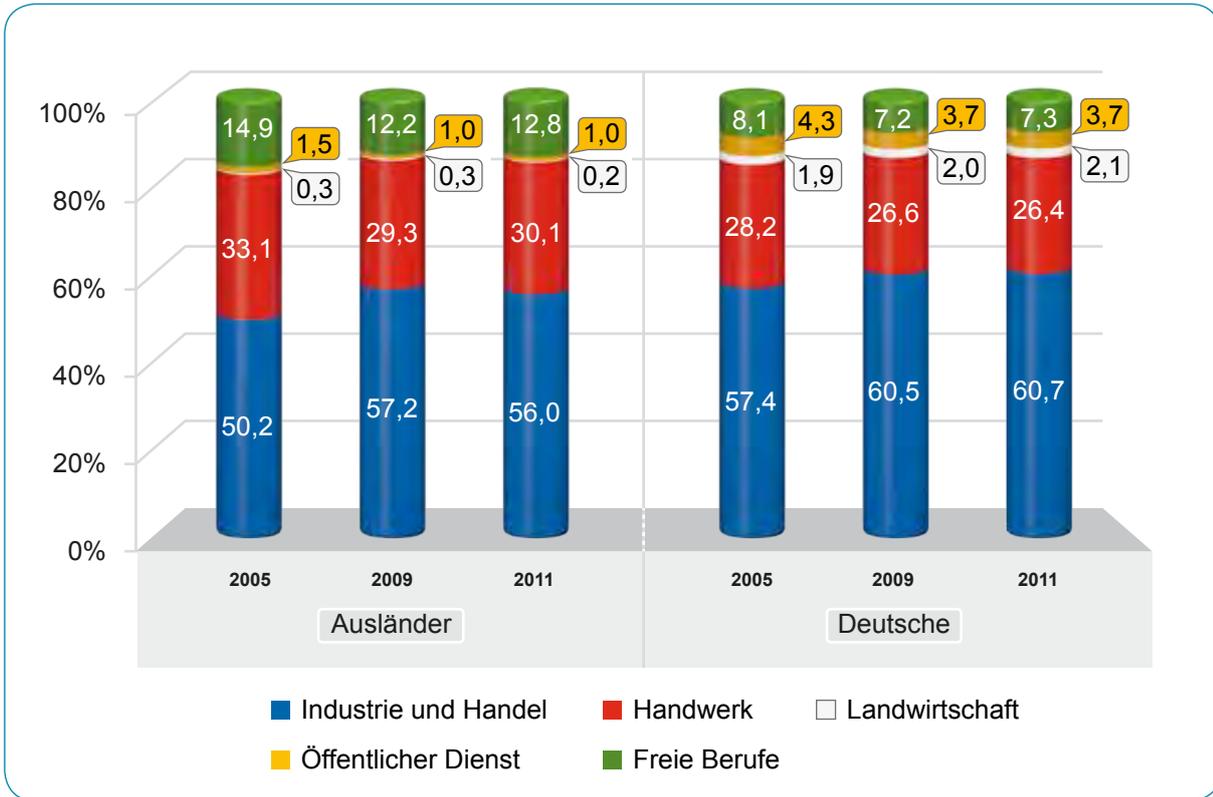
B6 Auszubildende nach Ausbildungsbereichen (IntMK D6)

Definition

Verteilung der Auszubildenden nach Staatsangehörigkeit auf die Ausbildungsbereiche des Dualen Systems

Datenquelle

Berufsbildungsstatistik



Auszubildende nach Ausbildungsbereichen (in %)

Wichtig für die Frage der Teilhabe ist nicht nur die Beobachtung der Ausbildungsbeteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Dualen System, sondern auch ihrer Verteilung auf Ausbildungsberufe bzw. Wirtschaftsbereiche.

Der Indikator zeigt, dass im Berichtszeitraum deutsche und ausländische Jugendliche überwiegend in den Wirtschaftszweigen Industrie und Handel – gefolgt vom Handwerk und den sog. Freien Berufen (z. B. als Erzieher oder Physiotherapeuten) – ausgebildet werden. Der Anteil der Auszubilden-

den in Öffentlichem Dienst³² und Landwirtschaft ist vergleichsweise gering.

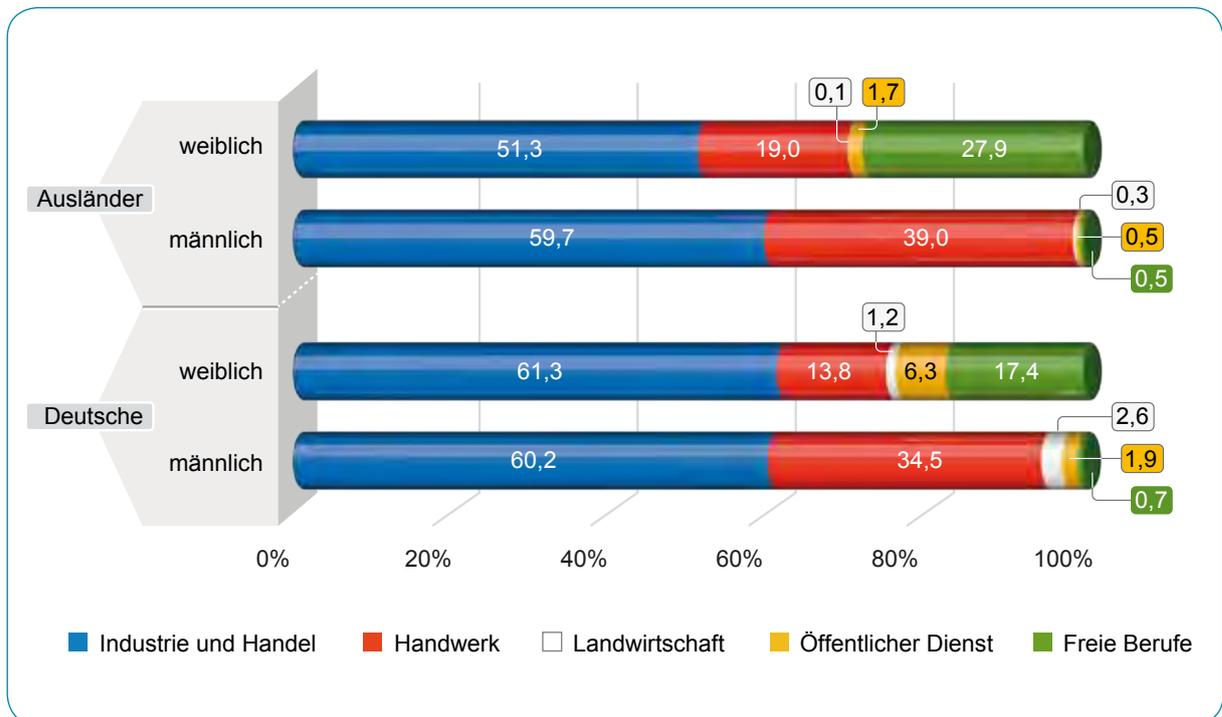
Die Bedeutung von Industrie und Handel als größtem Ausbildungsbereich hat für beide Gruppen etwas zugenommen; der Anteil der jungen Ausländer, die in diesen Wirtschaftssektoren ausgebildet werden, ist von 50,2% auf 56,0% gestiegen.³³ Im Handwerk finden anteilig mehr junge Ausländer als Deutsche einen Ausbildungsplatz (30,1% vs. 26,4%).

³² „Die Ausbildungsleistung des Öffentlichen Dienstes kann mithilfe dieser Statistik bis zum Berichtsjahr 2007 nur unvollständig dargestellt werden, weil die Zuordnung zu den Ausbildungsbereichen (u. a. zum Bereich „Öffentlicher Dienst“) sich auf die Berufe beschränkt, die nach den bundeseinheitlichen Ausbildungsordnungen dem jeweiligen Bereich zugeordnet werden. So werden z. B. Fachinformatiker im öffentlichen Dienst ausgebildet, aber dem Bereich „Industrie und Handel“ zugeordnet. Ab dem Berichtsjahr 2008 kann durch das neue Merkmal „Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst“ die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Bereich „Öffentlicher Dienst“ vollständig nachgewiesen werden.“ (Integrationsministerkonferenz 2010: 180)

³³ 2007 wurde eine Umstellung der Berufsbildungsstatistik auf Individualdaten vorgenommen, was die Vergleichbarkeit der Ergebnisse erschwert.

Eine Differenzierung nach Geschlecht zeigt, dass Industrie und Handel für junge Männer und Frauen die zentralen Ausbildungsbereiche sind. Männer finden häufig eine Ausbildungsstelle im Handwerk, wo der Frauenanteil erheblich niedriger ist, Frauen dagegen in den Freien Berufen. Die Verteilung der deutschen und ausländischen jungen Männer auf die Ausbildungsbereiche hat sich im Berichtszeitraum weitestgehend angenähert; bei

den jungen Frauen sind die Unterschiede größer. Hier fällt insbesondere die deutlich höhere Ausbildungsquote der Ausländerinnen bei den Freien Berufen ins Auge. Für diese Berufe werden 27,9% der Ausländerinnen ausgebildet, aber nur 17,4% der deutschen Frauen und weniger als 1% der jungen Männer, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit.



Auszubildende nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht im Jahr 2011 (in %)

Weiterführende Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008, 2012); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010, 2011, 2012); Beicht (2011, 2012); Bundesinstitut für Berufsbildung (2012); Bundesministerium für Bildung und Forschung (2012a); Granato (2010); Hessen-Agentur (2010); Konsortium Bildungsberichterstattung (2006); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Settlemeyer/Erbe (2010); Siegert (2009); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2011b, 2012b, 2012c); Wilkens (2010).

→ Tabelle B6 im Anhang

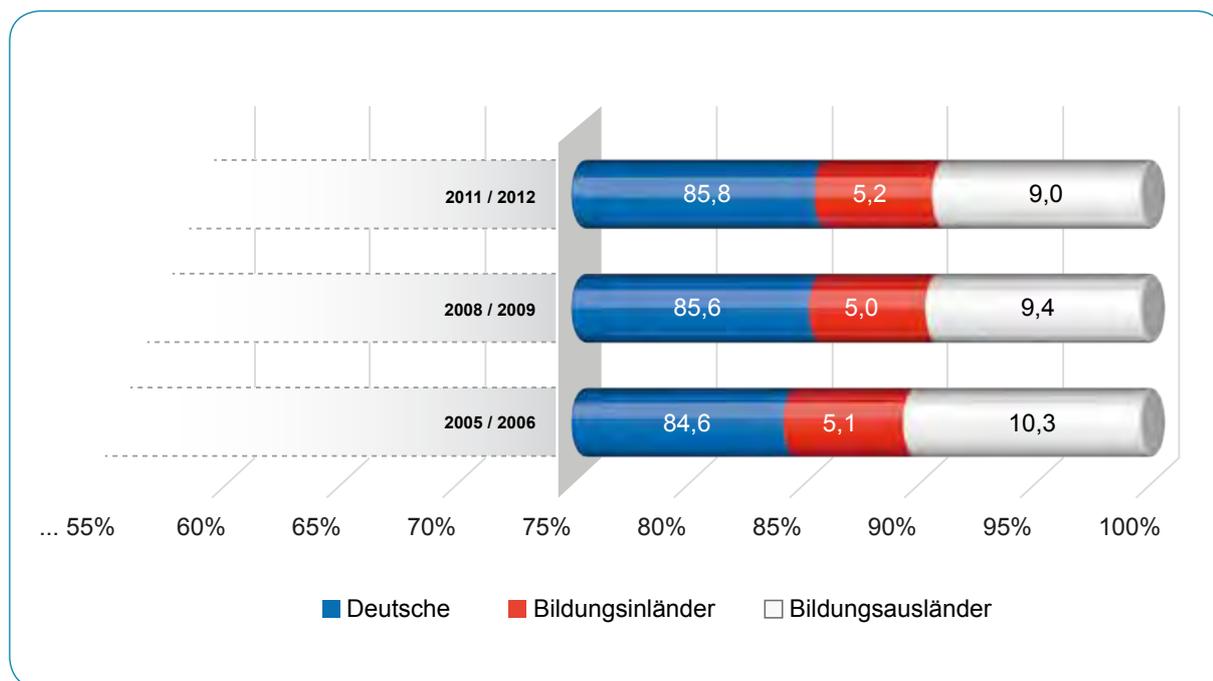
B7 Studierende

Definition

Anteil der Studierenden an hessischen Hochschulen nach Staatsangehörigkeit und Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung

Datenquelle

Hochschulstatistik



Studierende an staatlichen Hochschulen – Wintersemester (in %)

Im Wintersemester 2011/2012 waren 185.950 Studierende an den staatlichen Hochschulen in Hessen eingeschrieben, gut 35.000 mehr als zu Beginn des Berichtszeitraums im Wintersemester 2005/2006. Von diesen ist etwas mehr als die Hälfte (53,0%) männlich, und 14,2% haben keine deutsche Staatsangehörigkeit. Der Anteil der Bildungsausländer an allen Studierenden ist mit 9,0% größer als der der Bildungsinländer (5,2%), die ebenfalls eine ausländische Staatsangehörigkeit haben. Bildungsausländer sind ausländische Studierende, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland oder an einem Studienkolleg erworben haben. Demgegenüber erwarben Bildungsinländer ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland oder an einer deutschen Auslandsschule, haben aber keine deutsche Staatsangehörigkeit.

Die meisten ausländischen Studierenden haben die türkische Staatsangehörigkeit; unter ihnen ist der Anteil der Bildungsinländer mit 83% besonders hoch. Überdurchschnittlich viele ausländische Studierende stammen ferner aus China, Marokko und Kamerun. Diese haben ihre Studienberechtigung überwiegend im Ausland erworben (s. dazu auch Indikator Z8).

Zu Studierenden nach Migrationshintergrund liegen für Hessen keine Daten vor. Allerdings zeigt der Nationale Bildungsbericht auf Basis einer Sonderauswertung des Mikrozensus, dass die Partizipation an der Hochschulbildung bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund „deutlich geringer“ ist als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. In der Altersgruppe der 20- bis unter 25jährigen studierten 23% der Personen

ohne, aber nur 16% der Personen mit Migrationshintergrund. Bei Eingebürgerten liege der Anteil mit 21% höher, bei Zugewanderten mit ausländischer Staatsangehörigkeit mit 11% erheblich niedriger (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010: 124). Der Bericht kommt ferner zu dem Schluss, dass die Übergangsquote hoch sei: Wenn Personen mit Migrationshintergrund „eine Studienberechtigung erworben haben, nehmen sie mindestens so häufig ein Studium auf wie diejenigen ohne Migrationshintergrund“ (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012: 125).

Weiterführende Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010, 2012); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010, 2011, 2012); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010c, 2012a); Bundesministerium für Bildung und Forschung (2010); HessenAgentur (2010); Meinhardt (2010); Siegert (2009); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2011b, 2012b, 2012c)

→ Tabelle B7 im Anhang

B8 Weiterbildungsbeteiligung

Definition

Beteiligung an formeller beruflicher Weiterbildung nach Migrationshintergrund in einer Selbstauskunft

Datenquelle

SOEP

Die berufliche Weiterbildung gilt als Schlüssel der Aufrechterhaltung der Beschäftigungsfähigkeit. Berufliche Weiterbildung umfasst hier den Besuch berufsbezogener Kurse und Lehrgänge in den letzten drei Jahren. Diese Form wird auch als „formelle“ Weiterbildung bezeichnet. Da es sich um berufliche Weiterbildung handelt, ist die betrachtete Altersgruppe auf die Personen im erwerbsfähigen Alter beschränkt.

Bislang wurde in der Weiterbildungsforschung vor allem mit dem Ausländerkonzept gearbeitet. Dabei zeigte sich, dass Deutsche signifikant häufiger Weiterbildung nutzen als Ausländer. Die niedrigere Weiterbildungsbeteiligung von Migranten wird in der Literatur auf das im Durchschnitt geringere Qualifikationsniveau und die in der Regel niedrigere berufliche Position zurückgeführt. Sie kann darüber hinaus auch in Barrieren seitens der Weiterbildungsteilnehmer („Selbstselektion“) oder – bei betrieblicher Weiterbildung – in der Förderbereitschaft der die Weiterbildung finanzierenden Betriebe („Fremdselektion“) begründet sein. Letztlich könnten auch Sprachschwierigkeiten von Ausländern eine Rolle für die geringere Partizipation spielen.

Durch Nutzung des SOEP wird eine Ausweisung nach Migrationshintergrund möglich. Dabei wird folgende Frage gestellt: „Wenn man sich beruflich weiterbilden will, gibt es dafür verschiedene Möglichkeiten. Denken Sie einmal an die letzten drei Jahre: Haben Sie für Ihre eigene berufliche Weiterbildung in dieser Zeit ... an berufsbezogenen Lehrgängen oder Kursen teilgenommen, einschließlich solchen, die derzeit noch laufen?“

Die Auswertung im Hessischen Integrationsmonitor 2010 liefert Hinweise darauf, dass sich bei Betrachtung des Migrationshintergrundes der zuvor genannte Unterschied zwischen Ausländern und Deutschen nivelliert.

Seit Erscheinen des Hessischen Integrationsmonitors 2010 wurde die Weiterbildungsbeteiligung nicht wieder in den Fragenkatalog des SOEP aufgenommen. Auf eine Neuberechnung dieses Indikators muss daher verzichtet werden.

Weiterführende Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012); Bellmann (2003); Bundesinstitut für Berufsbildung (2012); Bundesministerium für Bildung und Forschung (2011); Kohlrausch/Rasner (2012); Rasner/Zimmer (2012); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2011b, 2012b); Wilkens/Leber (2003)

→ Tabelle B8 im Anhang

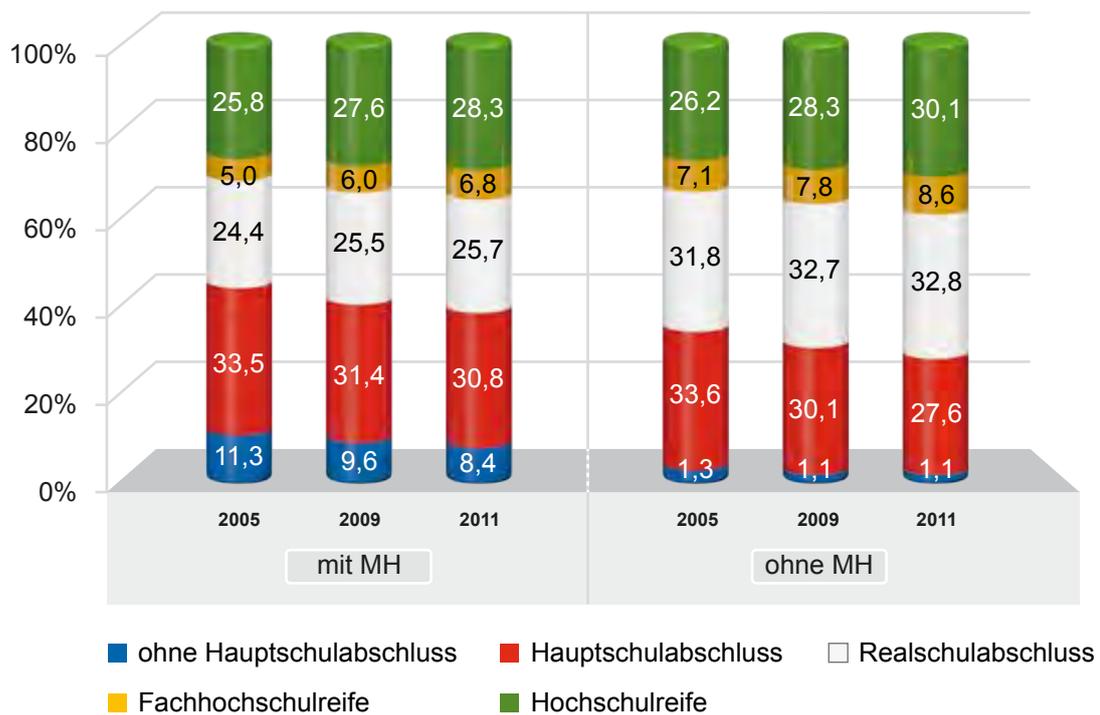
B9 Höchster allgemeinbildender Schulabschluss (IntMK D3)

Definition

Anteil höchster erreichter allgemeinbildender Schulabschlüsse von Personen nach Migrationshintergrund an allen Personen der jeweiligen Gruppe

Datenquelle

Mikrozensus



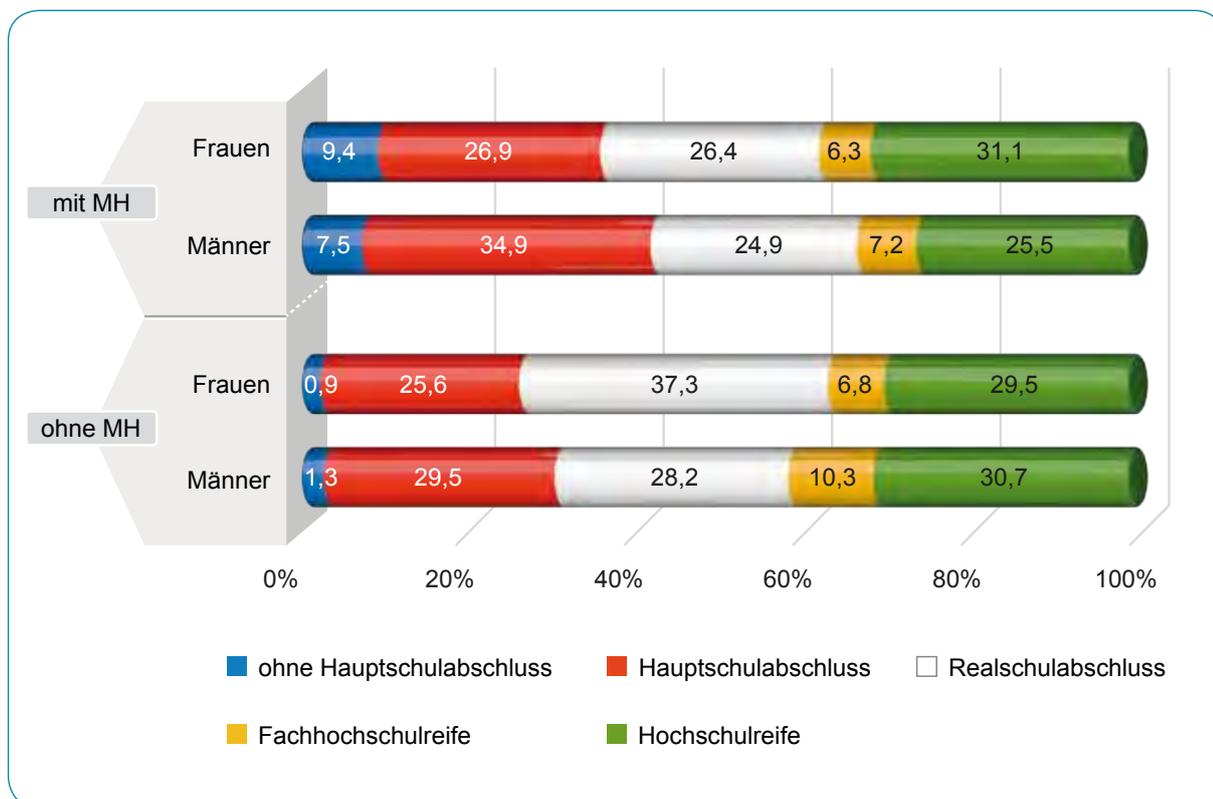
Bevölkerung (18 bis unter 65 Jahre) nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss (in %)

Die Schulbildung und der erreichte Schulabschluss haben einen wesentlichen Einfluss auf die beruflichen Ausbildungschancen, den Zugang zum Arbeitsmarkt und die gesellschaftliche Teilhabe. Der Indikator bildet den Bildungsstand der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund ab, wobei der Abschluss auch im Ausland erworben worden sein kann. Dargestellt ist die Altersgruppe der 18- bis unter 65jährigen. In einer Querschnittsbetrachtung erlaubt der aktuelle Bildungsstand der Bevölkerung Rückschlüsse darauf, welche Ressourcen dem Arbeitsmarkt potenziell zur Verfügung stehen.

Personen mit Migrationshintergrund haben häufiger keinen oder einen niedrigeren Schulabschluss als Personen ohne Migrationshintergrund (39,2% vs. 28,7%). Der Anteil der Personen mit Hochschulreife ist jedoch vergleichbar (30,1% vs. 28,3%). Allerdings verdeckt die Darstellung starke Unterschiede nach Herkunftsregion (dazu Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012: 44). Als besonders gut ausgebildet gelten Zuwanderer aus den Mitgliedstaaten der EU, abgesehen von den ehemaligen Anwerbeländern (z. B. Woellert et al. 2009: 39).

Der Anteil der Personen mit niedrigem schulischem Bildungsabschluss geht im Berichtszeitraum zurück: Der Anteil derer, die höchstens über einen Hauptschulabschluss verfügen, sank zwischen 2005 und 2011 unter den Personen ohne Migrationshintergrund um etwa sechs Prozentpunkte, unter denen mit Migrationshintergrund um fünf. Wie Tabelle B9 im Anhang zeigt, verfügt die jüngere Altersgruppe (18 bis unter 25 Jahre) über eine höhere Schulausbildung als die Bevölkerung zwischen 18 und 65 Jahren. Dies gilt auch für Personen mit Migrationshintergrund.

Eine Differenzierung nach Geschlecht macht deutlich, dass Frauen mit Migrationshintergrund über tendenziell höhere Schulabschlüsse verfügen als Männer (s. folgende Abbildung). 31,1% haben die Hochschulreife und 26,4% einen Realschulabschluss; unter den Männern sind es nur 25,5% bzw. 24,9%. Dieser Befund gilt insbesondere für die Gruppe der 18- bis unter 25jährigen (s. dazu Tabelle B9).



Bevölkerung (18 bis unter 65 Jahre) nach höchsten allgemeinbildenden Schulabschlüssen (in %)

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010, 2011); Englmann (2008); Erdmann et al. (2010); Konsortium Bildungsberichterstattung (2006); Nusche (2009); OECD (2011, 2012); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2011b, 2012b); Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2012); Woellert et al. (2009)

→ Tabelle B9 im Anhang

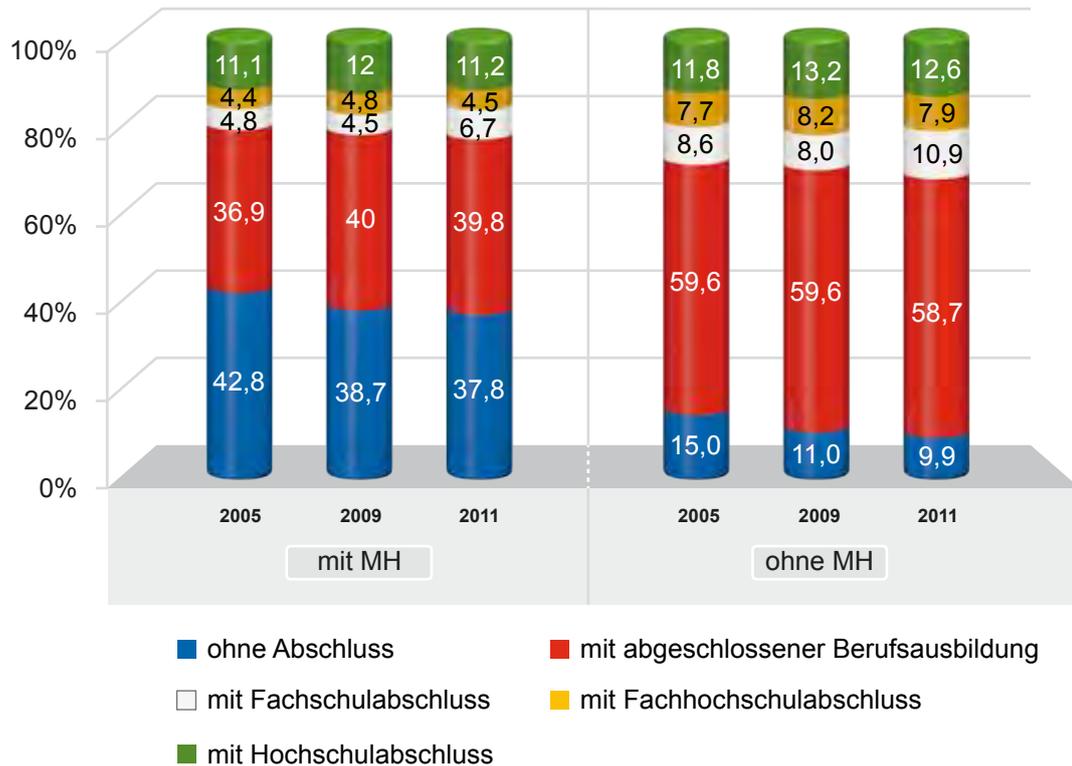
B10 Höchster beruflicher Abschluss (IntMK D7)

Definition

Anteil von Personen mit verschiedenen beruflichen Abschlüssen

Datenquelle

Mikrozensus



Bevölkerung (25 bis unter 65 Jahre) nach höchstem beruflichem Abschluss (in %)

Die beruflichen Qualifikationen beeinflussen den Zugang zum Arbeitsmarkt, die berufliche Stellung, das Einkommen und damit auch die gesellschaftliche Teilhabe. Eine abgeschlossene Berufsausbildung gilt in Deutschland zunehmend als eine wesentliche Voraussetzung nicht nur für einen Einstieg ins Berufsleben, sondern auch für die Kontinuität des Erwerbsverlaufs und als Absicherung gegen Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig lässt sich ein enger Zusammenhang zwischen beruflicher Qualifikation und Arbeitslosigkeit beobachten: Je höher die berufliche Qualifikation von Personen im erwerbsfähigen Alter ist, desto geringer ist tendenziell die „qualifikationspezifische“ Arbeitslosenquote (für das Bundesgebiet z. B. Brücker et al. 2012: 221). Die Betrachtung insbesondere der

jüngeren Altersgruppe gibt Hinweise darauf, welche Qualifikationen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Insgesamt zeigt sich, dass das berufliche Qualifikationsniveau von Personen mit Migrationshintergrund tendenziell deutlich niedriger ist als das von Personen ohne Migrationshintergrund. So liegt der Anteil derjenigen, die keinen beruflichen Abschluss haben, bei fast 40%; bei Personen ohne Migrationshintergrund dagegen nur bei etwa 10%. Hervorzuheben ist andererseits die große Gruppe der gut qualifizierten Personen mit Migrationshintergrund: Etwa 16% verfügen über einen (Fach-)Hochschulabschluss gegenüber gut 20% der Personen ohne Migrationshintergrund.

Allerdings verdeckt die Darstellung starke Unterschiede nach Herkunftsregionen (dazu Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012: 44).

In beiden Gruppen weisen Frauen die niedrigere berufliche Qualifikation auf; die tendenziell höheren schulischen Abschlüsse der Frauen mit Migrationshintergrund gegenüber den Männern (s. Indikator B9) spiegeln sich hier nicht wieder. Andererseits haben Frauen mit Migrationshintergrund etwas häufiger einen Studienabschluss als Männer (s. dazu Tabelle B10 im Anhang).

Im Berichtszeitraum ging der Anteil der Personen ohne beruflichen Abschluss sowohl unter Personen ohne als auch mit Migrationshintergrund zurück: Ihr Anteil fiel in der erstgenannten Gruppe von 15% auf knapp 10% und in der letztgenannten von rund 43% auf 38%. Entsprechend stiegen die Anteile derer mit abgeschlossener Berufsausbildung und mit Fachschul- oder Fachhochschulabschluss. Die Anteile der Personen mit Hochschulabschluss blieben relativ konstant.

Weiterführende Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010, 2011); Konsortium Bildungsberichterstattung (2006); OECD (2012); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2012); Woellert et al. (2009)

→ Tabelle B10 im Anhang

3.4.2 Arbeit

Erwerbsarbeit wird eine zentrale Rolle bei der Integration zugeschrieben. Sie ist die Voraussetzung für die Erzielung eines eigenen Einkommens, das eine selbstbestimmte Gestaltung des eigenen Lebens ermöglichen kann und gesellschaftliche Teilhabe erleichtert. Es entlastet die Aufnahmegesellschaft von Unterstützungsleistungen und erhöht damit die Akzeptanz der Zugewanderten. Gleichzeitig intensiviert Erwerbsarbeit den Kontakt zwischen Zugewanderten und Mitgliedern der Aufnahmegesellschaft.

Es ist ein weltweit zu beobachtendes Phänomen, dass Migranten häufig in Wirtschaftsbereichen und Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind, die für Erwerbstätige der Aufnahmegesellschaft weniger attraktiv erscheinen (OECD 2011; Piore 1979). Integration in den Arbeitsmarkt gilt dann als erreicht, wenn die Teilnahme am Erwerbsleben von Zugewanderten vergleichbar mit der der Angehörigen der Aufnahmegesellschaft (oder besser) ist. Eine Angleichung der Stellung im Beruf und der Beschäftigung in den verschiedenen Wirtschaftszweigen zeigt eine vollständige Integration in das Erwerbsleben an.

In den frühen 1980er Jahren hat die Arbeitslosigkeit von Ausländern in Deutschland stark zugenommen. Seit Jahren liegt die Arbeitslosenquote der ausländischen Personen im erwerbsfähigen Alter bundesweit mehr als doppelt so hoch wie die der Deutschen (Institut der deutschen Wirtschaft 2010; Bundesagentur für Arbeit 2011: 17; Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2012: 118).

Die zentrale Problemgruppe ist die der Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, die deutlich weniger am Erwerbsleben teilhat als die Deutschen, denen diese Qualifikation ebenfalls fehlt (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2012: 130).

Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit sind vom Strukturwandel der Wirtschaft, dem Wachstum und der Konjunktur abhängig. Die Entwicklungen der Indikatoren im Themenfeld „Arbeit“ können daher im Hinblick auf Integration nur im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung interpretiert werden.³⁴ (Zur wirtschaftlichen Entwicklung z. B. Bundesregierung 2012; Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung 2011). Bezüglich der Frauenerwerbstätigkeit sind unterschiedliche Wertvorstellungen hinsichtlich Berufstätigkeit und Familienarbeit in verschiedenen Zuwanderergruppen zu vermuten.

³⁴ Die wirtschaftliche Entwicklung war im Berichtszeitraum – abgesehen von einem Einbruch in den Jahren 2008/2009 – durchweg positiv.

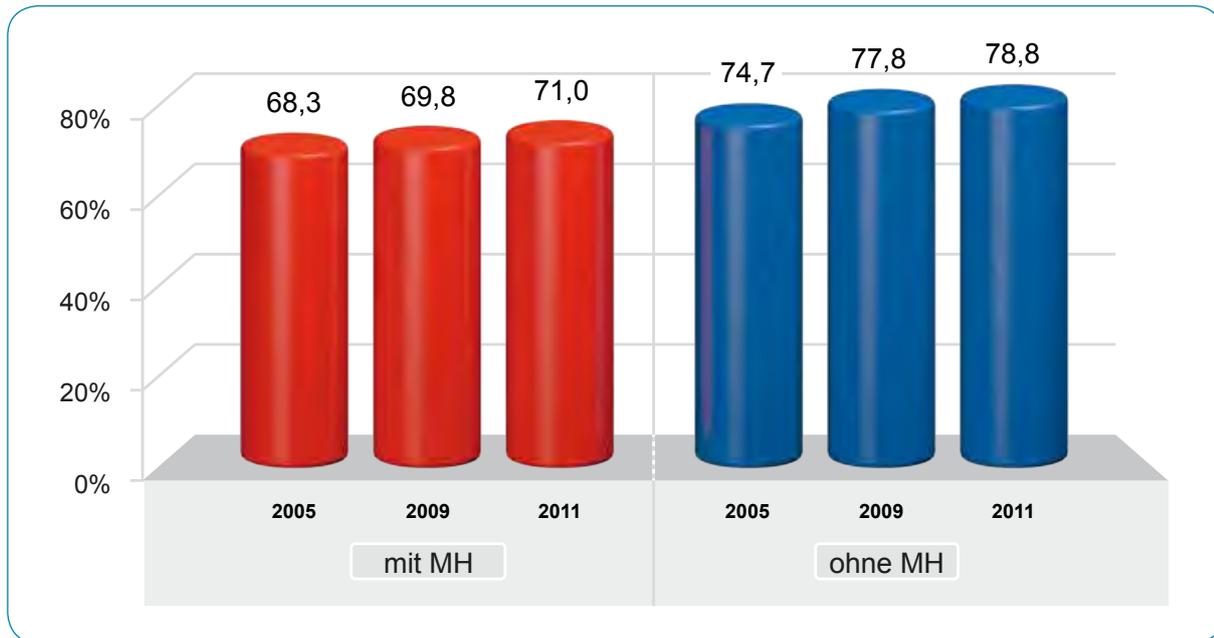
B11 Erwerbsquote (IntMK E1b)

Definition

Anteil der Erwerbstätigen und Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren nach Migrationshintergrund an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

Datenquelle

Mikrozensus



Erwerbsquote der 15- bis unter 65jährigen (in %)

Die Erwerbsquote beschreibt den Anteil der Erwerbstätigen und der Erwerbslosen einer Altersgruppe an allen Personen derselben Altersgruppe und liefert damit wichtige Informationen über das Arbeitskräftepotenzial. In Deutschland wird für die Betrachtung in der Regel die Bevölkerung „im erwerbsfähigen Alter“, d. h. die Altersgruppe von 15 Jahren bis zum Eintritt des Rentenalters (in der hier durchgeführten Berechnung des Indikators: 65 Jahre) herangezogen.

Die Erwerbsquoten von Personen mit Migrationshintergrund bleiben hinter denen von Personen ohne Migrationshintergrund zurück. Für beide Gruppen sind die Erwerbsquoten der Frauen geringer als die der Männer.

Im Berichtszeitraum ist ein Anstieg der Erwerbsquoten für die gesamte hessische Bevölkerung festzustellen. Die Erwerbsquote der Personen ohne Migrationshintergrund ist jedoch von 74,7% auf 78,8% angewachsen und damit stärker als die der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, die nur von 68,3% auf 71,0% stieg.

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010, 2011); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2012d); Burkert et al. (2012); Granato (2003); HessenAgentur (2013); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Seebaß/Siegert (2011); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2011b, 2012a, 2012b)

→ Tabelle B11 im Anhang

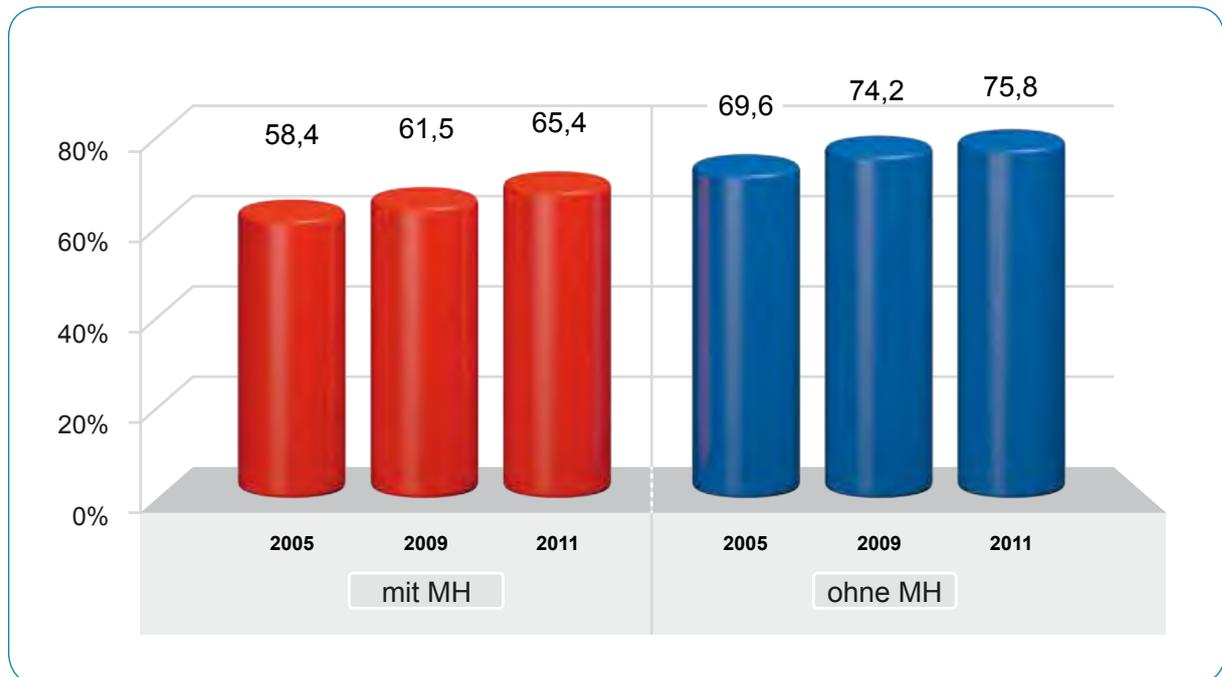
B12 Erwerbstätigenquote (IntMK E1a)

Definition

Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren nach Migrationshintergrund an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

Datenquelle

Mikrozensus



Erwerbstätigenquote der 15- bis unter 65jährigen (in %)

Die Erwerbstätigenquote beschreibt den Anteil der Erwerbstätigen einer Altersgruppe an allen Personen derselben Altersgruppe³⁵ und liefert damit wichtige Informationen über die Arbeitsmarktintegration. In Deutschland wird für die Abgrenzung in der Regel das „erwerbsfähige Alter“, d. h. die Altersgruppe von 15 bis unter 65 Jahren gewählt.

Die Erwerbstätigenquote von Personen mit Migrationshintergrund liegt unter der von Personen ohne Migrationshintergrund. Der Zweite Integrationsindikatorenbericht des Bundes spricht bei dieser Differenz von einer „Beschäftigungslücke“ (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2012: 57). Für beide Gruppen ist die Erwerbstätigenquote der Frauen niedriger als die der Männer.

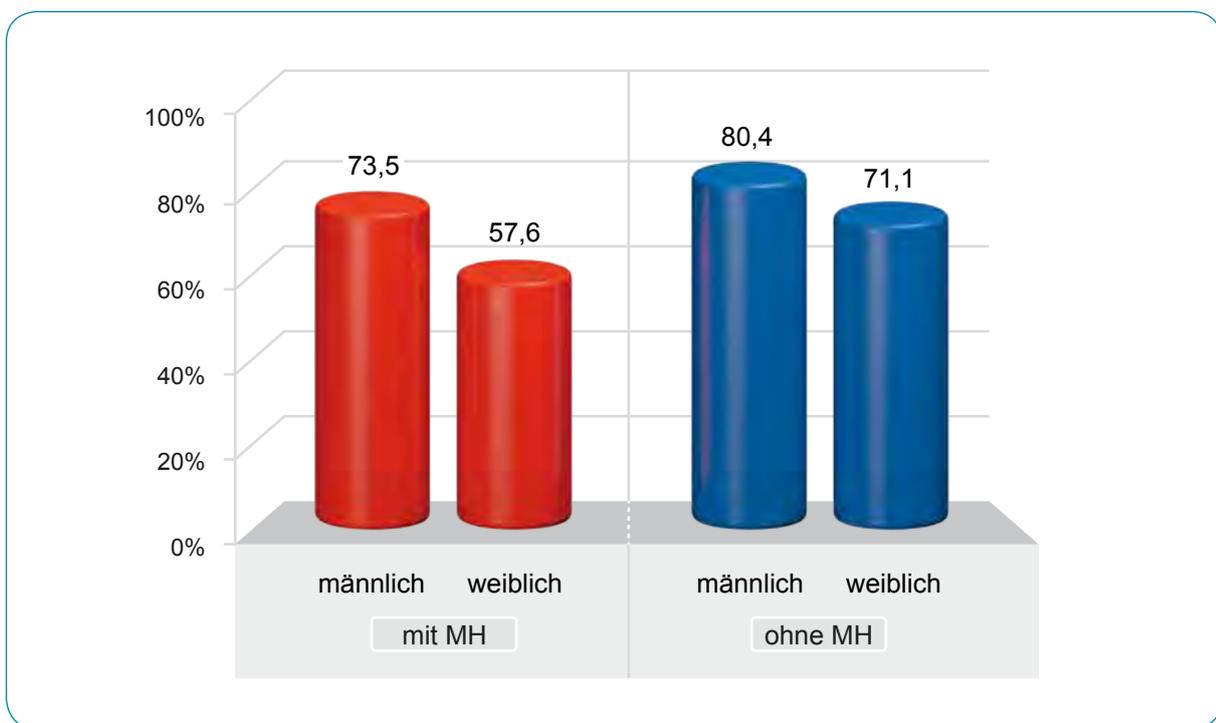
Zwischen 2005 und 2011 ist ein Anstieg der Erwerbstätigenquote für die gesamte hessische Bevölkerung festzustellen. Die Quote der Personen ohne Migrationshintergrund stieg von 69,6% auf 75,8%, die der mit Migrationshintergrund von 58,4% auf 65,4%. Seit 2009 haben sich die Quoten zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund geringfügig angenähert, doch beträgt der Abstand – die „Beschäftigungslücke“ – immer noch gut 10 Prozentpunkte. Dass die Differenz zwischen den Erwerbsquoten von Personen mit und ohne Migrationshintergrund niedriger als die zwischen den Erwerbstätigenquoten ist, lässt sich damit erklären, dass Personen mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich häufig von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

³⁵ Anders als bei der „Erwerbsquote“ (Indikator B11) sind also die Erwerbslosen hier nicht einbezogen.

Bei diesem Indikator ist eine geschlechtsspezifische Differenzierung sinnvoll. Auffällig wird dabei vor allem die geringe Erwerbstätigkeit der Frauen mit Migrationshintergrund, die mit 57,6% erheblich unter der der Frauen ohne diesen Hintergrund liegt (71,1%; s. folgende Abbildung). Das Spektrum ist jedoch sehr weit; die Quoten variieren zwischen Werten über 70% (Frauen aus Rumänien 74%, aus der Ukraine 72%) und Werten weit unter der 50%-Marke (Frauen aus Afrika: 36%, aus der

Türkei 43%; Quelle: Mikrozensus 2011). Bei den Männern fallen die Unterschiede nach Herkunftsregionen deutlich geringer aus.

Im Berichtszeitraum sind die Erwerbstätigenquoten in allen vier Gruppen angewachsen, doch haben sich die Abstände in Prozentpunkten nach Migrationshintergrund kaum verkleinert (bei den Männern um 1,6, bei den Frauen um 0,4 Prozentpunkte).



Erwerbstätigenquote nach Geschlecht und Migrationshintergrund 2011 (in %)

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2011, 2012); Brücker et al. (2012); Bundesagentur für Arbeit (2011b, 2013); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2012d); Burkert et al. (2012); HessenAgentur (2013); Institut der deutschen Wirtschaft (2013); OECD (2010a); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Seebaß/Siegert (2011); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2011b, 2012a, 2012b)

→ Tabelle B12 im Anhang

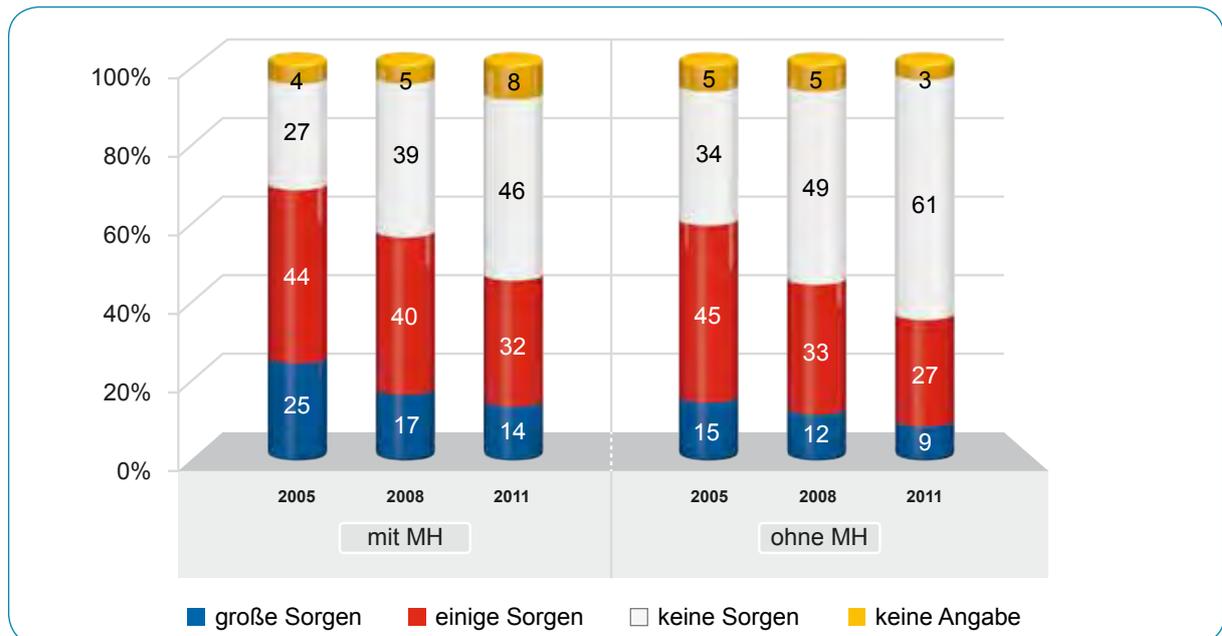
B13 Einschätzung der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes

Definition

Einstellung zur Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes in einer Selbstauskunft

Datenquelle

SOEP



Sorgen um Arbeitsplatzsicherheit (in %)

Arbeitsplatzsicherheit ist ein wesentlicher Faktor nicht nur der Beschäftigungs-, sondern auch der Lebensqualität. Ein sicherer Arbeitsplatz garantiert ein verlässliches Einkommen und eröffnet bessere Chancen im Hinblick auf die persönliche und berufliche Weiterbildung (DGB-Index Gute Arbeit GmbH 2010).

Der Indikator nutzt Daten einer Frage des Sozio-ökonomischen Panels: „Wie ist es mit den folgenden Gebieten – machen Sie sich da Sorgen? ...um die Sicherheit Ihres Arbeitsplatzes?“. Die Frage war nur an Erwerbstätige gerichtet.

Personen mit Migrationshintergrund machen sich tendenziell mehr Sorgen um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes als Personen ohne Migrationshintergrund (46% vs. 36%). Diese Tendenz bleibt im ganzen Berichtszeitraum stabil.

Die Einstellung zur Arbeitsplatzsicherheit entwickelt sich jedoch positiv: Sowohl bei Personen

mit als auch bei Personen ohne Migrationshintergrund nehmen die Sorgen insgesamt und deutlich ab, wenn auch unterschiedlich schnell.

Im Berichtszeitraum sank der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die sich „große Sorgen“ um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes machen, um 11 Prozentpunkte, der Anteil derjenigen, die angaben, sich „keine Sorgen“ zu machen, wuchs um 19 Prozentpunkte. Bei den Personen ohne Migrationshintergrund waren es sogar sechs bzw. 26 Prozentpunkte. Hier spiegelt sich nicht nur die Entwicklung der Indikatoren zu Arbeit und Einkommen, es lässt sich auch eine vorangeschrittene Integration der Personen mit Migrationshintergrund in das Erwerbsleben annehmen.

Weiterführende Literatur

DGB-Index Gute Arbeit GmbH (2010); Kohlrausch/Rasner (2012)

→ Tabelle B13 im Anhang

B14 a und b Atypische/Geringfügige Beschäftigung (IntMK E3)

Definition

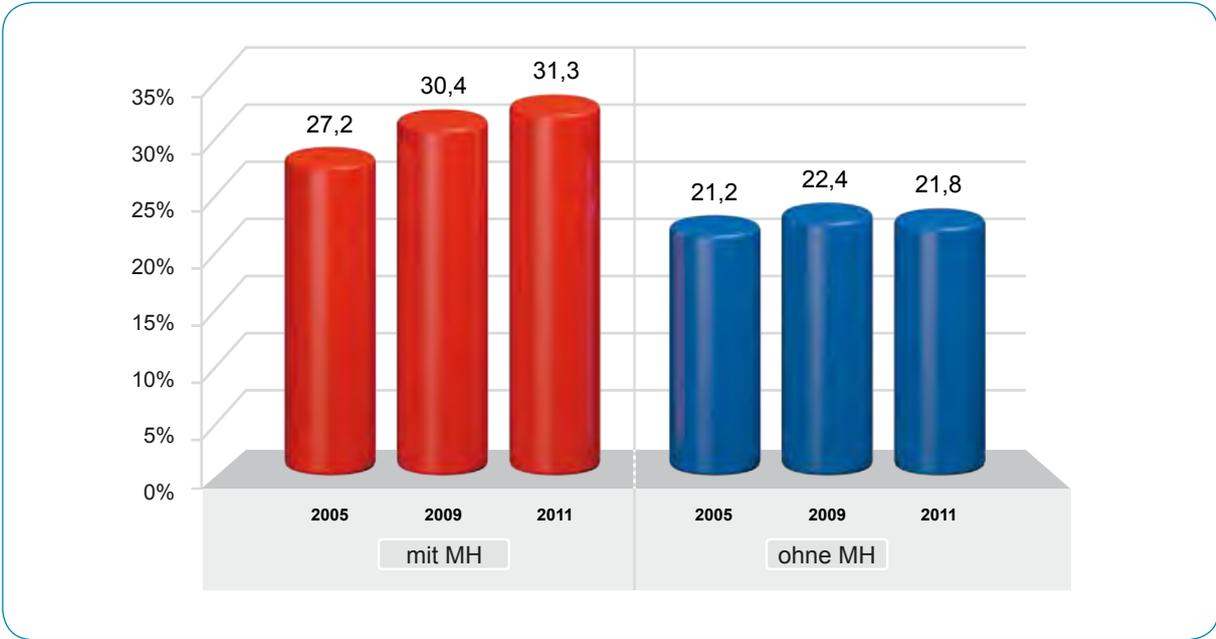
Anteil abhängig Erwerbstätiger in bestimmten Beschäftigungsverhältnissen nach Migrationshintergrund an allen abhängig Erwerbstätigen der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

a: in atypischen Beschäftigungsverhältnissen nach Migrationshintergrund

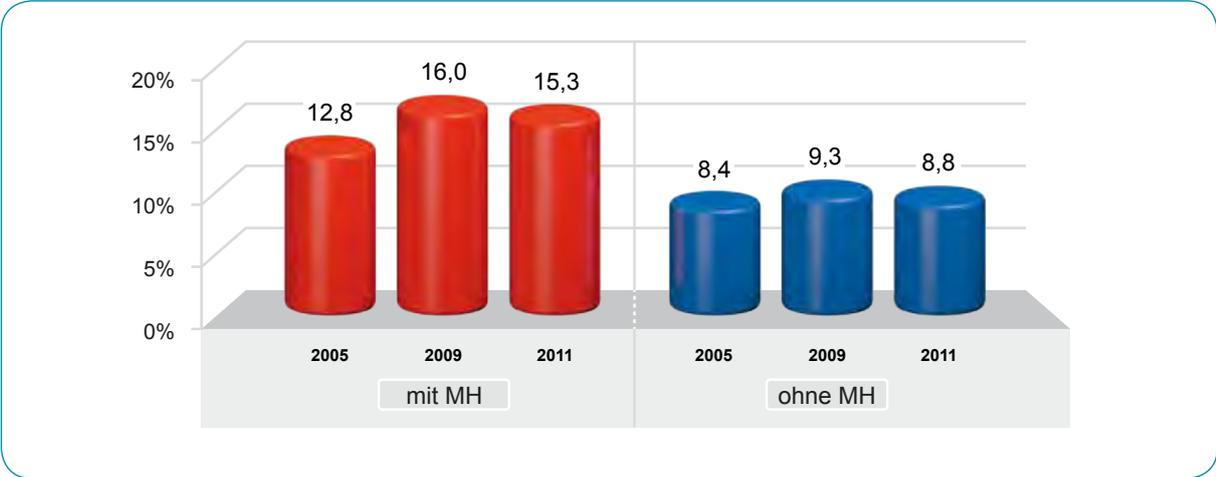
b: mit geringfügiger Beschäftigung als einziger oder hauptsächlicher Tätigkeit nach Migrationshintergrund an allen abhängig Erwerbstätigen der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

Datenquelle

Hessisches Statistisches Landesamt (Sonderauswertung)/ Mikrozensus



Anteil atypisch Beschäftigter an allen abhängig Beschäftigten (in %)



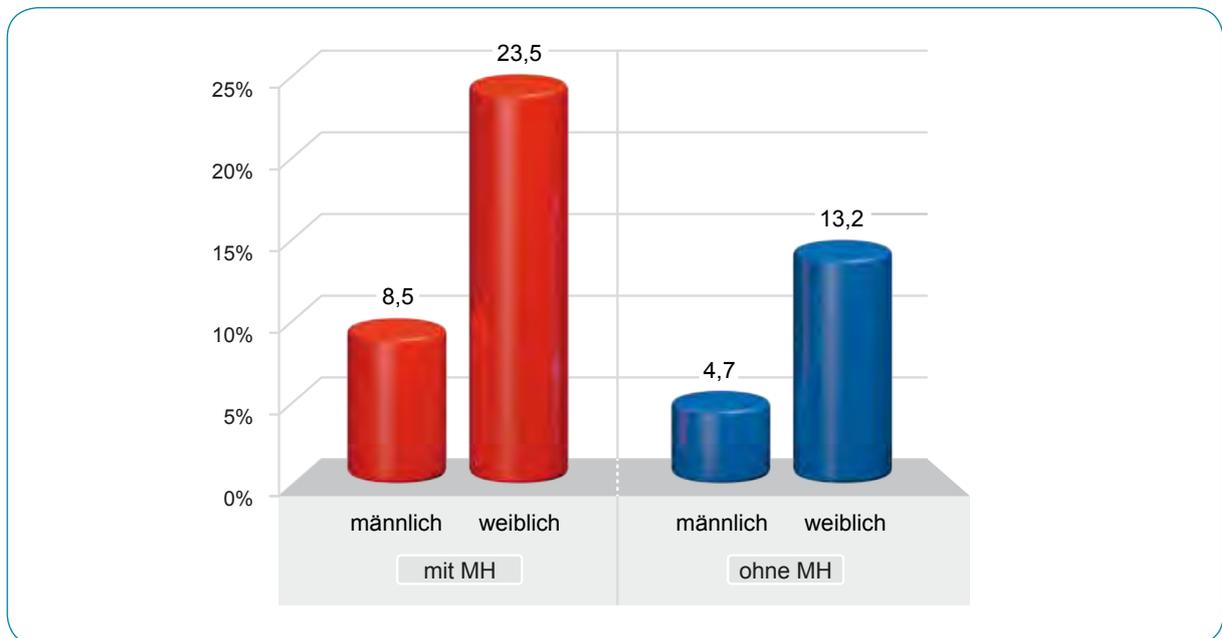
Anteil geringfügig Beschäftigter an allen abhängig Beschäftigten (in %)

Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes hat zu einer Veränderung der Struktur der Beschäftigungsverhältnisse geführt. Als „atypisch“ werden die Beschäftigungsverhältnisse jenseits der (klassischen) „Normalarbeitsverhältnisse“ bezeichnet, also Teilzeitbeschäftigung mit weniger als 21 Wochenstunden, geringfügige Beschäftigung, befristete Beschäftigung oder Zeitarbeit (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2012a).

Es zeigt sich, dass der Anteil der atypisch Beschäftigten – einem schon jahrelang zu beobachtenden Trend folgend – im Berichtszeitraum zugenommen hat. Deutlich wird, dass Personen mit Migrationshintergrund häufiger als Personen ohne Migrationshintergrund (31,3% vs. 21,8%) in einem solchen Beschäftigungsverhältnis stehen, insbesondere Frauen mit Migrationshintergrund. In besonderem Maße hat sich die atypische Beschäftigung auch unter jüngeren

Personen ausgeweitet (ebda.). Zwischen 2005 und 2011 ist auch eine Zunahme des Anteils der Beschäftigten, die einer geringfügigen Beschäftigung als einziger oder hauptsächlicher Tätigkeit nachgehen, zu beobachten. Personen mit Migrationshintergrund wählen häufiger diese Form der atypischen Beschäftigung bzw. sind häufiger darauf angewiesen. In dieser Bevölkerungsgruppe ist der Anteil der geringfügig Beschäftigten von 12,8% auf 15,3% gestiegen, bei den Personen ohne Migrationshintergrund wuchs der Anteil dagegen nur von 8,4% auf 8,8%.

Frauen nehmen in beiden Bevölkerungsgruppen häufiger als Männer eine solche Beschäftigung auf, wie die folgende Abbildung zeigt. Besonders hoch ist der Anteil unter den Frauen mit Migrationshintergrund: Fast jede vierte abhängig Beschäftigte geht einer geringfügigen Beschäftigung nach (23,5% vs. 13,2%).



Anteil geringfügig Beschäftigter an allen abhängig Beschäftigten 2011 (in %)

Weiterführende Literatur

Bbeauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010); Gundert/Hohendanner (2011); Hessen-Agentur (2013); Institut der deutschen Wirtschaft (2012); Lukas (2010); Möller/Walwei (2009); OECD (2010a); Seebaß/Siegert (2011); Siebenhüter (2011); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2011b, 2012a, 2012b); Trabert (2011a und b)

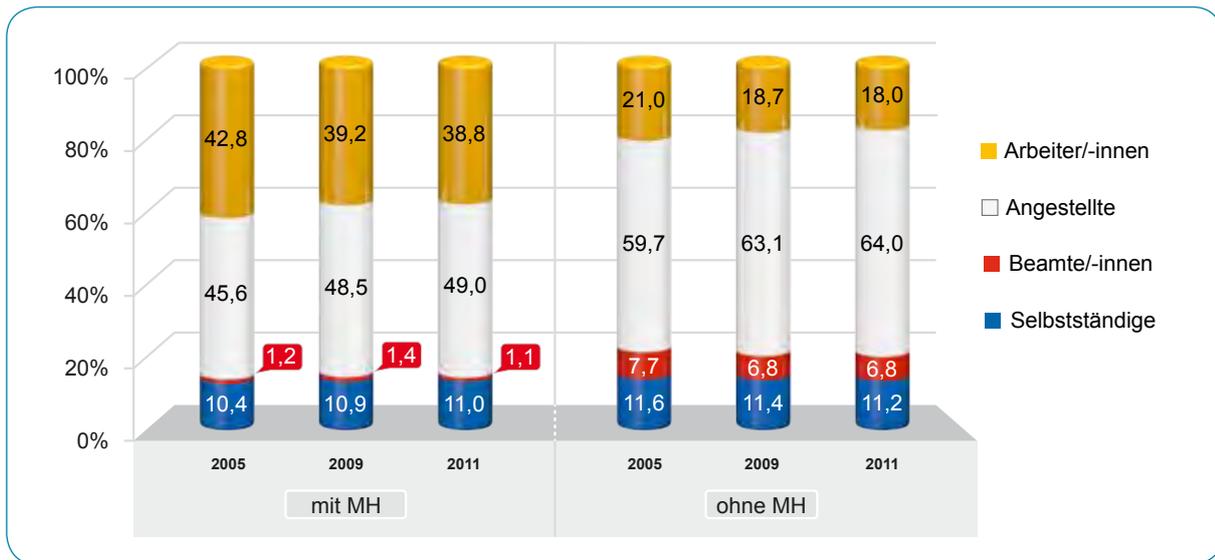
B15 Stellung im Beruf (IntMK E2)

Definition

Aufgliederung von Erwerbstätigen in Selbstständige, Angestellte, Beamte und Arbeiter nach Migrationshintergrund

Datenquelle

Mikrozensus



Stellung im Beruf von Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (in %)

Die Stellung im Beruf nach Migrationshintergrund liefert nicht unmittelbar Informationen über die Beschäftigungsqualität, aber zumindest über die berufliche Positionierung der betrachteten Gruppen im Erwerbssystem (Integrationsministerkonferenz 2013: 64). Gleichzeitig lässt sie Hinweise auf deren gesellschaftliche Stellung zu (Seebaß/Siegert 2011: 41).

Die Mehrheit der Erwerbstätigen mit (49,0%) und ohne (64,0%) Migrationshintergrund arbeitet als Angestellte. Bei den Personen mit Migrationshintergrund liegt der Anteil der Arbeiter mit 38,8% deutlich über dem bei Personen ohne diesen Hintergrund (18,0%). 6,8% der Erwerbstätigen ohne Migrationshintergrund arbeiten als Beamte, aber nur 1,1% derjenigen mit Migrationshintergrund (s. dazu auch Indikator B16). Die Selbstständigenquoten sind in beiden Gruppen etwa gleich. Zwischen 2005 und 2011 lässt sich eine leichte Veränderung der Struktur der beruflichen

Positionen sowohl bei Personen mit wie auch bei Personen ohne Migrationshintergrund beobachten: Nach wie vor nimmt der Anteil der Arbeiter an der Gesamtheit der Erwerbstätigen ab (bei Personen ohne Migrationshintergrund um drei Prozentpunkte, bei Personen mit Migrationshintergrund um vier Prozentpunkte), während der Anteil der Angestellten entsprechend gestiegen ist. Das ist im Wesentlichen eine Folge des Strukturwandels und der Tertiarisierung der Wirtschaft. Der Anteil der Selbstständigen unter den Personen mit Migrationshintergrund ist geringfügig (von 10,4% auf 11,0%) gestiegen; ob dies einen Trend andeutet, bleibt abzuwarten.

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010, 2012); Burkert et al. (2012); Granato (2003); Piore (1979); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Seebaß/Siegert (2011); Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2012); Sürig/Wilmes (2011); Woellert et al. (2009)

→ Tabelle B15 im Anhang

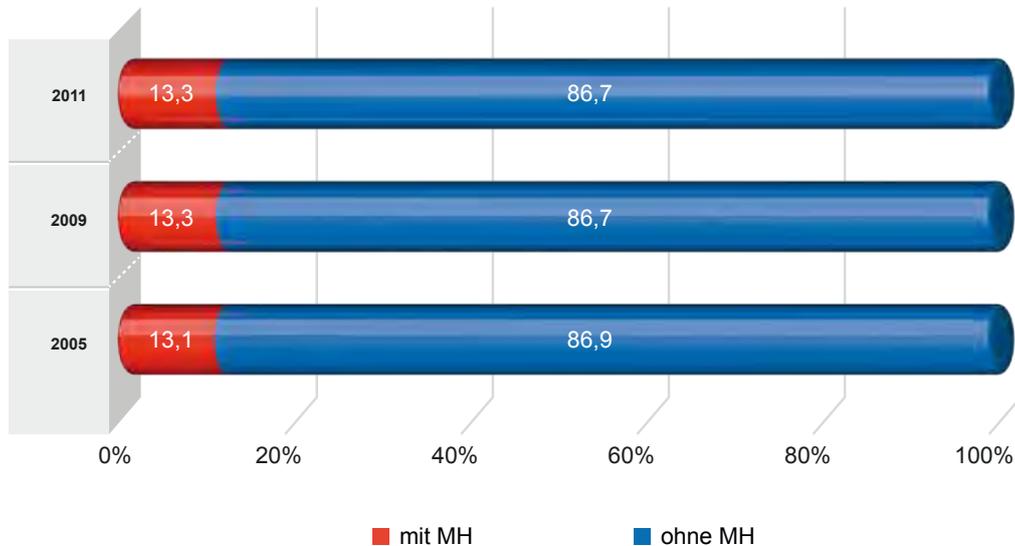
B16 Erwerbstätige im Öffentlichen Dienst (IntMK I1)

Definition

Anteil der Erwerbstätigen im Öffentlichen Dienst nach Migrationshintergrund

Datenquelle

Mikrozensus



Beschäftigte im Alter von 15 bis unter 65 Jahren im Öffentlichen Dienst (in %)

Dieser Indikator liefert nicht nur Erkenntnisse zur Beschäftigung im Öffentlichen Dienst in Hessen, sondern gleichzeitig zu dessen „Interkultureller Öffnung“.³⁶ Diese ist ein wesentlicher Aspekt des Bekenntnisses zur Vielfalt. Primäre Ziele der Interkulturellen Öffnung sind einerseits die Angleichung der Beschäftigung von Personen mit und ohne Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst, andererseits eine Stärkung des Dienstleistungscharakters der öffentlichen Verwaltung für die zugewanderte Bevölkerung. Hinzu tritt die Wertschätzung und positive Nutzung der in der Gesellschaft vorhandenen Ressource „Vielfalt“.

Die Quote der Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund hat sich im Berichtszeitraum nur geringfügig von 13,1% auf 13,3% erhöht. Hessen liegt damit bundesweit nach Baden-Württemberg an der Spitze. 8,0% dieser Erwerbstätigen sind Deutsche mit Migrationshintergrund, 5,3% Aus-

länder. Der Anteil der Frauen mit Migrationshintergrund liegt mit 14,8% über dem der Männer (11,4%). Die Erhöhung des Anteils der Beschäftigten mit Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst ist politisch erwünscht. Dabei ist zu beachten, dass aus Gründen der Haushaltskonsolidierung relativ wenige Neueinstellungen erfolgen und Personen mit Migrationshintergrund nur eingestellt werden können, wenn sie über die erforderliche Qualifikation verfügen. Auch aufgrund der langen Verweildauer im öffentlichen Dienst ist eine Annäherung des Anteils der Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund an die ohne Migrationshintergrund nur langfristig zu erreichen.

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2011, 2012); Institut der deutschen Wirtschaft (2011); Seebaß/Siegert (2011)

→ Tabelle B16 im Anhang

³⁶ In der Literatur wird die Interkulturelle Öffnung als „ein bewusst gestalteter Prozess“ definiert, „der (selbst-)reflexive Lern- und Veränderungsprozesse von und zwischen unterschiedlichen Menschen, Lebensweisen und Organisationsformen ermöglicht“. Er soll dadurch zu einem Abbau von Barrieren und Abgrenzungsmechanismen führen und eine Anerkennung und Wertschätzung der Mitarbeiter ermöglichen (Schröer 2007: 2).

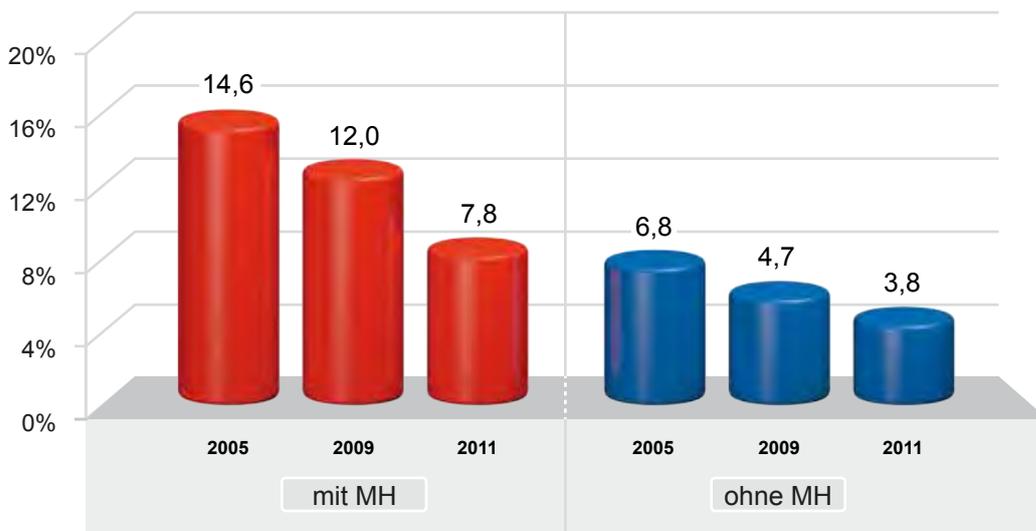
B17 Erwerbslosenquote (ILO-Konzept) (IntMK E4)

Definition

Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen (Erwerbslose und Erwerbstätige) nach Migrationshintergrund nach dem ILO-Konzept

Datenquelle

Mikrozensus



Erwerbslosenquote der 15- bis unter 65jährigen (in %)

Die Nichtteilnahme am Erwerbsleben ist eine der wesentlichen Ursachen für Armut. Längerfristige Erwerbslosigkeit hat negative Konsequenzen für fast alle Lebensbereiche, auch für die soziale Teilhabe.

Nach dem hier zugrunde gelegten Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO-Konzept) gelten Personen als erwerbslos,

- wenn sie weniger als eine Stunde in der Woche beschäftigt sind, nicht selbstständig sind,
- in den vergangenen vier Wochen aktiv eine Erwerbstätigkeit gesucht haben und
- verfügbar sind, d. h. innerhalb von zwei Wochen eine Erwerbstätigkeit aufnehmen können.

Eine Registrierung bei der Agentur für Arbeit ist nicht erforderlich.

Die Erwerbslosenquote fiel seit 2005 von 8,6% auf 4,8%. Damit zeigt dieser Indikator für den Berichtszeitraum einen erheblichen Rückgang des Anteils der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen. Dies gilt für Personen ohne sowie mit Migrationshintergrund, für Frauen und Männer und für alle im Anhang ausgewiesenen Altersgruppen. Gleichwohl bleibt die Quote der Personen mit Migrationshintergrund mit 7,8% etwa doppelt so hoch wie die der Personen ohne Migrationshintergrund (3,8%). Deutsche mit Migrationshintergrund schneiden besser ab als Ausländer (6,9% gegenüber 8,6%).

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2011, 2012); Bundesagentur für Arbeit (2012a, 2013); Burkert et al. (2012); Gundert/Hohendanner (2011); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Seebaß/Siegert (2011)

→ Tabelle B17 im Anhang

B18 Arbeitslosenquote (IntMK E5)

Definition

Anteil der registrierten Arbeitslosen an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen (Erwerbspersonen und Erwerbslose) in den Rechtskreisen SGB II sowie SGB III nach Staatsangehörigkeit (Jahresdurchschnitte)

Datenquelle

Arbeitslosenstatistik



Arbeitslosenquote (in %)

In der öffentlichen Diskussion wird die Arbeitslosenquote häufiger als die Erwerbslosenquote (B17) als Indikator für die Teilhabe am Erwerbsleben verwendet.

Zu den bei der Bundesagentur für Arbeit registrierten Arbeitslosen in den Rechtskreisen des SGB II und SGB III zählen alle Personen, die

- vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder nur eine weniger als 15 Stunden in der Woche umfassende Beschäftigung ausüben,
- eine mindestens 15 Stunden in der Woche umfassende versicherungspflichtige Beschäftigung mit einer Dauer von mehr als sieben Kalendertagen suchen,
- eine Arbeitnehmertätigkeit ausüben können und dürfen, nicht arbeitsunfähig erkrankt sind und das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet haben,

→ für die Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit verfügbar, d. h. sofort arbeitsfähig und -bereit sind und

→ sich persönlich bei der Agentur für Arbeit gemeldet und ihren Wohnsitz in Deutschland haben (Integrationsministerkonferenz 2012: 70).

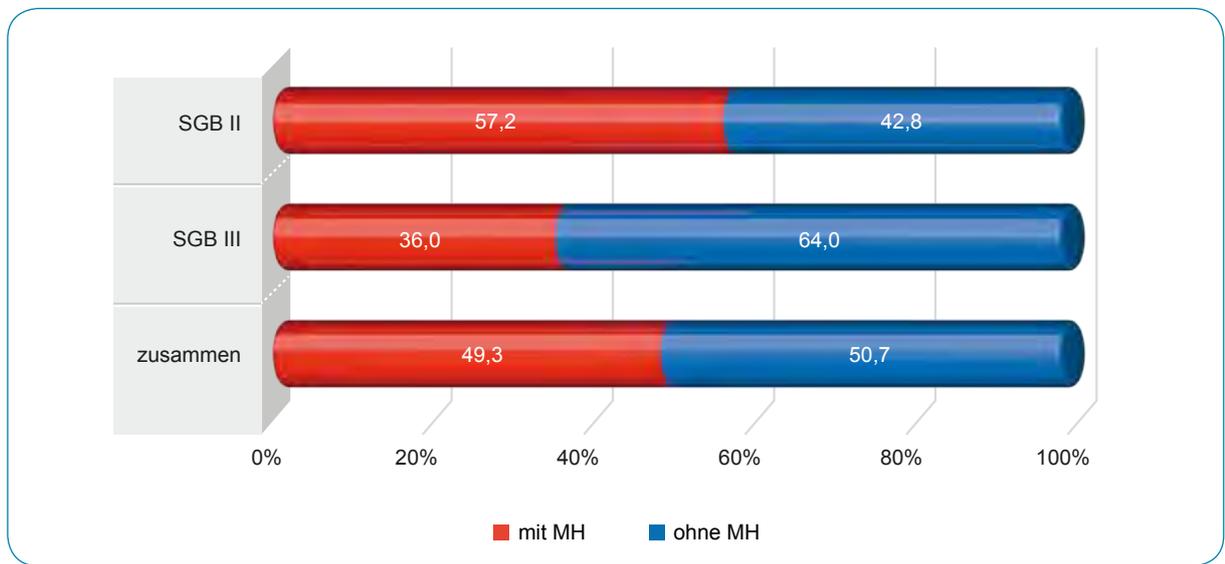
Die Ausländerarbeitslosigkeit ist – das zeigt sich auch im gesamten Bundesgebiet – deutlich höher. Eine zentrale Ursache liegt in der im Durchschnitt geringeren beruflichen Bildung der Ausländer (z. B. Brücker et al. 2012: 272). Während nach der amtlichen Statistik die deutschen Frauen weniger von Arbeitslosigkeit betroffen sind als die Männer, ist es bei den Ausländerinnen umgekehrt (s. Tabelle B18 im Anhang).

Auffällig sind vor allem die hohen Anteile von arbeitslosen Ausländern im Rechtskreis SGB II (12,3% vs. 3,6% bei den Deutschen), während ihre Arbeitslosenquote im Rechtskreis SGB III die der Deutschen nur geringfügig übersteigt (2,7% vs. 1,9%).

Im Berichtszeitraum ist bei den Arbeitslosenquoten in beiden Rechtskreisen ein positiver Trend bemerkbar: Die Arbeitslosenquote der Ausländer ist zwischen 2006 und 2011 von 22,0% auf 15,0% gefallen, die der Deutschen von 8,5% auf 5,5%.

Die positive Entwicklung zeigt sich vor allem im Rechtskreis SGB II.

Die Bundesagentur für Arbeit erhebt seit 2011 den Migrationshintergrund bei Arbeitslosen. Bis zum Herbst 2012 waren 85% der damals arbeitslos Gemeldeten befragt worden. Die folgende Abbildung gibt die augenblicklich für Hessen vorliegenden Daten zu den Anteilen von Personen mit Migrationshintergrund an allen Arbeitslosen wieder (Bundesagentur für Arbeit 2012b):



Arbeitslose nach Migrationshintergrund (August 2012, in %)

Es zeigt sich, dass fast die Hälfte (49,3%) der befragten Arbeitslosen einen Migrationshintergrund hat. Unter den Arbeitslosen im Rechtskreis SGB III sind es 36,0%, unter denen im Rechtskreis SGB II 57,2%. Damit sind Personen mit Migrationshintergrund unter den Arbeitslosen deutlich überrepräsentiert.

Weiterhin differenziert die Bundesagentur für Arbeit die arbeitslos Gemeldeten nach Bildungsabschlüssen. Dabei zeigen die vorläufigen Ergebnisse³⁷, dass 24,0% der Arbeitslosen mit Migrationshintergrund keinen Schulabschluss haben, 34,0% über einen Hauptschulabschluss, aber

10,5% über die Hochschulreife verfügen. 64,4% der Arbeitslosen mit Migrationshintergrund haben keine abgeschlossene Berufsausbildung (Bundesagentur für Arbeit 2012b: 33; s.a. 2012c).

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2011, 2012); Beste et al. (2010); Brücker et al. (2012); Bundesagentur für Arbeit (2011, 2012a, b, und c, 2013); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010c); Burkert et al. (2012); Fuchs (2012); Institut der deutschen Wirtschaft (2010); Lietzmann et al. (2011); Piore (1979); Seebaß/Siegert (2011); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2011b, 2012a und b)

→ Tabellen B18 im Anhang

³⁷ s. dazu Abschnitt 2.4

3.4.3 Einkommen, Armut, Transferabhängigkeit

Die Indikatoren in den Themenfeldern Bildung und Arbeit zeigen die ungünstigere Situation von Personen mit Migrationshintergrund bzw. Ausländern. Ihr im Durchschnitt niedrigeres schulisches und berufliches Bildungsniveau führt zu einer geringeren Beteiligung im Erwerbsleben und zu

niedrigeren Einkommen (genauer dazu Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2011: 14f., 86f.). In der Folge sind Personen mit Migrationshintergrund einem deutlich höheren Armutsrisiko ausgesetzt als jene ohne diesen Hintergrund. Damit ist auch die Abhängigkeit von Sozialtransfers bei Personen mit Migrationshintergrund insgesamt ausgeprägter.

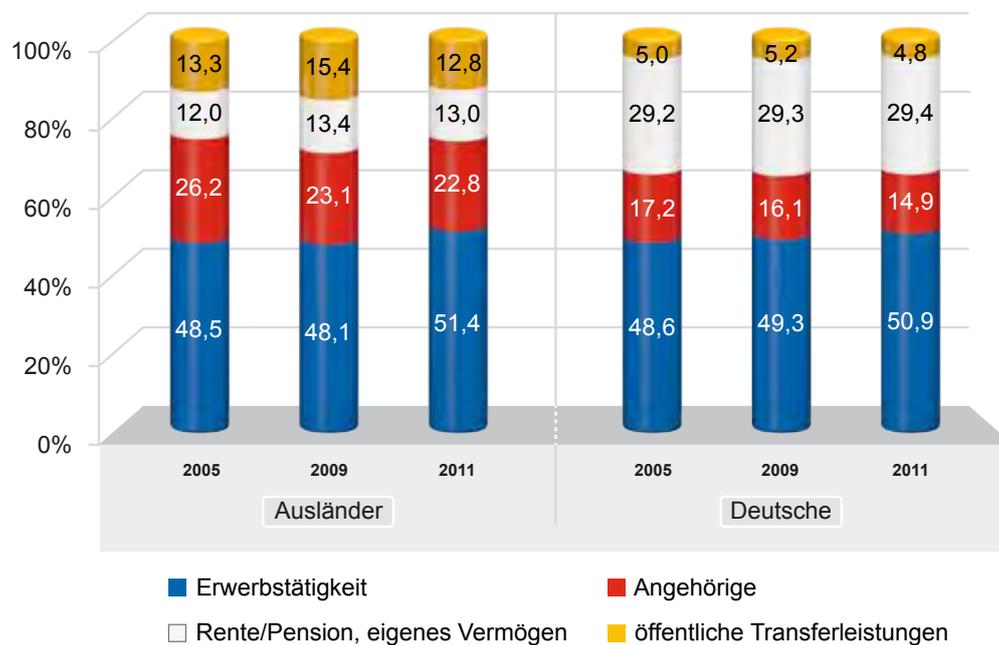
B19 Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts (IntMK E7)

Definition

Personen nach Migrationshintergrund im Alter ab 15 Jahren nach der Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts

Datenquelle

Mikrozensus



Bevölkerung nach Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts (in %)

Der Indikator zeigt, aus welchen finanziellen Quellen die Bevölkerung Hessens ihren Lebensunterhalt überwiegend bestreitet: Einkommen aus Erwerbstätigkeit, Zuwendungen von Angehörigen, Sozialtransfers oder Rente/Pension bzw. eigenes Vermögen (hier zusammengefasst).

Etwa die Hälfte der Bevölkerung finanziert ihren Lebensunterhalt überwiegend durch Einkünfte aus eigener Erwerbstätigkeit; dies gilt vor allem für Männer (58,9%), weniger dagegen für Frauen (43,5%, siehe Tabelle B19 im Anhang). Dieser Befund ist unabhängig vom Migrationshintergrund.

Im Vergleich zu 2005 können deutlich mehr Personen mit Migrationshintergrund ihren Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit bestreiten, ihr Anteil stieg um fast drei Prozentpunkte.

Personen mit Migrationshintergrund sind häufiger auf Unterstützung durch Angehörige angewiesen als Personen ohne Migrationshintergrund (22,8% vs. 14,9%), wobei diese Abhängigkeit im Berichtszeitraum abgenommen hat. Sie können jedoch weniger auf Renten bzw. Pensionen als Quelle des überwiegenden Lebensunterhaltes zurückgreifen (12,5% vs. 28,2%). Dies lässt sich zum Teil mit der jüngeren Altersstruktur der Migrationsbevölkerung erklären. Deutlich höher ist der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die ihren Lebensunterhalt überwiegend aus öffentlichen Sozialtransfers bestreitet (12,8% gegenüber 4,8%). Hinsichtlich der beiden letztgenannten Einkommensquellen ist im Berichtszeitraum kein eindeutiger Trend beobachtbar.

Das eigene Vermögen spielt als Quelle des überwiegenden Lebensunterhaltes in beiden Gruppen nur bei wenigen Personen eine Rolle, doch hat der Anteil der Einkommensbezieher, die hieraus hauptsächlich ihren Lebensunterhalt bestreiten, seit 2005 leicht zugenommen.

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2012); Integrationsministerkonferenz (2013); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010)

→ Tabelle B19 im Anhang

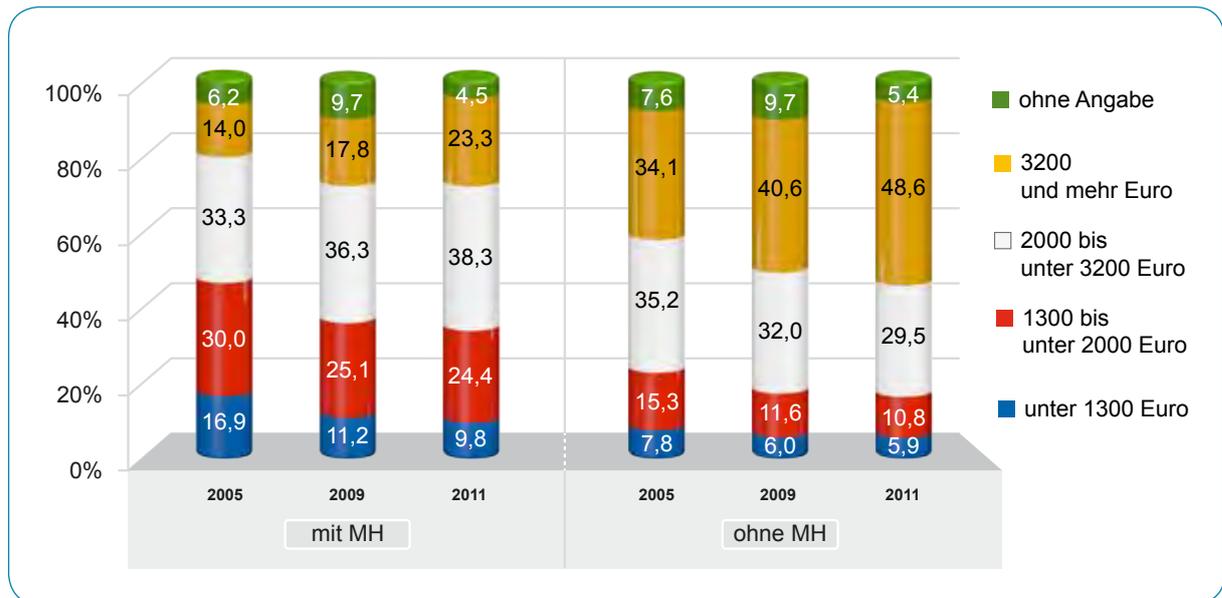
B20 Nettoeinkommen von Familien

Definition

Nettoeinkommen von Familien nach Migrationshintergrund des Haupteinkommensbeziehers

Datenquelle

Mikrozensus



Nettoeinkommen von Familien nach Migrationshintergrund des Haupteinkommensbeziehers (in %)

Dieser Indikator bildet das Nettoeinkommen von Familien ab. Er zeigt deutliche Einkommensunterschiede zwischen Familien mit und ohne Migrationshintergrund³⁸. Fast der Hälfte der Familien ohne Migrationshintergrund (48,6%) steht monatlich mehr als 3200 EUR zur Verfügung, aber nur einem knappen Viertel (23,3%) der Familien mit Migrationshintergrund. 29,5% der Familien ohne Migrationshintergrund können über ein Einkommen von 2000 bis 3200 EUR verfügen, bei den Familien mit Migrationshintergrund liegt der Anteil bei 38,3%. Zur geringsten Einkommensklasse (unter 1300 EUR) zählen 5,9% der Familien ohne und 9,8% der Familien mit Migrationshintergrund.

Im Berichtszeitraum hat sich die Einkommenssituation der Familien unabhängig vom Migrationshintergrund tendenziell deutlich verbessert, was sich angesichts der geringen Inflationsraten in den letzten Jahren besonders positiv auswirkt.

So hat sich der Anteil der Hocheinkommensbezieher bei den Familien ohne Migrationshintergrund um mehr als 14 Prozentpunkte erhöht, bei den Familien mit Migrationshintergrund um fast zehn Prozentpunkte. Gleichzeitig ist der Anteil der Niedrigeinkommensbezieher bei den Familien ohne Migrationshintergrund um zwei Prozentpunkte gefallen, bei den Familien mit Migrationshintergrund um etwa sieben Prozentpunkte. Allerdings ist nach wie vor ein deutliches Einkommensgefälle beobachtbar.

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2009, 2010); Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2008, 2012b)

→ Tabelle B20 im Anhang

³⁸ Verkürzend wird hier von Familien mit bzw. ohne Migrationshintergrund gesprochen, gemeint sind Familien, deren Haupteinkommensbezieher einen Migrationshintergrund hat oder nicht.

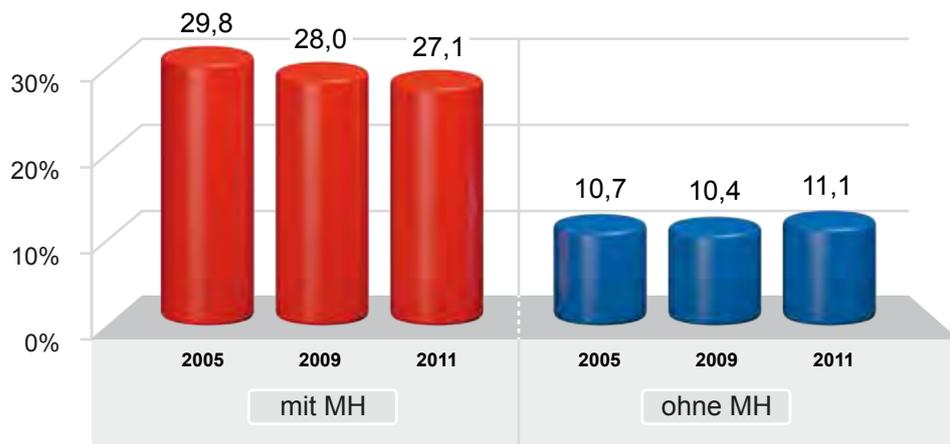
B21 Armutsrisikoquote (IntMK E6b)

Definition

Anteil der Personen nach Migrationshintergrund an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe mit einem Einkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle

Datenquelle

Mikrozensus



Armutsrisikoquote (in %)

Armut schränkt Handlungsspielräume ein, prägt damit den Lebensstil und erschwert die soziale Integration (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2011: 86). Sie wirkt sich auf alle Lebensbereiche und die entsprechenden Teilhabechancen aus. Der Begriff „Armutsrisiko“ weist auf „die Möglichkeit einer Armutsgefährdung – insbesondere bei längerem Verbleiben in einem niedrigen Einkommensbezug“ hin (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2008: 16).

Bei diesem Indikator besteht ein Armutsrisiko für jene Personen, die mit weniger als 60% des mittleren Einkommens der hessischen Gesamtbevölkerung auskommen müssen³⁹. Demnach ist das hier verwendete Armutsrisiko eine statistische Kennziffer, die die Ungleichverteilung von Einkommen misst und stets in Relation zum Gesamteinkommen zu interpretieren ist: Ist das Durchschnittseinkommen der betrachteten Region hoch, so liegt auch die „Armutsrisikoschwelle“ auf einem hohen Niveau. Aus diesem Grund ist das „Armutsrisiko“ in Hessen nicht unmittelbar mit dem in anderen Regionen vergleichbar.

³⁹ Basis ist das bedarfsgewichtete Nettoäquivalenzeinkommen. Es wird berechnet, indem das Haushaltsnettoeinkommen auf die gewichtete Zahl der Haushaltsmitglieder bezogen wird. Nach der neuen OECD-Skala wird der Haupteinkommensbezieher im Haushalt mit dem Gewicht 1 berücksichtigt, alle weiteren Haushaltsmitglieder ab 14 Jahren mit dem Gewicht 0,5 und alle Kinder unter 14 Jahren mit dem Gewicht 0,3. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass mehrere Haushaltsmitglieder gemeinsam und damit kostengünstiger wirtschaften. Gemäß der Definition der EU liegt ein Armutsrisiko vor, wenn das bedarfsgewichtete Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des Mittelwerts (Medians) des Einkommens der Gesamtbevölkerung beträgt. Der Median ist der Wert, der die Einkommen der Bevölkerung in zwei Hälften teilt. Die unterhalb des Medians liegende Armutsrisikoschwelle lässt sich zum einen auf den Landesmedian, zum anderen auf den Bundesmedian beziehen. Hier wird der Landesmedian gewählt, d. h. Berechnungsgrundlage ist das Einkommen der hessischen Bevölkerung.

Personen mit Migrationshintergrund haben ein deutlich höheres Armutsrisiko als jene ohne Migrationshintergrund; 27,1% (vs. 11,1%) sind armutsgefährdet. Im Berichtszeitraum zeichnet sich eine positive Entwicklung ab: Die Armutsrisikoquote von Personen mit Migrationshintergrund ist von 29,8% auf 27,1% gefallen.

Deutsche mit Migrationshintergrund haben ein deutlich niedrigeres Risiko als Ausländer (23,5% vs. 31,7%, siehe Tabelle B21 im Anhang). In allen Bevölkerungsgruppen sind Frauen etwas häufiger armutsgefährdet als Männer. Hervorzuheben ist ferner die hohe Armutsrisikoquote der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund (30,4% vs. 11,1% der unter 18jährigen ohne Migrationshintergrund), wobei diese seit 2005 um sechs Prozentpunkte gesunken ist. Auch in der Altersgruppe ab 65 Jahren ist das Armutsrisiko besonders hoch (35,2% bei Senioren mit Migrationshintergrund vs. 12,8% bei Senioren ohne Migrationshintergrund); es hat seit 2005 um fast fünf Prozentpunkte zugenommen.

Weiterführende statistische Analysen haben gezeigt, dass nicht nur sozialstrukturelle Eigenschaften der Migranten ihre Armut erklären, sondern dass es einen Zusammenhang zwischen Migrationshintergrund und Armut gibt. Selbst bei gleichem Bildungsstand, Haushaltsstruktur und Art des Lebensunterhalts besitzen Personen mit Migrationshintergrund ein höheres Armutsrisiko. Es ist bei Zuwanderern mit längerer Aufenthaltsdauer allerdings geringer als bei Zuwanderern, die kürzer in Deutschland leben (Fuhr 2012).

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2009, 2011); Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2008, 2012b); Eichhorn/Huter (2011); Fuhr (2012, 2013); Gerhardt et al. (2009); Hessisches Statistisches Landesamt (2012a); Integrationsministerkonferenz (2013); Lietzmann et al. (2011)

→ Tabelle B21 im Anhang

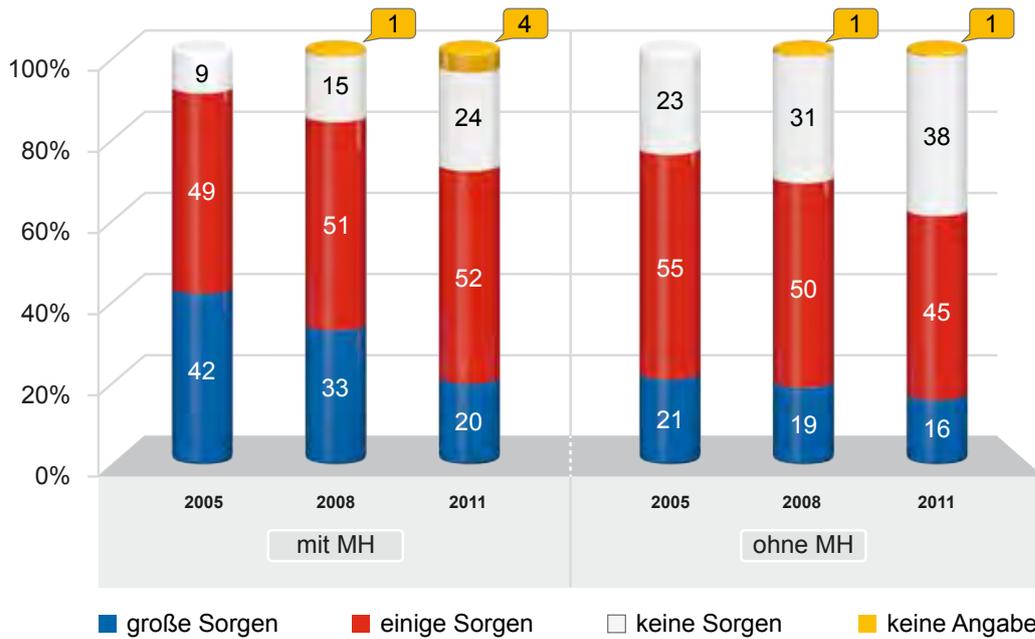
B22 Einstellung zur eigenen wirtschaftlichen Situation

Definition

Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage in einer Selbstauskunft

Datenquelle

SOEP



Sorgen um eigene wirtschaftliche Situation (in %)

Dieser subjektive Indikator misst die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation in einer Selbstauskunft. Die zugrundeliegende Frage lautet: Wie ist es mit den folgenden Gebieten – machen Sie sich da Sorgen? ...um Ihre eigene wirtschaftliche Situation?“

Der Indikator zeigt größere Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund. So machen sich 20% der Personen mit Migrationshintergrund „große Sorgen“ um die eigene wirtschaftliche Situation, während 24% deswegen keine Sorge haben. Bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund machen sich 16% „große“ Sorgen, während 38% nicht besorgt sind.

Insgesamt ist im Berichtszeitraum ein positiver Trend sichtbar, insbesondere bei den Personen mit Migrationshintergrund. Hier hat sich der Anteil jener, die sich „große“ Sorgen um ihre wirtschaftliche Lage machen, von 42% auf 20% halbiert. Analog dazu verlief die Entwicklung der Anteile der Befragten, die um die eigene wirtschaftliche Situation unbesorgt sind: ihr Anteil stieg im gleichen Zeitraum von 9% auf 24%.

Weiterführende Literatur
Frick/Grabka (2008)

→Tabelle B22 im Anhang

3.5 Soziale Dimension der Integration

Die soziale Dimension umfasst zum einen die Lebensformen von Personen. Zum anderen bezieht sie sich auf die Teilhabe von Zugewanderten in der Aufnahmegesellschaft, wie sie sich etwa im Privatleben bei den sozialen Kontakten äußert. Hierzu zählen Strukturen der Freundes- und Partnerwahl von Personen mit und ohne Migrationshintergrund, Eheschließungen, aber auch Gruppenzugehörigkeiten und Vereinsmitgliedschaften (u.a. Formen des bürgerschaftlichen Engagements). Auch der in der öffentlichen Diskussion immer wieder aufgegriffene Aspekt der Kriminalität von Zugewanderten wird in dieser Dimension näher beleuchtet.

Bei der sozialen Dimension ist es nicht in allen Themenfeldern Ziel, dass sich die Indikatoren zwischen den Bevölkerungsgruppen mit und ohne Migrationshintergrund angleichen. Teilweise geht es ausschließlich um eine Beobachtung der Entwicklung der Vielfalt – so beispielsweise bei Indikator C1, der das Zusammenleben in Haushalten abbildet.

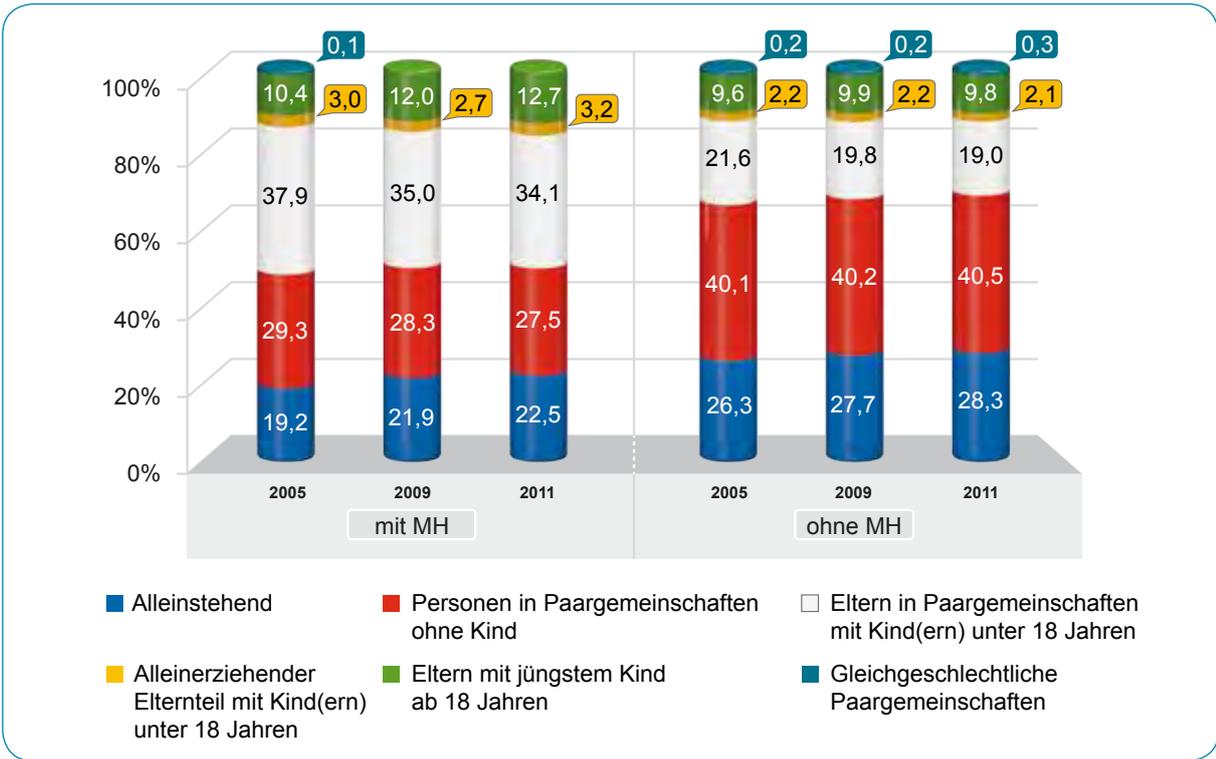
Berücksichtigt werden muss, dass sich die soziale und die kulturelle Dimension der Integration (s. Abschnitt 3.6) nicht trennscharf abgrenzen lassen.

3.5.1 Lebensformen

Lebensformen sind vom sozialen und kulturellen Kontext geprägt. Mit der wirtschaftlichen Entwicklung und dem sozialen Wandel ändern sich auch die Formen des Zusammenlebens in einer Gesellschaft. So lässt sich in Deutschland seit etlichen Jahren eine Pluralisierung der Lebensformen beobachten. Der Trend geht zu einer steigenden Zahl Alleinstehender, einer abnehmenden Kinderzahl je Frau und einer zunehmenden Bedeutung der Kleinfamilie. In diesem Kapitel wird anhand der genannten Indikatoren überprüft, inwieweit dieses auch für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund zutrifft.

C1 Zusammenleben in Privathaushalten (IntMK A5)

Definition Verteilung von erwachsenen Personen in Privathaushalten nach Migrationshintergrund auf verschiedene Lebensformen	Datenquelle Mikrozensus
---	-----------------------------------



Zusammenleben in Privathaushalten nach Lebensformen (in %)

Trotz sinkender Haushaltsgröße ist das Zusammenleben mit anderen die häufigste Lebensform in Privathaushalten.⁴⁰ Nur jeder fünfte Erwachsene mit Migrationshintergrund bzw. jeder Vierte ohne Migrationshintergrund ist alleinstehend. Erwachsene mit Migrationshintergrund leben häufiger in einer Familie⁴¹ mit Kindern (insgesamt 46,8% vs. 28,8% der Personen ohne Migrationshintergrund).

⁴⁰ In Hessen hat sich die durchschnittliche Größe der Haushalte seit 1950 von 3,0 auf 2,06 Personen verringert. Die Zahl der Haushalte ist in diesem Zeitraum von gut 1,4 Mio. auf fast 3,0 Mio. gestiegen (Hessisches Statistisches Landesamt). Ursachen für die Entwicklung werden in den niedrigen Geburtenzahlen, der steigenden Lebenserwartung, der Zunahme der Partnerschaften mit getrennter Haushaltsführung und der hohen beruflichen Mobilität bei der Bevölkerung im jüngeren und mittleren Alter gesehen (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2011: 28ff.).

⁴¹ Der Mikrozensus definiert Familien als Zwei-Generationen-Haushalte, in denen Eltern (oder ein Elternteil) mit ledigen Kindern in einem Haushalt leben (Statistisches Bundesamt 2012e:17).

Personen ohne Migrationshintergrund leben dagegen häufiger in Paarbeziehungen ohne Kinder (40,5% vs. 27,5%) oder sind alleinstehend (28,3% vs. 22,5%). Alleinerziehende machen in beiden Bevölkerungsgruppen nur 2% bis 3% der Lebensformen aus (gleichwohl sind bundesweit 19% aller Familien Alleinerziehendenfamilien; Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen, Jugend 2012). Gleichgeschlechtliche Partnerschaften können wegen der zu geringen Fallzahlen bei Personen mit Migrationshintergrund nicht ausgewiesen werden.

Im Berichtszeitraum ist zu beobachten, dass sich die Lebensformen langsam ändern; der Trend geht in beiden Gruppen hin zu einem sinkenden Anteil von Familien- und einem steigenden Anteil von Singlehaushalten.

Weiterführende Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012); Boos-Nünning (2011); Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen, Jugend (2012); Familien- und Sozialverein des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland e.V. (2010); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2011); Statistisches Bundesamt (2012e)

→ Tabelle C1 im Anhang

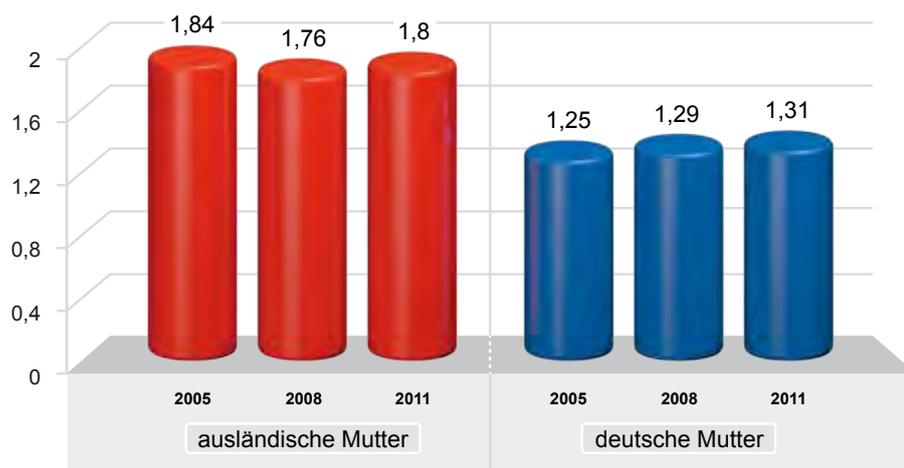
C2 Kinderzahl je Frau

Definition

Kinderzahl je Frau in der Altersgruppe von 15 bis unter 45 Jahren nach Staatsangehörigkeit

Datenquelle

Hessisches Statistisches Landesamt (Sonderauswertung)



Kinderzahl je Frau

Seit Jahren geht in Deutschland die durchschnittliche Zahl der Kinder je Frau zurück. Gleichzeitig sind Mütter bei der Geburt des ersten Kindes im Durchschnitt älter als noch vor wenigen Jahrzehnten. Die Gründe dafür werden in der besseren Ausbildung der Frauen und längeren Ausbildungszeiten, zunehmender Frauenerwerbstätigkeit, dem Wunsch nach größerer finanzieller Unabhängigkeit, aber auch in den gestiegenen monetären und nichtmonetären „Kosten“ von Kindern – z. B. durch deren längere und höhere Ausbildung oder berufliche Nachteile von Müttern – gesehen.

Daher wird häufig davon ausgegangen, dass zugewanderte Frauen – die seltener erwerbstätig werden (s. dazu Indikator B12) – bei der Geburt des ersten Kindes jünger sind (dazu Helfferich/Klindworth 2010) und insgesamt mehr Kinder haben. Die Daten für Hessen zeigen, dass nicht-deutsche Frauen im gebärfähigen Alter im Durchschnitt tatsächlich mehr Kinder zur Welt bringen als deutsche Frauen (1,80 vs. 1,31). Allerdings wird deutlich, dass die durchschnittliche Zahl der

Geburten bei ausländischen Frauen leicht zurückgeht. Dieser Trend ist seit 1997 bundesweit zu beobachten (Statistisches Bundesamt 2012d: 21). Insgesamt ist von einer Annäherung des Fertilitätsverhaltens der Ausländerinnen an das der deutschen Frauen auszugehen: Dies bezieht sich zum einen auf die durchschnittliche Zahl der Kinder, zum anderen auf die altersspezifische Geburtenhäufigkeit (ebd. 2012d: 23).

Dabei sind jedoch Unterschiede nach Bildung, Herkunftsland (und den dortigen Familiengründungsmustern), Geburtsland des ersten Kindes sowie Zuwanderergeneration der Frau zu beobachten (ausführlicher Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung 2012).

Weiterführende Literatur

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2012); Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (2012); Doblhammer et al. (2010); Kaufmann (2005); Milewski (2010); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Schmidt/Kohls (2011); Statistisches Bundesamt (2012d)

→ Tabelle C2 im Anhang

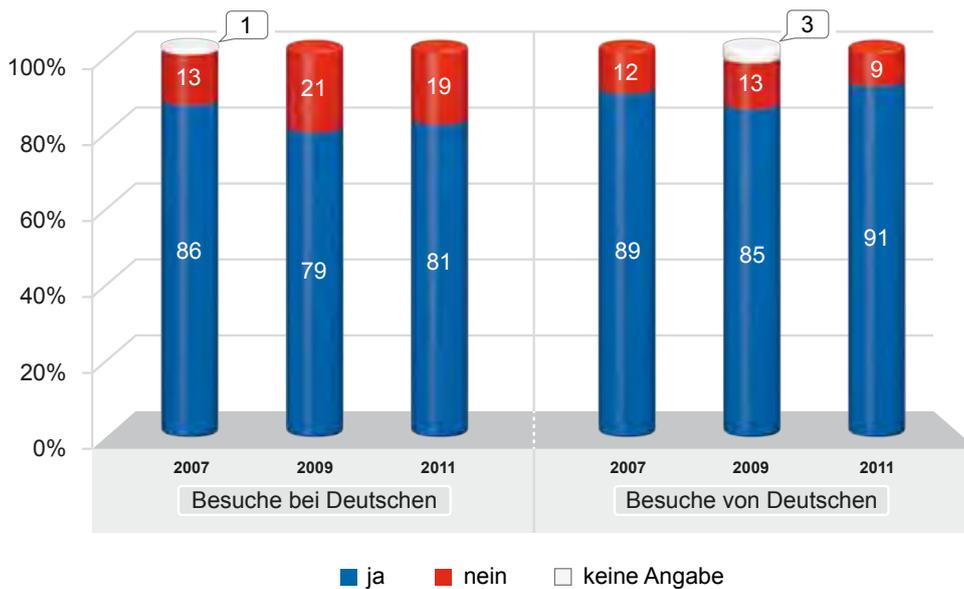
C3 Private Kontakte

Definition

Besuche von Ausländern bei Deutschen und von Deutschen bei Ausländern in den letzten 12 Monaten in einer Selbstauskunft von Ausländern

Datenquelle

SOEP



Private Kontakte von Ausländerinnen und Ausländern mit Deutschen (in %)

Private Kontakte fördern die Integration, da sie das Verständnis der Gruppen mit und ohne Migrationshintergrund füreinander vertiefen und dazu beitragen können, Vorurteile abzubauen. Neben Kontakten am Arbeitsplatz und im täglichen Leben bzw. im öffentlichen Raum, kommt den privaten Kontakten eine besondere Bedeutung für den Prozess des Sich-Aufeinanderzubewegens zu.

Dieser Indikator weist soziale Kontakte im privaten Umfeld aus. Im Umkehrschluss kann er einen Hinweis auf ethnische Segregationstendenzen in einer Gesellschaft geben.

Die Befragten, lediglich Ausländer, machen Angaben über ihre Besuche bei und von Deutschen in den letzten 12 Monaten. Die Daten werden mit folgender Frage erhoben: „Im Folgenden geht es um den Kontakt, den die Menschen unterschiedlicher Nationen in Deutschland haben. Daher die

Frage: Haben Sie in den letzten 12 Monaten ... Personen deutscher Herkunft in deren Wohnung besucht? – Wurden Sie in den letzten 12 Monaten in Ihrer eigenen Wohnung ... von Personen deutscher Herkunft besucht?“

81% der Ausländer haben im abgefragten Zeitraum Deutschen einen Besuch abgestattet, 91% haben Besuch von Deutschen empfangen. Die Entwicklung im Berichtszeitraum (bei diesem Indikator seit 2007) ist von einer stabilen Quote gegenseitiger Besuche auf sehr hohem Niveau geprägt.

Weiterführende Literatur

Blohm/Wasmer (2011); Haug (2010); Ministerium für Integration Baden-Württemberg (2012); Nottmeyer (2010); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2012)

→ Tabelle C3 im Anhang

3.5.2 Gesundheit

Ob Integration gelingt, lässt sich auch an den Chancen der Zugewanderten auf ein gesundes Leben sowie einen gleichberechtigten Zugang zum Gesundheitswesen messen. Aus der Literatur ist bekannt, dass insbesondere sozial benachteiligte und bildungsferne Gruppen, in denen Personen mit Migrationshintergrund überrepräsentiert sind, ein höheres Krankheitsrisiko tragen.

Nach Razum/Spallek (2009) treten bei vergleichbarem Krankheitsspektrum bestimmte Gesundheitsrisiken bei Zugewanderten häufiger auf oder führen zu stärker ausgeprägten Krankheitsbildern. Dies dürfte in Zusammenhang mit dem im Durchschnitt niedrigeren sozioökonomischen Status zu sehen sein und könnte auf geringere zur Verfügung stehende finanzielle Ressourcen, die Gesundheit weniger fördernde Lebensumstände, auf größere berufsbedingte Gesundheitsrisiken (Brzoska et al. 2010), aber auch auf ein anderes gesundheitliches Risikoverhalten zurückzuführen sein (Lampert et al. 2010). Zu berücksichtigen ist ferner, dass die Migrationssituation in ihrer ganzen Komplexität als psychologisch belastend empfunden werden kann, was möglicherweise destabilisierende Wirkungen auf die Gesundheit hat.

Das Themenfeld „Gesundheit“ kann für Erwachsene mangels geeigneter Daten besonders schwer abgebildet werden. Dies ist auch insofern als problematisch anzusehen, als unter anderem davon ausgegangen wird, dass Gesundheit einen großen Einfluss auf Bereiche der strukturellen Integration haben kann (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2011: 121). Auch differenzierte Daten zur Nutzung der Gesundheitsdienste durch Personen mit Migrationshintergrund und die Qualität der Leistungen liegen nicht im erforderlichen Ausmaß vor. Dennoch wird festgestellt, dass für diese Gruppe der Zugang zur Gesundheitsversorgung erschwert sein kann (Robert Koch-Institut 2008). Dabei dürften Informationsdefizite, Verständigungsschwierigkeiten und ein Mangel an interkultureller Kompetenz des medizinischen Personals eine Rolle spielen.

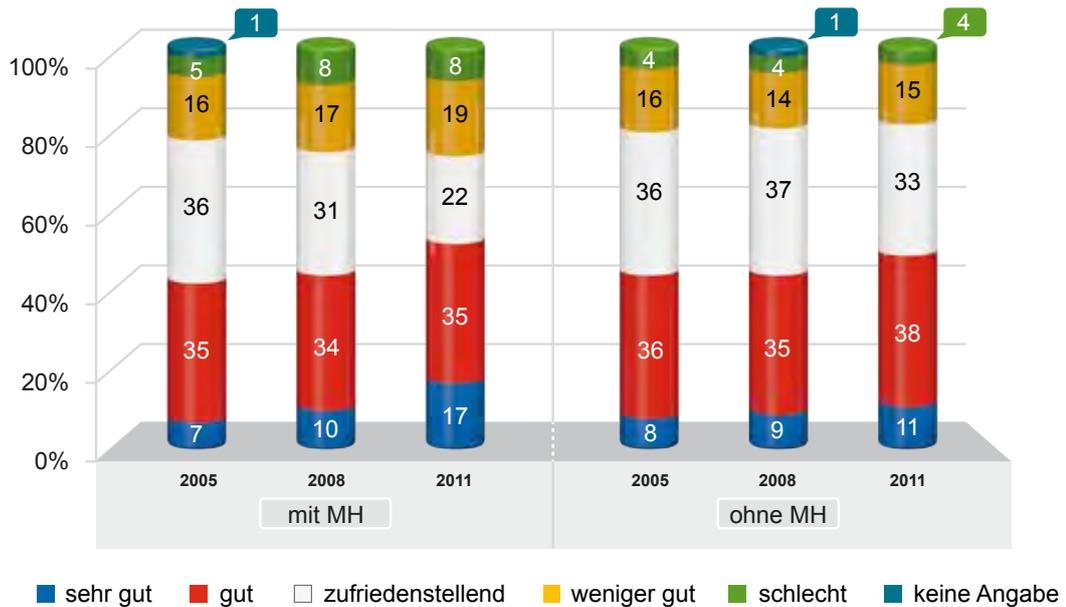
C4 Subjektives Gesundheitsempfinden

Definition

Aktueller gesundheitlicher Zustand nach Migrationshintergrund in einer Selbsteinschätzung

Datenquelle

SOEP



Subjektives Gesundheitsempfinden nach Migrationshintergrund (in %)

Dieser Indikator basiert auf einer Selbsteinschätzung der Gesundheit, der mit der Frage erfasst wird: „Wie würden Sie Ihren gegenwärtigen Gesundheitszustand beschreiben?“ Zwar muss bei der Interpretation der Daten beachtet werden, dass die Selbsteinschätzung des Gesundheitszustandes von einer Fremdeinschätzung abweichen kann. Auch gehen in Selbstauskünfte kulturell geprägte Wahrnehmungen ein, etwa des Wohlbefindens, von Symptomen und der Anfälligkeit für Krankheiten. Dennoch gibt es Hinweise darauf, dass subjektive Gesundheitsparameter recht gut mit „objektiv“ erhobenen Indikatoren übereinstimmen und deshalb als zuverlässige Teilelemente bei der Beschreibung des Gesundheitszustands betrachtet werden können (Robert Koch-Institut 2008).

Unabhängig vom Migrationshintergrund beschreibt rund jeder zweite seinen Gesundheitszustand als „gut“ oder „sehr gut“. Dabei ist der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die ihren Zustand als „sehr gut“ empfinden, im Berichtszeitraum von 7% auf 17% angewachsen. Allerdings hat sich die Gruppe, die ihren Gesundheitszustand als „schlecht“ beschreibt, ebenfalls vergrößert (von 4% auf 8%).

Weiterführende Literatur

Badura et al. (2010); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2008, 2010, 2011, 2012); Bundesamt für Gesundheit (2007, 2010); Olbermann (2011); Robert Koch-Institut (2008); Seidl/Horn (2011); weitere Studien und Daten zur Gesundheit von Migranten unter: www.gbebund.de

→ Tabelle C4 im Anhang

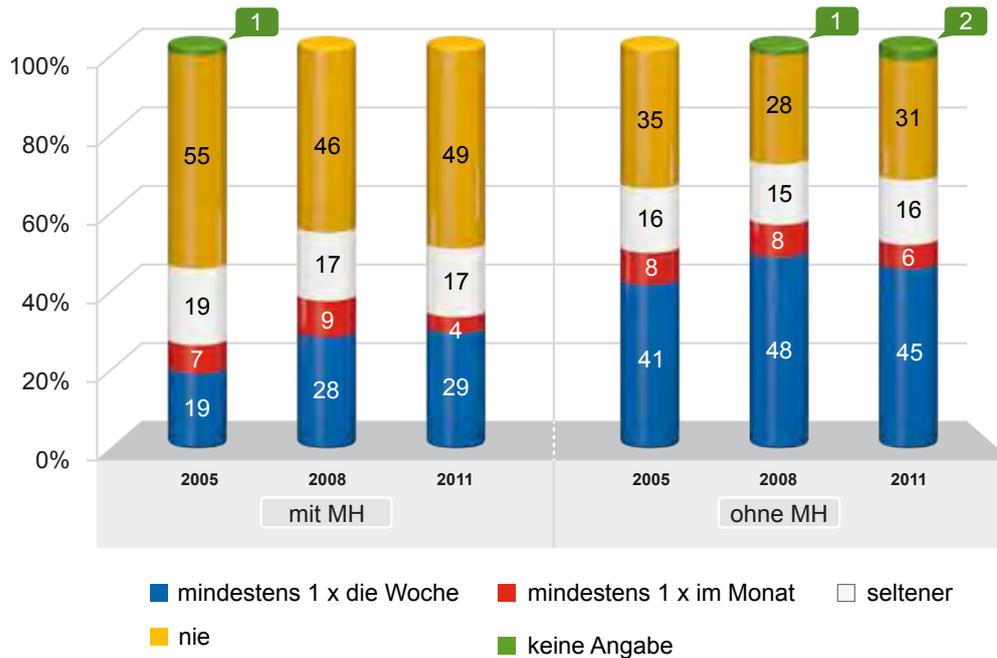
C5 Gesundheitsförderndes Handeln

Definition

Häufigkeit von aktiver sportlicher Betätigung nach Migrationshintergrund in einer Selbsteinschätzung

Datenquelle

SOEP



Gesundheitsförderndes Handeln: Aktive sportliche Betätigung nach Migrationshintergrund (in %)

Aktive sportliche Betätigung kann als Indikator für gesundheitsförderndes Handeln angesehen werden. Über den Gesundheitsaspekt hinaus genießt das Themenfeld Sport in Integrationsfragen hohe Bedeutung. Insbesondere dem Vereinssport wird großes Integrationspotenzial zugesprochen (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2010: 324ff.).

Auch dieser Indikator basiert auf einer Selbsteinschätzung; die zugrundeliegende Frage lautet: „Welche der folgenden Tätigkeiten üben Sie in Ihrer freien Zeit aus? Geben Sie bitte zu jeder Tätigkeit (hier: aktiver Sport⁴²) an, wie oft Sie das machen.“ 45% der Personen ohne Migrationshintergrund geben auf diese Frage an, „mindestens einmal die Woche“ Sport zu treiben und 29% der Personen mit diesem Hintergrund.

Obwohl noch Aufholbedarf besteht, ist im Berichtszeitraum insgesamt ein deutlicher positiver Trend feststellbar: Seit 2005 hat der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die wöchentlich Sport treiben, um zehn Prozentpunkte zugenommen, während der derjenigen ohne diesen Hintergrund um vier Prozentpunkte gewachsen ist.

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2012); Braun (2011); Braun/Finke (2010); Braun/Nobis (2011); Breuer/Wicker (2008); Bundesamt für Gesundheit (2007, 2010); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010e); Razum/Spallek (2009); Robert-Koch-Institut (2008)

→ Tabelle C5 im Anhang

⁴² 2008 wurde abweichend nach „aktiver sportlicher Betätigung“ gefragt.

3.5.3 Bürgerschaftliches Engagement

Der Begriff „bürgerschaftliches Engagement“ umfasst ein „weites Spektrum von gesellschaftlichen Aktivitäten im öffentlichen Raum“ (Deutscher Bundestag 2012: 63). Bürgerschaftliches Engagement leistet einen wichtigen Beitrag „zur Bewältigung gesellschaftlich relevanter Fragen und für den Zusammenhalt der Gesellschaft“ (ebda.: 45). Dieses Engagement ist „eng verbunden mit der sozialen Einbindung, mit der Integration der Menschen“ (Deutscher Bundestag 2002: 27).

Bürgerschaftliches Engagement ist freiwillig, selbstorganisiert sowie selbstbestimmt und wird mit unterschiedlicher Motivation ausgeübt, ist aber nicht an finanziellem Nutzen orientiert. Zu seinen Formen zählen soziales Engagement sowie die Betätigung in Vereinen, Verbänden, Initiativen, religiösen Gemeinschaften oder öffentlichen Funktionen, teilweise auch politisches Engagement. Das Engagement wird in unterschiedlichsten Bereichen ausgeübt, z. B. Bildung, Umweltschutz, Kunst, Kultur oder Soziales, bei der Hilfeleistung (z. B. Rettungswesen) oder im Bereich Familie. Die meisten Personen engagieren sich im Bereich Sport (Deutscher Bundestag 2012: 69).

Der Umfang bürgerschaftlichen Engagements ist schwer zu messen. So differiert die Engagementquote stark mit der jeweiligen Datenquelle. Der Anteil der Bürger, die sich freiwillig engagieren, wird jedoch über die Jahre hinweg als relativ konstant eingeschätzt (ebda.: 64ff.).

Was Personen mit Migrationshintergrund anbelangt, so bleibt ihr Engagement hinter dem von Personen ohne Migrationshintergrund zurück. Der Nationale Aktionsplan Integration bezeichnet das bürgerschaftliche Engagement von Migranten sowohl „als Motor als auch Indikator für die Integration“. Das Engagementpotenzial wird als hoch eingeschätzt, gerade im Hinblick auf Jüngere. Um die Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund zu stärken, wird eine interkulturelle Öffnung der Strukturen gefordert (Bundesregierung 2012: 287f.).

Die öffentliche Debatte schreibt Migranten-(selbst-)organisationen⁴³ eine zunehmende Bedeutung zur Aktivierung des Potenzials zu; gleichzeitig werden diese als wichtige Partner der Integrationspolitik und -förderung wahrgenommen.

⁴³ Einen explorativen Einstieg in den Themenbereich des bürgerschaftlichen Engagements in Migrantenorganisationen in Hessen bietet das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2011b); außerdem Zitzelsberger/Latorre (2011); Huth-Hildebrandt/Stüwe (2012).

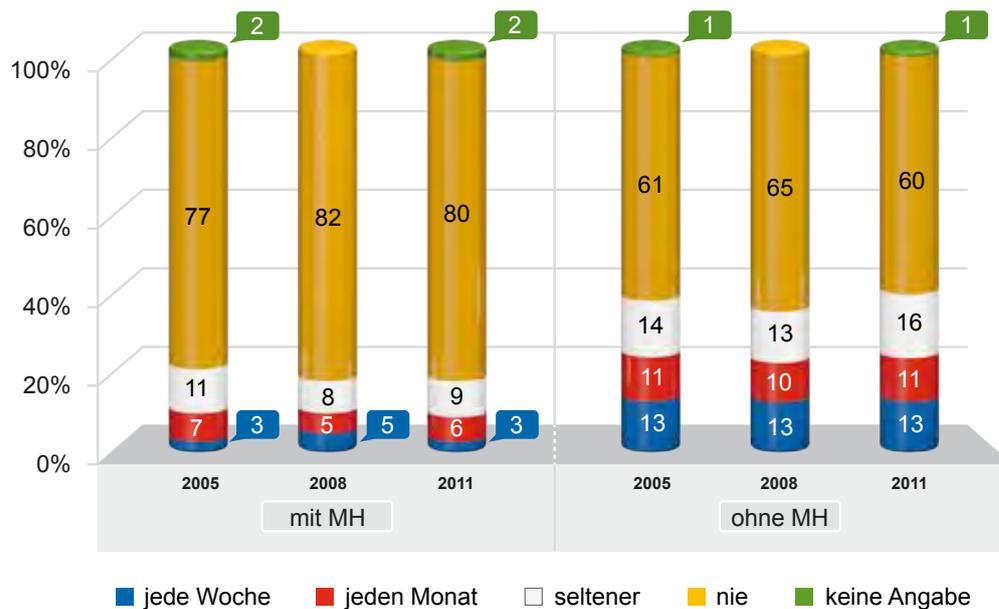
C6 Bürgerschaftliches Engagement

Definition

Häufigkeit der ehrenamtlichen Tätigkeit in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten nach Migrationshintergrund in einer Selbstauskunft

Datenquelle

SOEP



Ehrenamtliche Tätigkeit in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten nach Migrationshintergrund (in %)

Der Indikator misst eine Variante des bürgerschaftlichen Engagements, nämlich die ehrenamtliche Tätigkeit⁴⁴. Diese weist auf die Bereitschaft hin, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und das Gemeinwesen mitzuformen. Bürgerschaftliches Engagement vermittelt Anerkennung, stiftet Identität und entspricht einem wesentlichen Verständnis hessischer Politik, nämlich Integration gemeinsam zu gestalten. Darüber hinaus ermöglicht es interkulturelle Lernerfahrungen.

Der Indikator nutzt Daten, die im SOEP mit der Frage „Welche der folgenden Tätigkeiten üben Sie in Ihrer freien Zeit aus? ... Ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten“ erhoben werden.⁴⁵ Nach Selbstauskunft sind 24% derjenigen ohne Migrationshintergrund jede Woche oder jeden Monat ehrenamtlich aktiv, unter den Personen mit Migrationshintergrund sind es 9%.

⁴⁴ Die Befragten werden bei der diesem Indikator zugrunde liegenden Frage ausdrücklich nach ehrenamtlichen Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden und sozialen Diensten in Abgrenzung zum Engagement und Beteiligung im politischen Kontext – wie etwa Bürgerinitiativen, Parteien und der Kommunalpolitik – gefragt (siehe hierzu Indikator C8 „Politisches Engagement“).

⁴⁵ Die Antwortvorgaben lauten: „Geben Sie bitte zu jeder Tätigkeit an, wie oft Sie das machen: jede Woche, jeden Monat, seltener oder nie?“

Der Indikator zeigt für den gesamten Berichtszeitraum ein deutlich geringeres ehrenamtliches Engagement von Personen mit Migrationshintergrund gegenüber Personen ohne diesen Hintergrund. Der Anteil der Engagierten ohne Migrationshintergrund ist in etwa gleich geblieben, der derjenigen mit Migrationshintergrund leicht gefallen, damit vergrößert sich der Abstand zwischen beiden Gruppen. In der Literatur wird davon ausgegangen, dass Migranten ein anderes (Vor-)Verständnis von ehrenamtlicher Arbeit haben und aus ihren Herkunftskontexten über andere diesbezügliche Erfahrungen verfügen. Ein weiterer Grund für das unterschiedliche Engagement zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund wird darin gesehen, dass sich „Migrantinnen und Migranten [...] mit anderen Formen und Schwerpunkten des Engagements [befassen] als

Personen ohne Migrationshintergrund“ (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2010: 285). Zudem gibt es einen Zusammenhang zwischen ehrenamtlichem Engagement und der Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe: Diverse Studien belegen, dass Höherqualifizierte und Erwerbstätige ein stärkeres Engagement aufweisen (z. B. Dathe et al. 2010).

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010, 2011, 2012); Braun (2011); Braun/Finke (2010); Braun/Nobis (2011); Dathe et al. (2010); Deutscher Bundestag (2002, 2012); Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2011b); Huth (2012); Schader-Stiftung (2011); Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2009)

→ Tabelle C6 im Anhang

3.5.4 Politische Partizipation

In der repräsentativen Demokratie erfolgt mit der Teilnahme an Wahlen der unmittelbarste Akt politischer Partizipation. Das aktive und passive Wahlrecht auf Bundes- und Landesebene ist an die deutsche Staatsangehörigkeit gebunden, steht auf kommunaler Ebene aber auch Personen mit der Staatsbürgerschaft eines EU-Mitgliedstaates offen. Um auch für die Angehörigen anderer Staaten, die von der direkten demokratischen Partizipation ausgeschlossen sind, eine institutionelle Beteiligungsmöglichkeit zu schaffen, wurden in Hessen schon sehr früh Ausländerbeiräte eingerichtet. Der erste – und damit der älteste Ausländerbeirat Deutschlands – wurde 1972 in Wiesbaden gegründet.

Doch lässt sich politische Partizipation nicht nur auf die Teilnahme an Wahlen reduzieren. In einer lebendigen Demokratie bringen viele verschiedene gesellschaftliche Gruppen ihre Perspektiven und Interessen in den politischen Diskurs ein. Politische Gestaltungsmöglichkeiten finden sich ebenso in Initiativen und Vereinen. Daten liegen zur Mitwirkung in Parteien, der Kommunalpolitik sowie in Bürgerinitiativen vor.

C7 Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund (IntMK A4)

Definition

Anteil der für den Bundestag und den Landtag wahlberechtigten Deutschen mit Migrationshintergrund an allen Deutschen ab 18 Jahren

Datenquelle

Mikrozensus



Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund an allen Deutschen im Alter ab 18 Jahren in Hessen (in %)

Bei diesem Indikator wird die Zahl der volljährigen Deutschen mit Migrationshintergrund auf alle volljährigen Deutschen bezogen. Die vorliegenden Zahlen erlauben daher u. a. Aussagen zum politischen Partizipationspotenzial einer Teilgruppe der Personen mit Migrationshintergrund, nämlich jener, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

Personen mit Migrationshintergrund machen mittlerweile etwa 12% der Wahlbevölkerung aus. Der Indikator weist im Berichtszeitraum einen leichten Anstieg von 10,7% auf 12,3% aus. Der Anteil der Wahlbevölkerung mit Migrationshintergrund wird aufgrund der demographischen Entwicklung in den nächsten Jahren wachsen (s. dazu Indikator A1).

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010, 2011, 2012); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010c); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Wüst (2012); Wüst/Heinz (2009)

→ Tabelle C7 im Anhang

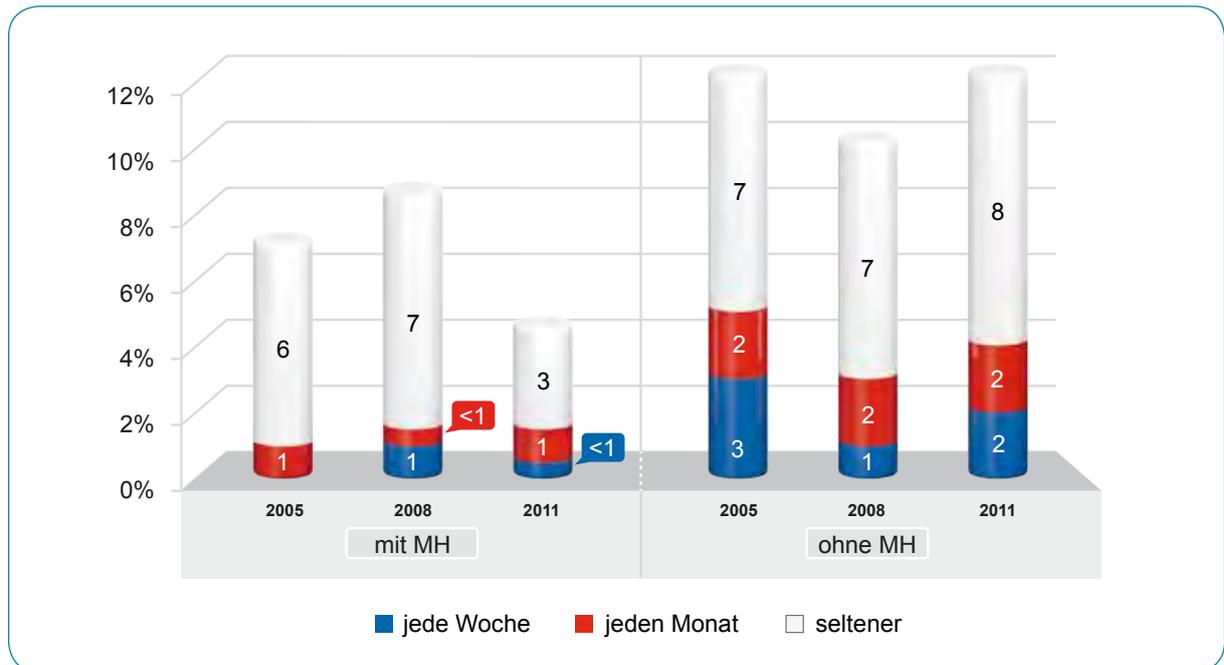
C8 Politisches Engagement

Definition

Häufigkeit der Mitwirkung in Parteien, der Kommunalpolitik, Bürgerinitiativen nach Migrationshintergrund in einer Selbsteinschätzung

Datenquelle

SOEP



Häufigkeit des politischen Engagements nach Migrationshintergrund (in %)

Der Indikator weist das politische Engagement in Abgrenzung zum bürgerschaftlichen Engagement aus, das durch Indikator C6 abgebildet wird. Er nutzt Daten, die im SOEP mit folgender Frage erhoben werden: „Welche der folgenden Tätigkeiten üben Sie in Ihrer freien Zeit aus?“ (hier: „Beteiligung in Bürgerinitiativen, in Parteien, in der Kommunalpolitik“).⁴⁶

Es wird deutlich, dass sich der überwiegende Teil der Bevölkerung weder in Parteien noch in der Kommunalpolitik oder in Bürgerinitiativen engagiert. Dieser Befund bezieht sich auf 87% der Personen ohne und 93% der Personen mit Migrationshintergrund. Heute sind nur etwa 4% der Personen ohne und 2% der Personen mit Migrationshintergrund „jede Woche“ oder „jeden Monat“ politisch aktiv. 8% bzw. 3% beteiligen sich „seltener“.

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2011, 2012); Bundesministerium des Innern (2011); Hunger/Candan (2009); Kösemen (2011); Kroh/Tucci (2009); Müssig/Worbs (2012); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010)

→ Tabelle C8 im Anhang

⁴⁶ Die Antwortvorgaben lauten: „Geben Sie bitte zu jeder Tätigkeit an, wie oft Sie das machen – jede Woche, jeden Monat, seltener oder nie?“.

3.5.5 Kriminalität

Der Begriff „Kriminalität“ umfasst die Gesamtheit der Verstöße gegen das Strafrecht. Hinsichtlich der sogenannten Ausländerkriminalität ist eine differenzierte Betrachtungsweise geboten. Zum einen ist „ein erheblicher Teil der Täter und auch der Opfer nicht zur Wohnbevölkerung des jeweiligen Tatortlandes“ zurechenbar (Bundeskriminalamt 2012: 61). Zum anderen wird nur das sogenannte „Hellfeld“ erfasst. D. h. ein nicht unbeachtlicher Teil der begangenen Straftaten (das sogenannte „Dunkelfeld“) geht nicht in die Statistik ein (Bundeskriminalamt 2012: 8). Zum dritten müssen bestimmte ausländerspezifische Straftaten – also solche, die per definitionem nur von Ausländern begangen werden können – bei der Betrachtung außer Acht gelassen werden (z. B. Verstöße gegen das Aufenthalts- oder Asylverfahrensgesetz).

Problematisch im Hinblick auf die statistische Erfassung der Ausländerkriminalität ist ferner, „dass Ausländer bei Verbrechen schneller unter Tatverdacht geraten („Tatverdachteffekt“) und bei Straftaten eher angezeigt und häufiger kontrolliert werden als Personen ohne erkennbaren Migrationshintergrund („Anzeigeeffekt““ (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2012: 167).

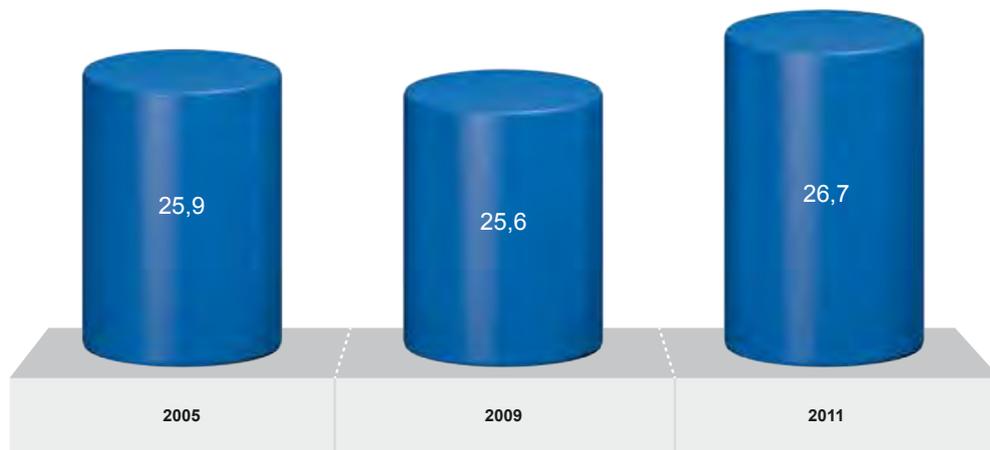
C9 Tatverdächtige (IntMK H 1)

Definition

Anteil tatverdächtiger Ausländerinnen und Ausländer an allen Tatverdächtigen (Personen ab 14 Jahren)

Datenquelle

Polizeiliche Kriminalstatistik



Anteil der tatverdächtigen Ausländer/-innen ab 14 Jahren (in %)

Die Polizeiliche Kriminalstatistik weist Tatverdächtige aus, die durch Strafanzeigen und polizeiliche Kontrolltätigkeit bekannt geworden sind. Sie erfasst also nicht die Straftaten in ihrer Gesamtheit, so dass ein gewisses „Dunkelfeld“ bleibt.

Der Indikator differenziert zwischen Personen mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Herausgerechnet sind ausländer-spezifische Straftaten und Straftaten von Ausländern, die sich nur vorübergehend in Deutschland aufhalten. Deutlich wird, dass Ausländer – gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung (12,2%) – unter den Tatverdächtigen deutlich überrepräsentiert sind. Es zeigt sich, dass der Anteil der Ausländer an allen Tatverdächtigen seit 2005 geringfügig gestiegen ist. Wegen Schwankungen dieses Anteils in den vergangenen Jahren lässt sich kein eindeutiger Trend ausmachen.

Bei der Interpretation des Indikators muss neben den auf der vorigen Seite genannten Punkten berücksichtigt werden, dass sich die Bevölkerungsgruppen der Deutschen und der Ausländer hinsichtlich ihrer Sozialstruktur (vor allem bezüglich Alter, Bildung, Erwerbstätigkeit und Einkommen) unterscheiden (Bundeskriminalamt 2012: 89, 122ff.).

Detailliertere Daten zu den verschiedenen Altersgruppen sowie dem Geschlecht der Tatverdächtigen sind Tabelle C9 zu entnehmen. Diese Tabelle macht vor allem deutlich, dass die absolute Zahl der weiblichen Tatverdächtigen erheblich niedriger ist als die der männlichen.

Weiterführende Literatur

Baier et al. (2009); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2011, 2012); Bundeskriminalamt (2012); Heinz (2012); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010)

→ Tabelle C9 im Anhang

C10 Verurteilte (IntMK H 2)

Definition

Anteil verurteilter Ausländerinnen und Ausländer an allen Verurteilten (Personen ab 14 Jahren)

Datenquelle

Strafverfolgungsstatistik



Anteil der verurteilten Ausländer/-innen ab 14 Jahren (in %)

„Tatverdächtig ist ... jeder, der ... verdächtig ist, eine rechtswidrige Tat begangen zu haben. ... Nur im Falle einer Verurteilung kann aber von „Kriminellen“ im Sinne von „Tätern“ gesprochen werden.“ (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2012: 166). Die Strafverfolgungsstatistik der Justiz ist jedoch nicht unmittelbar an die Polizeiliche Kriminalstatistik anschlussfähig, da es zu Verzerrungen – z. B. durch die zeitliche Erfassung – kommen kann (Bundeskriminalamt 2012: 9).

Auch dieser Indikator differenziert nur zwischen Personen mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Der Anteil der Ausländer an den Verurteilten ist – verglichen mit ihrem Anteil an der Bevölkerung (12,2%) – deutlich höher. Wie bei Indikator C9 ist auch hier darauf hinzuweisen, dass der Indikator vor dem Hintergrund der soziostrukturellen Besonderheiten der Bevölkerungsgruppe der Ausländer interpretiert werden sollte.

Im Berichtszeitraum ist der Anteil der Ausländer an allen Verurteilten von 28,5% auf 30,2% gestiegen. Wegen Schwankungen des Anteils in den vergangenen Jahren lässt sich kein eindeutiger Trend feststellen.

Detailliertere Daten zu den verschiedenen Altersgruppen sowie dem Geschlecht können dem Tabellenteil entnommen werden. Sie zeigen, dass die absolute Zahl der weiblichen Verurteilten erheblich niedriger ist als die der männlichen.

Weiterführende Literatur

Baier et al. (2009); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2011, 2012); Bundeskriminalamt (2012); Bundesministerium des Innern (2008); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010)

→ Tabelle C10 im Anhang

3.6 Kulturelle Dimension der Integration

Unter Akkulturation von Zugewanderten lässt sich ihr Hineinwachsen in die Aufnahmegesellschaft in Folge von „Kulturkontakten“ (Heckmann 1992: 162) verstehen. Hierzu gehören der Erwerb der Landessprache, die Kenntnis der sozialen und kommunikativen Gewohnheiten in der Aufnahmegesellschaft, die Nutzung der Medien (dazu z. B. Geißler 2010; Simon/Neuwöhner 2011; Worbs 2012) sowie die Kenntnis der Wertvorstellungen und Rollenmodelle.

Die kulturelle Dimension der Integration umfasst also eine Vielfalt an Aspekten, die sehr aussagekräftig für den Stand der Integration sind. Doch auch hier besteht ein Mangel an entsprechenden quantitativen Daten, der die Zahl der ausweisbaren Indikatoren beschränkt.

Zu beachten ist ferner, dass sich die soziale und die kulturelle Dimension der Integration nicht immer trennscharf voneinander abgrenzen lassen.

3.6.1 Sprachkompetenz Deutsch

Die Beherrschung der Sprache der Aufnahmegesellschaft ist zentral für Integration. Sprache ist daher eines der wichtigsten Handlungsfelder integrationspolitischer Bemühungen. Einem nachholenden bzw. einem frühen Spracherwerb kommt bei Zugewanderten und ihren Kindern eine besondere Bedeutung für die Integration zu. Das Erlernen der deutschen Sprache und der sichere Umgang mit ihr ist der Schlüssel zum Zugang zu den Institutionen der Gesellschaft (insbesondere zu Bildungssystem und Arbeitsmarkt) sowie eine der wichtigsten Voraussetzungen für den schulischen und beruflichen Erfolg und damit für die gesellschaftliche Integration (Schroeder 2007; Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2012; Bundesregierung 2007: 15; Esser 2006; Institut der deutschen Wirtschaft 2010).

Während Daten zur Familiensprache bereits im Bereich der frühkindlichen Bildung präsentiert wurden (Indikator B2), steht im Folgenden die Kenntnis der deutschen Sprache unter Erwachsenen mit Migrationshintergrund im Fokus.

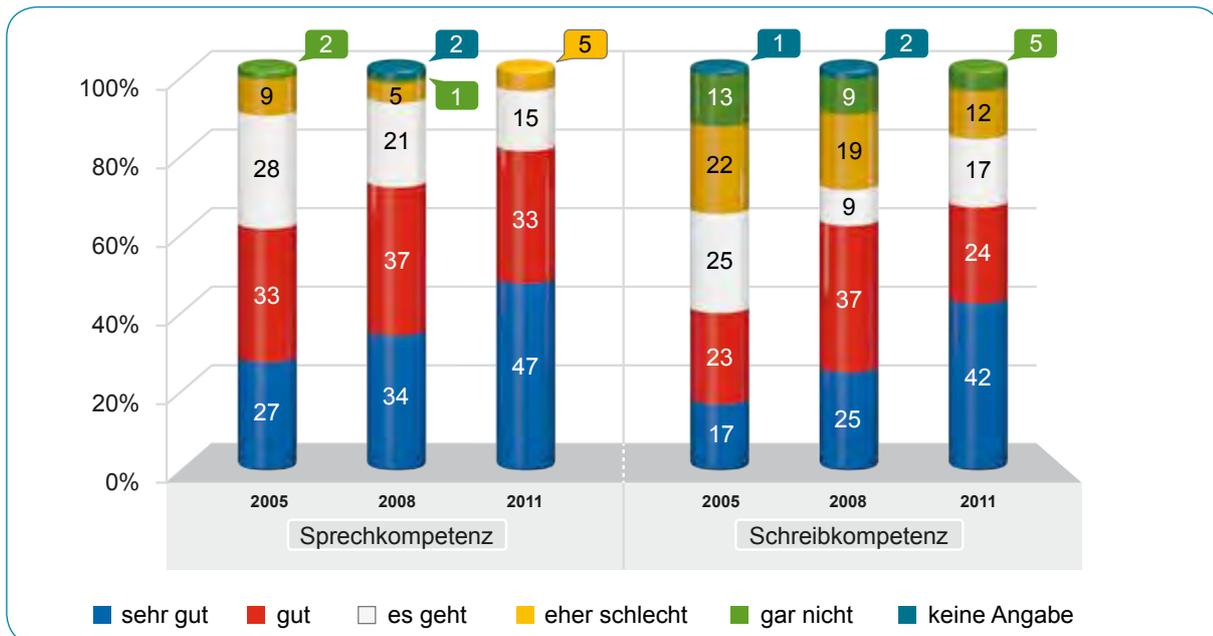
D1 Kenntnis der deutschen Sprache

Definition

Deutschkenntnisse von Personen mit Migrationshintergrund in einer Selbsteinschätzung

Datenquelle

SOEP



Deutschkenntnisse von Personen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, in einer Selbsteinschätzung (in %)

Dieser Indikator unterscheidet zwischen Kompetenzen im Sprechen und Schreiben der deutschen Sprache bei Personen mit Migrationshintergrund. Die sprachlichen Fähigkeiten werden dabei von den Befragten selbst beurteilt. Befragt wurden ausschließlich Personen mit Migrationshintergrund, die angaben, dass sowohl ihre eigene Muttersprache als auch die beider Elternteile nicht Deutsch sei. Die dem Indikator zugrunde liegende Frage lautet: „Wie gut können Sie die deutsche Sprache ... sprechen?“ bzw. „... schreiben?“

Nach dieser Selbsteinschätzung sprechen 47% der Personen mit Migrationshintergrund deutsch „sehr gut“ und 33% „gut“. Die Schriftsprache wird im Vergleich zur gesprochenen Sprache als etwas schwieriger beurteilt. 42% schätzen ihre schriftlichen Deutschkenntnisse als „sehr gut“ ein und 24% als „gut“.

Obwohl eine Sprachstandsfeststellung, die auf einer Selbsteinschätzung basiert, als ungenau angesehen werden muss, zeichnet sich im Berichtszeitraum sowohl hinsichtlich der Sprech- als auch der Schreibkompetenz ein eindeutiger, positiver Trend ab⁴⁷. Gaben 2005 noch 40% der Befragten an, „sehr gut“ und „gut“ schreiben zu können, stieg dieser Anteil bis 2011 kontinuierlich auf 67%. Analog entwickelte sich die Einschätzung der Sprechkompetenzen: Während im Jahr 2005 noch 60% der Befragten angaben, Deutsch „sehr gut“ und „gut“ sprechen zu können, erhöhte sich ihr Anteil bis zum Jahr 2011 auf 80%.

Weiterführende Literatur
de Cillia (2013); Esser (2006); Haug (2008); Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2012)

→ Tabelle D1 im Anhang

⁴⁷ Dieser positive Trend muss aber aufgrund der methodischen Gegebenheiten vorsichtig interpretiert werden. Eine direkte Übertragung auf die hessische Bevölkerung, die Deutsch als Fremdsprache erlernt hat, ist nicht zulässig (vgl. auch Kapitel Datenquellen). Neben dem deutschen Standardfragebogen kommen im SOEP auch einige fremdsprachige Versionen bei eventuellen Verständnisproblemen während des Interviews zum Einsatz. Fehlende Sprachkenntnisse spielen dadurch für die Befragungsfähigkeit fast keine Rolle (Däubler 2002: 6).

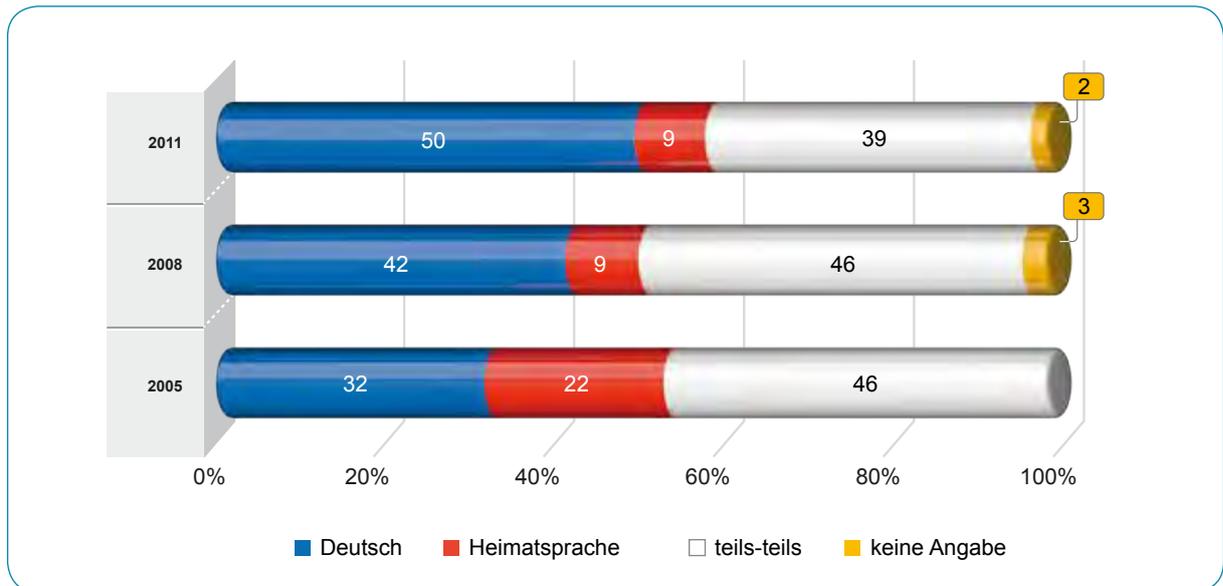
D2 Gebrauch der deutschen Sprache

Definition

Überwiegender Sprachgebrauch von Personen mit Migrationshintergrund in einer Selbsteinschätzung

Datenquelle

SOEP



Gebrauch des Deutschen oder der Heimatsprache von Personen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist (in %)

Der Gebrauch der deutschen Sprache ist ein wichtiger Bestandteil und Schlüssel für die Integration von Zugewanderten und ihren Kindern. Die Beherrschung der Landessprache ist nicht nur eine Voraussetzung für den erfolgreichen Erwerb von Bildung und die Integration ins Erwerbsleben, sie verschafft auch gesellschaftliche Akzeptanz und Anerkennung. Dieser Indikator verwendet wie Indikator D1 Daten von Personen mit Migrationshintergrund, deren eigene Muttersprache und die beider Elternteile nicht Deutsch ist. Die Erhebung basiert gleichfalls auf einer Selbsteinschätzung. Die Frage lautet: „Sprechen Sie hier in Deutschland überwiegend deutsch, überwiegend die Sprache Ihres Herkunftslandes bzw. die Sprache Ihrer Eltern oder teils-teils?“.

Die Hälfte der Personen mit Migrationshintergrund (50%) nutzt überwiegend die deutsche Sprache, 39% wechseln zwischen Deutsch und der Sprache ihres Herkunftslandes. 9% sprechen überwiegend nicht Deutsch.

Für den Berichtszeitraum zeichnet sich ein eindeutig positiver Trend ab: Der Anteil der Personen, die angeben, überwiegend Deutsch zu sprechen, hat sich zwischen 2005 und 2011 deutlich um 18 Prozentpunkte erhöht. Der Anteil derjenigen, die angeben, vorwiegend in der Herkunftssprache zu sprechen, ist im gleichen Zeitraum entsprechend um 13 Prozentpunkte gesunken.

Weiterführende Literatur
de Cillia (2013); Esser (2006, 2008); Haug (2008); Meyer (2008); Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2012)

→ Tabelle D2 im Anhang

3.6.2 Religion

Die wachsende Vielfalt der hessischen Gesellschaft zeigt sich auch in einer steigenden Zahl von Personen, die nicht den großen christlichen Kirchen angehören, sowie in den sich diversifizierenden Glaubenspraktiken der Menschen.⁴⁸

Die evangelische und die katholische Kirche erfassen ihre Mitglieder durch die Landeskirchenämter und die bischöflichen Ordinariate; demnach gehören knapp 65% der Hessen einer dieser christlichen Kirchen an (39,4% der evangelischen, 24,5% der katholischen Kirche; Hessisches Statistisches Landesamt 2010). Anhänger anderer Glaubensgemeinschaften werden nicht in dieser Form statistisch erfasst, da die Gemeinden in der Regel nicht über solche institutionalisierten Strukturen verfügen.

Aus diesem Grund können deren Zahlen nur mit Schätzungen oder Stichprobenerhebungen ermittelt werden. So wird der Anteil der Muslime vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bundesweit auf 3,8 bis 4,3 Millionen Personen geschätzt, von denen etwa 10,3%, d.h. zwischen 391.000 und 443.000 Personen, in Hessen leben (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2009b: 80, 107). In diesem Kapitel werden neue Zahlen aus einer Erhebung im Auftrag des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa, vorgestellt.

⁴⁸ Der Religionswissenschaftliche Medien- und Informationsdienst (REMID) erfasst deutschlandweit rund 140 Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, schätzt die tatsächliche Zahl aber noch höher (zitiert nach Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2012: 158).

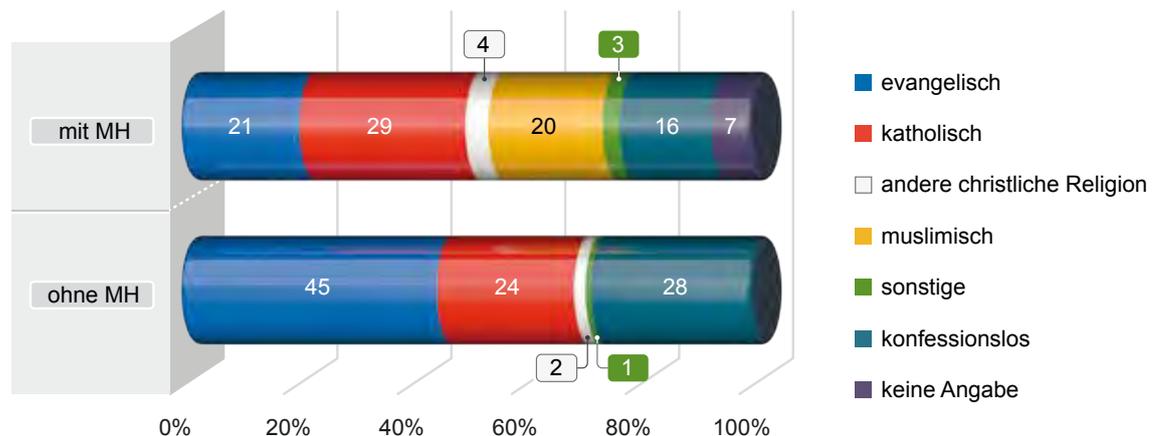
D3 Religionszugehörigkeit

Definition

Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft nach Migrationshintergrund in einer Selbstauskunft

Datenquelle

repräsentative Befragung im Auftrag des HMdJIE



Religionszugehörigkeit nach Migrationshintergrund (2013, in %)

Der Indikator nutzt in dieser Ausgabe des Hessischen Integrationsmonitors eine aktuelle Befragung der Bevölkerung im Auftrag des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa als Datenquelle. Die Frage lautet: „Gehören Sie einer der folgenden Religionsgemeinschaften an? ...“

Nach dieser Befragung beträgt der Anteil der Personen ohne Migrationshintergrund, die sich zur evangelischen bzw. zur katholischen Kirche bekennen, 45% resp. 24%. Unter den Personen mit Migrationshintergrund sind es jeweils 21% und 29%.

Der Anteil der Muslime an der Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund liegt bei etwa 20%, konfessionslos sind 16% der Personen mit und 28% der Personen ohne Migrationshintergrund. Unter den Personen mit Migrationshintergrund ist demnach der Anteil der Konfessionslosen fast so hoch wie der der Muslime.

Der Anteil derer, die einer „anderen christlichen Religionsgemeinschaft“ angehören, beträgt bei Personen ohne Migrationshintergrund 2%, bei denen mit diesem Hintergrund 4%. 1% der Personen ohne und 3% der Personen mit Migrationshintergrund zählen sich zu einer „sonstigen Religionsgemeinschaft“ (z. B. jüdisch, buddhistisch, hinduistisch). Der hohe Anteil derer, die einen Migrationshintergrund haben und die Angabe verweigerten (7%), führt möglicherweise zu einer Verzerrung bei der Verteilung der Personen mit Migrationshintergrund auf die verschiedenen Religionsgemeinschaften.

Da die Datenquelle eine 2013 für die Hessische Landesregierung durchgeführte Befragung unter der hessischen Bevölkerung ist, liegen Vergleichswerte für andere Jahre nicht vor. Im Hessischen Integrationsmonitor 2010 wurden die Daten des SOEP⁴⁹ herangezogen, die – mit Fortschreibung für das Jahr 2011 – in Tabelle D3b im Anhang wiedergegeben sind.

Weiterführende Literatur

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2009b); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2012); Bertelsmann Stiftung (2008, 2009); Foroutan (2012); Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2013b); Şen/Sauer (2006)

→ Tabelle D3 im Anhang

⁴⁹ Die Frageformulierungen im SOEP lauten für den Indikator D3: „Gehören Sie einer Kirche oder Religionsgemeinschaft an? Wenn ja, sind Sie ... – ... katholisch, evangelisch, Mitglied einer anderen christlichen Religionsgemeinschaft, Mitglied einer islamischen Religionsgemeinschaft, Mitglied einer anderen Religionsgemeinschaft? ...Nein, konfessionslos.“

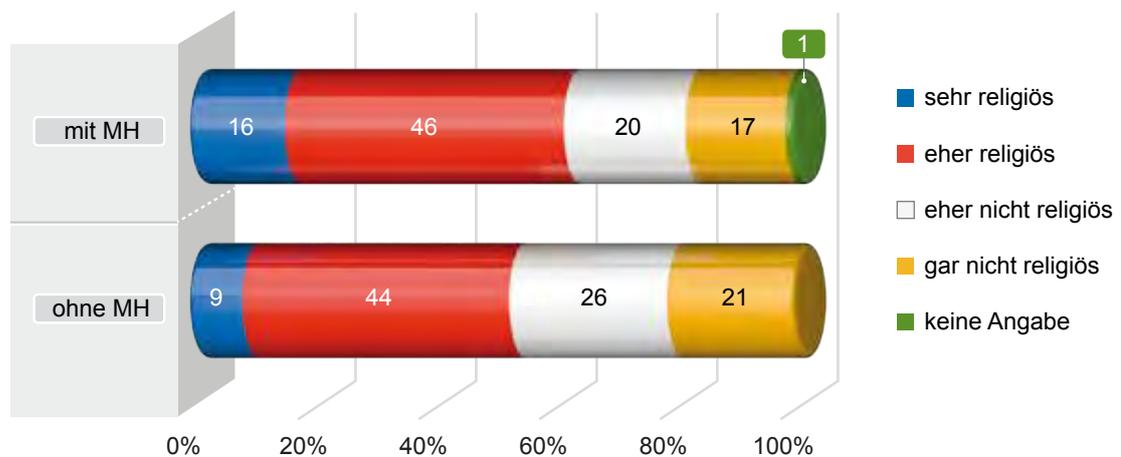
D4 Religiosität

Definition

Religiosität nach Migrationshintergrund in einer Selbsteinschätzung

Datenquelle

repräsentative
Befragung im Auf-
trag des HMDJIE



Religiosität nach Migrationshintergrund (2013, in %)

Auch die Daten zur Religiosität entstammen der genannten Befragung. Die der Datenerhebung zugrundeliegende Frage lautet: „Würden Sie von sich sagen, dass Sie religiös sind?“

Als „sehr religiös“ bezeichnen sich unter den Personen mit Migrationshintergrund nur 16%, unter denen ohne diesen Hintergrund sogar nur 9%. Betrachtet man die extremen Pole der Skala, so ist unter den Personen ohne Migrationshintergrund die Gruppe der „gar nicht“ Religiösen mehr als doppelt so groß wie die der „sehr“ Religiösen (21% vs. 9%), unter den Personen mit diesem Hintergrund sind die Gruppen etwa gleich stark (17% vs. 16%).

Da die Daten erstmalig 2013 erhoben wurden, liegen Vergleichswerte für andere Jahre nicht vor.

Weiterführende Literatur

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2009b); Bertelsmann-Stiftung (2008, 2009); Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2013b); Şen/Sauer (2006)

→ Tabelle D4 im Anhang

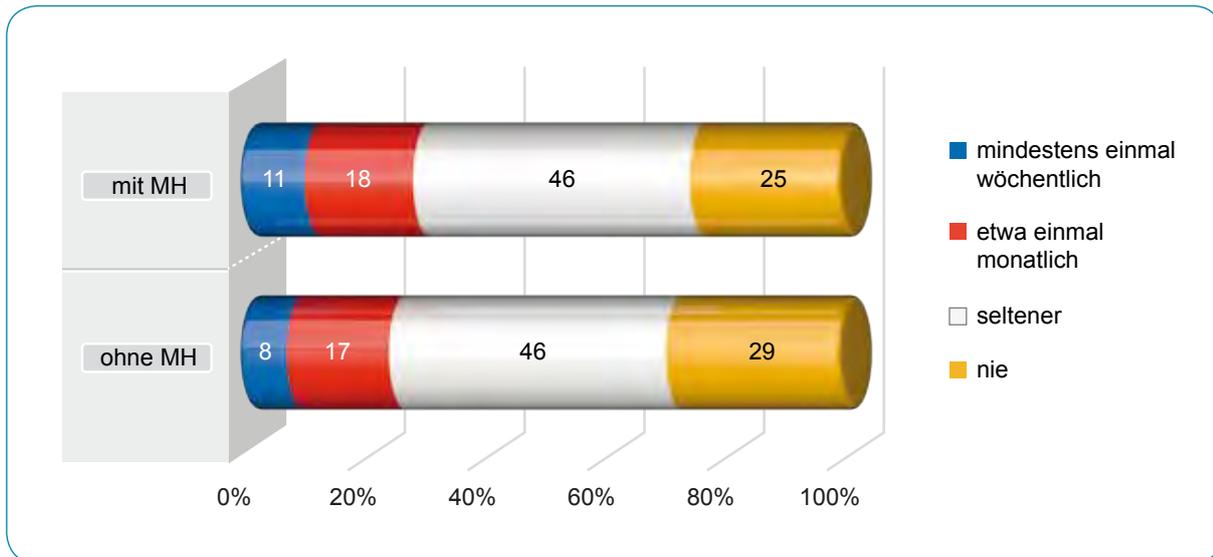
D5 Religionsausübung

Definition

Religionsausübung (Besuch von Gottesdiensten, Gemeinschaftsgebeten oder anderen religiösen Feiern) nach Migrationshintergrund in einer Selbstauskunft

Datenquelle

repräsentative Befragung im Auftrag des HMDJIE



Besuch von Gottesdiensten, Gemeinschaftsgebeten oder anderen religiösen Feiern nach Migrationshintergrund (2013, in %)

Die Daten zur Religionsausübung entstammen ebenfalls einer aktuellen Befragung des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa. Die der Datenerhebung zugrundeliegende Frage lautet: „Wenn Sie an die letzten 12 Monate denken – wie oft besuchten Sie Gottesdienste, Gemeinschaftsgebete oder andere religiöse Feiern?“⁵⁰

Die Häufigkeit der Religionsausübung variiert in starkem Maße mit der Religionszugehörigkeit (Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2013b).⁵¹

Die Aufschlüsselung der Bevölkerung nach Migrationshintergrund lässt jedoch keine großen Unterschiede erkennen: Der Anteil der Personen mit diesem Hintergrund, der oft oder gelegentlich (etwa einmal im Monat) an einer religiösen Veranstaltung teilnimmt, ist mit 29% nur etwas größer als der der Personen ohne Migrationshintergrund (25%). Umgekehrt geben Personen ohne Migrationshintergrund nur geringfügig häufiger an, „nie“ ihre Religion auf diese Art und Weise auszuüben (29% vs. 25%). Die ihre Religion häufig Praktizierenden sind damit in beiden Gruppen deutlich in der Minderheit.

⁵⁰ Sie wurde nur Personen gestellt, die angaben, sehr religiös, eher religiös oder eher nicht religiös zu sein (vgl. Indikator D4).

⁵¹ Am häufigsten engagiert sind Personen, die „anderen christlichen Religionen“ angehören (46%). Unter den Mitgliedern der evangelischen Kirche sind 20% in ihrer Gemeinde aktiv, von den Katholiken 17% und von den Muslimen 14%.

Da die Datenquelle eine 2013 für die Hessische Landesregierung durchgeführte Befragung unter der hessischen Bevölkerung ist, liegen Vergleichswerte für andere Jahre nicht vor. Im Hessischen Integrationsmonitor 2010 wurden die Daten des SOEP herangezogen, die – mit Fortschreibung für das Jahr 2011 – im Anhang in Tabelle D5b wiedergegeben sind.⁵²

Weiterführende Literatur

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2009b, 2012e); Bertelsmann-Stiftung (2008, 2009); Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2013b); Şen/Sauer (2006)

→ Tabelle D5 im Anhang

3.7 Identifikatorische Dimension der Integration

Die Identität einer Person bildet sich in ihrem sozialen Umfeld und in Abhängigkeit von diesem. Gleichzeitig ist sie eingebunden in ein komplexes Geflecht verschiedener Gruppenidentitäten (Klinker 2010: 122). „Identität“ ist somit ein sehr schwieriges Konstrukt der psychologischen und soziologischen Theoriebildung.

Vereinfacht gesehen beschreibt die identifikatorische Dimension die Zugehörigkeit und emotionale Bindung an Aufnahmeland und -gesellschaft und kann als wesentlicher Bestandteil gelungener Integration angesehen werden (ähnlich Heckmann 1997).

Sie ist sehr vielschichtig, beinhaltet aber im Wesentlichen zwei Komponenten: Zum einen die persönliche bzw. individuelle Komponente, zu der ein Gefühl der Zugehörigkeit sowie der Wille, Teil der Aufnahmegesellschaft zu sein bzw. zu werden,

gehören. Zum anderen die gesellschaftliche bzw. soziale Komponente, die sich in einer Willkommenskultur und Akzeptanz der Zugewanderten äußert, sich aber auch (im negativen Sinne) in Benachteiligung und Diskriminierung konkretisiert. Aufgrund der Vielschichtigkeit der Dimension sind aussagekräftige Indikatoren schwierig abzuleiten.

3.7.1 Gefühl der Zugehörigkeit

Als wesentliches Kriterium für die identifikatorische Dimension der Integration kann das Gefühl von Personen mit Migrationshintergrund, vor allem aber mit eigener Migrationserfahrung, sich in Hessen wohlfühlen, angesehen werden. Zugewanderte, die sich in unserem Bundesland wohlfühlen, sind hier „angekommen“, d. h. haben die Empfindung, hier heimisch oder „zu Hause“ zu sein.

⁵² Die Frageformulierung im SOEP lautet für den Indikator D5: „Welche der folgenden Tätigkeiten üben Sie in Ihrer freien Zeit aus? Geben Sie bitte zu jeder Tätigkeit an, wie oft Sie das machen – jede Woche, jeden Monat, seltener oder nie?: Kirchengang, Besuch religiöser Veranstaltungen“.

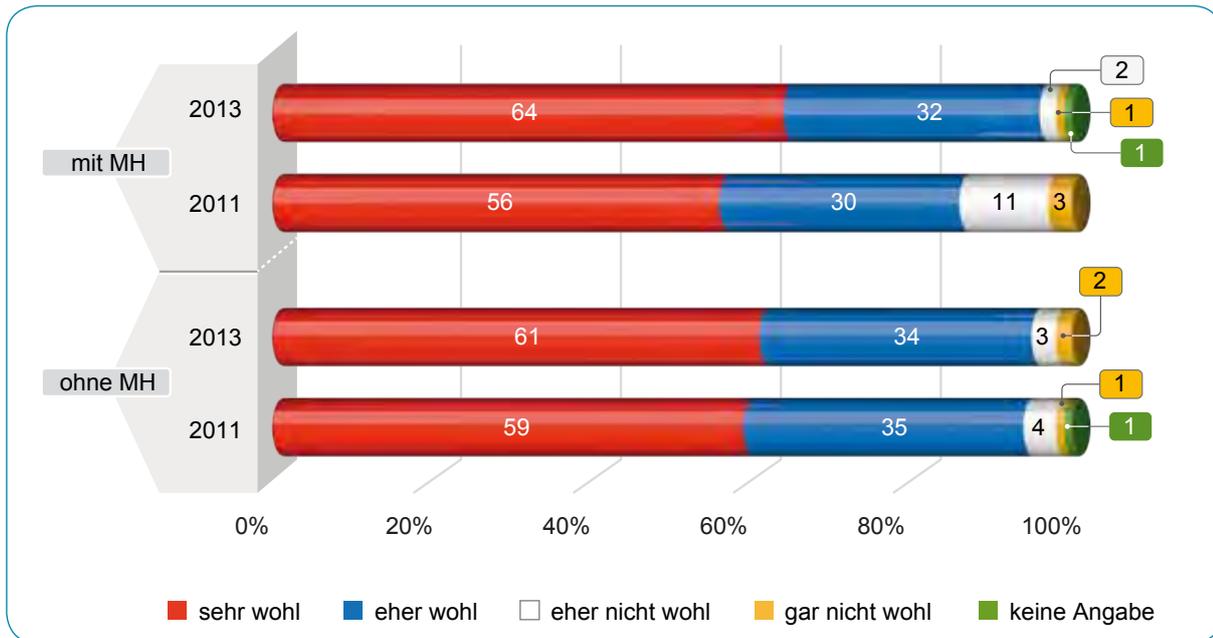
E1 Lebensgefühl in Hessen

Definition

Lebensgefühl im Bundesland Hessen nach Migrationshintergrund in einer Selbstauskunft

Datenquelle

repräsentative Befragung im Auftrag des HMdJIE



Lebensgefühl in Hessen nach Migrationshintergrund (in %)

Das Lebensgefühl der Personen mit Migrationshintergrund in Hessen wird mit der Frage gemessen: „Wie wohl fühlen Sie sich in Hessen?“. Die Antworten ergeben, dass sich 96% der Personen mit und 95% der Personen ohne Migrationshintergrund in unserem Bundesland „sehr wohl“ oder „eher wohl“ fühlen.

Im betrachteten Zeitraum hat der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die gern in Hessen leben, deutlich zugenommen. Noch 2011 gaben 86% der Befragten mit Migrationshintergrund an, sich in Hessen „sehr wohl“ (56%) oder „eher wohl“ (30%) zu fühlen. Bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund lässt sich dagegen kaum eine Entwicklung beobachten; hier ist der Anteil derer, die sich in Hessen „wohl“ oder „sehr wohl“ fühlen, um lediglich einen Prozentpunkt gewachsen.

Da die Erhebungen für das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa erst ab 2011 durchgeführt wurden, liegen keine Vergleichsdaten für frühere Jahre vor.

Weiterführende Literatur

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2011a, 2013b)

→ Tabelle E1 im Anhang

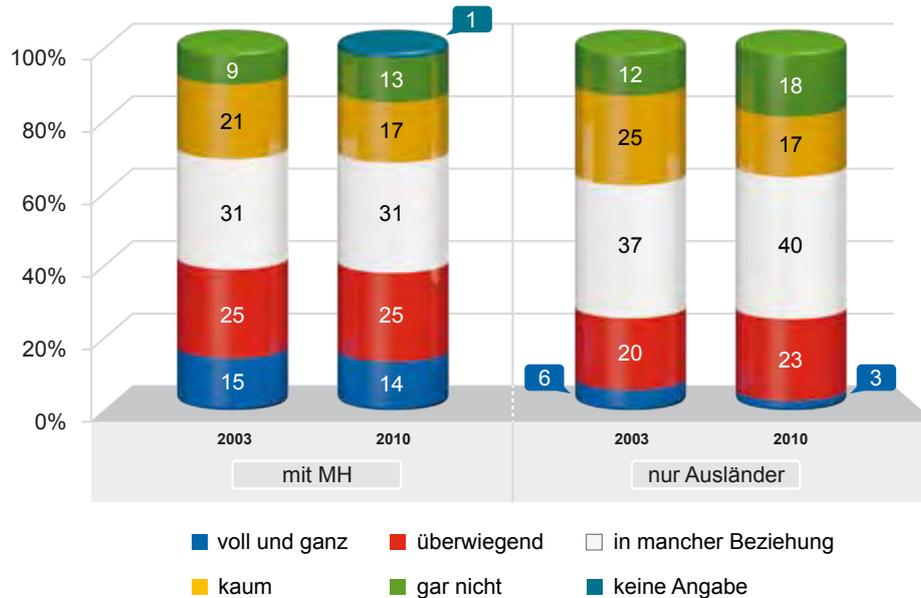
E2 Gefühl, Deutsche(r) zu sein

Definition

Einschätzung von Personen mit Migrationshintergrund und von Ausländern, sich als Deutsche(r) zu fühlen, in einer Selbstauskunft

Datenquelle

SOEP



Gefühl, Deutsche(r) zu sein (in %)

Mit Indikator E2 bildet ein weiterer Indikator die identifikatorische Dimension der Integration ab. Mit der Frage: „Wie sehr fühlen Sie sich als Deutsche(r)?“ wird die emotionale Bindung an Deutschland überprüft, die vorsichtige Rückschlüsse auf die Identität der Befragten erlaubt.

Sich als Ausländer Deutschland zugehörig zu fühlen, kann essentieller Bestandteil der Motivation sein, auch de jure Teil der Gesellschaft durch Einbürgerung werden zu wollen – und damit alle bürgerschaftlichen Rechte wie die Mitglieder der

Aufnahmegesellschaft zu genießen, aber auch allen staatsbürgerlichen Pflichten zu unterliegen.

Im Jahr 2010 fühlten sich 26% der in Hessen lebenden Ausländer „voll und ganz“ oder „überwiegend“ als Deutsche, 40% „in mancher Beziehung“ und 35% „kaum“ oder „gar nicht“. Unter Personen mit Migrationshintergrund⁵³ hatten 39% die Empfindung, Deutsche zu sein, 31% „in mancher Beziehung“ und 30% „kaum“ oder „gar nicht“.

⁵³ Bei dieser Frage wurden nur jene Deutsche mit Migrationshintergrund befragt, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht seit Geburt hatten, sondern erst nachträglich erworben haben.

Seit 2003⁵⁴ ist der Anteil der Personen, die sich „gar nicht“ als Deutsche fühlen, gestiegen, der Anteil derer, die sich „kaum“ als Deutsche empfinden, hat etwas abgenommen. Die Gruppe, die sich „voll und ganz“ als Deutsche fühlt, ist kleiner geworden – insbesondere unter den Ausländern.

Die Gegenüberstellung mit Indikator E1 zeigt, dass das positive Lebensgefühl in Hessen stärker ausgeprägt ist als die Wahrnehmung, sich als

Deutsche(r) zu fühlen. „Lokale Identitätsmuster“ gewinnen offenbar eine zunehmende Bedeutung (so auch Klinker 2010).

Weiterführende Literatur

Klessmann (2012); Klinker (2010); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Schmidt-Denter (2011); Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2012)

→ Tabelle E2 im Anhang

3.7.2 Gefühl der Ausgrenzung

Benachteiligungen und Diskriminierungen haben eine integrationsfeindliche Wirkung. Sie schmälern Potenziale der Identifizierung mit der Aufnahmegesellschaft. Das 2006 in Kraft getretene Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, das unter anderem auch Benachteiligungen aufgrund der ethnischen Herkunft verhindern oder beseitigen soll, unterscheidet zwischen unmittelbarer und mittelbarer Benachteiligung. Erstere liegt vor, „wenn eine Person wegen [ethnischer Herkunft] eine weniger günstige Behandlung erfährt, als eine andere Person in einer vergleichbaren Situation erfährt, erfahren hat oder erfahren würde“, letztere, „wenn dem Anschein nach neutrale Vorschriften, Kriterien oder Verfahren Personen ... gegenüber anderen Personen in besonderer Weise benachteiligen können ...“ (§ 3 AGG).

Der erste Indikator untersucht die Sorgen wegen Ausländerfeindlichkeit in der hessischen Gesellschaft; der darauf folgende Indikator misst die subjektive Wahrnehmung von Benachteiligungen.

⁵⁴ Die Frage wurde im SOEP nur in den Jahren 2003 und 2010 gestellt.

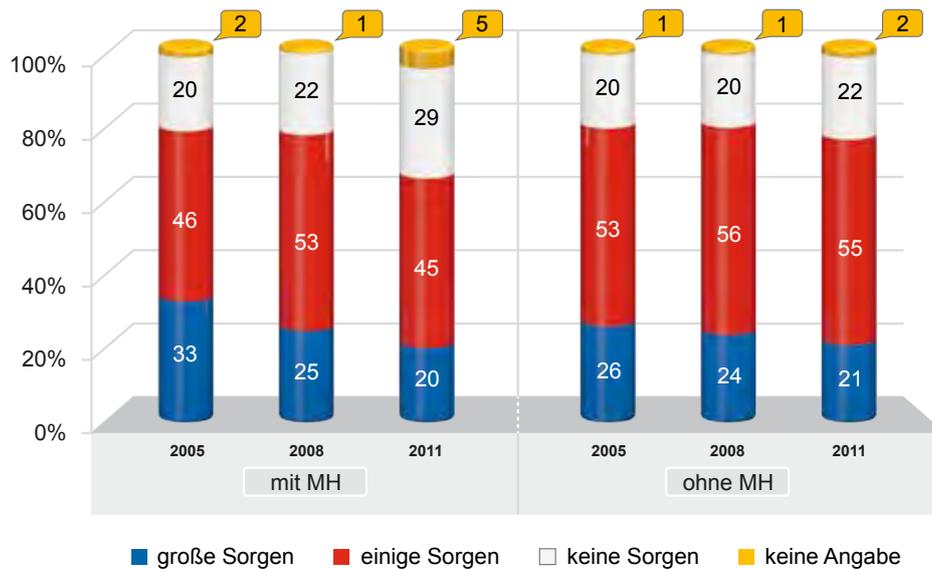
E3 Sorgen wegen Ausländerfeindlichkeit

Definition

Besorgtheit um Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass nach Migrationshintergrund in einer Selbstauskunft

Datenquelle

SOEP



Sorgen wegen Ausländerfeindlichkeit nach Migrationshintergrund (in %)

Die Datenquelle für diesen Indikator ist das SOEP, die ihm zugrundeliegende Frage: „Wie ist es mit den folgenden Gebieten – machen Sie sich da Sorgen? ...über Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass in Deutschland?“

Die Sorge wegen Ausländerfeindlichkeit in der Gesellschaft unterscheidet sich in den Bevölkerungsgruppen mit und ohne Migrationshintergrund. So machen sich jeweils ein Fünftel „große“ Sorgen, 45% der Personen mit und 55% der Personen ohne Migrationshintergrund machen sich „einige“ Sorgen. In dieser Hinsicht unbesorgt sind 29% der Personen mit und 22% der Personen ohne Migrationshintergrund.

Die Sorge wegen Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass hat im Berichtszeitraum deutlich abgenommen, vor allem unter Personen mit Migrationshintergrund. In dieser Gruppe fiel der Anteil der sehr Besorgten von 33% auf 20%, während der Anteil der nicht Besorgten von 20% auf 29% wuchs.

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2012); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010)

→ Tabelle E3 im Anhang

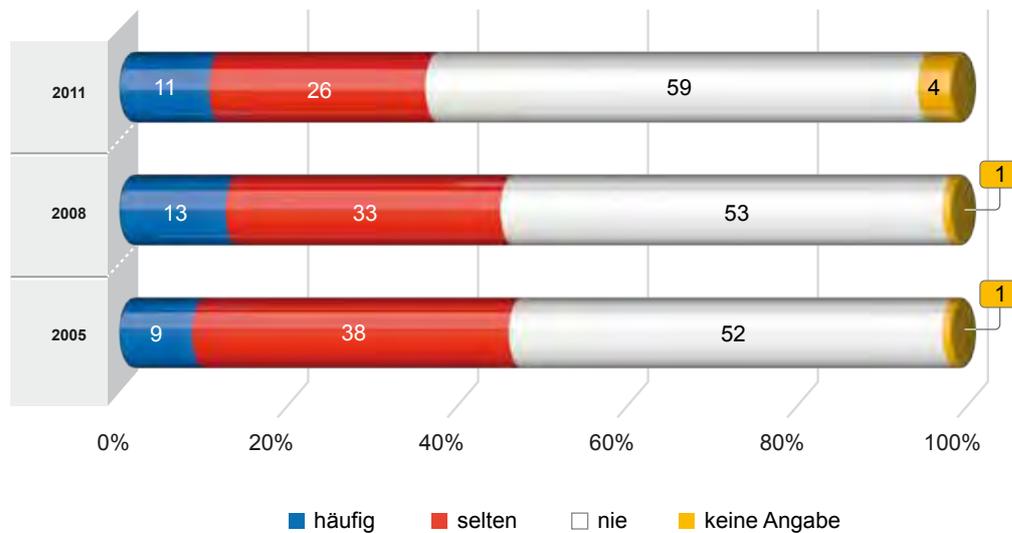
E4 Erfahrung von Benachteiligung aufgrund der Herkunft

Definition

Erfahrung von Personen mit Migrationshintergrund, in den letzten zwei Jahren aufgrund der Herkunft benachteiligt worden zu sein, in einer Selbsteinschätzung

Datenquelle

SOEP



Erfahrung von Benachteiligung aufgrund der Herkunft (in %)

Dieser Indikator untersucht subjektiv empfundene Diskriminierungserfahrungen bei Personen mit Migrationshintergrund aufgrund ihrer Herkunft. Die der Datenerhebung zugrunde liegende Frage lautet: „Wie häufig haben Sie persönlich innerhalb der letzten beiden Jahre die Erfahrung gemacht, hier in Deutschland aufgrund Ihrer Herkunft benachteiligt worden zu sein?“

59% der Personen mit diesem Hintergrund haben sich in den letzten zwei Jahren „nie“ diskriminiert gefühlt, 26% „selten“ und 11% „häufig“.

Im Berichtszeitraum zeichnet sich eine positive Entwicklung ab: So hat der Anteil derer ohne Diskriminierungsempfindungen („nie“) von 52% auf 59% zugenommen, während der Anteil derer, die sich „häufig“ oder „selten“ diskriminiert fühlten, um zwölf Prozentpunkte gesunken ist.

Weiterführende Literatur

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2010); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2012); Europäische Kommission, Generaldirektion Justiz (2013); European Union Agency for Fundamental Rights (2009, 2011); Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2011a); Kaas/Manger (2010); Lüders (2011); Ministerium für Integration Baden-Württemberg (2012); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Sürig/Wilmes (2011)

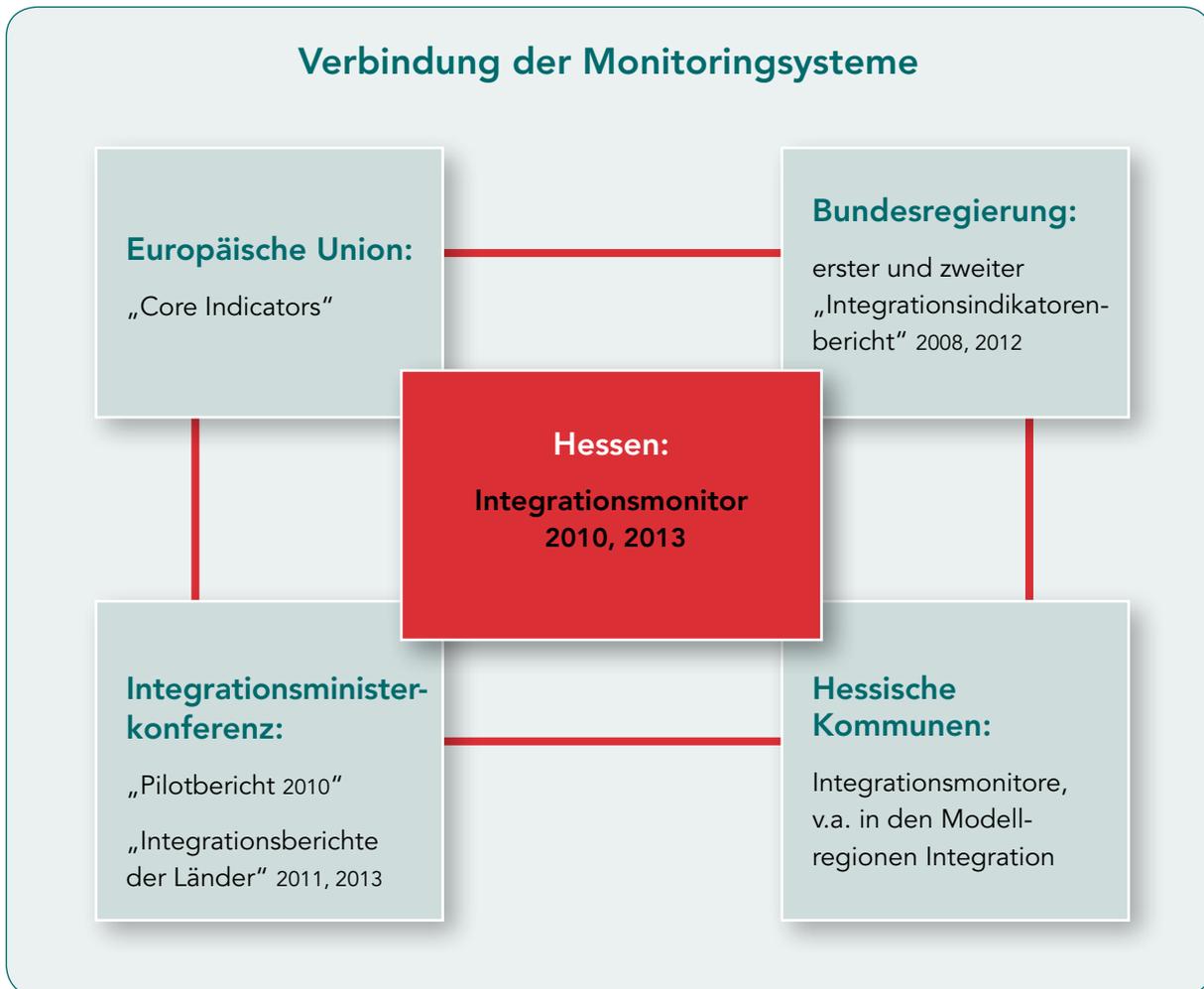
→ Tabelle E4 im Anhang

Der Hessische Integrationsmonitor im nationalen und internationalen Kontext



Der Hessische Integrationsmonitor ist in ein System von Integrationsmonitoren eingebettet. Die folgende Abbildung zeigt, wie er in seiner Systematik an die „Core Indicators“ der Europäischen

Union, die Integrationsindikatorenberichte der Bundesregierung sowie die Berichterstattung der Integrationsministerkonferenz für die Bundesländer anschließt.



Die Einbettung des Hessischen Integrationsmonitors in die zentralen Integrationsindikatorensysteme

4.1 Das Monitoring auf kommunaler Ebene in Hessen

Da den Kommunen bei der Integration eine zentrale Rolle zugeschrieben wird (z. B. Bommes 2008), kommt auch dem Aufbau des kommunalen Monitorings eine besondere Bedeutung zu. Das Monitoring war zu Beginn der Legislaturperiode 2009 in Hessen nur bei einzelnen „Vorreitern“ zu finden. Beispielhaft sei hier auf die bundesweit anerkannte Pionierarbeit der Stadt Wiesbaden verwiesen, die zum ersten Mal im Jahr 2003 publiziert wurde. Der Aufbau der kommunalen Monitore wurde im Rahmen des Programms „Modellregionen Integration“ – an dem Offenbach a.M., Kassel, Wetzlar, die Landeshauptstadt Wiesbaden, der Hochtaunuskreis sowie der Main-Kinzig-Kreis mit der Stadt Hanau teilnahmen – von Seiten des Hessischen Integrationsministeriums gefördert. Mittlerweile verfügen einige Kommunen über an das landesweite Monitoring anschlussfähige Monitoringsysteme.

Ein flächendeckendes Monitoring sollte bestrebt sein, die verschiedenen Monitore untereinander anschlussfähig und die Indikatoren vergleichbar zu machen. Das stößt aufgrund unterschiedlicher Erfassungskonzepte und/oder abweichender Datenlagen zwischen Land und Kommunen an Grenzen. Deshalb ist es neben der problemorientierten Zusammenstellung vorhandener Daten auch immer ein Anliegen, die Datenlage auf allen föderalen Ebenen und speziell auf Kreis- und kommunaler Ebene zu verbessern und auf einheitliche Erhebungsmethoden und Definitionen hinzuarbeiten (Wilkens et al. 2010).

Eine enge Verzahnung des Monitorings mit der Evaluation integrationspolitischer Maßnahmen wird augenblicklich – gefördert mit Mitteln des Europäischen Integrationsfonds (EIF) – in einer Kooperation zwischen dem Hessischen Integrationsministerium und der Modellregion Main-Kinzig-Kreis getestet.



Integrationsmonitoring in den Hessischen Kommunen (Stand Juni 2013)

4.2 Das Monitoring der Bundesländer

Wichtige Einschätzungen des Integrationsstandes können gerade auch aus dem Vergleich der Bundesländer untereinander gewonnen werden. Auf der Integrationsministerkonferenz im März 2013 wurde der zweite Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder für den Zeitraum 2005 bis 2011 vorgelegt (Integrationsministerkonferenz 2013).

Der Hessische Integrationsmonitor baut auf dem zwischen den Bundesländern vereinbarten Indikatorenset auf und erweitert es, einerseits durch die wissenschaftliche Einbettung in das Vier-Dimensionen-Modell, andererseits durch die Aufnahme weiterer Indikatoren und die Verwendung zusätzlicher Datenquellen.

4.3 Das Monitoring auf Bundesebene

Auf Bundesebene wurde mit dem Nationalen Integrationsplan (NIP) die Entwicklung eines Integrationsmonitorings und die flächendeckende Erhebung von Daten zu Personen mit Migrationshintergrund vereinbart (Bundesregierung 2007: 121). Im Sommer 2008 hat die Bundesregierung die Einführung von Monitoring als neuer Form von Integrationsberichterstattung beschlossen. Der 2009 vorgelegte „Erste Integrationsindikatorenbericht“ diente der Erprobung eines umfangreichen Indikatorensets auf Bundesebene. Im Zuge einer differenzierten Bewertung wurden 53 Indikatoren für die Fortführung des Integrationsmonitorings empfohlen. Des Weiteren regte die Bundesregierung eine Fortentwicklung amtlicher Statistiken hin zu einer differenzierteren Erfassung des Migrationshintergrunds sowie methodische

Richtlinien für zukünftige Integrationsindikatorenberichte an (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2009).

2012 legte die Bundesregierung den „Zweiten Integrationsindikatorenbericht“ vor. Dieser betrachtet eine Zeitreihe über sechs Zeitpunkte (Zeitraum 2005 bis 2010). Hervorzuheben sind die vertiefenden statistischen Analysen für ausgewählte Themenfelder im Anhang, die deutlich machen, inwieweit beobachtbare Unterschiede nach Migrationshintergrund auf soziostrukturelle Merkmale wie Alter oder Bildung zurückgeführt werden können (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2012: 51ff.).

4.4 Das Monitoring der Europäischen Union – Die „Core Indicators“

Seit 2003 widmet sich die Europäische Union der Entwicklung von Indikatoren im Bereich der Integration von zugewanderten Drittstaatsangehörigen (Entzinger/Biezeveld 2003). Erklärtes Ziel ist es, eine effektivere Integrationspolitik in den Mitgliedsstaaten zu realisieren. Schon in Punkt 11 der „Gemeinsamen Prinzipien für die Integrationspolitik“ wird die Entwicklung entsprechender Indikatoren für den Evaluierungsprozess der Integrationspolitiken als notwendig erachtet (Council of the European Union 2004: 15). Bei der EU-Integrationsministerkonferenz 2008 in Vichy wurde dieses Ziel neuerlich unterstrichen (European Ministerial Conference on Integration 2008: 9). Auch im Ende 2009 verabschiedeten Stockholmer Programm des Rates der Europäischen Union findet das Integrationsmonitoring ausdrückliche Erwähnung (Council of the European Union 2009: 27). Der Rat betont die Wichtigkeit, die Mitgliedstaaten bei der Entwicklung eines Sets von Kernindikatoren (sog. „Core Indicators“ der Europäischen Union, s. Anhang 3) in ausgewählten integrationspolitischen Handlungsfeldern zu unterstützen, um die Erfolge der Integrationspolitik in den Mitgliedsstaaten messen und vergleichen zu können (ebda.; zur Integrationspolitik der Europäischen Union vgl. Bendel 2010).

Die Erklärung der 4. Europäischen Ministerkonferenz im April 2010 in Saragossa zum Thema Integration stellt nun den im Vorfeld auf Expertenebene entwickelten Kernindikatorensatz vor und benennt dabei die Bereiche Beschäftigung, Bildung, soziale Integration und aktive Bürgerbeteiligung als die relevanten Handlungsfelder der Integrationspolitik (European Ministerial Conference on Integration 2010: 9). Eurostat, das Statistische Amt der Europäischen Union, hat 2011 erste Ergebnisse veröffentlicht (eurostat 2011). Die Europäische Kommission hat die „Migration Policy Group“ beauftragt, einen Dialog zur Weiterentwicklung der europäischen Indikatoren anzustoßen.

Das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa bemüht sich, einen Beitrag zur Weiterentwicklung des Monitorings auch im europäischen Kontext zu leisten. So wurde der Hessische Integrationsmonitor im März 2011 in der Hessischen Vertretung in Brüssel der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt. Ferner ist das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa an zwei vom Europäischen Integrationsfonds (EIF) geförderten Projekten beteiligt.

Literatur

5

%



- Angenendt, Steffen (2008):** Die Steuerung der Arbeitsmigration in Deutschland. Reformbedarf und Handlungsmöglichkeiten. WISO Diskurs. Friedrich Ebert Stiftung. Bonn.
- AntiDiskriminierungsbüro Köln/Öffentlichkeit gegen Gewalt e. v. (Hrsg.) (2008):** Diskriminierungsfälle 2007. Köln.
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hrsg.) (2007):** Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz. Berlin.
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hrsg.) (2010):** Diskriminierung im Alltag. Wahrnehmung von Diskriminierung und Antidiskriminierungspolitik in unserer Gesellschaft. Forschungsprojekt. Schriftenreihe Bd. 4. Heidelberg.
- Auernheimer, Georg (Hrsg.) (2010):** Schief lagen im Bildungssystem. Die Benachteiligung der Migrantenkinder. 4. Aufl., Opladen.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008):** Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I. Studie im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Bielefeld.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010):** Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel. Studie im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Bielefeld.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012):** Bildung in Deutschland 2012. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf. Studie im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Bielefeld.
- Aybek, Can M./ Babka von Gostomski, Christian/Rühl, Stefan/Straßburger, Gaby (2013):** Heiratsmigration in die EU und nach Deutschland – ein Überblick. In: Bevölkerungsforschung Aktuell 2. Wiesbaden, S. 2-11.
- Aydın, Yaşar (2012):** Emigration of highly qualified Turks. A critical review of the societal discourses and social scientific research. In: Paçacı Elitok, Seçil/Straubhaar, Thomas (Eds.): Turkey, migration and the EU: Potentials, challenges and opportunities. Hamburg.
- Badura, Bernhard/Schröder, Helmut/Klose, Joachim/Macco, Katrin (Hrsg.) (2010):** Fehlzeiten-Report 2010. Vielfalt managen: Gesundheit fördern – Potenziale nutzen. Zahlen, Daten, Analysen aus allen Branchen der Wirtschaft. Heidelberg u. a.
- Baier, Dirk/Pfeiffer, Christian/Simonson, Julia/Rabold, Susann (2009):** Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt: Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN. KFN-Forschungsbericht 107. Hannover.
- Baumert, Jürgen/Klieme, Eckhard/Neubrand, Michael/Prenzel, Manfred/Schiefele, Ulrich/Schneider, Wolfgang/Stanat, Petra/Tillmann Klaus-Jürgen/Weiß, Manfred (Hrsg.) (2001):** PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Deutsches PISA-Konsortium. Opladen.
- Baur, Christine/Häußermann, Hartmut (2009):** Ethnische Segregation in deutschen Schulen In: Leviathan 3. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, S. 353-366.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2008):** Migrationssensible Datenerhebung für die Gesundheits- und Pflegeberichterstattung. Dokumentation der Fachkonferenz am 21. November in Berlin.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2009):** Integration in Deutschland: Erster Integrationsindikatorenbericht. Erprobung des Indikatorensatzes und Bericht zum bundesweiten Integrationsmonitoring. Berlin.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2011):** Zweiter Integrationsindikatorenbericht. Berlin.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2012):** Neunter Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin.
- Beicht, Ursula (2011):** Junge Menschen mit Migrationshintergrund: Trotz intensiver Ausbildungsstellensuche geringere Erfolgsaussichten. BIBB-Analyse der Einmündungschancen von Bewerberinnen und Bewerbern differenziert nach Herkunftsregionen. BIBB-Report Nr. 16. Bonn.
- Beicht, Ursula (2012):** Berufswünsche und Erfolgschancen von Ausbildungsstellenbewerberinnen und -bewerbern mit Migrationshintergrund. In: BWP 6, S. 44-48.
- Bellmann, Lutz (2003):** Datenlage und Interpretation der Weiterbildung in Deutschland. Hrsg. von der Expertenkommission Finanzierung Lebenslanges Lernen. Bielefeld.
- Bendel, Petra (2010):** Integrationspolitik in der Europäischen Union. Gutachten im Auftrag des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2008):** Religionsmonitor 2008. Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2009):** Woran glaubt die Welt? Analysen und Kommentare zum Religionsmonitor 2008. Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2011):** Zukunft durch Bildung. Repräsentative Befragungen der deutschsprachigen Bevölkerung und der Bevölkerung mit türkischem/russischem Migrationshintergrund im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2012):** Willkommenskultur in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in Deutschland. Gütersloh.
- Beste, Jonas/Bethmann, Arne/Trappmann, Mark (2010):** ALG-II-Bezug ist nur selten ein Ruhekissen. Arbeitsmotivation und Konzessionsbereitschaft. IAB-Kurzbericht 15. Nürnberg.
- Blohm, Michael/Wasmer, Martina (2011):** Einstellungen und Kontakte zu Ausländern. In: Datenreport 2011. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Statistisches Bundesamt (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA), S. 200-205.
- Bommes, Michael (2008):** „Integration findet vor Ort statt“ – über die Neugestaltung kommunaler Integrationspolitik. In: Bommes, Michael/Krüger-Potratz, Marianne (Hrsg.): Migrationsreport 2008. Fakten – Analysen – Perspektiven. Herausgegeben für den Rat für Migration. Frankfurt am Main.
- Boos-Nünning, Ursula (2011):** Migrationsfamilien als Partner von Erziehung und Bildung. Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. WISO-Diskurs. Bonn.
- Böttcher, Annica/Krieger, Sascha/Kalvenbach, Franz-Josef (2010):** Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertagesbetreuung. In: Wirtschaft und Statistik 2, Statistisches Bundesamt, S. 158-164.
- Braun, Sebastian (2011):** Ehrenamtliches und freiwilliges Engagement im Sport. Sportbezogene Sonderauswertung der Freiwilligensurveys von 1999, 2004 und 2009. Schriftenreihe des Bundesinstituts für Sportwissenschaft 03. Köln.
- Braun, Sebastian/Finke, Sebastian (2010):** Integrationsmotor Sportverein. Ergebnisse zum Modellprojekt „spin – sport interkulturell“. Wiesbaden.
- Braun, Sebastian/Nobis, Tina (Hrsg.) (2011):** Migration, Integration und Sport. Zivilgesellschaft vor Ort. Wiesbaden.
- Breuer, Christoph/Wicker, Pamela (2008):** Integration von Migrantinnen und Migranten im Sportverein. Sportentwicklungsbericht 2007/2008 – Analyse zur Situation der Sportvereine in Deutschland. Hrsg. vom Bundesinstitut für Sportwissenschaft et al. Köln.
- Britz, Lisa (2006):** Bildungsbe(nach)teiligung von MigrantInnen. In: Reiberg, Ludger (Hrsg.): Berufliche Integration in der multikulturellen Gesellschaft. Beiträge aus Theorie, Schule und Jugendhilfe zu einer interkulturell sensiblen Berufsorientierung. Bpb, Themen und Materialien. Bonn.
- Brück-Klingberg, Andrea/Burkert, Carola/Damelang, Andreas/Deeke, Axel/Haas, Anette/ Schweigard, Eva/Seibert, Holger/Wapler, Rüdiger (2009):** Integration von Migranten in Arbeitsmarkt und Bildungssystem. In: Möller, Joachim/Walwei, Ulrich (Hrsg.): Handbuch Arbeitsmarkt 2009. Bielefeld, S. 283-316.
- Brücker, Herbert/Jahn, Elke (2010):** Arbeitsmarktwirkungen der Migration: Einheimische Arbeitskräfte gewinnen durch Zuwanderung. IAB-Kurzbericht 26. Nürnberg.
- Brücker, Herbert/Klinger, Sabine/Möller, Joachim/Walwei, Ulrich (Hrsg.) (2012):** Handbuch Arbeitsmarkt 2013. Analysen, Daten, Fakten. IAB-Bibliothek 334. Bielefeld.
- Brzoska, Patrick/Reiss, Katharina/Razum, Oliver (2010):** Arbeit, Migration und Gesundheit. In: Badura, Bernhard/ Schröder, Helmut/Klose, Joachim/Macco, Katrin (Hrsg.): Fehlzeiten-Report 2010. Vielfalt managen: Gesundheit fördern – Potenziale nutzen. Zahlen, Daten, Analysen aus allen Branchen der Wirtschaft. Heidelberg u. a., S. 129-139.
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2011a):** Arbeitsmarkt 2011. Jährliche Sonderausgabe der Amtlichen Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2011b):** Länderreport Land Hessen. Verschiedene Monate. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2012a):** Arbeitslose nach Migrationshintergrund. Methodenbericht der Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2012b):** SGB II-Sozialgesetzbuch Zweites Buch. Grundsicherung für Arbeitssuchende. Jahresbericht 2011. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2012c):** Migrationshintergrund nach § 281 Abs. 2 SGB III. Grundlagen der Erhebung. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2013):** Kurzinformationen zur Beschäftigungsstatistik. Nürnberg.
- Bundesamt für Gesundheit (Hrsg.) (2007):** Wie gesund sind Migrantinnen und Migranten? Die wichtigsten Ergebnisse des Gesundheitsmonitoring der schweizerischen Migrationsbevölkerung. Bern.
- Bundesamt für Gesundheit (Hrsg.) (2010):** Gesundheit der Migrantinnen und Migranten in der Schweiz. Wichtigste Ergebnisse des zweiten Gesundheitsmonitorings der Migrationsbevölkerung in der Schweiz. Bern.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2009a):** Hochschule in der Zuwanderungsgesellschaft: Sprachliche Bildung und Integration. Nürnberg.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2009b):** Muslimisches Leben in Deutschland. Forschungsbericht 6. Nürnberg.

- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2010a):** Bundesweites Integrationsprogramm. Angebote der Integrationsförderung in Deutschland – Empfehlungen zu ihrer Weiterentwicklung. Arbeitsentwurf, Stand April. Nürnberg.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2010b):** Migrationsbericht 2008. Nürnberg.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2010c):** Minas – Atlas über Migration, Integration und Asyl. 3. Aufl., Nürnberg.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2010d):** Fortschritte der Integration. Zur Situation der fünf größten in Deutschland lebenden Ausländergruppen. Forschungsbericht 8. Nürnberg.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2010e):** Blickpunkt Integration 01. Nürnberg.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2011):** Minas. Atlas über Migration, Integration und Asyl. 4. Aufl., Nürnberg.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2012a):** Das Bundesamt in Zahlen 2011. Nürnberg.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2012b):** Ehegatten- und Familiennachzug. Nürnberg.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2012c):** Einbürgerungsverhalten von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland sowie Erkenntnisse zu Optionspflichtigen. Ergebnisse der BAMF-Einbürgerungsstudie 2011. Forschungsbericht 15. Nürnberg.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2012d):** Hemmnisse der Arbeitsmarktintegration von niedrigqualifizierten Frauen mit Migrationshintergrund. Beiträge zu Migration und Integration, Bd. 3. Nürnberg.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2012e):** Islamisches Gemeindeleben in Deutschland. Forschungsbericht 13, im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Nürnberg.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2013):** Migrationsbericht 2011. Nürnberg.
- Bundesausländerbeauftragte (Hrsg.) (2013):** Einbürgerung. Informationen zum Thema. <http://www.bundesauslaenderbeauftragte.de/einbuengerung.html>
- Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.) (2012):** Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012. Bonn.
- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.) (2012):** (Keine) Lust auf Kinder? Geburtenentwicklung in Deutschland. Wiesbaden.
- Bundesjugendkuratorium (Hrsg.) (2009):** Schlaue Mädchen – dumme Jungen? Gegen Verkürzungen im aktuellen Geschlechterdiskurs. Stellungnahme. München.
- Bundeskriminalamt (Hrsg.) (2012):** Polizeiliche Kriminalstatistik. Bundesrepublik Deutschland. Berichtsjahr 2011. Wiesbaden.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2011):** Migration und Integration. Aufenthaltsrecht, Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland. Berlin.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2011a):** Demographiebericht. Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes. Berlin.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2011b):** Lebenswelten junger Muslime. Berlin.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2013a):** 64.539 Asylersuchen im Jahr 2012. Pressemitteilung vom 15.01.2013.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2013b):** Bundesinnenminister Friedrich zieht nach sechs Monaten Blaue Karte eine positive Bilanz. Pressemitteilung vom 18.02.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2008):** Lebenslagen in Deutschland. Der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2012a):** Fortschrittsbericht 2012 zum Fachkräftekonzept der Bundesregierung. Berlin.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2012b):** Lebenslagen in Deutschland. Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2005):** Berichtssystem Weiterbildung IX. Ergebnisse der Repräsentativbefragung zur Weiterbildungssituation in Deutschland. Berlin.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2006):** Berichtssystem Weiterbildung IX. Integrierter Gesamtbericht zur Weiterbildungssituation in Deutschland. Berlin.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2010):** Internationalisierung des Studiums – Ausländische Studierende in Deutschland – Deutsche Studierende im Ausland. Ergebnisse der 19. Sozialerhebung des Deutschen Studierendenwerks durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationssystem. Bonn u. a.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2012a):** Berufsbildungsbericht 2012. Berlin.

- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2012b):** Weiterbildungsverhalten in Deutschland. AES 2010 Trendbericht. Berlin.
- Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen, Jugend (Hrsg.) (2012):** Alleinerziehende stärker fördern. Berlin.
- Bundesregierung (Hrsg.) (2007):** Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – neue Chancen. Berlin.
- Bundesregierung (Hrsg.) (2008):** Nationaler Integrationsplan. Erster Fortschrittsbericht. Berlin.
- Bundesregierung (Hrsg.) (2011):** Der Nationale Aktionsplan Integration. Zusammenhalt stärken – Teilhabe verwirklichen. Berlin.
- Bundesregierung (Hrsg.) (2012):** Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 2012. Berlin.
- Bundesregierung, Presse- und Informationsamt (Hrsg.) (2008):** Bundesregierung will Integrationserfolge wissenschaftlich messen. Pressemitteilung vom 04. Juni. Berlin.
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.) (2012):** „frauen leben – Familienplanung und Migration im Lebenslauf“. Dokumentation der wissenschaftlichen Abschlussagung. Köln.
- Burkert, Carola/Garloff, Alfred/Lepper, Timo/Schaade, Peter (2011):** Demographischer Wandel und Arbeitsmarkt in Hessen. IAB-Regional. Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz. IAB Hessen, H. 1. Nürnberg.
- Burkert, Carola/Hochfellner, Daniela/Wurdack, Anja (2012):** Ältere Migrantinnen und Migranten am Arbeitsmarkt. In: Baykara-Krumme, Helen/Motel-Klingebiel, Andreas/Schimany, Peter (Hrsg.): Viele Welten des Alterns. Ältere Migranten im alternen Deutschland. Alter(n) und Gesellschaft 22. Wiesbaden, S. 77-100.
- de Cillia, Rudolf (2013):** Spracherwerb in der Migration. Im Auftrag des Österreichischen Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur. Informationsblätter des Referats für Migration und Schule Nr. 3. Wien.
- Council of the European Union (Ed.) (2004):** Draft Conclusions of the Council and the Representatives of the Governments of the Member States on the Establishment of the Common Basic Principles for Immigrant Integration Policy in the European Union. Presidency Note. Brussels 14776/04.
- Council of the European Union (Ed.) (2009):** The Stockholm Programme – An open and secure Europe serving the citizen. Presidency Note. 14449/09. Brussels.
- Dähne, Harald (2008):** Ausländer- und Jugendkriminalität. Daten, Ursachen, Bekämpfung. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages. Berlin.
- Däubler, Thomas (2002):** Nonresponseanalysen der Stichprobe F des SOEP. DIW Materialien 15. Berlin.
- Dathe, Dietmar/Priller, Eckhard/Thürling, Marleen (2010):** Mitgliedschaften und Engagement in Deutschland. WZBrief Zivil-Engagement. Berlin.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2002):** Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Bundestags-Drucksache 14/8900. Berlin.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2012):** Erster Engagementbericht – Für eine Kultur der Mitverantwortung. Bericht der Sachverständigenkommission und Stellungnahme der Bundesregierung. Bundestags-Drucksache 17/10580 vom 23. August. Berlin.
- DGB-Index Gute Arbeit GmbH (2010):** DGB-Index Gute Arbeit. Der Report 2010. Wie die Beschäftigten die Arbeitsbedingungen in Deutschland beurteilen. Berlin.
- Diefenbach, Heike (2008):** Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien im deutschen Bildungssystem: Erklärungen und empirische Befunde. Wiesbaden.
- Dittmann, Jörg (2009):** Wie wird Kriminalität gemessen? Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) als Informationsquelle für die Beschreibung der öffentlichen Sicherheit. Vortrag gehalten am 14. Januar an der Hochschule Esslingen.
- Doblhammer, Gabriele/Milewski, Nadja/Peters, Frederik (2010):** Monitor der Entwicklung der Geburtenhäufigkeit in Deutschland: Schätzung von monatlichen und jährlichen zusammengefassten Geburtenziffern auf der Grundlage vorläufiger monatlicher Daten. In: Comparative Population Studies – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 2, S. 279-314.
- Dollmann, Jörg (2010):** Türkischstämmige Kinder am ersten Bildungsübergang. Primäre und sekundäre Herkunftseffekte. Wiesbaden.
- Eichhorn, Lothar/Huter, Jessica (2011):** Armutsgefährdung in Niedersachsen 2010. In: Statistische Monatshefte Niedersachsen 10, S. 588-596.
- Endax/futureorg Institut (Hrsg.): (2013):** Repräsentative Wahlforschung von Deutschlandtürken. Dortmund u.a.
- Englmann, Bettina/Müller, Martina (2007):** Brain Waste. Die Anerkennung von ausländischen Qualifikationen in Deutschland. Tür an Tür – Integrationsprojekte GmbH. Augsburg.
- Englmann, Bettina (2008):** Die Anerkennung von ausländischen Qualifikationen in Deutschland – Ergebnisse der Studie „Brain Waste“. In: Migration und Soziale Arbeit 3+4, S. 222-229.
- Erdmann, Vera/Plünnecke, Axel/Riesen, Ilona/Stettes, Oliver (2010):** Bildungsmonitor 2010 – Bessere Bildung trotz Haushaltskonsolidierung – Die Chancen des demografischen Wandels nutzen. Institut der deutschen Wirtschaft. Köln.

- Esser, Hartmut (2006):** Migration, Sprache und Integration. AKI-Forschungsbilanz 4. Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration (AKI) WZB – Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin.
- Esser, Hartmut (2008):** Spracherwerb und Einreisealter. Die schwierigen Bedingungen der Bilingualität. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Migration und Integration, Sonderheft 48, S. 202-229.
- Esser, Hartmut (2010):** Integration und ethnische Vielfalt. In: Weißeno, Georg (Hrsg.): Bürgerrolle heute. Migrationshintergrund und politisches Lernen. Bonn, S. 65-81.
- Ette, Andreas/Sauer, Lenore (2010):** Auswanderung aus Deutschland. Daten und Analysen zur internationalen Migration deutscher Staatsbürger. Wiesbaden.
- Ette, Andreas/Mundil-Schwarz, Rabea/Sauer, Lenore/Sulak, Harun (2013):** Ein neues Bild der Migration: Sozioökonomische Struktur und Arbeitsmarktintegration von Neuzuwanderern aus Drittstaaten in Deutschland. In: Bevölkerungsforschung Aktuell 2, Wiesbaden, S. 12-22.
- Europäische Kommission, Generaldirektion Justiz (Hrsg.) (2013):** Diskriminierung in der EU im Jahr 2012. Zusammenfassung. Spezial Eurobarometer 393. http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_393_sum_de.pdf
- European Commission, Directorate-General Justice, Freedom and Security (Ed.) (2010):** Handbook on integration for policy-makers and practitioners. 3rd edition. Luxembourg.
- European Ministerial Conference on Integration (Ed.) (2008):** Declaration approved by the representatives of the Member States. European Ministerial Conference on Integration. Vichy – 3 and 4 November.
- European Ministerial Conference on Integration (Ed.) (2010):** Declaration approved by the representatives of the Member States. European Ministerial Conference on Integration. Saragossa – 15 and 16 April.
- European Union Agency for Fundamental Rights (Ed.) (2009):** EU-MIDIS – European Union minorities and discrimination survey. Main results report. Vienna.
- European Union Agency for Fundamental Rights (Ed.) (2011):** Migrants, minorities and employment. Exclusion and discrimination in the 27 member states of the European Union. Vienna.
- Eurostat (Ed.) (2011):** Indicators of immigrant integration. A pilot study. Luxembourg.
- Fachkräftekommission Hessen (2012):** Abschlussbericht. Wiesbaden.
- Familien- und Sozialverein des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland (LSND e.V.) (Hrsg.) (2010):** Doppelt diskriminiert oder gut integriert? Lebenssituation von Lesben und Schwulen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Köln.
- Foroutan, Naika (2012):** Muslimbilder in Deutschland. Wahrnehmungen und Ausgrenzungen in der Integrationsdebatte. Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.
- Filsinger, Dieter (2008):** Bedingungen erfolgreicher Integration – Integrationsmonitoring und Evaluation. Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.
- Frick, Joachim/Grabka, Markus (2008):** Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? In: DIW-Wochenbericht 10, S. 101–108.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2006):** Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Gutachten. Bonn.
- Friedrichs, Lena (2008):** Wohnen und innerstädtische Segregation von Migranten in Deutschland. Working Paper 21 der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Fritsch, Tobias/Oesch, Tom (2008):** Volkswirtschaftlicher Nutzen frühkindlicher Bildung in Deutschland. Eine ökonomische Bewertung langfristiger Bildungseffekte bei Krippenkindern. Gütersloh.
- Fuchs, Benjamin (2012):** Wege in die Grundsicherung. Gründe für den Arbeitslosengeld-II-Bezug. IAB-Kurzbericht 25. Nürnberg.
- Fuchs, Johann/Söhnlein, Doris/Weber, Brigitte (2011):** Projektion des Arbeitskräfteangebots bis 2050. Rückgang und Alterung sind nicht mehr aufzuhalten: IAB Kurzbericht 16. Nürnberg.
- Fuhr, Gabriela (2012):** Armutsgefährdung von Menschen mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2010. In: Wirtschaft und Statistik 7. Statistisches Bundesamt, S. 549-562.
- Fuhr, Gabriela (2013):** Armutsrisiko von Personen mit Migrationshintergrund. Eine Analyse nach soziodemographischen und regionalen Faktoren. In: Migration und Soziale Arbeit 1, S. 5-11.
- Geißler, Rainer (2010):** Mediale Integration von ethnischen Minderheiten. Der Beitrag der Massenmedien zur interkulturellen Integration. In: Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Migration und Integration (Hrsg.): Zur Rolle der Medien in der Einwanderungsgesellschaft. Bonn.
- Gerhardt, Anke/Habenicht, Karin/Munz, Eva (2009):** Analysen zur Einkommensarmut mit Datenquellen der amtlichen Statistik. In: Information und Technik Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen, Bd. 58, Düsseldorf, S. 3-30.
- Granato, Nadia (2003):** Ethnische Ungleichheit auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Opladen.

- Granato, Mona (2010):** Zunehmende Chancenungleichheit für junge Menschen mit Migrationshintergrund auch in der beruflichen Bildung? In: Auernheimer, Georg (Hrsg.): Schief lagen im Bildungssystem. Opladen, S. 103-121.
- Granato, Mona (2012a):** Bildungsbeteiligung junger Menschen mit Migrationshintergrund an beruflicher Ausbildung. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Soziale Ungleichheit in der Einwanderungsgesellschaft. Kategorien, Konzepte, Einflussfaktoren. WISO-Diskurs. Bonn, S. 85-96.
- Granato, Mona (2012b):** Jugendliche mit Migrationshintergrund in Ausbildung – mancherorts Entspannung, aber noch lange keine Entwarnung. Kommentar. migration online. http://www.migration-online.de/beitrag_aWQ9ODQ3NA_.html
- Gresch, Cornelia (2012):** Migrantenkinder auf dem Weg zum Abitur: Wie kommen die Übergangsempfehlungen nach der Grundschule zustande? WZBrief Bildung, 21. Mai. Berlin.
- Gundert, Stefanie/Hohendanner, Christian (2011):** Soziale Teilhabe ist eine Frage von stabilen Jobs. Leiharbeit und befristete Beschäftigung. IAB-Kurzbericht 4. Nürnberg.
- Halm, Dirk/Sauer, Martina (2008):** Bürgerschaftliches Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland. Zentrum für Türkeistudien. Wiesbaden.
- Haug, Sonja (2005):** Die Datenlage im Bereich der Migrations- und Integrationsforschung. Ein Überblick über wesentliche Migrations- und Integrationsindikatoren und die Datenquellen. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Working Paper 1. Nürnberg.
- Haug, Sonja (2008):** Sprachliche Integration von Migranten in Deutschland. Integrationsreport Teil 2. Working Paper 21 der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Haug, Sonja (2010):** Interethnische Kontakte, Freundschaften, Partnerschaften und Ehen von Migranten in Deutschland. Working Paper 33 der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Heckmann, Friedrich (1992):** Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie inter-ethnischer Beziehungen. Stuttgart.
- Heckmann, Friedrich (1997):** Integration und Integrationspolitik in Deutschland. efms Paper Nr. 11. Bamberg.
- Heinz, Wolfgang (2012):** Personen mit Migrationshintergrund als Opfer und als Täter. In: Migration und Soziale Arbeit 4, S. 301-310.
- Helfferich, Cornelia/Klindworth, Heike (2010):** Fertilitätsverhalten, Bildung und Migration: Zugewanderte Frauen mit türkischem und osteuropäischem Migrationshintergrund. Präsentation gehalten auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Demographie, März. Rostock.
- Heß, Barbara/Sauer, Leonore (2007):** Migration von Hochqualifizierten und hochrangig Beschäftigten aus Drittstaaten nach Deutschland. Working Paper 9 der Forschungsgruppe des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Heß, Barbara (2009):** Zuwanderung von Hochqualifizierten aus Drittstaaten nach Deutschland. Ergebnisse einer schriftlichen Befragung. Working Paper 28 der Forschungsgruppe des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Heß, Barbara (2011):** Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländerinnen und Ausländer in qualifizierten Dienstleistungen. Working Paper 38 der Forschungsgruppe des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Heß, Barbara (2012):** Zuwanderung von Fachkräften nach § 18 AufenthG aus Drittstaaten nach Deutschland. Ergebnisse einer schriftlichen Befragung von Arbeitsmigranten. Working Paper 44 der Forschungsgruppe des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- HessenAgentur GmbH (Hrsg.) (2009):** Die Ausbildungs- und die Arbeitsmarktsituation der hessischen Bevölkerung. Wiesbaden.
- HessenAgentur GmbH (Hrsg.) (2010):** Berufsausbildung in Hessen. Wiesbaden.
- HessenAgentur GmbH (Hrsg.) (2013):** Aktuelle Entwicklungen der ausländischen Beschäftigung in Hessen. Wiesbaden.
- Hessische Landesregierung (Hrsg.) (2000):** „In Achtung, Toleranz und Miteinander – Hessen auf dem Weg zur Integration“. Leitlinien der Integration. Wiesbaden.
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (Hrsg.) (2010):** Integration nach Maß – Der Hessische Integrationsmonitor 2010. Wiesbaden.
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (Hrsg.) (2011a):** Meinungsbilder. Zur Wahrnehmung von Zuwanderung und Integration in Hessen 2011. Wiesbaden.
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (Hrsg.) (2011b):** Migrantenorganisationen in Hessen –Motivation und Hinderungsgründe für bürgerschaftliches Engagement. Wiesbaden.
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (Hrsg.) (2012a):** Bildungswelten. Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in Hessen (Schuljahr 2010/2011). Wiesbaden.
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (Hrsg.) (2012b):** Bildungswelten II. Frühkindliche Bildung. Kinder mit Migrationshintergrund in hessischen Kindertageseinrichtungen. Wiesbaden.
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (Hrsg.) (2012c):** Integration – wie geht das? Zugehörigkeit schaffen durch KIM – Kommunales Integrationsmanagement. Wiesbaden.

- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (Hrsg.) (2012d):** Integrationspolitik der Hessischen Landesregierung. Wiesbaden.
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (Hrsg.) (2013a):** Bildungsteilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Hessen. Wiesbaden.
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (Hrsg.) (2013b):** „Wie hast du's mit der Religion?“ Eine repräsentative Umfrage zur Religiosität in Hessen. Wiesbaden. (Im Erscheinen)
- Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (Hrsg.) (2011):** (Hessischer) Konjunkturspiegel. Verschiedene Quartale. Wiesbaden.
- Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.) (2010):** Bevölkerung in Hessen 2060 – Ergebnisse der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung bis 2030 auf Basis vom 31.12.2008. Wiesbaden.
- Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.) (2012a):** Armutsgefährdung der Hessen geringer als im Bundesdurchschnitt. Pressemitteilung vom 13.09. Wiesbaden.
- Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.) (2012b):** Bevölkerungsvorgänge in Hessen im Jahr 2011 – Bevölkerungsstand/Wanderungen. Wiesbaden.
- Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.) (2012c):** Hauptschulen in Hessen. <http://www.statistik-hessen.de/themenauswahl/bildung-kultur-rechtspflege/landesdaten/bildung/allgbild-schulen/hauptschulen/index.html>
- Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.) (2013a):** Lebend Geborene und Gestorbene in Hessen 1950 bis 2011. Wiesbaden.
- Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.) (2013b):** Zu- und Fortgezogene über die Landesgrenze Hessens 1980 bis 2011. Wiesbaden.
- Hunger, Uwe/Candan, Menderes (2009):** Politische Partizipation der Migranten in der Bundesrepublik Deutschland und über die deutschen Grenzen hinweg. Expertise im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Münster.
- Huth, Susanne (2012):** Freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund – Barrieren und Türöffner. WISO direkt. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.
- Huth-Hildebrandt, Christine/Stüwe, Gerd (2012):** Die Entwicklung von Migrantenorganisationen und ihre Rolle im zivilgesellschaftlichen Engagement. In: Migration und Soziale Arbeit 3, S. 268-276.
- IAQ/ZEW/TNS Emnid/ZfT/Team Dr. Kaltenborn (Hrsg.) (2009):** Wirkungen des SGB II auf Personen mit Migrationshintergrund. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Abschlussbericht – Hauptband. Duisburg.
- Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.) (2010):** Integrationsrendite – Volkswirtschaftliche Effekte einer besseren Integration von Migranten. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. Köln.
- Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.) (2011):** Im Staatsdienst selten. Migranten. iwd Nr. 10 vom 09.03.
- Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.) (2012):** Arbeitsmarkt. Mythos und Wirklichkeit. iwd Nr. 42 vom 18.10.
- Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.) (2013):** Jeder Job zählt. iwd Nr. 5 vom 31.01.
- Integrationsministerkonferenz (IntMK):** s.u. Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder
- Kaufmann, Franz-Xaver (2005):** Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.
- Klessmann, Maria (2012):** Deutschsein – wer will das schon? Zu Identifikation und Abgrenzung jugendlicher Mädchen mit Migrationshintergrund. In: Migration und Soziale Arbeit 3, S. 257-263.
- Klinker, Sonja (2010):** Maghrebiner in Frankreich, Türken in Deutschland. Eine vergleichende Untersuchung zu Identität und Integration muslimischer Einwanderergruppen in europäische Mehrheitsgesellschaften. Frankfurt am Main.
- Köcher, Renate (2011):** Bildungsambitionen von Eltern aus verschiedenen sozialen Schichten. Ergebnisse einer Befragung von Eltern mit Kindern im Alter von 3 bis 18 Jahren im Auftrag der Vodafone Stiftung Deutschland. Präsentation, Berlin 11. Oktober.
- Körner, Matthias (2012):** Niemanden zurücklassen! Für ein Umdenken in der Berufsbildungspolitik. In: Standpunkt. Diskussionsimpulse und Konzepte des Landesbüros Hessen der Friedrich-Ebert-Stiftung 6. Wiesbaden.
- Kohlrausch, Bettina/Rasner, Anika (2012):** Die Bedeutung von Weiterbildung für subjektiv empfundene Arbeitsplatzsicherheit und Arbeitszufriedenheit. In: Mitteilungen aus dem SOFI 16, S. 11-12.
- Kolvenbach, Franz-Josef/Taubmann, Doreen (2006):** Neue Statistiken zur Kinderbetreuung. In: Wirtschaft und Statistik 2. Statistisches Bundesamt, S. 166-171.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.) (2007):** Europe's demographic future: Facts and figures. Luxemburg.

- Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder (Hrsg.) (2010):** Ergebnisse der Pilotstudie für die Länder Bayern, Berlin, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Brandenburg. Dritter Bericht der länderoffenen Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ der Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren. Berlin.
- Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder (Hrsg.) (2011):** Erster Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2005 – 2009. Teil 1 – Ergebnisse, Teil 2 – Datenband. Berlin.
- Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder (Hrsg.) (2013):** Zweiter Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2005 – 2011. Teil 1 – Ergebnisse, Teil 2 – Datenband. Berlin.
- Konsortium Bildungsberichterstattung (2006):** Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Studie im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Bielefeld.
- Kösemen, Orkan (2011):** Zugehörigkeit und gesellschaftliche Präsenz von Migranten in Deutschland. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Wer gehört dazu? Gütersloh, S. 237-250.
- Kroh, Martin/Tucci, Ingrid (2009):** Parteibindungen von Migranten: Parteien brauchen erleichterte Einbürgerung nicht zu fürchten. DIW-Wochenbericht 47. Berlin.
- Lämmermann, Falk (2009):** Einbürgerung – aktuelle Entwicklungen und Perspektiven. In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik 9, S. 289-296.
- Lämmermann, Falk (2011):** Ein Jahrzehnt ius soli – Bilanz und Ausblick. In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik 1, S. 1-8.
- Lampert, Thomas/Ryl, Livia/Saß, Anke Christine/Starker, Anne/Ziese, Thomas (2010):** Gesundheitliche Lage und Gesundheitsverhalten der Bevölkerung im Erwerbsalter in Deutschland. In: Badura, Bernhard/Schröder, Helmut/Klose, Joachim/Macoco, Katrin (Hrsg.): Fehlzeiten-Report 2010. Vielfalt managen: Gesundheit fördern – Potenziale nutzen. Zahlen, Daten, Analysen aus allen Branchen der Wirtschaft. Heidelberg u. a., S. 69-82.
- Landeshauptstadt Wiesbaden (2012):** Integrationsbericht für die Landeshauptstadt Wiesbaden 2011. Amt für Zuwanderung und Integration. Wiesbaden.
- Lehmer, Florian/Ludsteck, Johannes (2013):** Lohnanpassung von Ausländern am deutschen Arbeitsmarkt. IAB-Kurzbericht 1. Nürnberg.
- Lietzmann, Torsten/Tophoven, Silke/Wenzig, Claudia (2011):** Grundsicherung und Einkommensarmut: Bedürftige Kinder und ihre Lebensumstände. IAB-Kurzbericht 6. Nürnberg.
- Lüders, Christine (2011):** Gleichbehandlungspolitik in Deutschland: Ausschluss oder Teilhabe? In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Wer gehört dazu? Gütersloh, S. 180-198.
- Lukas, Waldemar (2011):** Migranten im Niedriglohnsektor unter besonderer Berücksichtigung der Geduldeten und Bleibeberechtigten. Working Paper 39 der Forschungsgruppe des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Mayer, Matthias/Yamamura, Sakura/Schneider, Jan/Müller, Andreas (2012):** Zuwanderung von internationalen Studierenden aus Drittstaaten. Working Paper 41 der Forschungsgruppe des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Meinhardt, Rolf (2010):** Studienprobleme von BildungsinländerInnen und Unterstützungsangebote durch HochschullotsInnen. Ergebnisse einer empirischen Pilotstudie. In: Migration und Soziale Arbeit 1, S. 19-25.
- Milewski, Nadja (2010):** Fertility of immigrants. A two-generational approach in Germany. Dissertation. Heidelberg u. a.
- Ministerium für Integration Baden-Württemberg (2012):** Gelebte Vielfalt. Ergebnisse und Analysen einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zur Integration in Baden-Württemberg 2012. Stuttgart.
- Möller, Joachim/Walwei, Ulrich (Hrsg.) (2009):** Handbuch Arbeitsmarkt 2009. IAB-Bibliothek 314. Nürnberg.
- Müssig, Stephanie/Worbs, Susanne (2012):** Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland. Working Paper 46 der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Niessen, Jan/Huddlestone, Thomas/Citron, Laura (2011):** MIPEX III. Migrant integration policy index. Unter Mitarbeit von Andrew Geddes und Dirk Jacobs. Brüssel.
- Nottmeyer, Olga (2010):** Inter-ethnische Partnerschaften: Was sie auszeichnet – und was sie über erfolgreiche Integration aussagen. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 11. Berlin, S. 12-20.
- Nusche, Deborah (2009):** What works in migrant education? A review of evidence and policy options. OECD Education Working Papers 22. OECD. Paris.
- Olbermann, Elke (2011):** Relevanz und Perspektiven der Gesundheitsförderung bei älteren MigrantInnen, In: Migration und Soziale Arbeit 1, S. 22-28.
- Organisation for Economic Co-operation and Development (Ed.) (2006):** Where immigrant students succeed: A comparative review of performance and engagement in PISA 2003. Paris.

- Organisation for Economic Co-operation and Development (Ed.) (2010a):** Die OECD in Fakten 2010. Wirtschaft, Umwelt, Gesellschaft. Paris.
- Organisation for Economic Co-operation and Development (Ed.) (2010b):** OEDC.StatExtracts. Table "International students enrolled 2010 ". <http://stats.oecd.org/Index.aspx?DatasetCode=RFOREIGN#>
- Organisation for Economic Co-operation and Development (Ed.) (2011):** International Migration Outlook. Paris.
- Organisation for Economic Co-operation and Development (Ed.) (2012):** Education at a glance. Paris.
- Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (2005):** Die Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern in Deutschland. Paris.
- Oltmer, Jochen/Kreienbrink, Axel/Sanz Díaz, Carlos (Hrsg.) (2012):** Das „Gastarbeiter“-System: Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa. München.
- Petanovitsch, Alexander/Schmid, Kurt (2012):** Zum Nutzen frühkindlicher Betreuung und Förderung. Ökonomische, soziale und pädagogische Effekte frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung. Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft. Kurzexpertise. Wien.
- Pimminger, Irene (2012):** Junge Frauen und Männer im Übergang von der Schule in den Beruf. Agentur für Gleichstellung im ESF. 2. Aktualisierung. Berlin.
- Piore, Michael J. (1979):** Birds of Passage. Migrant Labor in Industrial Societies. Cambridge.
- Prenzel, Manfred/Baumert, Jürgen/Blum, Werner/Lehmann, Rainer/Leutner, Detlev/Neubrand, Michael/Pekrun, Reinhard/Rolff, Hans-Günter/Rost, Jürgen/Schiefele, Ulrich (Hrsg.) (2004):** PISA 2003. Der Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland – Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs. Münster.
- Prenzel, Manfred/Artelt, Cordula/Baumert, Jürgen/Blum, Werner/Hammann, Marcus/Klieme, Eckhard/Pekrun, Reinhard (Hrsg.) (2007):** PISA 2006. Die Ergebnisse der dritten internationalen Vergleichsstudie. Münster.
- Ramsauer, Kathrin (2011):** Bildungserfolge von Migrantenkindern. Der Einfluss der Herkunftsfamilie. Expertise. Deutsches Jugendinstitut. München.
- Rasner, Anika/Zimmer, Barbara (2012):** Berufliche Weiterbildung im Erwerbsleben – Eine Analyse auf Basis des Sozio-Oekonomischen Panels. Unveröffentlichtes Papier. Berlin.
- Razum, Oliver/Spallek, Jacob (2009):** Wie gesund sind Migranten? Erkenntnisse und Zusammenhänge am Beispiel der Zuwanderer in Deutschland. In: Netzwerk Migration in Europa, focus Migration, Kurzdossier 12 (Onlineressource). <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/57300/wie-gesund-sind-migranten>
- Reinhard/Rolff, Hans-Günter/Rost, Jürgen/Schiefele, Ulrich (Hrsg.) (2004):** PISA 2003. Der Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland – Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs. Münster.
- Riesen, Ilona (2009):** Der iw-Integrationsmonitor. In: iw-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung 1. Institut der deutschen Wirtschaft. Köln, S. 99-114.
- Robert Koch-Institut (Hrsg.) (2008):** Migration und Gesundheit. Schwerpunktbericht der Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Berlin.
- Rühl, Stephan (2009):** Grunddaten der Zuwandererbevolkerung in Deutschland. Working Paper 27 der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Hrsg.) (2010):** Einwanderungsgesellschaft 2010. Jahresgutachten 2010 mit Integrationsbarometer. Essen.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Hrsg.) (2011a):** Migrationsland 2011. Jahresgutachten 2011 mit Integrationsbarometer. Berlin.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Hrsg.) (2011b):** Vom internationalen Studierenden zum hoch qualifizierten Zuwanderer. Ein Vergleich der rechtlichen Rahmenbedingungen in fünf Staaten der Europäischen Union. Berlin.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Hrsg.) (2012):** Mobile Talente? Ein Vergleich der Bleibeabsichten internationaler Studierenden in fünf Staaten der Europäischen Union. Berlin.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Hrsg.) (2013):** Erfolgsfall Europa? Folgen und Herausforderungen der EU-Freizügigkeit für Deutschland. Jahresgutachten 2013 mit Migrationsbarometer. Berlin.
- Schader-Stiftung (Hrsg.) (2011):** Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungspraxis-Projekts. Darmstadt.
- Schmid, Susanne/Kohls, Martin (2011):** Generatives Verhalten und Migration – Eine Bestandsaufnahme des generativen Verhaltens von Migrantinnen in Deutschland. Forschungsbericht 10 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Schmidt-Denter, Ulrich (2011):** Die Deutschen und ihre Migranten. Ergebnisse der europäischen Identitätsstudie. Weinheim u.a.

- Schneider, Jan (2012):** Die Organisation der Asyl- und Zuwanderungspolitik in Deutschland. Studie I/2008 im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN). Working Paper 25 der Forschungsgruppe des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (2. überarbeitete und aktualisierte Auflage). Nürnberg.
- Schober, Pia S./Spieß, Katharina C. (2012):** Frühe Förderung und Betreuung von Kindern: Bedeutende Unterschiede bei der Inanspruchnahme besonders in den ersten Lebensjahren. DIW Wochenbericht 43, S. 17-28.
- Schroeder, Christoph (2007):** Integration und Sprache. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 22-23, S. 6-12.
- Schröer, Hubertus (2007):** Interkulturelle Öffnung. Statement für den Workshop des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin.
- Schulte, Axel (2012):** Politische Steuerung von Integrationsprozessen und Menschenrechte in der Einwanderungsgesellschaft. In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik 8, S. 289-297.
- Seebaß, Katharina/Siegert, Manuel (2011):** Migranten am Arbeitsmarkt in Deutschland. Working Paper 36 der Forschungsgruppe des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Seibert, Holger/Wapler, Rüdiger (2012):** Zuwanderung nach Deutschland: Aus dem Ausland kommen immer mehr Akademiker. IAB-Kurzbericht 21. Nürnberg.
- Seidl, Norbert/Horn, Annett (2011):** Ambulante Versorgung von pflegebedürftigen Menschen mit Migrationshintergrund. In: Migration und Soziale Arbeit 1, S. 52-57.
- Şen, Faruk/Sauer, Martina (2006):** Islam in Deutschland. Einstellungen der türkischstämmigen Muslime. Religiöse Praxis und organisatorische Vertretung türkischstämmiger Muslime in Deutschland. Ergebnisse einer bundesweiten Befragung. Essen.
- Siebenhüter, Sandra (2011):** Integration oder ein Weg in die Exklusion? MigrantInnen in Leiharbeit. In: Migration und Soziale Arbeit 1, S. 71-76.
- Siegert, Manuel (2008):** Schulische Bildung von Migranten in Deutschland. Working Paper 13 der Forschungsgruppe des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Siegert, Manuel (2009):** Berufliche und akademische Ausbildung von Migranten in Deutschland. Working Paper 22 der Forschungsgruppe des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Simon, Erk/Neuwöhner, Ulrich (2011):** Medien und Migranten 2011. Zielsetzung, Konzeption und Basisdaten einer repräsentativen Untersuchung der ARD/ZDF-Medienkommission. In: Media-Perspektiven10. Frankfurt am Main.
- Stadt Frankfurt am Main (2012):** Frankfurter Integrations- und Diversitätsmonitoring. Frankfurt.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2009):** Demografischer Wandel in Deutschland. Heft 4: Auswirkungen auf die Entwicklung der Erwerbspersonenzahl. Stuttgart.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2011a):** Demographischer Wandel in Deutschland. Heft 1: Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern. Wiesbaden.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2011b):** Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich. Ausgabe 2011. Wiesbaden.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012a):** Arbeitsmärkte im Wandel. Wiesbaden.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012b):** Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich. Ausgabe 2012. Tabellenband. Wiesbaden.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012c):** Indikatoren der integrierten Ausbildungsberichterstattung. Ein Vergleich der Bundesländer. Ausgabe 2012. Wiesbaden.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013):** Bevölkerung nach Migrationsstatus regional. Ergebnisse des Mikrozensus 2011. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2009):** Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2012a):** Bauen und Wohnen. Mikrozensus-Zusatzerhebung 2010. Fachserie 5, Heft 1. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2012b):** Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2011. Fachserie 1, Reihe 2.2: Migration in Deutschland. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2012c):** Familien mit Migrationshintergrund: Traditionelle Werte zählen. http://www.destatis.de/DE/Publikationen/STATmagazin/Bevoelkerung/2012_03/Bevoelkerung2012_03.html
- Statistisches Bundesamt (2012d):** Geburten in Deutschland. Ausgabe 2012. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2012e):** Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2011. Fachserie 1 Reihe 3. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2013):** Vorläufige Wanderungsergebnisse 2012. Wiesbaden.

- Steinhilber, Beate/Jakupi, Arta/Angstenberger, Benedikt/Ahrens, Esther/Beermann, Heiner (Hrsg.) (2013):** Hürden und Brücken im transnationalen Raum. Ergebnisse eines Studierendenprojekts über (Heirats-)Migration von der Türkei nach Deutschland. Freiburg.
- Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2012):** Integrationsprozesse türkeistämmiger Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der zwölften Mehrthemenbefragung 2011. Eine Analyse in Kooperation mit dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. Essen.
- Sürig, Inken/Wilmes, Maren (2011):** Die Integration der zweiten Generation in Deutschland. Ergebnisse der TIES-Studie zur türkischen und jugoslawischen Einwanderung. IMIS-Beiträge 39. Osnabrück.
- Swedish Presidency of the European Union (2009):** Presidency conference conclusion on indicators and monitoring of the outcome of integration policies. Malmö.
- Thränhardt, Dietrich (2008):** Einbürgerung. Rahmenbedingungen, Motive und Perspektiven des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit. WISO Diskurs, Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.
- Trabert, Lioba (2011a):** Entwicklung der Niedriglohnbeschäftigung in Hessen. In: Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung 2011, 3. Quartal. Wiesbaden, S. 2.
- Trabert, Lioba (2011b):** Entwicklung der Niedriglohnbeschäftigung in Hessen – Auswertung der Beschäftigungsstatistik. HA-Report Nr. 808. Wiesbaden.
- Ulrich, Herbert (Hrsg.) (2001):** Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. München.
- Ulrich, Joachim Gerd (2012):** Institutionelle Mechanismen der (Re-)Produktion von Bildungsungleichheit an der Schwelle zur dualen Berufsausbildung und ihr Einfluss auf die Qualifizierungschancen von Bewerbern mit Migrationshintergrund. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Soziale Ungleichheit in der Einwanderungsgesellschaft. Kategorien, Konzepte, Einflussfaktoren. WISO-Diskurs. Bonn, S. 68-84.
- Verband Deutscher Städtestatistiker (2013):** Migrationshintergrund in der Statistik. Definitionen, Erfassung und Vergleichbarkeit. In: Materialien zur Bevölkerungsstatistik, Heft 2.
- Weinmann, Martin/Becher, Inna/Babka von Gostomski, Christian (2012):** Einbürgerungsverhalten von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland sowie Erkenntnisse zu Optionspflichtigen – Ergebnisse der BAMF-Einbürgerungsstudie 2011. Forschungsbericht 15 des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Weiss, Karin (2010):** Ausländische Schüler in den neuen Bundesländern – eine Erfolgsstory. In: Auernheimer, Georg (Hrsg.): Schieflagen im Bildungssystem. Opladen, S. 179-192.
- Westphal, Manuela/Wansing, Gudrun (2012):** Zur statistischen Erfassung von Migration und Behinderung – Repräsentanz und Einflussfaktoren. In: Migration und Soziale Arbeit 4, S. 365-373.
- Wilkens, Ingrid (2010):** Mobility and Migration. In: Hippach-Schneider, Ute/Toth, Bernadette (Eds.): ReferNet-Research Report. Germany: VET Research Report 2009. Bundesinstitut für Berufsforschung/ReferNet/Cedefop EU. Bonn.
- Wilkens, Ingrid (2013):** Schulerfolg von Jungen und Mädchen mit Migrationshintergrund in Hessen. In: Migration und Soziale Arbeit 2 (im Erscheinen).
- Wilkens, Ingrid/Kindermann, Walter (2012):** Integration in Hessen: „Meinungsbilder“ – Eine repräsentative Befragung der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund. In: Migration und Soziale Arbeit 1, S. 77-82.
- Wilkens, Ingrid/Klinker, Sonja/Märker, Frank/Waldmüller, Maja (2010):** Integrationsmonitoring: Neue Wege in Hessen. In: Migration und Soziale Arbeit 3+4, S. 220-227.
- Wilkens, Ingrid/Leber, Ute (2003):** Partizipation an formeller beruflicher Weiterbildung – Neue Ergebnisse auf Basis des SOEP. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 3, S. 329-337.
- Wissensregion FrankfurtRheinMain (2012):** Wissensatlas 2012. Highlights der Wissensregion FrankfurtRheinMain. Frankfurt am Main.
- Woellert, Franziska/Kröhnert, Steffen/Sippel, Lilli/Klingholz, Reiner (2009):** Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin.
- Worbs, Susanne (2012):** Mediennutzung von Migrantinnen und Migranten in Deutschland: Sind vor dem Bildschirm alle gleich? Migration und Soziale Arbeit 3, S. 223-230.
- Wüst, Andreas M. (2012):** Dauerhaft oder temporär? Zur Bedeutung des Migrationshintergrunds für Wahlbeteiligung und Parteiwahl bei der Bundestagswahl 2009. In: Schmitt-Beck, Rüdiger (Hrsg.): Wählen in Deutschland. PVS Sonderheft. Baden-Baden, S. 157-178.
- Wüst, Andreas M./Heinz, Dominic (2009):** Die politische Repräsentation von Migranten in Deutschland. In: Linden, Markus/Thaa, Winfried (Hrsg.): Die politische Repräsentation von Fremden und Armen. Baden-Baden, S. 201-218.
- Zimmermann, Klaus F. (2012):** Ökonomische Ursachen und Folgen von Migration. IZA Standpunkte 47. Bonn.
- Zitzelsberger, Olga/Latorre, Patricia (2011):** Frauen-Migrantenorganisationen: Was sie von Frauenorganisationen der Mehrheitsgesellschaft unterscheidet. In: Migration und Soziale Arbeit 3, S. 242-250.

Abkürzungsverzeichnis

6

%



Abs.	Absatz
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AHD	Aufenthaltsdauer
Art.	Artikel
AsylVfG	Asylverfahrensgesetz
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
Aufl.	Auflage
AZR	Ausländerzentralregister
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Bd.	Band
bzw.	beziehungsweise
dar.	darunter
d. h.	das heißt
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
ebda.	ebenda
Ed./Eds.	editor/editors (Hrsg.)
efms	europäisches forum für migrationsstudien
et al.	und andere
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
Eurostat	Statistisches Amt der Europäischen Union
f.	folgende
ff.	fortfolgende
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
HMdJIE	Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa
Hrsg.	Herausgeber
ILO	International Labour Organization (Internationale Arbeitsorganisation)
IntMK	Integrationsministerkonferenz: Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder
MH	Migrationshintergrund
Mio.	Millionen
o.O.	ohne Ortsangabe
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development
resp.	respektive
s.	siehe
S.	Seite
sog.	so genannt
SGB	Sozialgesetzbuch
SOEP	Sozioökonomisches Panel
u.a.	unter anderem
vgl.	vergleiche
vs.	versus
z. B.	zum Beispiel

Anhang



A1 Hessische Bevölkerung

Zusammensetzung der hessischen Bevölkerung nach Migrationshintergrund bzw. Staatsangehörigkeit

Jahr	Geschlecht	Alter in Jahren	Bevölkerung insgesamt	mit Migrationshintergrund	davon			davon geboren		ohne Migrationshintergrund
					Deutsche	Ausländer/-innen		im Ausland	in Deutschland	
						EU-Länder ¹	Nicht-EU-Länder			
2005	insgesamt	unter 3	153	66	52	/	10	/	63	87
		3 bis unter 6	168	65	49	/	13	(7)	58	104
		6 bis unter 18	757	264	157	24	83	65	199	493
		18 bis unter 25	482	161	89	19	52	96	65	321
		25 bis unter 65	3.379	775	327	159	289	691	84	2.605
		65 und älter	1.151	100	60	15	26	97	/	1.051
		zusammen	6.092	1.430	733	224	473	958	472	4.661
	männlich	unter 3	75	31	24	/	(6)	/	30	44
		3 bis unter 6	82	32	24	/	(7)	/	29	50
		6 bis unter 18	394	136	81	12	43	33	103	258
		18 bis unter 25	242	82	46	11	25	49	34	160
		25 bis unter 65	1.697	385	162	80	143	338	47	1.313
		65 und älter	492	50	27	(9)	15	49	/	442
		zusammen	2.983	717	365	115	237	473	243	2.266
	weiblich	unter 3	78	35	28	/	/	/	33	44
		3 bis unter 6	86	33	25	/	(6)	/	29	53
		6 bis unter 18	363	128	75	12	40	31	96	235
		18 bis unter 25	240	79	43	(9)	27	48	31	161
		25 bis unter 65	1.682	390	165	79	146	353	37	1.292
		65 und älter	660	50	33	(6)	11	48	/	610
		zusammen	3.109	714	369	109	236	485	229	2.395
2009	insgesamt	unter 3	147	68	59	/	/	/	66	80
		3 bis unter 6	154	69	58	/	(7)	(6)	64	84
		6 bis unter 18	718	261	175	24	62	48	214	456
		18 bis unter 25	472	153	91	17	46	80	73	320
		25 bis unter 65	3.327	842	379	165	297	740	102	2.485
		65 und älter	1.245	132	84	21	27	130	/	1.113
		zusammen	6.063	1.525	847	235	443	1.005	520	4.538
	männlich	unter 3	74	34	29	/	/	/	33	40
		3 bis unter 6	78	36	30	/	/	/	33	42
		6 bis unter 18	374	134	89	13	32	25	110	240
		18 bis unter 25	235	76	47	(8)	22	38	38	159
		25 bis unter 65	1.662	413	189	82	142	358	55	1.249
		65 und älter	547	63	38	11	14	62	/	483
		zusammen	2.969	757	422	119	216	487	270	2.212
	weiblich	unter 3	74	34	30	/	/	/	33	40
		3 bis unter 6	76	33	28	/	/	/	31	43
		6 bis unter 18	344	127	86	11	30	23	104	217
		18 bis unter 25	237	77	44	(9)	24	42	35	161
		25 bis unter 65	1.665	429	190	83	156	382	47	1.236
		65 und älter	698	69	46	10	13	67	/	630
		zusammen	3.093	768	425	116	227	518	250	2.325

Jahr	Geschlecht	Alter in Jahren	Bevöl- kerung insge- samt	mit Migra- tions- hinter- grund	davon			davon geboren		ohne Migra- tions- hinter- grund
					Deutsche	Ausländer/-innen		im Ausland	in Deutsch- land	
						EU- Länder ¹	Nicht-EU- Länder			
2011	insgesamt	unter 3	141	67	58	/	(6)	/	64	74
		3 bis unter 6	155	70	61	/	(5)	(5)	65	85
		6 bis unter 18	693	259	191	22	46	39	220	434
		18 bis unter 25	493	152	91	19	42	74	78	341
		25 bis unter 65	3.360	855	378	176	300	769	86	2.505
		65 und älter	1.231	136	82	22	32	133	/	1.095
		zusammen	6.073	1.538	861	246	431	1.021	517	4.534
	männlich	unter 3	71	33	28	/	/	/	31	38
		3 bis unter 6	81	38	31	/	/	/	33	43
		6 bis unter 18	358	133	97	11	24	20	113	225
		18 bis unter 25	247	79	47	10	22	36	43	168
		25 bis unter 65	1.674	414	186	87	141	365	49	1.260
		65 und älter	548	62	35	12	15	60	/	486
		zusammen	2.979	758	425	126	208	488	271	2.221
	weiblich	unter 3	70	34	30	/	/	/	33	36
		3 bis unter 6	75	32	29	/	/	/	31	42
		6 bis unter 18	335	126	93	11	22	19	107	209
		18 bis unter 25	245	73	44	(9)	20	37	36	172
		25 bis unter 65	1.686	441	192	89	159	404	37	1.245
		65 und älter	683	74	47	(9)	18	72	/	609
		zusammen	3.094	780	436	121	223	534	247	2.314

¹ Daten des Jahres 2005 – zur besseren Vergleichbarkeit mit den Folgejahren – einschließlich Personen aus Bulgarien und Rumänien

() Hochgerechnete Fallzahlen zwischen 5.000 und unter 10.000; / Hochgerechnete Fallzahlen unter 5.000

Quelle: Mikrozensus

A2 Ausländische Bevölkerung in Hessen

A2a Ausländische Bevölkerung
1970 bis 2011

Jahr	Ausländerzahl	Anteil an der Gesamtbevölkerung in %
1970	329.679	6,1
1972	383.784	7,0
1974	443.661	8,0
1976	431.287	7,8
1978	446.446	8,1
1980	499.360	8,9
1982	522.808	9,3
1984	506.336	9,1
1986	528.375	9,5
1988	509.241	9,1
1990	615.452	10,7
1992	745.570	12,6
1994	797.785	13,3
1996	832.542	13,6
1998	841.743	13,9
2000	840.244	13,8
2002	829.507	13,6
2004	745.325	12,2
2006	736.038	12,1
2008	721.648	11,9
2010	723.086	11,9
2011	744.385	12,2

Quelle: Ausländerzentralregister, Hessisches Statistisches Landesamt

A2b Die zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten
der ausländischen Bevölkerung 2011

Staatsangehörigkeit	Anzahl	Anteil in %
Türkei	169.622	22,8
ehemaliges Jugoslawien ¹	92.560	12,4
Italien	62.826	8,4
Polen	53.495	7,2
Griechenland	28.693	3,9
Rumänien	18.849	2,5
Spanien	18.058	2,4
Marokko	17.137	2,3
Vereinigte Staaten/USA	15.030	2,0
Bulgarien	14.756	2,0

¹ Gebiet des ehemaligen Jugoslawien: Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien, ehemaliges Serbien und Montenegro, Slowenien

Quelle: Ausländerzentralregister

A3 Ausländische Bevölkerung nach Aufenthaltsstatus

Ausländische Bevölkerung¹ nach Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsdauer und Aufenthaltsstatus 2011

Geschlecht ----- Staatsangehörigkeit ----- Aufenthaltsdauer	Ausländer insgesamt	darunter nach Aufenthaltsstatus			
		mit langfristi- gem Aufent- haltsrecht ²	ohne langfristiges Aufenthaltsrecht		
			befristete Aufent- halts- erlaubnis	Duldung	Asyl- suchende/ Aufenthalts- gestattung
Insgesamt³	744.385	593.313	103.478	4.659	3.880
darunter EU-Länder, EFTA-Länder, Türkei	457.241	438.833	8.590	478	135
davon nach Aufenthaltsdauer ⁴					
unter 5 Jahre	176.047	96.096	53.707	1.974	3.818
5 bis unter 10 Jahre	106.306	75.805	23.351	1.066	21
10 Jahre und länger	443.030	407.216	23.559	1.434	7
männlich	376.952	301.804	47.482	2.975	2.472
darunter EU-Länder, EFTA-Länder, Türkei	239.320	228.828	4.433	263	104
davon nach Aufenthaltsdauer ⁴					
unter 5 Jahre	96.768	56.131	25.524	1.300	2.434
5 bis unter 10 Jahre	48.655	34.859	9.985	655	7
10 Jahre und länger	219.847	201.991	10.451	882	5
weiblich	367.410	291.500	55.992	1.684	1.408
darunter EU-Länder, EFTA-Länder, Türkei	217.911	209.996	4.156	215	31
davon nach Aufenthaltsdauer ⁴					
unter 5 Jahre	79.257	39.957	28.179	674	1.384
5 bis unter 10 Jahre	57.651	40.946	13.366	411	14
10 Jahre und länger	223.182	205.224	13.108	552	2

¹ Ausländische Bevölkerung nach Ausländerzentralregister (AZR) zum Stand 31.12.2011

² Einen langfristigen Aufenthaltsstatus haben nach fünf Jahren Aufenthalt in der Regel alle EU-Bürger, Staatsangehörige von Norwegen, Island, Liechtenstein, der Schweiz und der Türkei aufgrund der EWR/EFTA-Abkommen bzw. des Assoziationsvertrags mit der Türkei. Bei anderen Drittstaatenangehörigen haben einen langfristigen Aufenthaltsstatus: Personen mit Niederlassungserlaubnis, Daueraufenthaltserteilung EU, Aufenthaltskarte nach §5 FreizügG/EU, Aufenthaltsberechtigung (alt), unbefristeter Aufenthaltserlaubnis (alt).

³ einschließlich Personen ohne Angabe des Geschlechts

⁴ Bei 7.320 Ausländerinnen und 11.682 Ausländern liegen keine Angaben zur Aufenthaltsdauer vor.

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Ausländerzentralregister

A4 Einbürgerungen

Zahl und ausgeschöpftes Einbürgerungspotenzial (Quote der jährlichen Einbürgerungen bezogen auf alle Ausländer mit einer Aufenthaltszeit ab acht Jahren)

Jahr	Einbürgerungen	Ausgeschöpftes Einbürgerungspotenzial in %
2005	13.793	2,6
2006	13.367	2,5
2007	14.007	2,7
2008	13.323	2,5
2009	12.611	2,4
2010	13.839	2,6
2011	12.916	2,4

Quelle: Einbürgerungsstatistik, Ausländerzentralregister

Z1 Zu- und Fortzüge von Ausländern nach bzw. aus Hessen

Z1a Zu- und Fortzüge von Ausländern 1995 bis 2012

Jahr	Zuzüge aus dem Ausland nach Hessen	Fortzüge von Hessen ins Ausland	Wanderungsgewinn bzw. -verlust
1995	73.140	57.563	+ 15.577
1996	64.229	58.387	+ 5.842
1997	56.190	64.063	- 7.873
1998	55.857	62.845	- 6.988
1999	64.553	56.990	+ 7.563
2000	63.161	57.208	+ 5.953
2001	66.135	64.828	+ 1.307
2002	61.729	53.166	+ 8.563
2003	56.535	50.125	+ 6.410
2004	57.890	53.679	+ 4.211
2005	53.152	47.139	+ 6.013
2006	50.437	54.595	- 4.158
2007	54.296	47.899	+ 6.397
2008	53.958	54.484	- 526
2009	56.019	50.546	+ 5.473
2010	67.118	54.993	+ 12.125
2011	83.511	52.241	+ 31.270
2012*	89.877	54.547	+ 35.330

* vorläufige Ergebnisse (siehe Statistisches Bundesamt 2013)

Quelle: Wanderungsstatistik

Z1b Bevölkerungsbilanz Hessens 1980 bis 2011

Jahr	Zuzüge aus anderen Bundesländern oder dem Ausland nach Hessen		Fortzüge aus Hessen in andere Bundesländern oder ins Ausland		Wanderungssaldo		Saldo aus Geburten und Sterbefällen
	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer	
1980	93.933	73.607	81.321	52.183	12.612	21.424	- 9.090
1990	136.261	90.351	74.868	46.621	61.393	43.730	- 2.564
1995	92.334	89.536	79.095	70.067	13.239	19.469	- 3.488
1996	88.454	78.963	78.100	70.950	10.354	8.013	- 996
1997	88.176	70.878	79.770	76.626	8.406	- 5.748	1.763
1998	89.463	70.323	80.837	75.104	8.626	- 4.781	- 413
1999	90.246	79.727	81.370	69.716	8.876	10.011	- 2.058
2000	90.669	78.933	81.518	70.393	9.151	8.540	- 1.528
2001	93.014	82.166	82.946	79.395	10.068	2.771	- 3.142
2002	89.805	78.111	81.723	67.349	8.082	10.762	- 5.043
2003	90.364	72.337	93.872	64.250	- 3.508	8.087	- 7.108
2004	118.107	73.295	112.132	66.935	5.975	6.360	- 4.175
2005	88.206	67.736	99.235	59.926	- 11.029	7.810	- 5.179
2006	87.205	64.641	98.025	66.808	- 10.820	- 2.167	- 6.436
2007	89.837	68.776	98.320	60.697	- 8.483	8.079	- 6.521
2008	89.852	69.213	93.121	67.353	- 3.269	1.860	- 8.331
2009	87.711	71.249	89.538	63.730	- 1.827	7.519	- 9.932
2010	85.865	82.300	87.816	67.981	- 1.951	14.319	- 8.462
2011	90.394	99.870	91.365	66.444	- 971	33.426	- 8.967

* 2005 bis 2007: Wanderungen einschl. „ohne Angabe“; ohne nachträgliche Korrekturmeldungen der Einwohnermeldeämter.

** 2008 bis 2010: Wanderungen einschl. der Korrekturen, die durch Vergabe der persönlichen Steuer-Identifikationsnummer entstanden sind.

Quelle: Wanderungsstatistik, Geburtenstatistik, Sterbefallstatistik

Z1c Bevölkerung und ausländische Zuwanderer nach Bundesländern 2011

Bundesland	Bevölkerung	Zuzüge von Ausländern aus dem Ausland	Zahl der ausländischen Zuwanderer bezogen auf 1000 Einwohner
Baden-Württemberg	10.786.227	142.002	13
Bayern	12.595.891	158.841	13
Berlin	3.501.872	61.446	18
Brandenburg	2.495.635	10.346	4
Bremen	661.301	8.917	13
Hamburg	1.798.836	27.456	15
Hessen	6.092.126	83.511	14
Mecklenburg-Vorpommern	1.634.734	7.010	4
Niedersachsen	7.913.502	81.338	10
Nordrhein-Westfalen	17.841.956	166.912	9
Rheinland-Pfalz	3.999.117	34.145	9
Saarland	1.013.352	7.320	7
Sachsen	4.137.051	19.671	5
Sachsen-Anhalt	2.313.280	8.426	4
Schleswig-Holstein	2.837.641	15.596	5
Thüringen	2.221.222	8.758	4
Deutschland	81.843.743	841.695	10

Quelle: Bevölkerungsfortschreibung zum 31.12.2011, Wanderungsstatistik

Z2 Staatsangehörigkeit der Zugewanderten

Zugewanderte Ausländer und Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Staatsangehörigkeiten bzw. Herkunft

Herkunftsregion	Zugewanderte Ausländer ¹						Zum Vergleich: Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2011		Zuzüge 2011 im Vergleich zu 2005
	2005		2008		2011		Anzahl	in %	in %
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %			
EU-Beitrittsstaaten 2007	2.768	5,2	8.486	15,7	18.768	22,5	45.400	3,0	578,0
EU-Beitrittsstaaten 2004	18.728	35,2	14.036	26,0	22.358	26,8	173.800	11,3	19,4
übrige EU-Staaten (EU-15)	7.847	14,8	8.194	15,2	12.185	14,6	233.700	15,2	55,3
übriges Europa	6.112	11,5	5.765	10,7	7.936	9,5	300.700	19,6	29,8
Türkei	3.449	6,5	2.699	5,0	2.898	3,5	275.400	17,9	- 16,0
Asien	7.437	14,0	8.094	15,0	11.121	13,3	267.500	17,4	49,5
übrige Welt	6.811	12,8	6.729	12,5	8.245	9,9	123.100	8,0	21,1
Ohne Angabe bzw. nicht eindeutig bestimmbar	-	-	-	-	-	-	117.700	7,7	-

¹Nur Zuzüge vom Ausland nach Hessen. Zuzüge aus anderen Bundesländern nach Hessen sind nicht dargestellt.

Quelle: Wanderungsstatistik, Mikrozensus

Z3 Altersstruktur der Zugewanderten

Ausländische Zuwanderer nach Altersklassen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung 2011

Alter in Jahren	ausländische Zuwanderer ¹		Bevölkerung	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
unter 5	2.743	3,3	260.819	4,3
5 bis unter 10	2.233	2,7	267.830	4,4
10 bis unter 15	1.858	2,2	296.572	4,9
15 bis unter 20	4.177	5,0	313.065	5,1
20 bis unter 25	15.167	18,2	358.349	5,9
25 bis unter 30	14.627	17,5	364.255	6,0
30 bis unter 40	20.762	24,9	745.668	12,2
40 bis unter 50	13.343	16,0	1.022.055	16,8
50 bis unter 65	7.573	9,1	1.245.099	20,4
65 oder älter	1.028	1,2	1.218.414	20,0
insgesamt	83.511	100,0	6.092.126	100,0

¹Nur Zuzüge vom Ausland nach Hessen. Zuzüge aus anderen Bundesländern nach Hessen sind nicht dargestellt.

Quelle: Wanderungsstatistik, Bevölkerungsfortschreibung

Z4 Zuwanderung nach Aufenthaltswort

Erteilte Aufenthaltserlaubnisse an im Jahr 2012 nach Hessen zugewanderte Ausländer aus Drittstaaten (vorläufige Ergebnisse¹)

Aufenthaltserlaubnis	Anzahl	in %
EU-Aufenthaltsrechte ²	737	4
Familiäre Gründe	5.456	32
Erwerbstätigkeit	3.906	23
Studium	2.091	12
Sprachkurs, Schulbesuch	304	2
Sonstige Ausbildung	202	1
Humanitäre Gründe	480	3
Aufenthaltsgestattung und Duldung	3.656	21
Sonstige Gründe	283	2

¹ Zum Zeitpunkt der Drucklegung lagen noch keine endgültigen Ergebnisse für Hessen vor, deshalb sind hier vorläufige Zahlen abgebildet. Sie beziehen sich auf Bestandszahlen zum Stichtag 31.12.2012, Nacherfassungen (z.B. aufgrund der verzögerten Ausstellung von elektronischen Aufenthaltstiteln) sind hier nicht mitenthalten. Die Daten umfassen nur an Drittstaatenangehörige erteilte Aufenthaltserlaubnisse für Erst- und Wiedereinreisen im Berichtsjahr. Personen, die erst einen Antrag auf eine Aufenthaltserlaubnis gestellt haben, die kein Aufenthaltsrecht besitzen oder die über eine Niederlassungserlaubnis verfügen, sind hier nicht berücksichtigt.

² Angehörige von EU-Bürgern

Quelle: Ausländerzentralregister

Z5 Zuwanderung zum Zweck der Erwerbstätigkeit

Erteilte Aufenthaltstitel an im Jahr 2012 nach Hessen zu Zweck der Erwerbstätigkeit zugewanderte Ausländer aus Drittstaaten (vorläufige Ergebnisse¹)

Aufenthaltserlaubnis	Anzahl	in %
§19 Hochqualifizierte	33	1
§18 Abs. 4 Satz 1 (qualifizierte Beschäftigung nach Rechtsverordnung)	2.665	70
§18 Abs. 4 Satz 2 (qualifizierte Beschäftigung im öffentlichen Interesse)	30	1
§18 Abs. 3 (keine qualifizierte Beschäftigung)	986	26
§18 AufenthG (Beschäftigung allgemein)	35	1
§20 Abs. 1 Forscher	9	0
§21 Selbständige	24	1

¹ Zum Zeitpunkt der Drucklegung lagen noch keine endgültigen Ergebnisse für Hessen vor, deshalb sind hier vorläufige Zahlen abgebildet. Sie beziehen sich auf Bestandszahlen zum Stichtag 31.12.2012, Nacherfassungen (z.B. aufgrund der verzögerten Ausstellung von elektronischen Aufenthaltstiteln) sind hier nicht mitenthalten. Die Daten umfassen nur an Drittstaatenangehörige erteilte Aufenthaltserlaubnisse für Erst- und Wiedereinreisen im Berichtsjahr. Personen, die erst einen Antrag auf eine Aufenthaltserlaubnis gestellt haben, die kein Aufenthaltsrecht besitzen oder die über eine Niederlassungserlaubnis verfügen, sind hier nicht berücksichtigt.

Quelle: Ausländerzentralregister

Z6 Berufliche Qualifikation von Neuzuwanderern

Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren nach höchstem berufsqualifizierenden Abschluss, Aufenthaltsdauer und Migrationsstatus

	Insgesamt* in 1.000	in Ausbildung/ Studium	ohne Abschluss	mit beruflichem Abschluss	mit akade- mischem Abschluss
		in %			
Neuzuwanderer (Aufenthaltsdauer max. 5 Jahre)	94	13	31	27	29
Zuwanderer mit einer Aufenthaltsdauer von 6 bis 19 Jahren	205	13	35	36	16
Zuwanderer mit einer Aufenthaltsdauer von 20 Jahren und mehr	388	(2)	37	49	12
Bevölkerung mit Migrationshintergrund insgesamt (ohne Neuzuwanderer)	969	15	32	41	12
Bevölkerung ohne Migrationshintergrund	2.966	11	10	62	18

() Hochgerechnete Fallzahlen zwischen 5.000 und unter 10.000; / Hochgerechnete Fallzahlen unter 5.000

* Personen ohne Angabe zum Berufsabschluss sind hier nicht berücksichtigt.

Quelle: Mikrozensus

Z7 Erwerbstätigenquote von Neuzuwanderern

Erwerbstätigenquote (Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe) nach Aufenthaltsdauer und Herkunft 2011

	Personen im Alter von 15 bis unter 65			davon Erwerbstätige		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	in 1.000			in %		
Neuzuwanderer (Aufenthaltsdauer max. 5 Jahre)	95	43	52	59	78	44
davon: EU-Bürger	44	22	22	71	86	55
davon: Drittstaats- angehörige	51	21	30	50	69	36
Bevölkerung mit MH (ohne Neuzuwanderer)	972	481	491	66	73	59
ohne MH	2.969	1.494	1.476	76	80	71

() Hochgerechnete Fallzahlen zwischen 5.000 und unter 10.000; / Hochgerechnete Fallzahlen unter 5.000

Quelle: Mikrozensus

Z8 Zuwanderung zum Zweck des Studiums

Fächerbelegung der Bildungsausländer unter den Studienanfängern an hessischen Hochschulen im Studienjahr 2011 (1. Hochschulsesemester)

Fächergruppe	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	Anzahl			in %		
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	1.782	756	1.026	33,4	28,9	37,7
Ingenieurwissenschaften	1.237	902	335	23,2	34,5	12,3
Sprach- und Kulturwissenschaften	905	254	651	17,0	9,7	23,9
Mathematik, Naturwissenschaften	629	346	283	11,8	13,2	10,4
Kunst, Kunstwissenschaft	262	107	155	4,9	4,1	5,7
Humanmedizin/ Gesundheitswissenschaften	259	115	144	4,9	4,4	5,3
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	200	100	100	3,7	3,8	3,7
Sport	38	22	16	0,7	0,8	0,6
Veterinärmedizin	22	10	12	0,4	0,4	0,4
insgesamt	5.334	2.612	2.722	100,0	100,0	100,0

Quelle: Hochschulstatistik

Z9 Zuwanderung aus familiären Gründen (Ehegatten- und Familiennachzug)

Erteilte Aufenthaltserlaubnisse zum Familiennachzug an im Jahr 2012 nach Hessen zugewanderte Ausländer aus Drittstaaten - Häufigste Staatsangehörigkeiten (vorläufige Ergebnisse¹)

Staatsangehörigkeit	Familiennachzug insgesamt	davon: Nachzug von...						
		Ehefrauen zu Deutschen	Ehefrauen zu Ausländern	Ehemännern zu Deutschen	Ehemännern zu Ausländerinnen	Kindern	Elternteil	sonstigen Familienangehörigen
	absolut	in %						
Türkei	759	13	28	24	13	15	7	0
Indien	398	5	55	2	2	34	2	1
USA	313	12	22	17	4	40	4	0
Marokko	307	36	19	28	5	6	6	0
Korea (Republik)	297	1	42	0	1	56	0	0
Japan	289	4	43	1	1	51	0	0
Russland	226	54	9	6	3	18	8	1
Serbien	184	10	31	15	15	20	9	1
China	173	25	35	3	6	25	4	0
Pakistan	168	19	18	18	6	34	5	0
Drittstaaten insgesamt	5.462	22	26	14	6	26	6	1

¹ Zum Zeitpunkt der Drucklegung lagen noch keine endgültigen Ergebnisse für Hessen vor, deshalb sind hier vorläufige Zahlen abgebildet. Sie beziehen sich auf Bestandszahlen zum Stichtag 31.12.2012, Nacherfassungen (z.B. aufgrund der verzögerten Ausstellung von elektronischen Aufenthaltstiteln) sind hier nicht mitenthalten. Die Daten umfassen nur an Drittstaatenangehörige erteilte Aufenthaltserlaubnisse für Erst- und Wiedereinreisen im Berichtsjahr. Personen, die erst einen Antrag auf eine Aufenthaltserlaubnis gestellt haben, die kein Aufenthaltsrecht besitzen oder die über eine Niederlassungserlaubnis verfügen, sind hier nicht berücksichtigt.

Quelle: Ausländerzentralregister

Z10 Asylzuwanderung

Zahl der Asylbewerber bzw. Asylanträge in Hessen (bis 1994: in Hessen aufgenommene Asylbewerber, ab 1995: Asylersanträge)

Jahr	Asylbewerber bzw. Asylanträge*
1990	17.700
1991	19.000
1992	32.500
1993	26.014
1994	9.279
1995	10.083
1996	9.230
1997	8.307
1998	7.356
1999	7.164
2000	5.716
2001	6.444
2002	5.522
2003	3.795
2004	2.675
2005	2.243
2006	1.198
2007	1.282
2008	1.572
2009	1.976
2010	2.989
2011	3.283
2012	5.079

*Da keine durchgängige Zeitreihe vorliegt, sind hier Angaben aus verschiedenen Datenquellen abgebildet.

Quellen:

1990-1992: Hessischer Landtag - Antwort auf die Kleine Anfrage Landtagsdrucksache 13/4088

1993-1994: Berechnungen des Regierungspräsidiums Darmstadt basierend auf EASY (Erstverteilung von Asylbegehrenden)

ab 1995: Asylgeschäftsstatistik des BAMF

Z11 Einstellung zu verschiedenen Zuwanderungsregelungen

Frage: „Sollte Deutschland Ihrer Meinung nach...?“	mit MH	ohne MH
	in %	
uneingeschränkt zuwandern lassen	8	5
bei der Zuwanderung vorwiegend soziale Gründe berücksichtigen	18	23
vorwiegend leistungsstarke Zuwanderer kommen lassen	24	29
nur leistungsfähige Zuwanderer kommen lassen	35	35
keine Angabe	14	8

Quelle: repräsentative Erhebung für das HMdJIE 2011

Z12 Einstellung der Bevölkerung zur Fachkräftezuwanderung

Frage: „Inwieweit stimmen Sie folgender Aussagen zu: Deutschland und auch Hessen braucht mehr Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland?“	mit MH	ohne MH
	in %	
stimme voll zu	14	12
stimme eher zu	33	27
stimme eher nicht zu	28	39
stimme überhaupt nicht zu	22	20
keine Angabe	2	3

Quelle: repräsentative Erhebung für das HMdJIE 2011

Z13 Sorge um Zuwanderung

Besorgnis der Bevölkerung hinsichtlich der Zuwanderung

Jahr	Ausprägungen	Hessen		Alte Bundesländer	
		mit	ohne	mit	ohne
		Migrationshintergrund			
in %					
2005	Große Sorgen	28	40	29	41
	Einige Sorgen	43	44	44	41
	Keine Sorgen	28	16	26	17
	Keine Angabe	2	1	1	1
2008	Große Sorgen	13	26	19	28
	Einige Sorgen	51	44	43	45
	Keine Sorgen	34	29	37	27
	Keine Angabe	2	1	2	1
2011	Große Sorgen	14	23	17	24
	Einige Sorgen	46	43	44	42
	Keine Sorgen	33	33	38	33
	Keine Angabe	7	1	2	2

Quelle: SOEP, gewichtete Werte

B1 Frühkindliche Bildung – Betreuungsquote in Kindertageseinrichtungen

Anteil der Kinder verschiedener Altersgruppen in Kindertageseinrichtungen nach Migrationshintergrund an allen Kindern der jeweiligen Altersgruppe

Jahr	Kinder unter 3 Jahren		Kinder von 3 bis unter 6 Jahren	
	mit	ohne	mit	ohne
	Migrationshintergrund ¹			
	in %			
2009	7,9	17,0	86,9	98,4
2011	11,9	21,1	89,4	94,2

¹Kinder mit Migrationshintergrund: ausländische Herkunft mindestens eines Elternteils

Quelle: Statistisches Bundesamt (Sonderauswertung)

B2 Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache in Kindertageseinrichtungen

Anteil der Kinder (3 bis unter 6 Jahre) in Kindertageseinrichtungen, in deren Familie vorrangig nicht Deutsch gesprochen wird, an allen Kindern dieser Altersgruppe in Kindertageseinrichtungen

Jahr	Geschlecht	Kinder von 3 bis unter 6 Jahren in Kindertageseinrichtungen		
		insgesamt	davon mit vorrangiger Familiensprache	
			nicht deutsch	deutsch
		Anzahl	in %	
2005	männlich	77.549	22,2	77,8
	weiblich	73.598	21,6	78,4
	insgesamt	151.147	21,9	78,1
2008	männlich	75.503	23,6	76,4
	weiblich	72.260	23,1	76,9
	insgesamt	147.763	23,4	76,6
2011	männlich	74.481	25,7	74,3
	weiblich	71.023	25,1	74,9
	insgesamt	145.504	25,4	74,6

Quelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik

B3 Schüler in der 8. Klasse nach Schulformen

B3a Anteil der Schüler nach Staatsangehörigkeit in der 8. Klasse nach Schulformen an allen Schülern der 8. Klassenstufe

Jahr	Geschlecht	Schulform	Schüler/-innen in der 8. Klasse				
			insgesamt	Ausländer/ -innen	Deutsche	Ausländer/ -innen	Deutsche
				Zeilen-%		Spalten-%	
2005/2006	insgesamt	Gesamtschule	10.942	15,7	84,3	19,2	16,4
		Hauptschule	11.389	27,1	72,9	34,5	14,8
		Realschule	18.683	13,8	86,2	28,9	28,6
		Gymnasium	24.187	6,4	93,6	17,4	40,2
		zusammen	65.201	13,7	86,3	100	100
	männlich	Gesamtschule	5.664	15,2	84,8	19,1	16,8
		Hauptschule	6.512	26,1	73,9	37,8	16,9
		Realschule	9.513	12,9	87,1	27,4	29,0
		Gymnasium	11.355	6,2	93,8	15,7	37,3
		zusammen	33.044	13,6	86,4	100	100
	weiblich	Gesamtschule	5.278	16,3	83,7	19,3	15,9
		Hauptschule	4.877	28,4	71,6	31,2	12,6
		Realschule	9.170	14,7	85,3	30,4	28,2
		Gymnasium	12.832	6,6	93,4	19,0	43,2
		zusammen	32.157	13,8	86,2	100	100
2009/2010	insgesamt	Gesamtschule	11.581	15,6	84,4	22,5	18,7
		Hauptschule	7.577	28,6	71,4	27,1	10,4
		Realschule	16.954	14,5	85,5	30,6	27,8
		Gymnasium	24.121	6,6	93,4	19,8	43,2
		zusammen	60.233	13,3	86,7	100	100
	männlich	Gesamtschule	5.986	14,9	85,1	22,4	19,1
		Hauptschule	4.366	27,7	72,3	30,3	11,8
		Realschule	8.768	13,9	86,1	30,5	28,3
		Gymnasium	11.533	5,9	94,1	16,9	40,7
		zusammen	30.653	13,0	87,0	100	100
	weiblich	Gesamtschule	5.595	16,3	83,7	22,7	18,3
		Hauptschule	3.211	29,9	70,1	23,9	8,8
		Realschule	8.186	15,1	84,9	30,7	27,2
		Gymnasium	12.588	7,2	92,8	22,7	45,7
		zusammen	29.580	13,6	86,4	100	100
2011/2012	insgesamt	Gesamtschule	12.300	15,9	84,1	22,9	19,8
		Hauptschule	6.784	29,8	70,2	23,6	9,1
		Realschule	16.817	15,9	84,1	31,2	27,1
		Gymnasium	24.874	7,7	92,3	22,3	44,0
		zusammen	60.775	14,1	85,9	100	100
	männlich	Gesamtschule	6.381	15,3	84,7	22,5	20,3
		Hauptschule	3.999	29,5	70,5	27,1	10,6
		Realschule	8.637	14,9	85,1	29,4	27,6
		Gymnasium	12.000	7,6	92,4	21,0	41,6
		zusammen	31.017	14,1	85,9	100	100
	weiblich	Gesamtschule	5.919	16,5	83,5	23,3	19,3
		Hauptschule	2.785	30,2	69,8	20,0	7,6
		Realschule	8.180	17,0	83,0	33,1	26,6
		Gymnasium	12.874	7,7	92,3	23,6	46,5
		zusammen	29.758	14,1	85,9	100	100

B3b Schüler/-innen in der 8. Klasse nach Schulformen, Migrationshintergrund und Geschlecht im Schuljahr 2011/2012 (in%)

	mit MH			ohne MH		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Hauptschule	11,2	12,7	9,7	4,4	5,1	3,7
Realschule	23,2	23,0	23,3	18,6	19,1	18,0
Gymnasium	35,3	32,3	38,3	53,6	50,2	57,1
Integrierte Jahrgangsstufe	18,0	17,9	18,1	14,1	14,5	13,6
Förderstufe	4,8	4,9	4,7	3,9	4,1	3,6
Mittelstufenschule	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2
Förderschule	7,3	9,0	5,5	5,2	6,7	3,8

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Sonderauswertung)

B4 Schulentlassene

B4a Anteil der Schulentlassenen eines Jahrgangs an allgemeinbildenden Schulen nach Schulabschluss und Staatsangehörigkeit an allen ausländischen und deutschen Schulentlassenen

Jahr	Geschlecht	Abschlussart	Absolventen/-innen / Abgänger/-innen				
			insgesamt	Ausländer/-innen	Deutsche	Ausländer/-innen	Deutsche
				Zeilen-%		Spalten-%	
2005	insgesamt	ohne Hauptschulabschluss	5.280	30,8	69,2	18,1	7,0
		dar. Abschluss für Lernbehinderte	1.671	31,1	68,9	5,8	2,2
		Hauptschulabschluss	15.199	24,1	75,9	40,8	21,9
		Realschulabschluss	24.983	11,0	89,0	30,7	42,3
		Fachhochschulreife	873	13,1	86,9	1,3	1,4
		Allgemeine Hochschulreife	15.227	5,4	94,6	9,2	27,4
		zusammen	61.562	14,6	85,4	100	100
	männlich	ohne Hauptschulabschluss	3.289	30,6	69,4	21,8	8,6
		dar. Abschluss für Lernbehinderte	1.065	30,3	69,7	7,0	2,8
		Hauptschulabschluss	8.682	22,4	77,6	42,2	25,4
		Realschulabschluss	12.318	10,3	89,7	27,4	41,7
		Fachhochschulreife	383	11,5	88,5	1,0	1,3
		Allgemeine Hochschulreife	6.459	5,5	94,5	7,7	23,0
		zusammen	31.131	14,8	85,2	100	100
	weiblich	ohne Hauptschulabschluss	1.991	31,1	68,9	14,2	5,3
		dar. Abschluss für Lernbehinderte	606	32,3	67,7	4,5	1,6
		Hauptschulabschluss	6.517	26,2	73,8	39,2	18,4
		Realschulabschluss	12.665	11,8	88,2	34,2	42,9
Fachhochschulreife		490	14,3	85,7	1,6	1,6	
Allgemeine Hochschulreife		8.768	5,4	94,6	10,8	31,8	
zusammen		30.431	14,3	85,7	100	100	

Jahr	Geschlecht	Abschlussart	Absolventen/-innen / Abgänger/-innen				
			insgesamt	Ausländer/ -innen	Deutsche	Ausländer/ -innen	Deutsche
				Zeilen-%		Spalten-%	
2009	insgesamt	ohne Hauptschulabschluss	4.464	30,3	69,7	14,5	5,5
		dar. Abschluss für Lernbehinderte	1.232	32,4	67,6	4,3	1,5
		Hauptschulabschluss	13.750	24,8	75,2	36,5	18,2
		Realschulabschluss	28.504	12,3	87,7	37,5	43,9
		Fachhochschulreife	1.004	10,6	89,4	1,1	1,6
		Allgemeine Hochschulreife	18.572	5,2	94,8	10,4	30,9
		zusammen	66.294	14,1	85,9	100	100
	männlich	ohne Hauptschulabschluss	2.584	31,1	68,9	17,0	6,3
		dar. Abschluss für Lernbehinderte	744	32,5	67,5	5,1	1,8
		Hauptschulabschluss	7.884	23,2	76,8	38,8	21,3
		Realschulabschluss	14.214	11,2	88,8	33,9	44,4
		Fachhochschulreife	464	11,6	88,4	1,1	1,4
		Allgemeine Hochschulreife	7.977	5,4	94,6	9,1	26,6
		zusammen	33.123	14,2	85,8	100	100
	weiblich	ohne Hauptschulabschluss	1.880	29,3	70,7	11,9	4,7
		dar. Abschluss für Lernbehinderte	488	32,2	67,8	3,4	1,2
		Hauptschulabschluss	5.866	26,8	73,2	34,1	15,0
		Realschulabschluss	14.290	13,3	86,7	41,1	43,4
Fachhochschulreife		540	9,6	90,4	1,1	1,7	
Allgemeine Hochschulreife		10.595	5,1	94,9	11,8	35,2	
zusammen		33.171	13,9	86,1	100	100	
2011	insgesamt	ohne Hauptschulabschluss	3.370	29,1	70,9	13,1	4,4
		dar. Abschluss für Lernbehinderte	1.245	27,9	72,1	4,6	1,7
		Hauptschulabschluss	11.863	20,8	79,2	32,9	17,4
		Realschulabschluss	24.642	11,4	88,6	37,6	40,4
		Fachhochschulreife	1.669	11,9	88,1	2,6	2,7
		Allgemeine Hochschulreife	19.975	5,2	94,8	13,7	35,1
		zusammen	61.519	12,2	87,8	100	100
	männlich	ohne Hauptschulabschluss	1.980	27,9	72,1	14,5	5,2
		dar. Abschluss für Lernbehinderte	739	26,4	73,6	5,1	2,0
		Hauptschulabschluss	6.957	19,8	80,2	36,2	20,4
		Realschulabschluss	12.811	10,7	89,3	36,0	41,9
		Fachhochschulreife	751	10,8	89,2	2,1	2,5
		Allgemeine Hochschulreife	8.637	4,9	95,1	11,1	30,1
		zusammen	31.136	12,2	87,8	100	100
	weiblich	ohne Hauptschulabschluss	1.390	30,9	69,1	11,7	3,6
		dar. Abschluss für Lernbehinderte	506	30,0	70,0	4,1	1,3
		Hauptschulabschluss	4.906	22,1	77,9	29,5	14,3
		Realschulabschluss	11.831	12,2	87,8	39,2	38,9
Fachhochschulreife		918	12,7	87,3	3,2	3,0	
Allgemeine Hochschulreife		11.338	5,4	94,6	16,5	40,2	
zusammen		30.383	12,1	87,9	100	100	

B4b Anteil der Schulentlassenen eines Jahrgangs an allgemeinbildenden Schulen nach Schulabschluss und Migrationshintergrund (Schuljahr 2011/2012, in%)

	mit MH			ohne MH		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
ohne Hauptschulabschluss	5,3	6,6	4,0	1,9	2,2	1,5
schulartspezifischer Förder- schulabschluss	4,3	5,1	3,5	2,3	2,7	1,9
Hauptschulabschluss	28,1	30,7	25,4	15,8	18,5	13,0
Realschulabschluss	42,7	40,7	44,7	41,4	42,3	40,4
Fachhochschulreife	1,2	1,5	1,0	0,5	0,5	0,4
Allgemeine Hochschulreife	18,4	15,4	21,5	38,1	33,7	42,7
zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Sonderauswertung)

B5 Ausbildungsbeteiligungsquote

Ausbildungsbeteiligung im Dualen System von Jugendlichen im Alter von 18 bis unter 21 Jahren nach Staatsangehörigkeit an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

Jahr	Geschlecht	Ausbildungsbeteiligungsquote		
		insgesamt	Ausländer/innen	Deutsche
		in %		
2008	männlich	31,9	19,0	33,8
	weiblich	22,9	14,9	24,1
	insgesamt	27,5	17,0	29,0
2009	männlich	30,6	19,7	32,1
	weiblich	22,4	15,9	23,3
	insgesamt	26,5	17,8	27,8
2011	männlich	29,4	18,2	31,0
	weiblich	20,5	15,2	21,3
	insgesamt	25,0	16,7	26,3

Quelle: Berufsbildungsstatistik

B6 Auszubildende nach Ausbildungsbereichen

Verteilung der Auszubildenden nach Staatsangehörigkeit auf die Ausbildungsbereiche des Dualen Systems

Jahr	Geschlecht	Ausbildungsbereich	Auszubildende				
			insgesamt	Ausländer/ -innen	Deutsche	Ausländer/ -innen	Deutsche
2005	insgesamt	Industrie und Handel ¹	59.601	7,4	92,6	50,2	57,4
		Handwerk	30.045	9,7	90,3	33,1	28,2
		Landwirtschaft	1.827	1,3	98,7	0,3	1,9
		Öffentlicher Dienst ²	4.308	3,1	96,9	1,5	4,3
		Freie Berufe ²	9.118	14,4	85,6	14,9	8,1
		zusammen	104.899	8,4	91,6	100	100
	männlich	Industrie und Handel ¹	35.545	7,2	92,8	53,2	57,3
		Handwerk	23.579	9,1	90,9	44,7	37,2
		Landwirtschaft	1.409	1,5	98,5	0,4	2,4
		Öffentlicher Dienst ²	1.436	2,7	97,3	0,8	2,4
		Freie Berufe ²	457	9,6	90,4	0,9	0,7
		zusammen	62.426	7,7	92,3	100	100
	weiblich	Industrie und Handel ¹	24.056	7,8	92,2	46,6	57,7
		Handwerk	6.466	12,0	88,0	19,3	14,8
		Landwirtschaft	418	0,5	99,5	0,0	1,1
		Öffentlicher Dienst ²	2.872	3,3	96,7	2,3	7,2
		Freie Berufe ²	8.661	14,6	85,4	31,7	19,2
		zusammen	42.473	9,4	90,6	100	100
2009	insgesamt	Industrie und Handel ¹	65.196	8,2	91,8	57,2	60,5
		Handwerk	29.087	9,3	90,7	29,3	26,6
		Landwirtschaft	2.011	1,3	98,7	0,3	2,0
		Öffentlicher Dienst ²	3.796	2,5	97,5	1,0	3,7
		Freie Berufe ²	8.244	13,7	86,3	12,2	7,2
		zusammen	108.334	8,6	91,4	100	100
	männlich	Industrie und Handel ¹	38.513	8,2	91,8	61,0	59,9
		Handwerk	22.584	8,6	91,4	37,7	34,9
		Landwirtschaft	1.566	1,3	98,7	0,4	2,6
		Öffentlicher Dienst ²	1.201	2,3	97,7	0,5	2,0
		Freie Berufe ²	380	4,5	95,5	0,3	0,6
		zusammen	64.244	8,0	92,0	100	100
	weiblich	Industrie und Handel ¹	26.683	8,1	91,9	52,5	61,4
		Handwerk	6.503	12,0	88,0	18,8	14,3
		Landwirtschaft	445	1,6	98,4	0,2	1,1
		Öffentlicher Dienst ²	2.595	2,6	97,4	1,6	6,3
		Freie Berufe ²	7.864	14,2	85,8	26,9	16,9
		zusammen	44.090	9,4	90,6	100	100

Jahr	Geschlecht	Ausbildungsbereich	Auszubildende				
			insgesamt	Ausländer/ -innen	Deutsche	Ausländer/ -innen	Deutsche
				Zeilen-%		Spalten-%	
2011	insgesamt	Industrie und Handel ¹	62.328	8,3	91,7	56,0	60,7
		Handwerk	27.636	10,0	90,0	30,1	26,4
		Landwirtschaft	1.956	0,8	99,2	0,2	2,1
		Öffentlicher Dienst ²	3.534	2,6	97,4	1,0	3,7
		Freie Berufe ²	8.022	14,7	85,3	12,8	7,3
		zusammen	103.476	8,9	91,1	100	100
	männlich	Industrie und Handel ¹	37.497	8,1	91,9	59,7	60,2
		Handwerk	21.741	9,2	90,8	39,0	34,5
		Landwirtschaft	1.515	0,9	99,1	0,3	2,6
		Öffentlicher Dienst ²	1.122	2,0	98,0	0,5	1,9
		Freie Berufe ²	423	6,6	93,4	0,5	0,7
		zusammen	62.301	8,2	91,8	100	100
	weiblich	Industrie und Handel ¹	24.831	8,5	91,5	51,3	61,3
		Handwerk	5.895	13,3	86,7	19,0	13,8
		Landwirtschaft	438	0,7	99,3	0,1	1,2
		Öffentlicher Dienst ²	2.412	2,9	97,1	1,7	6,3
		Freie Berufe ²	7.596	15,2	84,8	27,9	17,4
		zusammen	41.175	10,0	90,0	100	100

¹ Einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe.

² Ohne diejenigen Auszubildenden, deren Ausbildungsverträge nach dem Berufsbildungsgesetz bei anderen zuständigen Stellen (Kammern) außerhalb dieses Ausbildungsbereichs registriert werden.

Unter Beachtung der gesetzlichen Datenschutz- und Geheimhaltungsvorschriften sind die Absolutwerte jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; die ausgewiesene Summenwerte können deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Quelle: Berufsbildungsstatistik

B7 Studierende

Anteil der Studierenden an hessischen Hochschulen nach Staatsangehörigkeit und Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung

Semester	Geschlecht	Studierende insgesamt	Deutsche	Bildungs- inländer	Bildungs- ausländer
			in %		
WS 2005/06	männlich	79.101	84,6	5,7	9,8
	weiblich	71.662	84,5	4,5	11,0
	insgesamt	150.763	84,6	5,1	10,3
WS 2008/09	männlich	81.004	85,8	5,3	8,9
	weiblich	73.762	85,4	4,7	9,9
	insgesamt	154.766	85,6	5,0	9,4
WS 2011/12	männlich	98.710	86,3	5,2	8,5
	weiblich	87.240	85,4	5,1	9,5
	insgesamt	185.950	85,8	5,2	9,0

Quelle: Hochschulstatistik

B8 Weiterbildungsbeteiligung

Beteiligung an formeller beruflicher Weiterbildung nach Migrationshintergrund in einer Selbstauskunft

Jahr	Ausprägungen	Hessen		Alte Bundesländer	
		mit	ohne	mit	ohne
		Migrationshintergrund			
		in %			
2004	Ja	23	25	20	21
	Nein	76	72	78	76
	Keine Angabe	2	3	2	4
2008	Ja	32	33	24	26
	Nein	68	67	76	74
	Keine Angabe	0	0	0	0
2011	Ja	nicht erhoben		nicht erhoben	
	Nein	nicht erhoben		nicht erhoben	

Quelle: SOEP, gewichtete Werte

Jahr	Alter in Jahren	Geschlecht	Abschlussart	Bevölkerung insgesamt	mit Migrationshintergrund	davon		davon geboren		ohne Migrationshintergrund
						Deutsche	Ausländer/-innen	im Ausland	in Deutschland	
in %										
2011	18 bis unter 25	insgesamt	ohne Hauptschulabschluss	3,0	(4,0)	/	/	/	/	(2,5)
			Hauptschulabschluss	18,5	24,5	19,5	31,6	24,4	24,7	15,8
			Realschulabschluss	33,2	30,6	34,2	25,7	31,5	29,7	34,3
			Fachhochschulreife	10,2	10,2	13,9	/	(10,1)	(10,3)	10,2
			Hochschulreife	35,2	30,6	29,9	31,6	30,8	30,5	37,1
			zusammen	100	100	100	100	100	100	100
		männlich	ohne Hauptschulabschluss	(4,1)	/	/	/	/	/	(3,4)
			Hauptschulabschluss	22,8	29,9	(25,1)	36,4	(29,8)	29,9	19,5
			Realschulabschluss	34,1	31,8	36,4	(25,5)	33,5	30,2	35,2
			Fachhochschulreife	9,9	(8,9)	/	/	/	/	10,3
			Hochschulreife	29,1	24,0	(23,7)	(24,4)	(24,7)	(23,4)	31,5
			zusammen	100	100	100	100	100	100	100
		weiblich	ohne Hauptschulabschluss	/	/	/	/	/	/	/
			Hauptschulabschluss	14,0	18,5	/	(26,0)	(19,1)	/	12,1
			Realschulabschluss	32,2	29,3	31,7	(25,9)	29,6	(28,9)	33,4
			Fachhochschulreife	10,6	(11,7)	(17,0)	/	/	/	10,2
			Hochschulreife	41,4	38,0	36,7	(39,9)	36,7	39,6	42,8
			zusammen	100	100	100	100	100	100	100
	18 bis unter 65	insgesamt	ohne Hauptschulabschluss	3,0	8,4	3,5	12,7	9,2	(4,0)	1,1
			Hauptschulabschluss	28,4	30,8	26,5	34,4	31,6	26,4	27,6
			Realschulabschluss	30,9	25,7	32,4	19,9	24,5	32,5	32,8
			Fachhochschulreife	8,1	6,8	9,0	4,9	6,3	9,3	8,6
			Hochschulreife	29,6	28,3	28,6	28,1	28,4	27,9	30,1
			zusammen	100	100	100	100	100	100	100
männlich		ohne Hauptschulabschluss	2,8	7,5	(3,4)	11,0	8,1	/	1,3	
		Hauptschulabschluss	30,9	34,9	30,9	38,3	35,8	30,5	29,5	
		Realschulabschluss	27,4	24,9	30,4	20,1	23,5	31,8	28,2	
		Fachhochschulreife	9,5	7,2	9,3	5,4	6,7	(9,5)	10,3	
		Hochschulreife	29,3	25,5	25,9	25,1	25,8	23,8	30,7	
		zusammen	100	100	100	100	100	100	100	
weiblich		ohne Hauptschulabschluss	3,1	9,4	(3,5)	14,3	10,2	/	0,9	
		Hauptschulabschluss	25,9	26,9	22,3	30,7	27,7	21,1	25,6	
		Realschulabschluss	34,4	26,4	34,4	19,7	25,3	33,5	37,3	
		Fachhochschulreife	6,7	6,3	8,6	4,4	6,0	(8,9)	6,8	
	Hochschulreife	29,9	31,1	31,2	30,9	30,7	33,2	29,5		
	zusammen	100	100	100	100	100	100	100		

() Hochgerechnete Fallzahlen zwischen 5.000 und unter 10.000; / Hochgerechnete Fallzahlen unter 5.000

Quelle: Mikrozensus

Jahr	Alter in Jahren	Geschlecht	Höchster beruflicher Abschluss	Bevölkerung insgesamt	mit Migrationshintergrund	davon		davon geboren		ohne Migrationshintergrund
						Deutsche	Ausländer/-innen	im Ausland	in Deutschland	
in %										
2011	25 bis unter 35	insgesamt	ohne Abschluss ¹	17,0	33,7	23,6	41,4	34,8	29,5	8,9
			mit abgeschlossener Berufsausbildung ²	52,4	45,0	57,1	35,9	42,3	55,6	56,0
			mit Fachschulabschluss ³	8,9	5,4	(6,1)	(5,0)	(5,6)	/	10,6
			mit Fachhochschulabschluss	7,9	(4,1)	/	/	(3,9)	/	9,8
			mit Hochschulabschluss	13,7	11,8	(8,0)	14,6	13,4	/	14,7
			zusammen	100	100	100	100	100	100	100
		männlich	ohne Abschluss ¹	16,7	33,0	24,6	39,8	32,7	(33,9)	8,9
			mit abgeschlossener Berufsausbildung ²	53,0	46,6	57,5	37,6	44,7	52,5	56,0
			mit Fachschulabschluss ³	9,2	(5,3)	/	/	/	/	11,1
			mit Fachhochschulabschluss	8,7	/	/	/	/	/	10,8
			mit Hochschulabschluss	12,5	11,0	/	(14,6)	(13,2)	/	13,2
			zusammen	100	100	100	100	100	100	100
	weiblich	ohne Abschluss ¹	17,3	34,4	(22,6)	42,7	36,6	/	8,9	
		mit abgeschlossener Berufsausbildung ²	51,9	43,6	56,7	34,4	40,3	59,4	56,1	
		mit Fachschulabschluss ³	8,7	(5,5)	/	/	(5,7)	/	10,2	
		mit Fachhochschulabschluss	7,2	/	/	/	/	/	8,8	
		mit Hochschulabschluss	14,8	12,4	/	(14,6)	13,6	/	16,0	
		zusammen	100	100	100	100	100	100	100	
	25 bis unter 65	insgesamt	ohne Abschluss ¹	16,9	37,8	26,4	46,8	38,9	27,0	9,9
			mit abgeschlossener Berufsausbildung ²	54,0	39,8	49,0	32,6	38,4	53,7	58,7
			mit Fachschulabschluss ³	9,8	6,7	8,4	5,4	6,7	/	10,9
			mit Fachhochschulabschluss	7,0	4,5	5,6	3,7	4,4	/	7,9
			mit Hochschulabschluss	12,3	11,2	10,7	11,5	11,6	(7,4)	12,6
			zusammen	100	100	100	100	100	100	100
männlich		ohne Abschluss ¹	14,1	34,8	24,2	43,4	35,7	28,0	7,4	
		mit abgeschlossener Berufsausbildung ²	51,9	43,0	51,3	36,2	41,9	51,6	54,7	
		mit Fachschulabschluss ³	12,1	6,8	8,0	5,8	6,7	/	13,8	
		mit Fachhochschulabschluss	8,9	5,1	6,4	(4,1)	5,1	/	10,0	
		mit Hochschulabschluss	13,1	10,3	10,1	10,4	10,6	/	14,0	
		zusammen	100	100	100	100	100	100	100	
weiblich	ohne Abschluss ¹	19,6	40,6	28,4	49,9	41,9	(25,7)	12,4		
	mit abgeschlossener Berufsausbildung ²	56,0	36,9	46,8	29,3	35,2	56,3	62,7		
	mit Fachschulabschluss ³	7,7	6,7	8,8	5,0	6,8	/	8,0		
	mit Fachhochschulabschluss	5,2	3,9	(4,7)	(3,2)	3,7	/	5,7		
	mit Hochschulabschluss	11,4	12,0	11,3	12,5	12,4	/	11,2		
	zusammen	100	100	100	100	100	100	100		

¹ Einschließlich Anlernausbildung

² Einschließlich bestandener Laufbahnprüfung der Beamten des mittleren Dienstes

³ Einschließlich Abschluss an einer Berufsakademie

() Hochgerechnete Fallzahlen zwischen 5.000 und unter 10.000; / Hochgerechnete Fallzahlen unter 5.000

Quelle: Mikrozensus

B11 Erwerbsquote

Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätigen und Erwerbslosen) im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit und ohne Migrationshintergrund an der gleichaltrigen Bevölkerungsgruppe

Jahr	Geschlecht	insgesamt	mit Migrationshintergrund	davon		davon geboren		ohne Migrationshintergrund
				Deutsche	Ausländer/-innen	im Ausland	in Deutschland	
in %								
2005	männlich	80,7	78,5	78,0	79,0	81,7	65,8	81,4
	weiblich	65,5	58,2	64,6	53,0	58,9	55,0	67,9
	insgesamt	73,1	68,3	71,3	65,9	70,1	60,7	74,7
2009	männlich	81,9	78,7	78,2	79,1	82,4	65,8	83,0
	weiblich	69,6	61,2	67,0	56,0	62,8	54,6	72,6
	insgesamt	75,7	69,8	72,6	67,2	72,3	60,6	77,8
2011	männlich	82,5	79,8	78,3	81,1	84,4	63,6	83,5
	weiblich	70,9	62,5	67,7	57,9	65,2	49,5	74,0
	insgesamt	76,7	71,0	73,0	69,2	74,3	57,3	78,8

() Hochgerechnete Fallzahlen zwischen 5.000 und unter 10.000; / Hochgerechnete Fallzahlen unter 5.000

Quelle: Mikrozensus

B12 Erwerbstätigenquote

Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit und ohne Migrationshintergrund an der gleichaltrigen Bevölkerungsgruppe

Jahr	Geschlecht	insgesamt	mit Migrationshintergrund	davon		davon geboren		ohne Migrationshintergrund
				Deutsche	Ausländer/-innen	im Ausland	in Deutschland	
in %								
2005	männlich	73,7	67,3	67,8	66,8	70,1	56,1	75,8
	weiblich	59,9	49,5	55,4	44,7	49,9	47,7	63,4
	insgesamt	66,8	58,4	61,6	55,7	59,8	52,1	69,6
2009	männlich	76,4	68,9	69,7	68,2	72,5	56,7	79,1
	weiblich	65,2	54,1	59,9	49,0	55,4	48,8	69,2
	insgesamt	70,8	61,5	64,8	58,3	63,7	53,0	74,2
2011	männlich	78,6	73,5	72,6	74,4	78,0	58,0	80,4
	weiblich	67,5	57,6	63,3	52,6	60,4	44,4	71,1
	insgesamt	73,0	65,4	67,9	63,2	68,8	51,9	75,8

() Hochgerechnete Fallzahlen zwischen 5.000 und unter 10.000; / Hochgerechnete Fallzahlen unter 5.000

Quelle: Mikrozensus

B13 Einschätzung der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes

Einstellung zur Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes (Frage: „Machen Sie sich da Sorgen?“)

Jahr	Ausprägungen	Hessen		Alte Bundesländer	
		mit	ohne	mit	ohne
		Migrationshintergrund			
		Anteil an den berufstätigen Personen in %			
2005	Große Sorgen	25	15	25	17
	Einige Sorgen	44	45	42	38
	Keine Sorgen	27	34	29	41
	Keine Angabe	4	5	5	5
2008	Große Sorgen	17	12	18	12
	Einige Sorgen	40	33	42	33
	Keine Sorgen	39	49	37	50
	Keine Angabe	5	5	4	5
2011	Große Sorgen	14	9	11	8
	Einige Sorgen	32	27	38	28
	Keine Sorgen	46	61	48	60
	Keine Angabe	8	3	3	5

Quelle: SOEP, gewichtete Werte

B14 Atypische/geringfügige Beschäftigungsverhältnisse

B14a Anteil der abhängig Erwerbstätigen mit geringfügiger Beschäftigung als einziger oder hauptsächlichster Tätigkeit mit und ohne Migrationshintergrund im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

Jahr	Geschlecht	insgesamt	mit Migrationshintergrund	davon		davon geboren		ohne Migrationshintergrund
				Deutsche	Ausländer/-innen	im Ausland	in Deutschland	
in %								
2005	männlich	3,9	6,1	(6,0)	(6,3)	5,8	/	3,3
	weiblich	15,8	21,3	18,5	24,2	21,7	(19,3)	14,3
	insgesamt	9,4	12,8	11,7	13,8	12,7	12,8	8,4
2009	männlich	5,9	9,4	9,0	9,9	8,8	(12,0)	4,8
	weiblich	16,3	23,5	20,1	27,4	24,0	21,3	14,3
	insgesamt	10,8	16,0	14,2	17,8	15,9	16,1	9,3
2011	männlich	5,6	8,5	8,2	8,7	7,1	(14,3)	4,7
	weiblich	15,5	23,3	20,4	26,5	23,8	(20,2)	13,2
	insgesamt	10,4	15,3	14,0	16,6	15,1	16,6	8,8

() Hochgerechnete Fallzahlen zwischen 5.000 und unter 10.000; / Hochgerechnete Fallzahlen unter 5.000

Quelle: Mikrozensus

B14b Anteil der atypisch Beschäftigten (befristet, in Teilzeit und/oder geringfügig Beschäftigte) an allen abhängig Beschäftigten 2011 (in %)

	insgesamt	mit Migrationshintergrund	davon		ohne Migrationshintergrund
			Deutsche	Ausländer/-innen	
männlich	12,2	20,3	16,7	23,6	9,7
weiblich	36,7	44,0	40,4	47,7	34,6
insgesamt	24,0	31,3	28,1	34,4	21,8

Quelle: Mikrozensus, Sonderauswertung des Hessischen Statistischen Landesamt

Jahr	Geschlecht	Stellung im Beruf	Erwerbstätige						
			insgesamt	mit Migrationshintergrund	davon		davon geboren		ohne Migrationshintergrund
					Deutsche	Ausländer/-innen	im Ausland	in Deutschland	
in %									
2011	insgesamt	Selbständige	11,2	11,0	9,0	13,0	11,8	(6,6)	11,2
		Beamte/-innen	5,5	(1,1)	(1,7)	/	(1,0)	/	6,8
		Angestellte	60,4	49,0	51,6	46,6	46,8	62,0	64,0
		Arbeiter/-innen	22,9	38,8	37,7	39,9	40,4	29,8	18,0
		zusammen	100	100	100	100	100	100	100
	männlich	Selbständige	13,9	13,7	10,8	16,4	14,7	(8,7)	13,9
		Beamte/-innen	5,6	/	/	/	/	/	7,1
		Angestellte	50,8	38,8	40,6	37,3	36,7	49,3	54,6
		Arbeiter/-innen	29,8	46,4	46,9	46,1	47,7	40,2	24,5
		zusammen	100	100	100	100	100	100	100
	weiblich	Selbständige	8,0	7,7	7,1	8,4	8,4	/	8,1
		Beamte/-innen	5,3	/	/	/	/	/	6,5
		Angestellte	71,8	61,8	64,2	59,3	58,7	82,6	74,8
		Arbeiter/-innen	14,9	29,3	27,1	31,6	31,7	(13,0)	10,6
		zusammen	100	100	100	100	100	100	100

() Hochgerechnete Fallzahlen zwischen 5.000 und unter 10.000; / Hochgerechnete Fallzahlen unter 5.000

Quelle: Mikrozensus

B16 Erwerbstätige im Öffentlichen Dienst

Anteil der Beschäftigten im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst an allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst

Jahr	Geschlecht	Erwerbstätige im öffentlichen Dienst					
		mit Migrationshintergrund	davon		davon geboren		ohne Migrationshintergrund
			Deutsche	Ausländer/-innen	im Ausland	in Deutschland	
in %							
2005	männlich	11,6	6,0	5,6	9,7	/	88,4
	weiblich	14,4	8,2	6,2	12,0	(2,4)	85,6
	insgesamt	13,1	7,2	5,9	11,0	2,1	86,9
2009	männlich	11,3	6,8	(4,5)	9,1	/	88,7
	weiblich	14,9	9,1	5,8	12,6	(2,4)	85,1
	insgesamt	13,3	8,1	5,2	11,0	2,3	86,7
2011	männlich	11,4	7,0	(4,4)	9,3	/	88,6
	weiblich	14,8	8,7	6,0	13,0	/	85,2
	insgesamt	13,3	8,0	5,3	11,4	(1,9)	86,7

() Hochgerechnete Fallzahlen zwischen 5.000 und unter 10.000; / Hochgerechnete Fallzahlen unter 5.000

Quelle: Mikrozensus

B17 Erwerbslosenquote

Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen (Erwerbslose und Erwerbstätige) von Personen nach Migrationshintergrund nach dem ILO-Konzept

Jahr	Geschlecht	Alter in Jahren	Erwerbstätige						
			insgesamt	mit Migrationshintergrund	davon		davon geboren		ohne Migrationshintergrund
					Deutsche	Ausländer/-innen	im Ausland	in Deutschland	
in %									
2005	insgesamt	15 bis unter 65	8,6	14,6	13,6	15,5	14,7	14,1	6,8
		15 bis unter 25	12,6	16,2	(14,2)	(19,0)	(16,5)	(15,8)	11,0
		55 bis unter 65	9,5	16,7	/	(17,7)	16,8	/	8,0
	männlich	15 bis unter 65	8,7	14,3	13,1	15,4	14,3	(14,8)	6,9
		15 bis unter 25	13,7	17,4	(15,9)	/	(17,5)	/	11,9
		55 bis unter 65	9,1	(16,4)	/	/	(16,6)	/	7,6
	weiblich	15 bis unter 65	8,5	14,9	14,3	15,6	15,3	(13,2)	6,7
		15 bis unter 25	11,4	(14,7)	/	/	/	/	9,9
		55 bis unter 65	10,0	/	/	/	/	/	8,5
2009	insgesamt	15 bis unter 65	6,5	12,0	10,7	13,2	11,9	12,5	4,7
		15 bis unter 25	11,1	16,9	(15,6)	(19,0)	(16,6)	(17,2)	8,6
		55 bis unter 65	5,8	13,5	/	(16,0)	13,6	/	4,2
	männlich	15 bis unter 65	6,6	12,3	10,9	13,7	12,0	13,8	4,7
		15 bis unter 25	11,4	19,2	(15,9)	(24,2)	(19,9)	(18,5)	8,0
		55 bis unter 65	5,9	(13,8)	/	/	(13,9)	/	(4,3)
	weiblich	15 bis unter 65	6,3	11,5	10,6	12,5	11,7	(10,6)	4,7
		15 bis unter 25	10,8	(14,3)	/	/	/	/	9,2
		55 bis unter 65	5,7	/	/	/	/	/	(4,1)
2011	insgesamt	15 bis unter 65	4,8	7,8	6,9	8,6	7,5	9,5	3,8
		15 bis unter 25	8,5	11,0	/	(15,3)	/	(12,5)	7,4
		55 bis unter 65	5,1	(9,0)	/	/	(9,0)	/	4,2
	männlich	15 bis unter 65	4,8	7,8	7,3	8,2	7,6	(8,9)	3,8
		15 bis unter 25	8,2	(10,3)	/	/	/	/	(7,3)
		55 bis unter 65	5,6	(11,6)	/	/	(11,6)	/	(4,3)
	weiblich	15 bis unter 65	4,8	7,8	6,4	9,2	7,4	/	3,9
		15 bis unter 25	8,8	(12,0)	/	/	/	/	(7,6)
		55 bis unter 65	(4,5)	/	/	/	/	/	(4,1)

() Hochgerechnete Fallzahlen zwischen 5.000 und unter 10.000; / Hochgerechnete Fallzahlen unter 5.000

Quelle: Mikrozensus

B18 Arbeitslosenquote

Anteil der registrierten Arbeitslosen an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen (Erwerbspersonen und Erwerbslose) in den Rechtskreisen SGB II sowie SGB III nach Staatsangehörigkeit (Jahresdurchschnitte)

Jahr	Geschlecht	Rechtskreis	Arbeitslosenquote		
			insgesamt	Ausländer/ -innen	Deutsche
			in %		
2006	insgesamt	SGB III	3,8	5,3	3,6
		SGB II	6,5	16,7	4,9
		zusammen	10,4	22,0	8,5
	männlich	SGB III	3,6	-	-
		SGB II	6,7	-	-
		zusammen	10,4	-	-
	weiblich	SGB III	4,0	-	-
		SGB II	6,3	-	-
		zusammen	10,4	-	-
2009	insgesamt	SGB III	2,6	3,6	2,5
		SGB II	5,0	13,1	4,0
		zusammen	7,7	16,7	6,5
	männlich	SGB III	2,9	4,1	2,8
		SGB II	5,0	11,7	4,1
		zusammen	8,0	15,8	6,9
	weiblich	SGB III	2,3	3,0	2,2
		SGB II	5,0	14,8	3,9
		zusammen	7,3	17,7	6,1
2011	insgesamt	SGB III	2,0	2,7	1,9
		SGB II	4,6	12,3	3,6
		zusammen	6,6	15,0	5,5
	männlich	SGB III	2,1	2,9	2,0
		SGB II	4,6	10,7	3,8
		zusammen	6,7	13,5	5,8
	weiblich	SGB III	1,9	2,5	1,8
		SGB II	4,6	14,1	3,5
		zusammen	6,5	16,6	5,3

Quelle: Arbeitslosenstatistik

Jahr	Geschlecht	Überwiegender Lebensunterhalt durch ...	Bevölkerung ab 15 Jahren						
			insgesamt	mit Migrationshintergrund	davon		davon geboren		ohne Migrationshintergrund
					Deutsche	Ausländer/-innen	im Ausland	in Deutschland	
in %									
2011	insgesamt	Erwerbstätigkeit	51,0	51,4	51,7	51,0	53,0	43,5	50,9
		Angehörige	16,7	22,8	21,8	23,7	18,3	43,4	14,9
		Rente/Pension	24,6	12,5	14,8	10,3	14,8	/	28,2
		eigenes Vermögen	1,0	(0,5)	/	/	(0,5)	/	1,2
		öffentliche Transferleistungen	6,7	12,8	11,3	14,3	13,3	10,8	4,8
		zusammen	100	100	100	100	100	100	100
	männlich	Erwerbstätigkeit	58,9	61,2	59,1	63,1	64,2	49,1	58,2
		Angehörige	9,2	13,2	16,0	10,5	6,6	39,4	8,0
		Rente/Pension	24,5	12,8	13,3	12,3	15,5	/	27,9
		eigenes Vermögen	1,1	/	/	/	/	/	1,3
		öffentliche Transferleistungen	6,4	12,3	11,2	13,5	13,1	9,4	4,6
		zusammen	100	100	100	100	100	100	100
	weiblich	Erwerbstätigkeit	43,5	42,0	44,7	39,5	43,0	36,6	44,0
		Angehörige	23,8	31,9	27,4	36,2	28,9	48,4	21,4
		Rente/Pension	24,7	12,3	16,2	8,5	14,1	/	28,4
		eigenes Vermögen	1,0	/	/	/	/	/	1,1
		öffentliche Transferleistungen	7,0	13,3	11,4	15,1	13,5	12,5	5,1
		zusammen	100	100	100	100	100	100	100

() Hochgerechnete Fallzahlen zwischen 5.000 und unter 10.000; / Hochgerechnete Fallzahlen unter 5.000

Quelle: Mikrozensus

B20 Nettoeinkommen von Familien

Nettoeinkommen von Familien nach Migrationshintergrund des Haupteinkommensbeziehers

Jahr	Familiennettoeinkommen	Familien ins- gesamt	ohne Migrations- hinter- grund	mit Migrations- hinter- grund	ohne Migrations- hinter- grund	mit Migrations- hinter- grund
		in 1.000			in %	
2005	unter 1300 Euro	94	53	41	7,8	16,9
	1300 bis unter 2000 Euro	177	104	73	15,3	30,0
	2000 bis unter 3200 Euro	321	240	81	35,2	33,3
	3200 und mehr Euro	265	232	34	34,1	14,0
	ohne Angabe	67	52	15	7,6	6,2
	zusammen	924	681	243	100,0	100,0
2009	unter 1300 Euro	68	39	29	6,0	11,2
	1300 bis unter 2000 Euro	140	75	65	11,6	25,1
	2000 bis unter 3200 Euro	301	207	94	32,0	36,3
	3200 und mehr Euro	309	263	46	40,6	17,8
	ohne Angabe	88	63	25	9,7	9,7
	zusammen	905	647	259	100,0	100,0
2011	unter 1300 Euro	62	37	26	5,9	9,8
	1300 bis unter 2000 Euro	133	68	65	10,8	24,4
	2000 bis unter 3200 Euro	288	186	102	29,5	38,3
	3200 und mehr Euro	368	306	62	48,6	23,3
	ohne Angabe	45	34	12	5,4	4,5
	zusammen	896	630	266	100,0	100,0

() Hochgerechnete Fallzahlen zwischen 5.000 und unter 10.000; / Hochgerechnete Fallzahlen unter 5.000
Quelle: Mikrozensus

B21 Armutsrisikoquote

Armutsrisikoquote der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund (Landesmedian)

Jahr	Geschlecht	Alter in Jahren	Armutsrisikoquote der Bevölkerung (Landesmedian)						
			insgesamt	mit Migrationshintergrund	davon		davon geboren		ohne Migrationshintergrund
					Deutsche	Ausländer/-innen	im Ausland	in Deutschland	
in %									
2005	insgesamt	unter 18	21,4	36,4	30,4	47,9	42,9	34,9	12,7
		65 und älter	14,1	30,5	22,9	41,9	31,0	/	12,5
		insgesamt	15,3	29,8	25,1	34,9	29,7	30,0	10,7
	männlich	unter 18	21,0	35,8	30,3	46,1	41,3	34,5	12,4
		65 und älter	12,1	30,0	(20,4)	(41,2)	30,5	/	10,0
		insgesamt	14,4	29,0	24,6	33,6	29,2	28,5	9,7
	weiblich	unter 18	21,9	37,0	30,4	49,7	44,5	35,3	13,0
		65 und älter	15,7	31,0	(24,9)	(42,9)	31,5	/	14,3
		insgesamt	16,2	30,6	25,6	36,1	30,2	31,5	11,8
2009	insgesamt	unter 18	19,4	33,7	30,0	44,1	38,7	32,9	10,3
		65 und älter	14,2	28,2	25,3	33,9	28,5	/	12,4
		insgesamt	14,8	28,0	25,2	31,5	27,5	28,8	10,4
	männlich	unter 18	19,0	33,5	29,7	43,5	(37,3)	32,8	9,9
		65 und älter	11,9	28,3	(25,6)	(32,5)	28,7	/	9,7
		insgesamt	13,9	27,6	25,0	30,9	27,2	28,4	9,2
	weiblich	unter 18	19,9	34,0	30,2	44,7	(40,1)	33,0	10,7
		65 und älter	16,0	28,1	25,0	(35,5)	28,3	/	14,6
		insgesamt	15,7	28,3	25,4	32,0	27,8	29,3	11,4
2011	insgesamt	unter 18	18,9	30,4	27,8	40,1	33,1	30,0	11,1
		65 und älter	15,4	35,2	29,6	43,7	35,6	/	12,8
		insgesamt	15,2	27,1	23,5	31,7	27,3	26,9	11,1
	männlich	unter 18	18,8	30,1	27,8	37,8	(31,1)	29,9	11,2
		65 und älter	13,1	34,0	(29,2)	40,1	34,7	/	10,4
		insgesamt	14,3	26,6	23,4	30,7	26,8	26,2	10,0
	weiblich	unter 18	18,9	30,7	27,7	42,6	(35,5)	30,2	11,0
		65 und älter	17,3	36,2	29,9	47,4	36,4	/	14,8
		insgesamt	16,0	27,7	23,7	32,7	27,7	27,7	12,0

() Hochgerechnete Fallzahlen zwischen 5.000 und unter 10.000; / Hochgerechnete Fallzahlen unter 5.000

Quelle: Mikrozensus

B22 Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation

Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage in einer Selbstauskunft

Jahr	Ausprägungen	Hessen		Alte Bundesländer	
		mit	ohne	mit	ohne
		Migrationshintergrund			
		Anteil an den berufstätigen Personen in %			
2005	Große Sorgen	42	21	37	22
	Einige Sorgen	49	55	46	51
	Keine Sorgen	9	23	16	27
	Keine Angabe	0	0	1	1
2008	Große Sorgen	33	19	30	17
	Einige Sorgen	51	50	52	50
	Keine Sorgen	15	31	18	33
	Keine Angabe	1	1	1	1
2011	Große Sorgen	20	16	24	16
	Einige Sorgen	52	45	50	46
	Keine Sorgen	24	38	25	37
	Keine Angabe	4	1	1	2

Quelle: SOEP, gewichtete Werte

C1 Zusammenleben in Privathaushalten

Verteilung von erwachsenen Personen in Privathaushalten nach Migrationshintergrund auf die verschiedenen Lebensformen

Jahr	Geschlecht	Lebensform	insgesamt	mit Migrationshintergrund	davon		davon geboren		ohne Migrationshintergrund
					Deutsche	Ausländer/-innen	im Ausland	in Deutschland	
in 1.000									
2005	insgesamt	Alleinstehend	1.123	174	75	99	147	27	949
		Personen in Paargemeinschaften ohne Kind	1.712	265	120	145	245	20	1 447
		Eltern in Paargemeinschaften mit Kind(ern) unter 18 Jahren	1.123	343	144	199	311	32	780
		Alleinerziehendes Elternteil mit Kind(ern) unter 18 Jahren	105	27	13	14	23	/	78
		Eltern mit jüngstem Kind ab 18 Jahren	440	94	43	52	93	/	346
		Gleichgeschlechtliche Paargemeinschaften ¹	(8)	/	/	/	/	/	(7)
	männlich	Alleinstehend	504	92	32	60	76	16	411
		Personen in Paargemeinschaften ohne Kind	856	128	59	69	118	(9)	728
		Eltern in Paargemeinschaften mit Kind(ern) unter 18 Jahren	561	169	74	95	153	16	392
		Alleinerziehendes Elternteil mit Kind(ern) unter 18 Jahren	12	/	/	/	/	/	(9)
		Eltern mit jüngstem Kind ab 18 Jahren	198	44	20	24	43	/	155
		Gleichgeschlechtliche Paargemeinschaften ¹	(5)	/	/	/	/	/	/
	weiblich	Alleinstehend	619	82	42	39	70	11	538
		Personen in Paargemeinschaften ohne Kind	856	137	62	76	127	11	719
		Eltern in Paargemeinschaften mit Kind(ern) unter 18 Jahren	562	174	70	104	157	17	388
		Alleinerziehendes Elternteil mit Kind(ern) unter 18 Jahren	94	25	12	13	21	/	69
		Eltern mit jüngstem Kind ab 18 Jahren	242	51	23	28	50	/	191
		Gleichgeschlechtliche Paargemeinschaften ¹	/	/	/	/	/	/	/
2009	insgesamt	Alleinstehend	1.200	215	107	107	182	32	986
		Personen in Paargemeinschaften ohne Kind	1.707	277	139	138	255	23	1 430
		Eltern in Paargemeinschaften mit Kind(ern) unter 18 Jahren	1.046	343	142	201	305	38	703
		Alleinerziehendes Elternteil mit Kind(ern) unter 18 Jahren	104	26	12	14	22	/	78
		Eltern mit jüngstem Kind ab 18 Jahren	471	118	59	59	116	/	353
		Gleichgeschlechtliche Paargemeinschaften ¹	11	/	/	/	/	/	(9)
	männlich	Alleinstehend	547	107	48	60	88	19	440
		Personen in Paargemeinschaften ohne Kind	854	134	70	63	122	12	720
		Eltern in Paargemeinschaften mit Kind(ern) unter 18 Jahren	523	169	74	95	152	16	354
		Alleinerziehendes Elternteil mit Kind(ern) unter 18 Jahren	11	/	/	/	/	/	(9)
		Eltern mit jüngstem Kind ab 18 Jahren	207	51	25	25	50	/	156
		Gleichgeschlechtliche Paargemeinschaften ¹	(7)	/	/	/	/	/	(5)
	weiblich	Alleinstehend	653	107	60	48	94	13	546
		Personen in Paargemeinschaften ohne Kind	854	144	68	75	133	11	710
		Eltern in Paargemeinschaften mit Kind(ern) unter 18 Jahren	523	174	68	106	153	21	349
		Alleinerziehendes Elternteil mit Kind(ern) unter 18 Jahren	93	24	11	13	20	/	69
		Eltern mit jüngstem Kind ab 18 Jahren	264	67	34	33	66	/	196
		Gleichgeschlechtliche Paargemeinschaften ¹	/	/	/	/	/	/	/

Jahr	Geschlecht	Lebensform	insgesamt	mit Migrationshintergrund	davon		davon geboren		ohne Migrationshintergrund
					Deutsche	Ausländer/-innen	im Ausland	in Deutschland	
in 1.000									
2011	insgesamt	Alleinstehend	1.237	222	99	123	199	23	1 016
		Personen in Paargemeinschaften ohne Kind	1.722	270	133	137	253	18	1 452
		Eltern in Paargemeinschaften mit Kind(ern) unter 18 Jahren	1.017	335	140	195	303	32	682
		Alleinerziehendes Elternteil mit Kind(ern) unter 18 Jahren	108	32	15	17	29	/	76
		Eltern mit jüngstem Kind ab 18 Jahren	477	125	62	64	124	/	352
		Gleichgeschlechtliche Paargemeinschaften ¹	12	/	/	/	/	/	(10)
	männlich	Alleinstehend	570	109	42	67	95	14	461
		Personen in Paargemeinschaften ohne Kind	861	129	65	64	120	(9)	732
		Eltern in Paargemeinschaften mit Kind(ern) unter 18 Jahren	509	163	71	92	149	14	346
		Alleinerziehendes Elternteil mit Kind(ern) unter 18 Jahren	13	/	/	/	/	/	11
		Eltern mit jüngstem Kind ab 18 Jahren	214	55	28	27	54	/	159
		Gleichgeschlechtliche Paargemeinschaften ¹	(8)	/	/	/	/	/	(6)
	weiblich	Alleinstehend	667	113	57	56	104	(8)	554
		Personen in Paargemeinschaften ohne Kind	862	141	68	74	133	(8)	720
		Eltern in Paargemeinschaften mit Kind(ern) unter 18 Jahren	509	172	69	103	154	18	336
		Alleinerziehendes Elternteil mit Kind(ern) unter 18 Jahren	95	29	13	16	27	/	65
		Eltern mit jüngstem Kind ab 18 Jahren	263	70	34	36	70	/	193
		Gleichgeschlechtliche Paargemeinschaften ¹	/	/	/	/	/	/	/

() Hochgerechnete Fallzahlen zwischen 5.000 und unter 10.000; / Hochgerechnete Fallzahlen unter 5.000

¹ Personen in gleichgeschlechtlichen Paargemeinschaften ohne Kind bzw. Eltern in gleichgeschlechtlichen Paargemeinschaften mit Kind(ern)

Quelle: Mikrozensus

C2 Kinderzahl je Frau

in der Altersgruppe zwischen 15 und 44 Jahren nach Staatsangehörigkeit

	2005	2008	2011
deutsche Mutter	1,25	1,29	1,31
ausländische Mutter	1,84	1,76	1,80

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Sonderauswertung)

C3 Private Kontakte

Besuch von Ausländern bei Deutschen und von Deutschen bei Ausländern in den letzten 12 Monaten in einer Selbstauskunft

Jahr	Ausprägungen	Hessen		Alte Bundesländer	
		Besuche bei Deutschen	Besuche von Deutschen	Besuche bei Deutschen	Besuche von Deutschen
		Anteil an allen Ausländern in %			
2007	Ja	86	89	79	85
	Nein	13	12	19	14
	Keine Angabe	1	0	2	1
2009	Ja	79	85	87	89
	Nein	21	13	13	11
	Keine Angabe	0	3	0	0
2011	Ja	81	91	86	89
	Nein	19	9	14	11
	Keine Angabe	0	0	0	1

Quelle: SOEP, gewichtete Werte

C4 Subjektives Gesundheitsempfinden

Aktueller gesundheitlicher Zustand nach Migrationshintergrund in einer Selbsteinschätzung

Jahr	Ausprägungen	Hessen		Alte Bundesländer	
		mit	ohne	mit	ohne
		Migrationshintergrund			
in %					
2005	Sehr gut	7	8	11	9
	Gut	35	36	39	37
	Zufriedenstellend	36	36	30	34
	Weniger gut	16	16	15	15
	Schlecht	5	4	4	5
	Keine Angabe	1	0	1	1
2008	Sehr gut	10	9	12	8
	Gut	34	35	37	38
	Zufriedenstellend	31	37	31	35
	Weniger gut	17	14	16	15
	Schlecht	8	4	4	4
	Keine Angabe	0	1	0	0
2011	Sehr gut	17	11	13	9
	Gut	35	38	41	38
	Zufriedenstellend	22	33	29	33
	Weniger gut	19	15	14	15
	Schlecht	8	4	4	4
Keine Angabe	0	0	0	0	

Quelle: SOEP, gewichtete Werte

C5 Gesundheitsförderndes Handeln

Häufigkeit von aktiver sportlicher Betätigung nach Migrationshintergrund in einer Selbsteinschätzung

Jahr	Ausprägungen	Hessen		Alte Bundesländer	
		mit	ohne	mit	ohne
		Migrationshintergrund			
in %					
2005	Mindestens 1 x die Woche	19	41	24	34
	Mindestens 1 x im Monat	7	8	7	8
	Seltener	19	16	18	18
	Nie	55	35	51	40
	Keine Angabe	1	0	1	1
2008	Mindestens 1 x die Woche	28	48	28	42
	Mindestens 1 x im Monat	9	8	8	8
	Seltener	17	15	18	19
	Nie	46	28	45	30
	Keine Angabe	0	1	1	1
2011	Mindestens 1 x die Woche	29	45	30	39
	Mindestens 1 x im Monat	4	6	5	7
	Seltener	17	16	18	15
	Nie	49	31	46	38
	Keine Angabe	0	2	1	1

Quelle: SOEP, gewichtete Werte

C6 Bürgerschaftliches Engagement

Häufigkeit der ehrenamtlichen Tätigkeit in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten nach Migrationshintergrund in einer Selbstausskunft

Jahr	Ausprägungen	Hessen		Alte Bundesländer	
		mit	ohne	mit	ohne
		Migrationshintergrund			
in %					
2005	Jede Woche	3	13	6	10
	Jeden Monat	7	11	4	9
	Seltener	11	14	9	15
	Nie	77	61	80	64
	Keine Angabe	2	1	1	1
2008	Jede Woche	5	13	6	11
	Jeden Monat	5	10	3	8
	Seltener	8	13	7	11
	Nie	82	65	83	69
	Keine Angabe	0	0	1	1
2011	Jede Woche	3	13	7	12
	Jeden Monat	6	11	5	9
	Seltener	9	16	12	14
	Nie	80	60	76	64
	Keine Angabe	2	1	1	1

Quelle: SOEP, gewichtete Werte

C7 Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund

Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund an allen Deutschen im Alter von 18 und mehr Jahren

Jahr	Geschlecht	in %
2005	männlich	10,9
	weiblich	10,4
	insgesamt	10,7
2009	männlich	12,7
	weiblich	12,1
	insgesamt	12,4
2011	männlich	12,3
	weiblich	12,3
	insgesamt	12,3

() Hochgerechnete Fallzahlen zwischen 5.000 und unter 10.000; / Hochgerechnete Fallzahlen unter 5.000
Quelle: Mikrozensus

C8 Politisches Engagement

Häufigkeit der Mitwirkung in Parteien, der Kommunalpolitik, Bürgerinitiativen in einer Selbsteinschätzung

Jahr	Ausprägungen	Hessen		Alte Bundesländer	
		mit	ohne	mit	ohne
		Migrationshintergrund			
		in %			
2005	Jede Woche	0	3	0	1
	Jeden Monat	1	2	1	2
	Seltener	6	7	4	8
	Nie	90	86	94	88
	Keine Angabe	3	1	1	1
2008	Jede Woche	1	1	0	1
	Jeden Monat	0	2	1	2
	Seltener	7	7	6	8
	Nie	91	89	93	89
	Keine Angabe	0	1	1	1
2011	Jede Woche	1	2	1	1
	Jeden Monat	1	2	1	2
	Seltener	3	8	5	7
	Nie	93	87	93	90
	Keine Angabe	2	2	1	1

Quelle: SOEP, gewichtete Werte

C9 Tatverdächtige

nach Staatsangehörigkeit und Alter

Jahr	Geschlecht	Personengruppe	Alter in Jahren	Tatverdächtige		
				insgesamt	Ausländer/-innen ¹	Deutsche
				Anzahl	in %	
2005	insgesamt	Jugendliche	14 bis unter 18	16.703	24,1	75,9
		Heranwachsende	18 bis unter 21	13.614	24,9	75,1
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	16.616	28,5	71,5
		Erwachsene	25 und älter	91.358	25,9	74,1
		zusammen		138.291	25,9	74,1
	männlich	Jugendliche	14 bis unter 18	11.898	25,8	74,2
		Heranwachsende	18 bis unter 21	10.632	25,5	74,5
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	12.903	29,2	70,8
		Erwachsene	25 und älter	70.098	26,8	73,2
		zusammen		105.531	26,9	73,1
	weiblich	Jugendliche	14 bis unter 18	4.805	19,8	80,2
		Heranwachsende	18 bis unter 21	2.982	22,7	77,3
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	3.713	26,2	73,8
		Erwachsene	25 und älter	21.260	23,1	76,9
		zusammen		32.760	22,9	77,1
	2009	insgesamt	Jugendliche	14 bis unter 18	15.410	21,6
Heranwachsende			18 bis unter 21	13.713	23,8	76,2
Jungerwachsene			21 bis unter 25	15.772	26,5	73,5
Erwachsene			25 und älter	89.520	26,4	73,6
zusammen				134.415	25,6	74,4
männlich		Jugendliche	14 bis unter 18	10.827	22,8	77,2
		Heranwachsende	18 bis unter 21	10.684	23,8	76,2
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	12.301	26,3	73,7
		Erwachsene	25 und älter	67.919	27,1	72,9
		zusammen		101.731	26,2	73,8
weiblich		Jugendliche	14 bis unter 18	4.583	18,6	81,4
		Heranwachsende	18 bis unter 21	3.029	24,0	76,0
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	3.471	27,2	72,8
		Erwachsene	25 und älter	21.601	24,4	75,6
		zusammen		32.684	23,8	76,2
2011		insgesamt	Jugendliche	14 bis unter 18	13.349	21,9
	Heranwachsende		18 bis unter 21	12.928	23,3	76,7
	Jungerwachsene		21 bis unter 25	16.264	28,0	72,0
	Erwachsene		25 und älter	87.921	27,7	72,3
	zusammen			130.462	26,7	73,3
	männlich	Jugendliche	14 bis unter 18	9.192	23,0	77,0
		Heranwachsende	18 bis unter 21	9.989	23,3	76,7
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	12.678	27,9	72,1
		Erwachsene	25 und älter	66.659	28,5	71,5
		zusammen		98.518	27,4	72,6
	weiblich	Jugendliche	14 bis unter 18	4.157	19,5	80,5
		Heranwachsende	18 bis unter 21	2.939	23,1	76,9
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	3.586	28,5	71,5
		Erwachsene	25 und älter	21.262	24,9	75,1
		zusammen		31.944	24,4	75,6

¹ Tatverdächtige Ausländer bei Straftaten insgesamt, jedoch ohne Verstöße gegen das Aufenthalts-, das Asylverfahrens- und das Freizügigkeitsgesetz/EU; ohne Tatverdächtige Illegale, der Stationierungstreitkräfte und Touristen/Durchreisende

² Daten des Jahres 2009 sind aufgrund der erstmaligen „Echt-Tatverdächtigenzählung“ auf Bundesebene nicht mit den Vorjahren vergleichbar

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik

C10 Verurteilte

Verurteilte nach Staatsangehörigkeit und Altersgruppen

Jahr	Geschlecht	Personengruppe	Alter in Jahren	Verurteilte		
				insgesamt	Aus- länder/ -innen ¹	Deutsche
				Anzahl	in %	
2005	insgesamt	Jugendliche	14 bis unter 18	3.815	25,9	74,1
		Heranwachsende	18 bis unter 21	4.838	23,3	76,7
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	8.889	30,8	69,2
		Erwachsene	25 und älter	40.931	28,4	71,6
		zusammen		58.473	28,5	71,5
	männlich	Jugendliche	14 bis unter 18	3.215	26,6	73,4
		Heranwachsende	18 bis unter 21	4.153	24,0	76,0
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	7.321	31,2	68,8
		Erwachsene	25 und älter	32.939	29,0	71,0
		zusammen		47.628	29,1	70,9
	weiblich	Jugendliche	14 bis unter 18	600	21,8	78,2
		Heranwachsende	18 bis unter 21	685	19,6	80,4
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	1.568	29,0	71,0
Erwachsene		25 und älter	7.992	25,8	74,2	
zusammen			10.845	25,8	74,2	
2009	insgesamt	Jugendliche	14 bis unter 18	3.563	21,4	78,6
		Heranwachsende	18 bis unter 21	4.601	21,1	78,9
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	7.775	26,0	74,0
		Erwachsene	25 und älter	37.602	27,2	72,8
		zusammen		53.541	26,1	73,9
	männlich	Jugendliche	14 bis unter 18	2.931	22,4	77,6
		Heranwachsende	18 bis unter 21	3.978	21,1	78,9
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	6.460	26,5	73,5
		Erwachsene	25 und älter	30.072	28,0	72,0
		zusammen		43.441	26,8	73,2
	weiblich	Jugendliche	14 bis unter 18	632	16,8	83,2
		Heranwachsende	18 bis unter 21	623	21,0	79,0
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	1.315	23,7	76,3
Erwachsene		25 und älter	7.530	24,0	76,0	
zusammen			10.100	23,4	76,6	
2011	insgesamt	Jugendliche	14 bis unter 18	3.420	24,9	75,1
		Heranwachsende	18 bis unter 21	4.439	24,0	76,0
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	7.907	29,9	70,1
		Erwachsene	25 und älter	37.523	31,4	68,6
		zusammen		53.289	30,2	69,8
	männlich	Jugendliche	14 bis unter 18	2.784	25,0	75,0
		Heranwachsende	18 bis unter 21	3.789	23,9	76,1
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	6.459	30,2	69,8
		Erwachsene	25 und älter	29.729	32,4	67,6
		zusammen		42.761	30,9	69,1
	weiblich	Jugendliche	14 bis unter 18	636	24,1	75,9
		Heranwachsende	18 bis unter 21	650	24,9	75,1
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	1.448	28,5	71,5
Erwachsene		25 und älter	7.794	27,6	72,4	
zusammen			10.528	27,3	72,7	

¹ ohne Verurteilte der Stationierungstreitkräfte

Quelle: Strafverfolgungsstatistik

D1 Kenntnis der deutschen Sprache

Deutschkenntnisse von Personen mit Migrationshintergrund in einer Selbsteinschätzung

Jahr	Ausprägungen	Hessen		Alte Bundesländer	
		Anteil der Personen in %, die selbst und deren Eltern nicht Deutsch als Muttersprache sprechen			
		Sprechkompetenz	Schreibkompetenz	Sprechkompetenz	Schreibkompetenz
2005	sehr gut	27	17	34	26
	gut	33	23	33	23
	es geht	28	25	22	22
	eher schlecht	9	22	9	18
	gar nicht	2	13	1	10
	keine Angabe	0	1	1	1
2008	sehr gut	34	25	40	32
	gut	37	37	33	27
	es geht	21	9	18	19
	eher schlecht	5	19	7	14
	gar nicht	1	9	1	7
	keine Angabe	2	2	1	2
2011	sehr gut	47	42	46	38
	gut	33	24	33	28
	es geht	15	17	16	19
	eher schlecht	5	12	5	11
	gar nicht	0	5	1	4
	keine Angabe	0	0	1	1

Quelle: SOEP, gewichtete Werte

D2 Gebrauch der deutschen Sprache

Überwiegender Gebrauch des Deutschen oder der Heimatsprache in einer Selbsteinschätzung

Jahr	Überwiegender Sprachgebrauch	Hessen		Alte Bundesländer	
		Anteil an den Personen mit Migrationshintergrund, die selbst und deren beide Eltern Deutsch nicht als Muttersprache sprechen			
		in %			
2005	Deutsch	32		43	
	Heimatsprache	22		22	
	Teils-teils	46		33	
	Keine Angabe	0		2	
2008	Deutsch	42		49	
	Heimatsprache	9		16	
	Teils-teils	46		33	
	Keine Angabe	3		3	
2011	Deutsch	50		54	
	Heimatsprache	9		10	
	Teils-teils	39		34	
	Keine Angabe	2		3	

Quelle: SOEP, gewichtete Werte

D3 Religionszugehörigkeit

D3a Frage: „Gehören Sie einer der folgenden Religionsgemeinschaften an? ...“

	Personen mit MH	Personen ohne MH
	in %	
evangelisch	21	45
katholisch	29	24
andere christliche Religionen	4	2
muslimisch	20	0
sonstige	3	1
konfessionslos	16	28
keine Angabe	7	0

Quelle: repräsentative Erhebung im Auftrag des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa, 2013

zum Vergleich:

D3b Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft nach Migrationshintergrund

Jahr	Ausprägungen	Hessen		Alte Bundesländer	
		mit	ohne	mit	ohne
		Migrationshintergrund			
		in %			
2007	katholisch	38	21	35	39
	evangelisch	15	59	20	41
	andere christliche Religionsgemeinschaft	15	2	10	1
	Islamische Religionsgemeinschaft	20	0	21	0
	andere Religionsgemeinschaft	2	0	1	0
	Konfessionslos	10	19	13	19
	keine Angabe	0	0	0	0
2011	katholisch	36	18	38	37
	evangelisch	16	56	19	39
	andere christliche Religionsgemeinschaft	9	2	9	1
	Islamische Religionsgemeinschaft	19	0	17	0
	andere Religionsgemeinschaft	2	0	1	0
	Konfessionslos	17	24	15	22
	keine Angabe	1	0	1	0

Quelle: SOEP, gewichtete Werte

D4 Religiosität

Frage: „Würden Sie von sich sagen, dass Sie religiös sind?“

Ausprägungen	Personen mit MH	Personen ohne MH
	in %	
sehr religiös	16	9
eher religiös	46	44
eher nicht religiös	20	26
gar nicht religiös	17	21
keine Angabe	1	0

Quelle: repräsentative Erhebung im Auftrag des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa, 2013

D5 Religionsausübung

D5a Frage: „Wenn Sie an die letzten 12 Monate denken – wie oft besuchten Sie Gottesdienste, Gemeinschaftsgebete oder andere religiöse Feiern?“

Ausprägungen	Personen mit MH	Personen ohne MH
	in %	
mindestens einmal wöchentlich	11	8
etwa einmal monatlich	18	17
seltener	46	46
nie	25	29
keine Angabe	0	0

Quelle: repräsentative Erhebung im Auftrag des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa, 2013

zum Vergleich:

D5b Glaubenspraxis - Kirchengang, Besuch religiöser Veranstaltungen

Jahr	Ausprägungen	Hessen		Alte Bundesländer	
		mit	ohne	mit	ohne
		Migrationshintergrund			
		in %			
2005	Mindestens 1 x die Woche	20	6	13	10
	Mindestens 1 x im Monat	5	9	11	10
	Seltener	21	38	29	35
	Nie	52	46	47	44
	Keine Angabe	2	1	1	1
2008	Mindestens 1 x die Woche	13	6	13	9
	Mindestens 1 x im Monat	8	10	10	9
	Seltener	29	38	31	33
	Nie	50	46	46	48
	Keine Angabe	0	0	0	1
2011	Mindestens 1 x die Woche	10	6	11	9
	Mindestens 1 x im Monat	14	10	9	10
	Seltener	25	33	29	31
	Nie	50	50	50	50
	Keine Angabe	1	1	1	0

Quelle: SOEP, gewichtete Werte

E1 Lebensgefühl in Hessen

Frage: „Wie wohl fühlen Sie sich in Hessen?“

	Ausprägungen	Personen mit MH	Personen ohne MH
		in %	
2011	sehr wohl	56	59
	eher wohl	30	35
	eher nicht wohl	11	4
	gar nicht wohl	3	1
	keine Angabe	0	1
2013	sehr wohl	64	61
	eher wohl	32	34
	eher nicht wohl	2	3
	gar nicht wohl	1	2
	keine Angabe	1	0

Quelle: repräsentative Erhebung im Auftrag des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa, 2013

E2 Gefühl Deutsche(r) zu sein

Frage: „Wie sehr fühlen Sie sich als Deutscher?“

Jahr	Ausprägungen	Hessen		Alte Bundesländer	
		mit MH ¹	davon Ausländer/ -innen	mit MH ¹	davon Ausländer/ -innen
		in %			
2003	Voll und ganz	15	6	24	10
	Überwiegend	25	20	24	21
	In mancher Beziehung	31	37	25	31
	Kaum	21	25	15	21
	Gar nicht	9	12	11	16
	Keine Angabe	0	0	1	2
2010	Voll und ganz	14	3	18	7
	Überwiegend	25	23	26	23
	In mancher Beziehung	31	40	28	33
	Kaum	17	17	16	20
	Gar nicht	13	18	12	17
	Keine Angabe	1	0	0	0

¹Personen mit MH und deutscher Staatsangehörigkeit wurden nur befragt, wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit nicht seit der Geburt besitzen

Quelle: SOEP, gewichtete Werte

E3 Sorgen wegen Ausländerfeindlichkeit

Besorgtheit um Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass in einer Selbstauskunft

Jahr	Ausprägungen	Hessen		Alte Bundesländer	
		mit	ohne	mit	ohne
		Migrationshintergrund			
in %					
2005	Große Sorgen	33	26	30	30
	Einige Sorgen	46	53	49	50
	Keine Sorgen	20	20	20	19
	Keine Angabe	2	1	1	1
2008	Große Sorgen	25	24	25	24
	Einige Sorgen	53	56	51	55
	Keine Sorgen	22	20	24	21
	Keine Angabe	1	1	1	1
2011	Große Sorgen	20	21	20	18
	Einige Sorgen	45	55	49	55
	Keine Sorgen	29	22	30	26
	Keine Angabe	5	2	1	2

Quelle: SOEP, gewichtete Werte

E4 Erfahrung von Benachteiligung aufgrund der Herkunft

Frage: „Wie häufig haben Sie persönlich innerhalb der letzten beiden Jahre die Erfahrung gemacht, hier in Deutschland aufgrund Ihrer Herkunft benachteiligt worden zu sein?“

Jahr	Ausprägungen	Hessen			Alte Bundesländer		
		Mit Migrationshintergrund ¹	davon		Mit Migrationshintergrund ¹	davon	
			Deutsche	Ausländer/-innen		Deutsche	Ausländer/-innen
in %							
2005	Häufig	9	3	12	6	5	6
	Selten	38	43	37	37	37	36
	Nie	52	52	52	56	57	56
	Keine Angabe	1	4	0	2	1	2
2008	Häufig	13	3	19	8	6	9
	Selten	33	45	26	32	30	33
	Nie	53	51	55	59	63	57
	Keine Angabe	1	1	0	1	1	1
2011	Häufig	11	6	13	8	7	8
	Selten	26	31	24	36	36	36
	Nie	59	53	62	55	56	55
	Keine Angabe	4	11	1	1	1	1

¹Personen mit Migrationshintergrund wurden nur befragt, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder diese erst nachträglich erworben haben

Quelle: SOEP, gewichtete Werte

Anhang 2:

Die Indikatoren der Berichterstattung zum Integrationsmonitoring der Länder (Stand 2013)

In diesem Anhang sind die von der länderoffenen Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ entwickelten und im zweiten Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder verwendeten Indikatoren aufgeführt.

- A1: Bevölkerung
- A2: Zu- und Fortzüge
- A3: Volljährige Deutsche mit Migrationshintergrund
- A4: Wahlberechtigte Deutsche mit Migrationshintergrund
- A5: Lebensformen

- B1: Ausländerinnen und Ausländer nach Aufenthaltsstatus
- B2a: Einbürgerungsquote I
- B2b: Einbürgerungsquote II

- C1a: Kinder im Alter von unter 3 Jahren in Kindertageseinrichtungen
- C1b: Betreuungsquote von Kindern im Alter von unter 3 Jahren
- C2a: Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren in Kindertageseinrichtungen
- C2b: Betreuungsquote von Kindern im Alter von 3 bis unter 6 Jahren
- C3: Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache in Kindertageseinrichtungen
- C4: Sprachförderbedarf bei Vorschulkindern
- C5: Bestandene Sprachprüfungen zum Integrationskurs

- D1: Schülerinnen und Schüler in der 8. Klasse nach Schulformen
- D2: Schulabgängerinnen und Schulabgänger nach erreichten Abschlüssen
- D3: Höchster allgemeinbildender Schulabschluss
- D4: Studienerfolgsquote
- D5: Ausbildungsbeteiligungsquote
- D6: Auszubildende nach Ausbildungsbereichen
- D7: Höchster beruflicher Abschluss

- E1a: Erwerbstätigenquote
 - E1b: Erwerbsquote
 - E2: Stellung im Beruf
 - E3: Geringfügige Beschäftigung
 - E4: Erwerbslosenquote (ILO-Konzept)
 - E5: Arbeitslosenquote
 - E6a: Armutsrisikoquote I
 - E6b: Armutsrisikoquote II
 - E7: Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts
 - E8: Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach SGB II
-
- F1: Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchung U8
-
- G1: Eigentümerquote
 - G2: Wohnfläche je Familienmitglied
-
- H1: Tatverdächtige
 - H2: Verurteilte
-
- I1: Beschäftigte im Öffentlichen Dienst
 - I2: Abgeordnete in Landesparlamenten nach Migrationshintergrund

Anhang 3: Die „Core Indicators“ der Europäischen Union

Politischer Bereich	Indikatoren
Beschäftigung	<ul style="list-style-type: none"> • Beschäftigungsquote • Arbeitslosenquote • Erwerbsquote
Bildung	<ul style="list-style-type: none"> • Höchster Bildungsabschluss (Bevölkerungsanteil mit Hochschul-, Sekundar- und Grundschulbildung oder weniger als Grundschulbildung) • Anteil leistungsschwacher 15-Jähriger in Lesen, Mathematik und Wissenschaft • Anteil 30- bis 34-Jähriger mit Hochschulabschluss • Anteil vorzeitiger Schul- und Ausbildungsabbrecher
Soziale Eingliederung	<ul style="list-style-type: none"> • Nettomedianeinkommen – das Nettomedianeinkommen der Einwanderungsbevölkerung als Anteil des Nettomedianeinkommens der Gesamtbevölkerung • Quote der Armutgefährdung – Bevölkerungsanteil mit verfügbarem Einkommen von weniger als 60 Prozent des nationalen Medianeinkommens • Bevölkerungsanteil, der seinen Gesundheitszustand als gut oder schlecht betrachtet • Verhältnis von Hauseigentümern/Nichteigentümern unter Einwanderern und der Gesamtbevölkerung
Aktive Bürgerschaft	<ul style="list-style-type: none"> • Der Anteil der Einwanderer, die die Staatsbürgerschaft erlangt haben • Der Anteil der Einwanderer mit ständiger oder langfristiger Aufenthaltserlaubnis • Der Anteil der Einwanderer unter gewählten Vertretern

Quelle: http://ec.europa.eu/ewsi/de/EU_actions_integration.cfm

Impressum

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

Luisenstraße 13
65185 Wiesbaden
Telefon 0611/32-0

Abteilung V – Integration

Dr. Walter Kindermann

Referat B3 – Integrationsforschung, Monitoring

Dr. Ingrid Wilkens
Gabriela Fuhr
Maja Waldmüller

Referat B1 – Querschnittsaufgaben, Öffentlichkeitsarbeit und Rechtsfragen

Frank Märker

unter Mitarbeit von

Sabrina Fischer
Florian Göttsche

V.i.S.d.P.: Dr. Hans Liedel

Gestaltung und Produktion

herzwerk Kommunikationsdesign
Michaela Hempel, Martinstraße 17, 65189 Wiesbaden

Wiesbaden, 6. Juni 2013

Hinweis zur Verwendung der Broschüre

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Hessischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern, Wahlhelferinnen und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlkampfveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Die genannten Beschränkungen gelten unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Druckschrift dem/der Empfänger/in zugegangen ist. Den Parteien ist jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

%

172.623

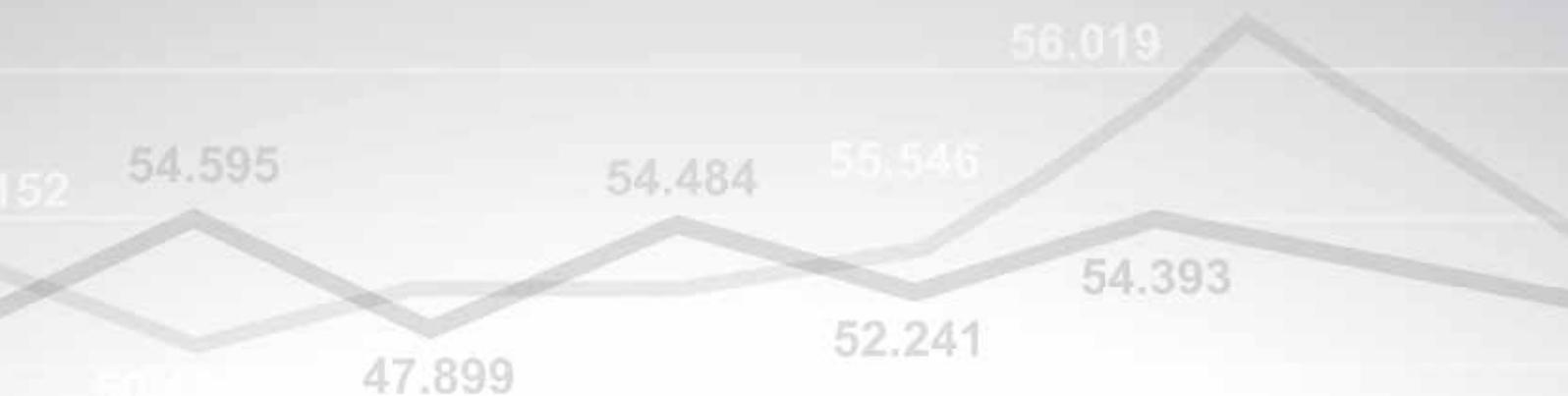
54.628

66.437

58.135



Vielfalt in Hessen
leben und gestalten



HESSEN



Hessisches Ministerium der Justiz,
für Integration und Europa

Luisenstraße 13, 65185 Wiesbaden
pressestelle@hmdj.hessen.de
www.hmdj.hessen.de

12.824
9.437
7.615